S T E N O G R A P H I S C H E S P R O T O K O L L

des

12. ordentlichen Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

in der

Halle B der Wiener Stadthalle
Wien 15, Vogelweidplatz 14

am

13. und 14. November 1969
1. Tag

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Inhalt

Seite

1. Eröffnung durch den Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Klaus 2

Trauerkundgebung 4

2. Invokation

Pfarrer Nemeth 5, 8

Kaplan Schmidt 5

3. Begrüßungsansprachen

Knud Thestrup 9

Florian Harlander 11

Esko J. Koppanen 13

Angelo Bernassola 15

Dr. Valerius Dejaco 18

Jean Dupong 20

Van Perquin 21

Odd Holös 22

Carl Heinrich Wingqwist 23

Ernesto Talentino 24

Konrad Sieniewicz 25

Dr. Franz Bauer 26

4. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages 27

5. Genehmigung der Tagesordnung 28

6. Wahl des Bundesparteitagspräsidiums und der Schriftführer 28

7. Bestätigung der Zusammensetzung der Kommissionen und Ausschüsse 30

Seite

8. Bericht des Finanzreferenten

Generalsekretär Dr. Withalm 33

9. Bericht der Finanzprüfer

Berichterstatter Dr. Feyl 36

10. Beschlußfassung 37

11. Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs

Generalsekretär Dr. Withalm 39

12. Diskussion und Beschlußfassung

Präsident Dr. Maleta 83

Fidesser 92

Ing. Guglberger 96

Unterbrechung der Beratungen ..... 98 - 149

Inhalt

Seite

Wiederaufnahme der Beratungen

Vorsitzender LH Josef Wallnöfer 151

13. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter BR Dr.h.c. Fritz Eckert 151

14. Bericht der Antragsprüfungskommission

Berichterstatter NR Erwin Machunze 153

15. Bericht des Politischen Ausschusses

Berichterstatter Dr. Franz Bauer 154

16. Bericht des Programmausschusses

Berichterstatter Dr. Sixtus Lanner 166

17. Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Präsident Dr. Alfred Maleta 178

Bernd Ressler 179

NR Leopold Kern ,..... 182

Elfriede Blaickner 185

DDr. Friedrich König 187

LH Josef Wallnöfer 190

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 200

Prof. Werner Wigelbeyer 204

Vorsitzende Bundesleiterin NR Lola Solar 205

Hannes Prochaska 206

Sepp Reinthaler 208

Dr. Bruno Binder-Krieglstein 209

Dr. Alfons Tropper 211

Karl Wedenig 214

Seite

Dr. Fritz Niederl 216

Alois Lafer 219

Dr. Marga Hubinek 221

Fritz Hahn 224

Ernst Schmidt 227

Ruppert Buchberger 228

Alexander Haas 230

Bundesminister für Unterricht Dr. Alois Mock 234

Vorsitzender Präsident Wallner 240

BR Dr. Jörg Iro 241

Dipl.-Ing. H. C. Fuchs 244

Dkfm. Gerhard Ammann 245

Dr. Josef Ratzenböck 247

NR Franz Mayr 250

Hermann Hagen 253

Dr. Christoph Günzl 255

NR Dr. Luis Bassetti 257

Dr. Viktor Mayer-Schönberger 259

Dr. Helmut Heidinger 260

Prof. Dr. Karl Eichtinger 262

Franz Feldgrill 263

Vorsitzender NR Karl Glaser 264

NR Rudolf Staudinger 265

Gustav Maschke 268

BR Gottfried Brandl 270

Ing. Simon Koiner 271

Vizekanzler NR Dr. Hermann Withalm 272

Vorsitzender NR Glaser - Abstimmung 274

Unterbrechung der Beratungen 279

Die Österreichische Volkspartei hielt am 13. und 14. November 1969 in der Wiener Stadthalle ihren 12. ordentlichen Bundesparteitag ab.

Die Halle B ist festlich geschmückt. An der Stirnseite des Saales symbolisiert ein Baugerüst mit einer rot-weiß-roten Fahne und den Lettern "ÖVP" sowie "Fortschritt und Sicherheit" das unermüdliche Bauen der Regierungspartei am Vaterland Österreich.

Die Führung der Partei, an der Spitze Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr.Klaus und Generalsekretär Vizekanzler Dr. Withalm, zieht unter dem lebhaften Beifall der Delegierten und flankiert von Parteitagshostessen, in den Saal ein. Die Anwesenden singen die Bundeshymne.

Beginn der Beratungen: 9 Uhr 20 Minuten

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef K l a u s : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der 12. ordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist eröffnet.

Es gereicht mir zur großen Freude, die Delegierten zum höchsten Organ unserer Partei im Namen der Parteileitung sowie im eigenen Namen als Bundesparteiobmann auf das herzlichste zu begrüßen.

Nach drei Jahren harter Arbeit in Parlament, Regierung und Partei sind wir hier vor der Allegorie eines Baugerüstes versammelt, vor dem Symbol unserer Bemühungen, mit allen unseren Kräften an Österreich zu bauen.

An erster Stelle möchte ich die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien, die unserer Einladung gefolgt sind und als unsere Gäste an diesem Bundesparteitag teilnehmen, auf das herzlichste begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Wir freuen uns, daß eine so große Zahl von ausländischen Parteien unserer Einladung Folge geleistet hat. Bisher sind zur Teilnahme eingetroffen:

Dr. Frank Swaellen, Christlich-soziale Partei Belgiens (lebhafter Beifall),

Justizminister Knud Thestrup und Kai Aage Örnskov, Konservative Partei Dänemarks (lebhafter Beifall),

Florian Harlander, CSU, Bundesrepublik Deutschland (neuerlicher lebhafter Beifall),

Esko J. Koppanen, Konservative Partei Finnlands (lebhafter Beifall),

Senator Giraudo und Angelo Bernassola, Democrazia Cristiana, Italien (neuerlicher dlebhafter Beifall),

Josef Atz und Dr. Valerius Dejaco, Südtiroler Volkspartei (starker Beifall),

Minister für Erziehung und Arbeit Jean Dupong und Emile Burggraff, Luxemburg (lebhafter Beifall),

Van Perquin, Katholische Volkspartei, Niederlande (neuerlicher lebhafter Beifall),

Odd Holös, Christliche Volkspartei Norwegens (lebhafter Beifall),

Carl Heinrich Winqwist, Konservative Partei Schwedens (lebhafter Beifall),

Professor Talentino und Dr. Hahn, Union christlich-demokratischer Parteien. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Schließlich seien besonders herzlich begrüßt Herr Bohumir Bunza und Herr Konrad Sieniewicz, Union christlich-demokratischer Parteien Zentraleuropas. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Alle diese Namen zeigen die herzliche Verbundenheit, die zwischen den befreundeten Parteien innerhalb der christlichen Demokratie und dieser nahestehenden Parteien herrscht. Möge dieser Parteitag die bestehenden Freundschaften noch vertiefen.

Weiters begrüße ich alle hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die unserem Parteitag die Ehre ihrer Anwesenheit geben. Ihre Zahl ist so groß, daß ich um Verständnis dafür bitte, daß ich nicht alle Namen nennen kann. Ich möchte mich darauf beschränken, den Ehren-

obmann der Österreichischen Volkspartei, Altbundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, in unserer Mitte auf das herzlichste zu begrüßen. (Starker langanhaltender Beifall.)

Unser Gruß gilt auch den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung Folge geleistet haben, um unsere Beratungen zu verfolgen. Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der in- und ausländischen Presse, der Wochenschauen, des Hörfunks, des Fernsehens, die Gelegenheit haben werden, unsere Beratungen auf diesem Parteitag mitzuerleben. (Lebhafter Beifall.)

Trauerkundgebung

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich kann diese Begrüßung nicht abschließen, ohne mit Wehmut jener zu gedenken, die heute nicht mehr unter uns weilen. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Seit dem letzten Bundesparteitag im Oktober 1966 in Wien hat der Tod wieder eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus unserer Mitte gerissen. Die Österreichische Volkspartei hat den Verlust von Freunden zu beklagen, die jahrelang, ja jahrzehntelang in vorbildlicher Pflichterfüllung mit uns für unsere gemeinsame Sache gearbeitet und gekämpft haben. Ich kann nicht alle Namen anführen; ich erwähne insbesondere Minister außer Dienst Ferdinand Graf, Nationalrat Dr. Karl Kummer, Nationalrat Franz Prinke, Landtagspräsidenten Dr. Richard Kaan, Landtagsabgeordneten Josef Keiblinger, Landesparteisekretär Dr. Alfred Rainer und Landtagsabgeordneten Ministerialrat / Dr. Franz Weninger. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren! Wir werden diesen aufrechten Männern für immer ein ehrenvolles Andenken in unseren Reihen bewahren.

Soeben haben wir jener Männer und Frauen gedacht, die bereits von uns gegangen sind. Als christlich-demokratische Partei wollen wir diesen Parteitag mit einigen Worten der Besinnung einleiten, die uns die moralischen Qualitäten und die sittlichen Werte, auf die wir unser ganzes politisches Tun stellen wollen, ins Bewußtsein rufen sollen.

Ich bitte Herrn Pfarrer Balthasar Nemeth und Herrn Kaplan Herbert Schmidt um ihre Worte. (Die Anwesenden erheben sich.)

2. Invokation

Pfarrer Balthasar N e m e t h : Unser Anfang geschehe im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Wir wollen miteinander mit den Worten des Psalms 139 beten:

Du kennst mich, Herr, merkst auf mein Denken. Du siehst meinen Weg. Du kennst mich, Herr, legst auf mich Deine Hand. Von allen Seiten umgibst Du mich. Du kennst mich, Herr, ich kann Dir nicht entfliehen. Wohin ich gehe, immer bist Du da. Du kennst mein Herz, oh Herr. Leite mich auf Deinen Weg. Amen.

Kaplan Herbert S c h m i d t : Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren ! Invokation, so meine ich sagen zu dürfen, geht in eine zweifache Richtung: In eine vertikale zu Gott hin und in eine horizontale auf Sie, auf uns alle hin. So darf ich an Sie folgenden Anruf richten:

Sehr namhafte Mandatare dieser Partei haben dazu beigetragen, die christliche Auffassung von der Freiheit und Gerechtigkeit früher und auch heute auszubreiten. So darf ich Sie, meine Damen und Herren, als katholischer Priester an diese Ihre persönliche Verantwortung erinnern, Sie erinnern, Sie mögen sich Ihrer Verpflichtung als Politiker in diesem Sinn auch und ganz besonders bei Ihren kommenden Beratungen bewußt sein.

Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß Sie das Wohl der gesamten Bevölkerung dieses Landes dem Parteiinteresse voranzustellen haben. Daß Sie Ihr politisches Mandat eben als einen Dienst am Ganzen dieses Landes begreifen, vor allem aber im Hinblick auf den sozialen Frieden und die soziale Gerechtigkeit, die besonders das Recht der Armen und Bedrängten, das Recht all derer, die in diesem Leben auch in unserer Wohlstandsgesellschaft zu kurz gekommen zu sein scheinen, radikal in den Mittelpunkt all Ihrer Auseinandersetzungen stellen. Das wird Sie dann auch vor den Augen der Welt als Christen glaubwürdig machen.

Ganz deutlich spricht dies schon der Heilige Augustinus in seinem Werk De Civitate Dei, in seinem Gottesstaat aus, wo er sagt: Wenn der Staat eine Angelegenheit des Volkes ist, und es kein Volk gibt, das nicht durch die Übereinstimmung des Rechtes geeint wird, das Recht aber dort nicht vorhanden ist, wo es auch keine Gerechtigkeit gibt, so folgt daraus ganz ohne Zweifel, daß dort auch kein Staat vorhanden ist, wo es keine Gerechtigkeit gibt.

930 3

Was ist aber Gerechtigkeit? Gerechtigkeit ist jene Tugend, die jedem Menschen das Seine zuweist. Daraus folgt, meine Damen und Herren, daß ein Staat, den Sie in so hohem Maße repräsentieren, neben der Tugend der Gerechtigkeit selbstverständlich auch den Tugenden der Menschlichkeit zu folgen hat. Das heißt, um mit dem Philosophen Hegel zu sprechen: Der Staat muß letzten Endes die Verwirklichung und damit auch die Wirklichkeit der sittlichen Idee sein. Von hier aus ist es eigentlich nur ein kleiner Schritt zu christlicher Welt- und Daseinssicht, ja zu Christus selbst.

Lassen Sie mich schließen mit den prophetischen Worten eines Dichters, der als Staatsphilosoph schon im frühen 19. Jahrhundert die Morgenröte unserer Gegenwart gesehen hat. Niemand anderer als Friedrich von Hardenberg, Novalis genannt, rief in seinem Buch über die Christenheit den Menschen zu: All eure Stützen sind zu schwach, wenn euer Staat die Tendenz nach der Erde behält. Aber knüpft ihn durch eine höhere Sehnsucht an die Höhen des Himmels und gebt ihm eine Beziehung aufs Weltall hin, dann und nur dann habt ihr eine nie ermüdende Feder in ihm und ihr werdet eure Bemühungen reichlich belohnt sehen.

Daß dies so geschehe, das wünsche ich Ihnen, meine Damen und Herren, aus ganzem Herzen, das walte Gott, den wir nun zum Abschluß bitten wollen.

Pfarrer Balthasar N e m e t h : Lasset uns miteinander beten: Herr, Du allmächtiger Gott. Wir danken Dir, daß Du durch Deinen Sohn Jesus Christus in unsere Welt gekommen bist, damit Dein Reich der Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit Gestalt gewinne. Laßt uns als Politiker unseres Landes durch unsere Arbeiten und Beratungen ein sichtbares Zeichen dafür setzen, daß wir Dir gegenüber Verantwortung tragen, Deine Diener und Mitarbeiter sind.

Darum rufen wir Dich an: Gib uns Deine Hilfe. Wir bitten Dich um Deinen Geist der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, der uns Mut und Phantasie gibt, um der Gerechtigkeit willen die Geleise sicherer Traditionen zu verlassen, wenn sie im Gewand der Ordnung eine Unordnung verbergen, und neue Wege der mitmenschlichen Solidarität zu beschreiten und dabei Fortschritte zu machen.

Wir bitten Dich um den Geist der Liebe, die uns von Selbstsucht befreit, damit wir für unser ganzes österreichisches Volk gewissenhaft und selbstlos tätig sein können und darüber hinaus offene Augen für die Nöte dieser ganzen Welt haben.

Wir bitten Dich um den Geist des Friedens. Mache uns nicht nur zu Sprechern, sondern zu Werkzeugen Deiner Versöhnung, damit nicht der Same der Zwietracht, des mangelnden Verständnisses und der Entfremdung gesät werde, sondern jener des Friedens, der wahren Menschlichkeit und der Freiheit für alle, auch für Andersdenkende. Herr, wir bitten Dich, erhöre uns! Amen.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke auch in Ihrem Namen den beiden Herren und bitte nunmehr jene, die eine Begrüßungsansprache halten wollen, sich zum Wort zu melden.

3. Begrüßungsansprachen

Als erster kommt Herr Justizminister Thestrup, Dänemark, zum Wort.

Justizminister Knud T h e s t r u p (Dänemark, Konservative Partei) (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Von der Konservativen Volkspartei in Dänemark möchte ich gerne der Österreichischen Volkspartei herzlichste Grüße bestellen. Für uns Dänen hat Österreich immer einen besonderen Klang von Freundlichkeit und gegenseitigem Verständnis gehabt. In den Jahren nach dem Krieg, als alle westeuropäischen Länder wieder ihre eigene Regierungsform nach der Befreiung von der Besetzung gewannen, haben wir den Kampf Österreichs, dasselbe für sich zu erreichen, aufmerksam verfolgt.

Wir haben uns mit Ihnen gefreut, als Sie damit Glück bekamen, und die Entwicklung, die später in Ihrem Lande eingeleitet wurde, hat uns Respekt abgezwungen. Wir alle kennen ja die Rolle, die die Österreichische Volkspartei bei dieser Entwicklung gespielt hat.

Ich hoffe, daß unser Besuch hier bei Ihnen mitwirken kann, die persönlichen und parteimäßigen Kontakte zu festigen und auszubauen.

Die konservativen Parteien in Westeuropa brauchen diese Zusammenarbeit, welche Tradition und Entwicklung auch gegeben sein mag. Wir brauchen Ideen und eine Ideenauswechslung, dadurch können wir einander und unsere Parteien stärken. Die Zeit zeigt nach meiner Meinung so viele Erscheinungen, daß ein Austausch der Ideen und Gesichtspunkte unserer Parteien notwendig erscheint.

Ich wünsche Ihrer Partei Fortschritt und Erfolg und gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß es bald möglich sein wird, die Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien weiter auszubauen und in ganz Europa fortzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke für die Ausführungen und bitte nunmehr Herrn Florian Harlander von der CSU, das Wort zu ergreifen.

Generalsekretär Florian Ha r l a n d e r (CSU)(mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich überbringe Ihnen die Grüße des Nachbarn, ich überbringe Ihnen die Grüße der beiden christlich-demokratischen, christlich-sozialen Parteien der Bundesrepublik, zweier Parteien, die in der merkwürdigen Lage sind, vor wenigen Wochen die Wahlen gewonnen und die anschließende Regierungsbildung verloren zu haben. Kein vernünftiger Mensch käme je auf den absurden Gedanken, eine Fußballmannschaft als Sieger zu feiern, die ein Endspiel mit 4 : 5 Toren eindeutig verloren hat, auch dann nicht, wenn sie das Torverhältnis gegenüber dem Ergebnis der letzten Spielrunde von 3 : 5 auf 4 : 5 verbessert hat. Sieger - so gilt es jedenfalls im Sport - ist noch immer derjenige, der die größere Anzahl an Toren erzielt hat. Das versteht jeder! Aber das, was sich in den letzten Wochen in der Bundesrepublik getan hat, haben viele, viele in der Bevölkerung, viele unserer Wähler, aber auch viele Wähler anderer Parteien nicht ganz verstanden. Es hat keinen Sinn - ich bin nicht in München, nicht in Bonn, sondern bei Ihnen in Wien -, davon zu reden, aber Sie wissen: In manchen Punkten ist vielleicht Ihre Situation vor Ihren Nationalratswahlen mit der unseren vergleichbar, vergleichbar, wenn man gebannt auf den Genossen "Trend" - ich weiß nicht, wie er bei Ihnen heißt - sieht.

Ich wünsche Ihnen - und das ist der Wunsch der beiden Parteien, der CSU und der CDU; ich bitte mir nachzusehen, wenn ich die CSU zuerst nenne; manche Norddeutsche sprechen von den Bayern als einem "räuberischen Volk am Rande der Alpen" -, daß Sie die Anziehungskraft christlich-demokratischer, christlich-sozialer Politik erhalten, die Anziehungskraft, die den großen

Leistungen in der Vergangenheit und Gegenwart sowie der ungebrochenen Kraft für die Zukunft entspricht.

In einer Zeit, in der die Freiheit des Menschen von vielerlei ideologischen und technischen Zwängen bedroht ist, kommt Ihrer Partei, kommt unseren Parteien die Aufgabe zu, als bestimmende politische Kraft ihrer Länder, als bestimmende politische Kraft Europas den Freiheitsspielraum des einzelnen zu erhalten und ihren Ländern sowie unserem Kontinent auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten.

In diesem Sinne, meine lieben Freunde, wünsche ich Ihnen ein gutes Gelingen Ihres Parteitages und den besten Erfolg für die kommenden Wahlen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler läßt sich für eine halbe Stunde entschuldigen, weil er beim Herrn Bundespräsidenten bei der Angelobung des Landeshauptmannes Dr. Kessler intervenieren muß.

Ich bitte nunmehr von unseren ausländischen Gästen den Vertreter der Konservativen Partei Finnlands, Herrn Esko Koppanen, ans Rednerpult.

Esko J. K o p p a n e n (Konservative Partei Finnlands)(mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Teilnehmer des Parteitages! Meine Damen und Herren! Sie haben uns eine große Freude bereitet, indem Sie einen Vertreter der finnischen Bruderpartei zu Ihrem Parteitag eingeladen haben. Persönlich bin ich sehr glücklich, daß die Nationale Sammlungspartei Finnlands mir diese Aufgabe anvertraut hat. In dieser Eigenschaft darf ich Ihnen jetzt den finnischen Gruß seitens der Nationalen Sammlungspartei von unserem Präsidenten Juha Rihtniemi und von der Mitgliedschaft, die alle Bevölkerungsschichten Finnlands umfaßt, überbringen.

Österreich gehört ebenso wie auch Finnland zu den kleineren Staaten Europas. Trotz der durch die geographische Entfernung unserer Länder voneinander dem gegenseitigen Umgang unserer Völker gesetzten Hindernisse kann man jedoch viele Berührungspunkte unserer Länder finden. Diese beiden verhältnismäßig kleinen Staaten vertreten meiner Ansicht nach in unseren Tagen einen bedeutenden Anteil der neutralen Staaten, deren Anzahl an sich relativ gering ist, deren Recht und sogar Pflicht es aber ist, als Verbindungsglied bei einem eventuellen Meinungsaustausch zwischen den Großmachtgruppen ihre Dienste anzubieten.

In dieser Hinsicht hat Österreich - das sei hier gleich festgestellt - einen bedeutenden Vorsprung im Vergleich zu Finnland. Namentlich ist gerade diese wunderschöne Stadt, wo der Parteitag der Österreichischen Volkspartei heute eröffnet wird, als Schauplatz wichtiger internationaler Kongresse und Verhandlungen in aller Welt bekannt, abgesehen von ihren vielen schon in die Geschichte eingegangenen diesbezüglichen Verdienste.

Ich bin davon fest überzeugt, daß die auf hohem Niveau hier hergestellten Kontakte der internationalen Politik zu der anerkannten neutralen Stellung und zum Vorteil des ganzen Landes ausschlaggebend beigetragen haben.

Angesichts dieser Feststellung darf ich mit Genugtuung daran denken, daß nach dem kommenden Wochenende in Helsinki die sogenannten SALT-Verhandlungen eröffnet werden. Es ist das erste Mal, daß Finnland zum Schauplatz einer Kontaktnahme zwischen zwei Großmächten gewählt wurde. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, daß man in Helsinki in dieser für unsere ganze Welt so wichtigen Frage einen Schritt vorwärtsgehen wird.

Ich bin auch davon überzeugt, daß wir alle mit der Meinungsäußerung Ihres Herrn Außenministers Dr. Waldheim, die er bei seinem neulich beendigten Finnlandbesuch abgab, einig gehen, wo er sagte, daß Österreich den höchsten Wert auf die gegenseitigen Abrüstungsverhandlungen der Supermächte lege, dies insbesondere auf Grund der eigenen ungünstigen geographischen Lage des Landes. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es spricht nun der Vertreter der Democrazia Cristiana Dr. Angelo Bernassola.

Angelo B e r n a s s o l a (Italien, Democrazia Cristiana) (in Übersetzung - mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit besonderer Freude überbringe ich Ihrem Kongreß den herzlichsten Gruß der Christ-Demokraten Italiens und des neuen Generalsekretärs Forlani.

Zum heutigen Anlaß beinhaltet dieser Gruß nicht nur einen Höflichkeitsakt, er enthält vor allem den Ausdruck der Solidarität unserer Parteien, welche durch ideelle Bindungen in den europäischen und in den Weltorganisationen zusammenarbeiten, und die beide für ihre Länder die verantwortliche Regierung stellen.

Uns einigt weiters das Festhalten an dem Grundsatz der Freiheit und die feste Treue zu den demokratischen Prinzipien, aber auch die gemeinsame Verpflichtung gegen Extremismen jeder Art, die allerorts mit zerstörenden Absichten auftreten.

Unsere beiden Parteien haben tiefes Empfinden für die weiten Volkskreise, die die Basis unserer Wählerschaft sind und von denen wir auch das Mandat zur Verantwortung erhalten haben, und zwar nicht zu einer kühlen Administration, sondern zur Erfüllung des hohen Auftrages, unsere Gesellschaft immer moderner, gebildeter und immer fortschrittlicher in allen Strukturen zu gestalten. Wir meinen eine Gesellschaft, die sich nicht in egoistischem Wohlstand abschließt, sondern die menschlichen Werte bereichert.

In diesem Sinn müssen unsere politischen Kräfte handeln mit Blickrichtung auf ihre wertvollen Grundsätze. Die uns umgebende Welt ist der harten Probe sozialer und politischer Spannungen unterworfen, alles ist in Bewegung vom Fernen zum

Nahen Osten, von Lateinamerika nach Ost- und Westeuropa. Der Augenblick ist gekommen, daß das demokratische Westeuropa im Rahmen der Weltpolitik seine eigene Stimme zu den Problemen erhebt, die den Frieden betreffen, damit Sicherheit und harmonische Entwicklung vor allem jenen Völkern zuteil werde, die durch Tradition, Werte und Interessen zu Europa gehören. Deshalb drängen die Christ-Demokraten Italiens auf die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft durch weiteren Beitritt von demokratischen Staaten. Das ist auch der Sinn unserer Sympathie für die Idee einer gut vorbereiteten europäischen Konferenz, die der Anfang eines ernsten und wichtigen Beginns eines würdigen Kontakts zwischen den Staaten und Völkern sein möge.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie in der Anwesenheit des Freundes Giovanni Giraudi als Mitglied der italienischen Delegation eine Bestätigung des rückhaltslosen Engagements unserer Partei in diesem Sinn sehen wollten.

1000 1

Herr Giraudo ist nämlich Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des italienischen Senats.

Die europäischen christlich-demokratischen Parteien müssen eine neue Sprache sprechen und einen neuen Stil entwickeln, um das bestimmende Element im Vorwärtsstreben ihrer Völker zu werden. Dies gilt vor allem für unsere beiden Länder, die naturgegebenerweise Nachbarn sind, die durch viele Bande miteinander verbunden sind und die heute in einem gemeinsamen Einsatz politischen Willens dabei sind, alte Gegensätze zu überwinden.

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß von der Democrazia Cristiana den brüderlichen Gruß, die Wünsche für ein gutes Gelingen Ihrer Arbeiten und den herzlichsten Wunsch für einen großen Erfolg bei den nächsten Wahlen übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es spricht nun der Vertreter der Südtiroler Volkspartei, Dr. Valerius Dejaco.

Dr. Valerius D e j a c o (Südtiroler Volkspartei) (mit starkem Beifall begrüßt): Hohes Präsidium! Verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich hoffe, daß Sie dem Vertreter Südtirols diese Anrede gerne gestatten. (Lebhafter Beifall.)

Ich bringe dem 12. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei den herzlichen, den freundschaftlichen und, ich möchte sagen, den brüderlichen Gruß der Südtiroler Volkspartei, der Vertretung des Südtiroler Volkes, des Volkes des Landesteiles Tirols südlich des Brenners.

Sie wissen: Auch wir stehen wirklich vor schweren Entscheidungen. Am nächsten Samstag wird in Meran die außerordentliche Landesversammlung der Süddtiroler Volkspartei stattfinden, auf der die Vertreter und Delegierten des Landes über ein Ja oder ein Nein zum Ergebnis der bisher zwischen den Vertretern Italiens, den Vertretern Österreichs und den Vertretern Südtirols geführten Verhandlungen entscheiden sollen.

Diese Entscheidung möchte ich nicht überbewerten als eine, wie sie genannt wurde, hisktorische Entscheidung, ich möchte jedoch hier zum Ausdruck bringen, daß sich jeder von uns aus tiefstem Verantwortungsbewußtsein und schweren Herzens die Entscheidung abringt.

Wenn aber heute die Lage so ist, daß uns ein Ja zu diesem Ergebnis Mittel und Instrumente in die Hand gibt, daß das Südtiroler Volk in einer gestärkten autonomen Gesetzgebung und Verwaltung eine echte Überlebenschance habe, so, glaube ich, müssen wir den Weg gehen, der für das Südtiroler Volk der beste ist und das kleinere Übel darstellt.

In dem ich hier die persönlichen Grüße unseres Landesparteiobmannes und Landeshauptmannes von Südtirol Dr. Silvius Magnago überbringe, möchte ich in seinem Namen der Österreichischen Volkspartei und vor allem ihren Vertretern in der österreichischen Bundesregierung einen Dank zum Ausdruck bringen, den Dank der Südtiroler Volkspartei, aber auch den Dank des gesamten Südtiroler Volkes für den unermüdlichen Einsatz der Österreichischen Volkspartei zur Wahrung der Rechte Südtirols. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich diesen Dank wirklich herzlich ausgesprochen habe, so darf ich, wie ich glaube, auch die Bitte anfügen, daß die Österreichische Volkspartei auch diese Endrunde bestehe und daß die Österreichische Volkspartei uns auch in dieser Endphase das Ja gebe, das uns notwendig ist.

In diesem Sinne möchte ich diesem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei eine gute Abwicklung der Arbeiten wünschen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß aus diesem Parteitag der Österreichischen Volkspartei die Kraft erwachse, tüchtig und gestärkt in den Wahlkampf für den 1.März einzutreten, um aus ihm siegreich hervorzugehen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr.M a l e t a : Es spricht nun der Vertreter Luxemburgs, Minister Jean Dupong.

Minister Jean D u p o n g (Luxemburg) (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Ich möchte mich sehr kurz dafür bedanken, daß Sie mir die Gelegenheit geboten haben, die Grüße Ihrer Bruderpartei aus Luxemburg, der Christlichsozialen Volkspartei, zu überbringen.

Ich habe mir die Vorlagen Ihrer Kongreßarbeiten angesehen und konnte feststellen, daß die Probleme, die Sie heuer bewegen, dieselben sind, die uns in Luxemburg Sorgen bereiten. Daher, glaube ich, entsteht eine Solidarität zwischen den beiden Bruderparteien, sowohl was die Freude als auch was das Leid betrifft. Wir haben dieselben Probleme und kämpfen denselben Kampf wie Sie.

Dieser 12. Parteitag soll ein Parteitag der Bestätigung sein, der Bestätigung der guten Arbeit, die die Österreichische Volkspartei während der letzten vier Jahre im Interesse Österreichs geleistet hat. Es soll aber auch ein Parteitag der Zukunft sein, selbstverständlich im Hinblick auf das Mandat, um das Sie sich bei den Wahlen im nächsten Frühjahr bei den österreichischen Wählern bewerben werden.

Wenn die grüne Farbe, die so passend diesen Kongreß umrahmt, ein Symbol sein soll, dann ist es eben das Symbol der Hoffnung, der Hoffnung auf einen Erfolg bei diesen Wahlen. Zu diesem Erfolg möchte ich meine Glückwünsche Ihnen schon im voraus, also bereits jetzt, überbringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es spricht nun der Vertreter der Katholischen Volkspartei der Niederlande, Van Perquin.

Van Perquin (Niederlande, Katholische Volkspartei) (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte gerne in deutsch meine Grüße von der Christlichen Partei Hollands überbringen.

Herr Vorsitzender, wir leben in einer Zeit mit vielen fundamentalen Fragen, aufgeworfen durch die Entwicklung der Technik und durch die Entwicklungen im menschlichen Denken, Fragen, die das Wesen unseres Menschseins betreffen. Ich glaube, es ist eine Aufgabe der christlichen Parteien der gesamten Welt und besonders Europas, eine Antwort auf diese Fragen zu suchen und zu geben. Ich freue mich sehr, daß wir wissen, daß im Herzen Europas, in Österreich eine starke christlich-demokratische Partei ist. Wir wünschen dieser christlich-demokratischen Partei viel Kraft und viel Erfolg für den Parteitag und für den Wahlkampf, um mit eine Antwort auf diese Fragen geben zu können. Wir wünschen Ihrer Partei Fortschritt, damit sie Fortschritt und Sicherheit geben kann. Ich danke Ihnen sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. Maleta: Es spricht der Vertreter der Christlichen Volkspartei Norwegens Odd Holös.

Odd H o l ö s (Norwegen, Christliche Volkspartei) (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für die freundliche Einladung zu Ihrem Parteitag aussprechen; es wird gewiß sehr interessant werden, daran teilzunehmen.

Ich habe das Programm für den Bundesparteitag gelesen und verstehe ganz klar: 85 oder 85 - darum geht es am 1. März für Ihre Partei und für das österreichische Volk. Als Norweger kann ich das sehr gut verstehen. Wir erlebten im September dasselbe in Norwegen, bei uns ging es um 76 oder 76. Glücklicherweise gelang es der Koalitionsregierung, in der die Christliche Volkspartei mit drei Ministern vertreten ist, 76 von den 150 Repräsentanten in unserem Parlament zu behalten und damit die Mehrheit zu erreichen. Die Koalitionsregierung in Norwegen geht somit weiter. Unsere Wünsche für Sie sind, daß die österreichische Bundesregierung, gestellt von Ihrer Partei, auch nach dem 1. März 1970 ihr Amt weiterführen möge. Wir hoffen, daß die Diskussionen und die Entscheidungen dieses Bundesparteitages so gute Resultate bringen werden, daß Ihre Regierung die Mehrheit behalten kann. Dafür wünsche ich Ihnen viel Glück. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es spricht nun der Vertreter der Konservativen Partei Schwedens Carl Heinrich Winqwist.

1010 3

Carl Heinrich W i n q w i s t (Schweden, Konservative Partei) (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Sie stehen vor einem harten Wahlkampf und Sie können dabei auf eine Reihe erfolgreicher Jahre unter der Leitung Ihrer Bundesregierung zurückblicken. In den anderen Ländern und besonders in Schweden haben wir diese erfolgreichen Jahre verfolgt. Meine Partei hofft, daß Sie die Möglichkeit haben werden, diese Entwicklung auch in Zukunft fortzusetzen. Ich begrüße Sie im Namen der Konservativen Partei Schwedens und wünsche Ihren Beratungen einen erfolgreichen Verlauf durch Arbeit, durch Einigkeit und Enthusiasmus. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es spricht nun für die Union Christlich Demokratischer Parteien Professor Talentino.

Professor Ernesto T a l e n t i n o (Union Christlich Demokratischer Parteien) (in Übersetzung - mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Freunde! Es freut mich, daß ich Ihnen die Grüße der Union der Christlich Demokratischen Parteien überbringen kann, insbesondere die Grüße der Weltbewegung und auch die Grüße des Herrn Präsidenten.

Die christlich-demokratische Bewegung ist heute eine Realität in dieser Welt. Sicher war die Zusammenarbeit bisher nicht immer so, wie sie hätte sein können, denn die einzelnen Parteien sind mit zu viel internen Schwierigkeiten belastet. Aber ich danke der Österreichischen Volkspartei, daß sie immer ihren Beitrag zur internationalen Bewegung geleistet hat.

Auch auf internationaler Ebene haben wir Probleme, insbesondere das Problem des Friedens, wie wir es bisher nicht kannten. Ich hoffe, daß eine Zusammenarbeit der christlich-sozialen Parteien auch zur Lösung dieser Probleme beitragen kann.

Ich weiß, daß die Österreichische Volkspartei auf Grund ihrer Tradition und auf Grund ihrer Treue zum christlich-sozialen Gedankengut immer einen hervorragenden Beitrag geleistet hat und auch in Zukunft leisten wird. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Kl a u s : Ich bitte als letzten der ausländischen Delegierten Herrn Sieniewicz, das Wort zu ergreifen.

Generalsekretär der Union christlich-demokratischer Parteien Zentraleuropas Konrad S i e n i e w i c z (mit Beifall begrüßt)(in Übersetzung): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich überbringe Ihnen die Grüße der Union christlich-demokratischer Parteien Zentraleuropas. Ich wünsche Ihrem Parteitag vollen Erfolg und Ihnen insbesondere auch bei den nächsten Nationalratswahlen viel Erfolg. Der Erfolg könnte gegeben sein, denn Sie besitzen in Herrn Bundeskanzler Klaus und Vizekanzler Withalm ausgezeichnete Politiker.

Ich danke dem österreichischen Volk besonders dafür, daß es Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 Beistand geleistet hat.

Wofür wir arbeiten müssen, das ist ein vereintes Europa, das auf der gemeinsamen kulturellen Tradition begründet wird und das auch sämtliche Staaten Zentraleuropas umfaßt. (Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Meine Damen und Herren! Als eine moderne und junge Partei, wie es die Österreichische Volkspartei nun einmal ist, kann es für uns alle eine Freude sein, daß wir auch diesen Bundesparteitag in der Bundeshauptstadt, wieder außerhalb des Gürtels und wieder in dieser modernen Halle abhalten können.

Ich bitte nun den Obmann der Wiener Volkspartei, sozusagen unseren Gastgeber, das Wort zu ergreifen.

Landesparteiobmann Dr. Franz B a u e r (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Wien ist es mir eine besondere Freude, namens unserer großen und schlagkräftigen Parteiorganisation, aber auch persönlich dem Bundesparteitag einige Begrüßungsworte sagen zu dürfen.

Wir sind froh darüber und stolz darauf, daß der Bundesparteitag wieder in Wien stattfindet, weil wir zuversichtlich hoffen, daß von den Beratungen nicht nur neue Impulse für die Arbeit der Gesamtpartei ausgehen, sondern weil wir erwarten, daß sich die Beratungen auch auf unsere gesamte politische Arbeit in Wien günstig auswirken werden.

Ich möchte nicht verschweigen, daß wir in Wien am 27. April 1969 durch ein Zusammentreffen vieler widriger Umstände einen Mißerfolg hinnehmen mußten. Inzwischen haben wir daraus gewisse Konsequenzen gezogen.

Als Wiener Landesparteiobmann freut es mich besonders, daß die Stimme unserer Landesorganisation in unserer Gesamtpartei heute mehr ins Gewicht fällt als in früheren Zeiten. Daß wir uns als Wiener selbstverständlich zum föderalistischen und bündischen Aufbau unserer Partei bekennen, möchte ich besonders betonen. Gewiße Reformen in unserem Parteiapparat haben es möglich gemacht, daß wir Wiener - ich freue mich darüber besonders - die ersten waren, die die Kandidatenlisten für die Nationalratswahl fertiggestellt hatten. Daß auf Platz 1 im Wahlkreis 1 unser Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Klaus aufscheint, halte ich in diesem Zusammenhang für ein gutes Omen. (Starker Beifall.)

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich versichern, daß die Wiener Volkspartei um ihre schweren Aufgaben weiß und alles daransetzt, sie zu meistern. Wir wissen, daß wir die Verpflichtung haben, alles zu tun, um im Rahmen der Gesamtpartei mit allen unseren Kräften für einen Wahlerfolg am 1. März zu arbeiten. Diesem Ziel haben sich in den nächsten Wochen und Monaten alle unsere Bestrebungen unterzuordnen. Gerade in Wien wird es darum gehen, der Bevölkerung zu zeigen, daß die Österreichische Volkspartei eine fortschrittliche Politik für jung und alt macht.

Gerade in Wien werden wir dem übermütigen Sozialismus der Herren Dr. Kreisky, Dr. Broda, Dr. Pittermann und wie die Genossen alle heißen mögen, einen fairen und, wenn es darauf ankommen sollte, auch harten Kampf zu liefern wissen. (Beifall.)

Die Parole muß lauten: Miteinander zum Erfolg am 1. März 1970! In diesem Sinne wünscht Wien, die Wiener Volkspartei den Beratungen des Hohen Bundesparteitages viel Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke Herrn Dr. Bauer für seine herzlichen Worte.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 4:
Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages.

Wir haben wie bei jedem Bundesparteitag die Geschäftsordnung zu beschließen. Sie finden in der Tagungsmappe die Geschäftsordnung der früheren Bundessparteitage und das Bundesparteistatut.

Ich bitte nun, die Geschäftsordnung in der vorliegenden Form auch für diesen Parteitag zu beschließen, und zwar mit einer Ergänzung: daß wir die Redezeit grundsätzlich auf

5 Minuten beschränken und das Präsidium ermächtigen, in seltenen, wahrscheinlich aber notwendigen Ausnahmefällen die Redezeit auf 10 Minuten zu erweitern. Wünscht hiezu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher jene Delegierten, die der Geschäftsordnung zustimmen, um ein Händezeichen. - Gegenprobe. - Die Geschäftsordnung ist somit genehmigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

Genehmigung der Tagesordnung.

Die gedruckte Tagesordnung des Bundesparteitages ist Ihnen zugegangen und befindet sich ebenfalls in Ihren Mappen. Sie bedarf Ihrer Genehmigung. Wünscht jemand zur Tagesordnung das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher jene Delegierten, die der Tagesordnung zustimmen, um ein Händezeichen. - Gegenprobe. - Die Tagesordnung ist hiemit genehmigt.

Wir gelangen nunmehr zum Tagesordnungspunkt 6:

Wahl des Bundesparteitagspräsidiums und der Schriftführer.

Es ist üblich, bei unseren Parteitagen - wie in der Geschäftsordnung vorgesehen - ein Bundesparteitagspräsidium aus den Reihen der Delegierten des Bundesparteitages zu wählen und ihm die Führung des Vorsitzes zu überlassen.

Es soll aus den Landesparteiobmännern, den Obmännern der Bünde, der Bundesleiterin der Österreichischen Fra_uenbewegung und dem Bundesobmann der Österreichischen Jugendbewegung bestehen.

Ich schlage daher für das Bundesparteitagspräsidium vor:

Landtagsabgeordneten Dr. Franz Bauer,
Nationalrat Karl Glaser,
Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler,
Bundesobmann DDr. Friedrich König,
Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer,
Nationalratspräsident Dr. Alfred Maleta,
Bundesminister Dr. Georg Prader,
Präsident Ing. Rudolf Sallinger,
Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer,
Bundesleiterin Nationalrat Lola Solar,
Bundesminister Franz Soronics,
Nationalratspräsident Ökonomierat Josef Wallner,
Landeshauptmann Ökonomierat Josef Wallnöfer,
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Erwin Wenzl.

Außerdem sind drei Schriftprüfer zu wählen. Hiezu schlage ich vor:

Landesparteisekretär Josef Naumann,
Landtagsabgeordneten Otto Pelzelmayer,
Landesrat a.D. Theodor Pritsch.

Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über den Vorschlag abstimmen. Wer stimmt für den Vorschlag? - Bitte um ein Händezeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Somit gelten das Bundesparteitagspräsidium und die Schriftprüfer als gewählt.

Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums zu mir auf das Podium und ersuche den Landesparteiobmann von Salzburg, Herrn Nationalrat Glaser, als erster den Vorsitz zu übernehmen. (Die Gewählten nehmen ihre Plätze im Präsidium ein.)

Vorsitzender Abgeordneter zum Nationalrat Karl G l a s e r (die Leitung der Verhandlungen übernehmen): Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich übernehme hiemit den Vorsitz und darf sowohl persönlich wie auch namens der Mitglieder des soeben gewählten Bundesparteitagspräsidiums die Versicherung abgeben, daß wir die Geschäftsordnung genau beachten und uns bemühen werden, den Vorsitz objektiv zu führen.

In Fortsetzung der Tagesordnung haben wir zunächst einige geschäftsordnungsmäßige Aufgaben zu erledigen.

7. Bestätigung der Zusammensetzung

a) der Mandatsprüfungskommission

b) der Antragsprüfungskommission

c) der Wahlkommission

d) der Ausschüsse

Zunächst haben wir die Wahl der verschiedenen Kommissionen vorzunehmen. In den grünen Mappen, die alle Delegierten erhalten haben, befindet sich eineAufstellung über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission. Ich darf wohl annehmen, daß Sie darauf verzichten, daß die einzelnen Vorschläge verlesen werden. Besteht eine andere Meinung? - Das ist nicht der Fall. Werden hinsichtlich der Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen Abänderungsvorschläge gestellt? - Auch das ist nicht der Fall. Ich bitte somit die Damen und Herren,

die mit den Vorschlägen, die sich in der Mappe befinden, einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung die Delegiertenkarte zu erheben. - Ich danke. Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Keine Gegenstimmen. Damit erscheinen die Antragsprüfungskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Wahlkommission als gewählt.

Die Bundesparteileitung hat von dem in der Geschäftsordnung vorgesehenen Recht, für die Vorbereitung des Bundesparteitages Ausschüsse einzusetzen, Gebrauch gemacht. Drei Ausschüsse wurden gebildet, und zwar erstens ein Programmausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Bundesparteiobmannes. Dieser Ausschuß hat das Aktionsprogramm für die siebziger Jahre erarbeitet. Berichterstatter des Programmausschusses ist Bauernbunddirektor Dr. Lanner. Ein weiterer Ausschuß wurde unter dem Vorsitz des Herrn Generalsekretärs Vizekanzler Dr. Withalm mit der Aufgabe eingesetzt, die Statuten zu überprüfen. Für diesen Statutenausschuß ist Herr Dr. Ratzenböck Berichterstatter. Schließlich wurde ein Politischer Ausschuß unter dem Vorsitz des Herrn stellvertretenden Generalsekretärs Karl Pisa eingesetzt. Berichterstatter für diesen Ausschuß ist der Wiener Landesparteiobmann Dr. Bauer.

Ich stelle den Antrag, diese vorbereitenden Ausschüsse zu Ausschüssen des Bundesparteitages zu erklären. Ihre genaue Zusammensetzung ist ebenfalls aus den in der Tagungsmappe enthaltenen Unterlagen ersichtlich. Wünscht zu diesen Vorschlägen jemand zu sprechen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich bitte daher wieder die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung

die grüne Delegiertenkarte zu heben. - Ich danke und bitte um die Gegenprobe. - Einstimmig angenommen. Diese Ausschüsse gelten somit als Ausschüsse des Bundesparteitages.

Und nun noch einige Hinweise. Ich bitte zunächst, daß die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission noch vor Ende des Tagesordnungspunktes 12 im Kurszimmer zusammentreten. Die Mitglieder der Antragsprüfungskommission bitte ich, sich umgehend im Sportlerbuffet einzufinden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 8:

Bericht des Finanzreferenten.

Ich erteile hiezu Herrn Generalsekretär Vizekanzler Dr. Withalm das Wort.

Generalsekretär Vizekanzler Dr. W i t h a l m (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Sie müssen heute zweimal mit mir vorliebnehmen. Durch den unvorhergesehenen Tod unseres Freundes Ferdinand Graf wurde ich wie schon einmal, und zwar nach dem Tode des damaligen Finanzreferenten Generaldirektor Dr. Habich - interimistischer Finanzreferent. Gott sei Dank kann ich dieses Amt schon morgen in die Hände des neuen Finanzreferenten legen. Ich war also nur kurze Zeit Finanzreferent. Der Dauer meiner Amtszeit soll mein heutiger Bericht entsprechen - er wird daher sehr kurz ausfallen.

Meine Damen und Herren! Keine Partei in Österreich kann ihren gesamten Bedarf aus eigenen Mitteln oder gar aus Mitgliedsbeiträgen bestreiten. Wenn die Sozialistische Partei immer wieder versucht, so zu tun, als könnte sie alle ihre Ausgaben aus den Mitgliedsbeiträgen decken, dann können wir schon so gut rechnen, um klar zu erkennen, daß das einfach nicht der Warhrheit entspricht.

Es ist ungeheuer schwierig, die finanziellen Voraussetzungen für das geordnete Funktionieren einer Partei zu schaffen und zu erhalten. Erwarten Sie jetzt von mir nicht, daß ich Ziffern und Zahlen nenne; ich kann nur eines sagen: Dank der zähen Arbeit des verstorbenen Finanzreferenten Ferdinand Graf ist es bisher noch immer gelungen - obwohl dies

sehr, sehr schwierig war -, die Mittel aufzubringen, die notwendig waren, um das ordentliche und außerordentliche Budget - sprich Wahlkampf - bedecken zu können..Ich kann hier jedenfalls die beruhigende Versicherung abgeben: Wir stehen ohne Schulden da. (Beifall.)

Da wir im Gegensatz zu den Sozialisten über kein ins Gewicht fallendes Parteivermögen, über keine Parteibetriebe verfügen, leben wir sozusagen von der Hand in den Mund. Das ist auf die Dauer nicht nur unbefriedigend, sondern letztlich auch der Demokratie unwürdig und unter bestimmten Voraussetzungen sogar gefährlich. Das ist uns allen vollkommen klar. Erwarten Sie bitte von mir nicht, daß ich hier ein Konzept entwickle, wie dieser Zustand behoben werden kann. Sicher ist jedoch: Eines schönen Tages wird auch in Österreich eine Lösung gefunden werden müssen, wie sie in anderen demokratischen Staaten bereits besteht.

Ich kann Ihnen weiters berichten, daß die Bünde und Landesparteileitungen ihre statutenmäßig festgelegten Beiträge laufend und sogar fast immer termingerecht an die Bundesparteileitung abführen.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß sich der am Bundesparteitag 1960 beschlossene Parteischilling in der Zwischenzeit als außerordentlich zweckmäßig erwiesen hat. Wenn hier noch gelegentliche Schwierigkeiten auftreten, so bin ich davon überzeugt, daß auch diese in nächster Zeit überwunden werden können. Ich wünsche jedenfalls dem morgen zu wählenden neuen Finanzreferenten diesbezüglich viel Glück und

Erfolg.

Hoher Bundesparteitag! Es steht uns - davon wird auf diesem Parteitag noch des öfteren ausführlich die Rede sein - ein Wahlkampf bevor, der uns alles abverlangen wird, der uns aber auch finanziell sehr, sehr viel aufgibt. Wir sind auch diesmal wieder auf die Spenden derer angewiesen, die wollen, daß in Österreich nach wie vor eine christlich-demokratische Partei das bestimmende Element ist und bleibt, daß die Österreichische Volkspartei und eine von ihr gestellte Regierung nach vier erfolgreichen Jahren weiter am österreichischen Haus der Zukunft baut.

Die Österreichische Volkspartei wendet sich schon heute an alle Österreicherinnen und Österreicher, die von der Tragweite der am 1. März 1970 zu treffenden Entscheidung überzeugt sind, und bittet sie, durch eine entsprechende Spende auf das Postscheckkonto Nr. 16.000 jenen Beitrag zu leisten, welcher der Österreichischen Volkspartei eine entsprechende Wahlwerbung ermöglicht. Wir müssen jedem Österreicher bis zum 1. März 1970 klarmachen können, daß er an diesem Tag nur eine Wahl hat: zwischen einem gefährlichen sozialistischen Experimentieren oder einer Fortsetzung des Fortschritts unter der weiteren Führung der Österreichischen Volkspartei. (Lebhafte Zustimmung.)

Um dies verwirklichen zu können, brauchen wir - das kann gar nicht nachdrücklich und nüchtern genug gesagt werden - entsprechend große Mittel. Wir bitten daher die Österreicherinnen und Österreicher, unseren Appell so ernst zu nehmen, wie wir ihn aus der Kenntnis der gegebenen Notwendigkeiten heraus an das ganze Volk heute und von hier aus richten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann G l a s e r :

Ich danke unserem Generalsekretär nicht nur für seinen Bericht, sondern auch dafür, daß er sich zum zweiten Mal der schwierigen und sicherlich mit vielen Unannehmlichkeiten verbundenen Aufgabe unterzogen hat, interimistisch das Finanzreferat unserer Bundesparteileitung zu führen.

Bevor ich nun Herrn Dkfm. Dr. Feyl zum nächsten Tagesordnungspunkt das Wort erteile, darf ich darauf aufmerksam machen, daß sich in Ihren grünen Mappen Zettel für Wortmeldungen befinden. Wer die Absicht hat, sich zum Tagesordnungspunkt 10 zu Wort zu melden, möge das bitte schriftlich tun.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9:

Bericht der Finanzprüfer.

Berichterstatter Dkfm. Dr. Wolfgang F e y l :

Hoher Bundesparteitag! Namens der Finanzprüfer habe ich folgenden Bericht zu erstatten:

Wir haben in die Buchhaltung der Jahre 1965 bis 1968 Einsicht genommen und konnten uns hiebei an Hand der Belege durch ausgewählte Stichproben von der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung überzeugen.

Die Kassenbestandsaufnahme und die Geldkonten wurden zu den Bilanzstichtagen lückenlos überprüft und gaben zu keiner Beanstandung Anlaß.

Der Jahresabschluß wurde in sämtlichen geprüften Jahren ordnungsgemäß aus den Konten der Buchhaltung entwickelt.

1040 5

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Buchführung und die Jahresrechnung nach den Feststellungen unserer pflichtgemäßen Prüfungen den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ensprechen. (Beifall.)

Vorsitzender G l a s e r : Ich danke Herrn Dkfm. Dr. Feyl für seinen Bericht, aber auch den Finanzprüfern für ihre Arbeit beziehungsweise die Überprüfungen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen sohin gleich zur Abstimmung über den Bericht des Finanzreferenten beziehungsweise den Bericht der Finanzprüfer. Ich darf jene Damen und Herren, die diese Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen, bitten, als Zeichen der Zustimmung die grüne Delegiertenkarte zu erheben. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich stelle hiemit fest, daß der Bericht des Finanzreferenten und der Bericht der Finanzprüfer einstimmig genehmigt wurden.

Ich übergebe nunmehr den Vorsitz an den Landesparteiobmann von Kärnten, Herrn Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer.

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl S c h l e i n z e r (die Leitung der Verhandlungen übernehmend): Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs.

Ich darf den Herrn Vizekanzler um seine Ausführungen bitten.

Generalsekretär Vizekanzler Dr. Hermann W i t h a l m (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Der Bericht des Finanzreferenten war kürzer, als der Bericht des Generalsekretärs sein wird. Das möchte ich einleitend sagen und gleich von Haus aus um Nachsicht bitten.

Meine Damen und Herren! Es ist heute das dritte Mal, daß ich als Generalsekretär die Ehre habe, auf einem ordentlichen Bundesparteitag den Rechenschaftsbericht der Parteiführung zu erstatten. Ich darf gleich hinzufügen, daß diesem Bericht heuer deshalb ein besonderes Gewicht zukommt, weil er einen Zeitraum umspannt, in dem grundlegende Veränderungen vor sich gegangen sind. Diese Veränderungen, zu denen es durch die Regierungsbildung nach den Wahlen am 6. März 1966 gekommen ist, sind mittlerweile in ihrer ganzen Dimension sichtbar geworden. Außerdem findet dieser 12. Bundesparteitag wenige Monate vor den nächsten Nationalratswahlen statt. Wir stellen in diesen Tagen wichtige Weichen, die natürlich auch im Bericht des Generalsekretärs sichtbar zu machen sind.

Wenn ich mit einem Rückblick auf den 11. Bundesparteitag beginne, dann nicht deswegen, weil die Partei im Oktober 1966 auf einem Höhepunkt ihrer Geltung in der Öffentlichkeit stand, sondern deswegen, weil damals eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen wurden, die das innerparteiliche Geschehen in den vergangenen drei Jahren wesentlich mitbestimmt haben. Bekanntlich stand dieser Bundesparteitag vor allem im Zeichen der "Aktion 20". Wir haben es damals als erste Partei in Österreich unternommen, für die Begegnung von Politik und Wissenschaft einen institutionellen Rahmen zu schaffen, indem in

sechs Arbeitskreisen Politiker und Wissenschaftler Probleme unserer Zeit gemeinsam erörterten. Schon heute ist dieser Vorstoß bei weitem nicht mehr so erregend, wie er es vor drei Jahren war. Inzwischen ist die Erkenntnis, daß bei der Lösung heutiger und künftiger Aufgaben die Wissenschaft ein maßgebendes Wort mitzureden hat, beinahe zum Allgemeingut geworden. Es erscheint aber angesichts von Nachahmungen unseres Beispiels geboten, die Priorität unseres Versuches festzuhalten. Damals ist nämlich bereits die Entscheidung gefallen - was ich hiemit nachhaltig in Erinnerung rufe -, welche Partei sich in Österreich das Attribut "modern" zulegen kann; jedenfalls nicht die Sozialistische Partei Österreichs. (Lebhafter Beifall.)

Die Etablierung der "Aktion 20" im Rahmen unserer Partei hatte gleichzeitig den Sinn einer Zäsur. Es gibt keine Rückkehr zu den früheren Entscheidungsvorgängen! Wenn wir heute am Beginn der siebziger Jahre stehen, dann ist es uns bereits vertraut, in größeren zeitlichen Zusammenhängen zu denken. Wir dürfen die Dinge nicht auf uns zukommen lassen, um sie dann recht und schlecht zu lösen. Wir haben ihnen gewissermaßen entgegenzugehen, um sie so in den Griff zu bekommen. Mit dieser Zukunftsorientierung der Österreichischen Volkspartei, die keineswegs nur für die Bundesparteileitung, sondern ebenso auch für alle Landesparteileitungen gilt, ist die frühere Unterstellung, bei der Österreichischen Volkspartei habe man es mit einer Partei zu tun, die von der Hand in den Mund lebe und die über den Tag kaum hinauszudenken vermöge, endgültig unglaubwürdig geworden. Diese Zukunfts-

orientierung hat uns auch instandgesetzt, in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode zahlreiche Probleme in Angriff zu nehmen, die keineswegs nur als Tagesprobleme bezeichnet werden können.

Der organisatorische Teil meines Berichtes kann kurz gehalten werden, dies nicht nur im Hinblick auf die beim 11. Bundesparteitag gefallenen Entscheidungen, sondern auch deswegen, weil wir in den letzten drei Jahren mit einem Apparat weiterarbeiten konnten, der bereits früher aufgebaut worden war. Bekanntlich ist dieser Apparat aus den verschiedenen Ausschüssen hervorgegangen, die seinerzeit für die Spezialbehandlung wichtiger Probleme geschaffen wurden. Diese Ausschüsse konnten später zu einem erheblichen Teil aufgelassen werden, nachdem ihnen entsprechende fixe Abteilungen im Rahmen der Parteizentrale gefolgt waren.

An der Spitze dieser Abteilungen steht ein politisches Büro, das sich neben den allgemeinen politischen Fragen vor allem mit Koordinierungsaufgaben zu befassen hat. Das Organisationsreferat gehört schon seit langem zu den ständigen Einrichtungen unserer Partei.

Auf dem Gebiet der Information arbeiten das Pressereferat, das Referat für die parteiinterne Information und der ÖVP-Pressedienst. Auf dem Gebiet der Publikationen konnten wir in der letzten Zeit vor allem zahlreiche Schulungsbroschüren sowie Dokumentationen herausbringen.

Auf das Propagandareferat brauche ich kaum aufmerksam zu machen, weil seine Arbeit auf allen Plakatwänden zu sehen ist.

Das Referat für die "Aktion 20" hält die Verbindungen zu den Mitarbeitern in der Wissenschaft aufrecht und tritt immer wieder mit neuen Initiativen hervor wie derzeit etwa mit der Ausstellung "Vorausdenken, Schritthalten mit der Entwicklung der Welt". Neu hinzugekommen ist in Anerkennung der Wichtigkeit der Massenmedien ein eigenes Referat für Hörfunk, Fernsehen und Film.

Das Sozialreferat übt über den Rentner und Pensionistenbund in ganz Österreich eine weitverzweigte Tätigkeit aus.

Neben dem Schulungsreferat ist das Referat für die O-70 zu einer festen Einrichtung ~~in~~ unserer Partei geworden.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß wir auch über ein eigenes Interventions- und Finanzreferat verfügen.

Für die Betreuung kultureller Fragen haben wir ein eigenes Kulturreferat aufgebaut.

Neben diesen fixen Referaten kann nach wie vor auch der eine oder andere Ausschuß nicht entbehrt werden, wenn es um die Vorbereitung schwieriger Gesetzesvorlagen geht.

So wenig ich jedoch behaupten möchte, daß bereits das Maximum eines allen Anforderungen gewachsenen organisatorischen Apparates erreicht worden ist, darf doch festgestellt werden, daß die jetzt in der Kärntner Straße bestehenden Einrichtungen zumindest den wesentlichen Voraussetzungen, die zur Führung einer großen Partei unumgänglich notwendig sind, entsprechen.

Das Schwergewicht in organisatorischer Hinsicht lag in den letzten Jahren auf einem anderen Gebiet. Es ist in dieser Zeit zu einer einschneidenden Gewichtsverlagerung zwischen

Partei und Regierung gekommen, weil sich die Spitzenkräfte unserer Partei weitgehend auf die Regierungsarbeit konzentrieren mußten. Das hat, wie sich jedermann leicht denken kann, seinen Hauptgrund in der Übernahme der Alleinverantwortung durch unsere Partei.

Dazu ist eine grundsätzliche Feststellung zu treffen: Keine Partei kann sich als Selbstzweck betrachten, nicht einmal eine revolutionäre Partei, denn gerade sie strebt letzten Endes danach, eines Tages an die Hebel des Staates zu gelangen. Darum erfüllt eine Partei ihren Sinn und Zweck letztlich mit ihrer Arbeit in der Regierung, besonders dann, wenn sie als Mehrheitspartei in einem Land die politische Mitverantwortung zu übernehmen hat, wie es bei unserer Partei nach dem 6. März 1966 der Fall war.

Dieser Zwang zur Konzentration aller unserer Energien auf die Regierungsarbeit war umso größer, als es in Österreich nach mehr als 20 Jahren Koalition - und das heißt gleichzeitig: nach mehr als 20 Jahren geteilter Verantwortung - zum ersten Mal zur Alleinverantwortung der Österreichischen Volkspartei gekommen ist. Wir konnten daher dieser doppelten Verantwortung, die sich gleichfalls zum ersten Mal mit den Argusaugen einer starken Oppositionspartei konfrontiert sah, nur dann gerecht werden, wenn wir die Arbeit in der Regierung zu einem alles andere überragenden Hauptanliegen machten. Das war nicht zuletzt deswegen gerechtfertigt, weil die Arbeit einer Regierungspartei ganz natürlicherweise nach ihren Leistungen in der Regierung beurteilt wird, die in erster Linie im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Reziprok dazu tritt bei Oppositions-

parteien eine Verlagerung auf die Parteiarbeit ein, und eben diese Verlagerung erklärt weitgehend, die Verbesserung des Image, das die Sozialistische Partei während der letzten Jahre als Partei zu verzeichnen hat.

Die Verlagerung des Schwergewichtes von der Parteiarbeit auf die Regierungsarbeit trat nach der Regierungsumbildung vom Jänner 1968 besonders markant in Erscheinung. Es ist im nachhinein leicht, an dieser Verlagerung mit dem Hinweis Kritik zu üben, daß damit die Arbeit in der Partei über Gebühr vernachlässigt worden sei. Man muß sich jedoch die damalige Situation vor Augen halten, um hier ein gerechtes Urteil fällen zu können. Der Hauptvorwurf, der uns zu diesem Zeitpunkt insbesondere in Verbindung mit gewissen Pannen in der öffentlichen Repräsentation unserer Partei bei den vorangegangenen Budgetverhandlungen gemacht worden ist, bestand doch darin, daß es unserer Partei an der nötigen Konzentration der Kräfte und der ihr entsprechenden Koordinierung ihrer Auffassungen mangle. Dieser Vorwurf fiel deshalb besonders ins Gewicht, weil sofort Parallelen mit dem politischen Tauziehen in der Koalitionsära hergestellt wurden und weil behauptet wurde, eigentlich habe sich bei den Budgetverhandlungen der Alleinregierung gegenüber denen der Koalitionszeit nicht viel geändert. Dieser Vorwurf hätte, wenn er gerechtfertigt gewesen wäre, für die Österreichische Volkspartei auf die Dauer tödlich sein können. Das war mit ein entscheidender Grund, warum damals Partei, Klub und Regierung auch personell auf eine Linie gebracht wurden. Ich gebe zu, daß der daraus für uns erwachsende Vorteil zum Teil mit einem Zurücktreten

der Parteiarbeit erkauft werden mußte. Wenn wir jedoch die dann folgenden Budgetverhandlungen als Vergleichsbasis heranziehen - um nur ein Beispiel herauszugreifen -, dann wird am Ende doch zugegeben werden müssen, daß die gewählte Vorgangsweise notwendig war.

Es sollte außerdem nicht übersehen werden, daß wir aus unseren Erfahrungen auch hinsichtlich der Parteiarbeit die Konsequenzen gezogen haben, indem in der Person Karl Pisas ein Stellvertretender Generalsekretär berufen wurde. (Beifall.) Karl Pisa, dessen Arbeit wir auch schon früher sehr zu schätzen wußten, hat durch seine vorangegangene Arbeit in Rundfunk und Fernsehen und durch seine Tätigkeit als Staatssekretär in der Bundesregierung viele neue Erfahrungen gewonnen, die ihm in seiner jetzigen Funktion sehr zustatten kommen. Der Umweg über diese beiden Tätigkeitsbereiche zurück in das Generalsekretariat hat sich sowohl für ihn als auch für uns gelohnt.

Wenn ich soeben von der Verlagerung des Schwergewichtes von der Parteiarbeit auf die Regierungsarbeit sprach, muß ich in diesem Zusammenhang denn doch einige Bemerkungen zur Arbeit des Parlamentsklubs der ÖVP machen. Ich weiß, daß diese Bemerkungen nicht unbedingt zum organisatorischen Teil meines Berichtes gehören.

Der Nationalrat spielt in dieser Legislaturperiode eine ganz andere Rolle als zu Zeiten der Koalition. War es früher bei einer Regierungsmehrheit von 157 Abgeordneten gegenüber 8 Oppositionellen vollkommen gleichgültig, ob man anwesend war oder nicht - gegenüber 8 oppositionellen Abgeordneten fand sich auch bei schlechtester Präsenz noch immer eine Mehrheit -, so änderte sich die Lage nach dem 20. April 1966

schlagartig: Der Nationalrat war wieder das geworden, was er laut Verfassung sein soll - eine Stätte echter parlamentarischer Auseinandersetzungen, in der nicht nur abgestimmt wurde, sondern in der auch wirkliche Entscheidungen getroffen wurden. Der Nationalrat als gesetzgebende Körperschaft - hier ist die Regierungspartei genauso inbegriffen wie auch die beiden Oppositionsparteien - hat die Bewährungsprobe, die die neue Situation für ihn bedeutete, im großen und ganzen durchaus bestanden. In geradezu glänzender Weise hat aber unser ÖVP-Klub seit 1966 bestanden. Es bedeutet wirklich einiges und erforderte ungeheure Disziplin, daß es der knappen Mehrheit von 85 ÖVP-Abgeordneten gegenüber der 80 Mann starken Opposition gelungen ist, ohne eine einzige Abstimmungsniederlage über die Runden zu kommen. (Lebhafter Beifall.) Dafür verdient der Abgeordnetenklub den Dank der ganzen Partei. (Neuerlicher Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Ich möchte meinen organisatorischen Bericht nicht abschließen, ohne den vielleicht entstandenen Eindruck zu korrigieren, als hätten wir uns in den vergangenen drei Jahren nur bereits vorhandener Einrichtungen bedient. Es gibt im Leben einer Partei keinen Stillstand. Das gilt gerade in unseren Tagen, da die Parteien vielfach in das Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung gerückt sind und man nach einem neuen Bild der politischen Parteien Ausschau hält.

Das große politische Schlagwort unserer Zeit ist das Schlagwort vom Establishment. Wenn dieses Schlagwort auch nicht wir erfunden haben, ist das doch kein Grund, daß wir uns nicht mit ihm auseinandersetzen. Wir müssen feststellen,

daß zwischen dem letzten und dem heutigen Bundesparteitag im Bewußtsein der Öffentlichkeit eine Reihe von Veränderungen eingetreten sind, an denen wir einfach nicht vorübergehen dürfen. Es ist für eine Partei keine Schande, aus den Zeitläuften etwas zu lernen. Im Gegenteil, gerade Parteien müssen auf Erscheinungen reflektieren, die von außen auf sie zukommen. Nur dann haben sie die Möglichkeit, mit der Entwicklung Schritt zu halten und sie sogar zu überholen, sofern es ihnen gelingt, rechtzeitig neue Akzente zu setzen. Wir würden unseren Anspruch, eine junge Partei zu sein, sehr bald verspielen, würden wir uns nur am Gestern orientieren. Der Anspruch, eine moderne Partei zu sein, wird nicht durch die Tatsache gerechtfertigt, daß die Österreichische Volkspartei erst im Jahre 1945 ins Dasein getreten ist, sondern durch den Willen und die Entschlossenheit, uns den wechselnden Herausforderungen der Zeit zu stellen. (Beifall.) Als junge Partei haben wir es leichter, elastisch zu sein, weil wir nicht erst Ballast abwerfen müssen, bevor wir politisches Neuland betreten können.

Meine Damen und Herren! Es sind schon seit einiger Zeit in unserer Partei Bestrebungen im Gange, ein höheres Maß an Mitbestimmung der Parteimitglieder durchzusetzen. Gewiß, unserer Partei war auch im Hinblick auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen immer eine demokratische Partei, da es bei uns Vorkommnisse, wie die Fälle Olah oder Tschadek, dessen bekanntes Buch praktisch auf eine Art Parteiindex gesetzt wurde, nie gegeben hat. Aber es ist auch bei uns der Ruf nach mehr Einflußnahme bei der Wahl von Funktionären und Mandataren laut geworden, nach mehr Einflußnahme der breiten Schichten

unserer Parteimitglieder. Wir sind jetzt dabei, die ersten Ergebnisse bereits gestarteter Versuche zu analysieren, wie sie in einigen Bundesländern unternommen wurden. Selbstverständlich wird es vom Ergebnis dieser Analyse abhängen, wie weit wir in dieser Richtung gehen können, ohne notwendige Funktionen der zentralen Stellen zu gefährden. Denn auch in dieser Beziehung gilt das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die kleineren Gemeinschaften das, aber auch nur das für sich zur Entscheidung in Anspruch nehmen können, was sie in ihrem Bereich zu leisten vermögen. Wenn man jedoch heute von mündigen Staatsbürgern spricht, dann wird man auch dem mündigen Parteimitgliedseine Reverenz erweisen müssen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im Zuge der zunehmenden Intellektualisierung der Gesellschaft, die mit jeder neu errichteten Schule vorangetrieben wird, das Bedürfnis nach einer aktiven Anteilnahme auch am Parteigeschehen wächst. Nur dann, wenn sich die Parteien als Schule der Demokratie erweisen, werden wir auch auf der Ebene des Staates dazu kommen, daß sich die Bürger möglichst aktiv in das politische Geschehen einschalten. Der Typus der Partei der Zukunft ist daher zweifellso nicht mehr die geschlossene, sondern die nach allen Seiten hin offene Partei, in der es nicht zuletzt mehr Kritik als bisher geben wird, weil jede Demokratisierung auch mehr Auseinadersetzungen mit sich bringt. (Beifall.)
So energisch wir daher einen überspitzten Begriff des Establishment ablehnen, wie er von der Neuen Linken vertreten wird, weil ein solcher Begriff nur in der Anarchie enden kann, sind wir doch aufgeschlossen genug, die Zukunft unserer Partei

in jener "offenen Partei" zu sehen, die das Interesse an politischen Entscheidungen dadurch aktiviert, daß sie möglichst breite Schichten an diesen Entscheidungen aktiv Anteil nehmen läßt.

Hoher Bundesparteitag! Ich knüpfe nun an eine schon alte Tradition an, wenn ich dem organisatorischen Bericht eine Auseinandersetzung mit der politischen Situation folgen lasse, mit jener politischen Situation, wie sie sich in den letzten drei Jahren entwickelt hat, da sich der Zeitraum, über den auf diesem Bundesparteitag zu referieren ist, beinahe genau mit der bald ablaufenden Legislaturperiode deckt.

Wenn ich von Tradition gesprochen habe, sollte man nicht übersehen, daß wir es auf dem 12. Bundesparteitag mit einer völlig neuen politischen Situation zu tun haben. Ich kennzeichne diese Situation vielleicht am besten mit den Worten, die unser stellvertretender Generalsekretär kürzlich in einem Artikel in den "Österreichischen Monatsheften" gebraucht hat, wo es heißt:

"Erst im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode wurde uns so recht bewußt, daß vieles, was in den 21 Jahren der Koalition selbstverständlich war, seit 1966 seine Gültigkeit verloren hat. Die Bevölkerung, seit mehr als zwei Jahrzehnten gewohnt, es bei den Regierenden stets mit zwei Schuldigen zu tun zu haben, sieht plötzlich durch die Brillen einer Opposition, die seit dreieinhalb Jahren einen ununterbrochenen Wahlkampf in Form der täglichen Denunzierung der Regierung führt, nur mehr einen Schuldigen vor sich: die alleinregierende Volkspartei, die unerhörterweise noch immer nicht alle Probleme

gelöst und nicht alle Wünsche erfüllt und sich sogar einige harte Maßnahmen erlaubt hat."

Meine Damen und Herren! Die Konfrontation zwischen einer Partei mit der vollen Regierungsverantwortung und einer großen Oppositionspartei ist für uns in Österreich eine ungewohnte Perspektive. In einer der ältesten Demokratien wie in Großbritannien ist diese Konfrontation jedoch die Regel und nicht die Ausnahme. Es ist nicht unsere Sache, über das Selbstverständnis der Sozialistischen Partei als parlamentarische Oppositionspartei nachzudenken. Wir halten es jedoch für eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialistische Partei in dieser Gesetzgebungsperiode das Ziel verfolgt, so stark zu werden, daß auch sie die volle Regierungsverantwortung übernehmen kann. Eines sollte freilich auch eine Oppositionspartei, die dieses Ziel verfolgt, bedenken: Die Saat der Demagogie, die sie in den letzten Monaten dieser Gesetzgebungsperiode aussät, könnte unter jeder zukünftigen Regierung aufgehen. Denken wir deshalb nicht nur daran, was der einen Partei nützt und der anderen schadet, sondern denken wir daran, was dem Staate und der großen Gemeinschaft aller Österreicher not tut! (Lebhafte Zustimmung.)

Das sind, kurz und prägnant zusammengefaßt, die vorläufigen Wirkungen jener Änderungen des Regierungssystems, zu der es im April 1966 gekommen ist. Wir haben bisher, wenn wir der paradoxen Erscheinung auf den Grund zu gehen suchten, daß eine im wesentlichen positive Regierungsarbeit bei den Wählern nicht jenes Echo gefunden hat, das man eigentlich erwarten dürfte, für diese merkwürdige Tatsache alle möglichen Gründe verantwortlich gemacht. Wir sind auch im Zusammenhang mit dem

Ergebnis von Meinungsumfragen immer wieder auf die Erscheinung gestoßen, daß die Befragten letztlich keinen wirklich plausiblen Grund für ihre negative Einstellung gegenüber der Regierungspartei angeben konnten. Das bedeutet jedoch nicht, daß es für diesen Widerspruch keine Erklärung gibt. Die eigentliche Erklärung liegt in jener totalen Änderung der Verantwortlichkeiten, die durch die Errichtung der ersten Alleinregierung eingetreten ist. 20 Jahre Koalition, ein unglaublich langer Zeitraum für eine Koalitionsregierung, haben im Denken der Bevölkerung eben ihre Spuren hinterlassen und verzögerten bis vor kurzem ihre Anpassung an die politischen Bedingungen, die durch die jetzige Konfrontation von Regierung und Opposition gegeben sind.

Dazu kommt noch, daß die Sozialistische Partei im April 1966 wieder zu jener Rolle zurückgekehrt ist, die ihrem Wesen als ursprünglich revolutionäre Partei weitgehend entgegenkommt. Solche Parteien haben in der Kritik an bestehenden Zuständen schon immer eine besondere Meisterschaft entwickelt. Im Falle der Sozialistischen Partei Österreichs wurde die Versuchung zur hemmungslosen Kritik durch ihre 20jährige Funktion als Regierungspartei noch wesentlich verstärkt. Denn jeder Erfolg der neuen Regierung bedeutete mehr oder weniger eine Widerlegung ihrer früheren Mitregierungstätigkeit. Ihre Kritik steht zwar in einem vollendeten Gegensatz zur Tatsache, daß im Parlament wesentlich mehr Gesetze mit Zustimmung der Opposition als ohne ihre Zustimmung beschlossen wurden, aber dieser Widerspruch zwischen der Propaganda der Sozialistischen Partei und ihrer Haltung im Parlament hindert diese Partei

in keiner Weise daran, einer überspitzten Kritik zu frönen. Es war unausbleiblich, daß ein Wähler, der zwei Jahrzehnte hindurch jedes massiven Angriffs gegen die Regierung entwöhnt worden war, weil er in der Koalitionsära für Mißstände oder Mißerfolge beide Regierungsparteien verantwortlich machte, auf die pausenlosen Propagandaattacken der Sozialistischen Partei besonders empfindlich reagieren mußte.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, daß der Übergang von der Koalition zum jetzigen Regierungssystem durchaus nicht so abrupt vor sich gegangen ist. Schon im Jahre 1953, also 13 Jahre vorher, hatte die Österreichische Volkspartei bei den damaligen Koalitionsverhandlungen die Idee des koalitionsfreien Raumes aufs Tapet gebracht. Hinter ihr verbarg sich das Bemühen unserer Partei, die Koalition ihres totalen Anspruchs auf alle politischen Entscheidungen zu entkleiden und unter gewissen Voraussetzungen auch die Kräfteverteilung im Parlament ins Spiel zu bringen. Die Koalition funktionierte eben schon damals nicht mehr in zufriedenstellender Weise. Im Jahre 1956 nach dem großen Wahlsieg Julius Raabs in Verbindung mit dem Abschluß des Staatsvertrages präsentierte die Österreichische Volkspartei bei den folgenden Regierungsverhandlungen neuerlich den koalitionsfreien Raum, im Jahre 1962, nach einem weiteren Wahlsieg unserer Partei, abermals. Bei diesen Regierungsverhandlungen ist es auch tatsächlich gelungen, für den koalitionsfreien Raum eine Formel zu finden. Daraus kann denn doch nur der Schluß abgeleitet werden, daß sich das Unbehagen über die Degradierung der Regierung zu einer beinahe reinen Administration

und des Parlamentes zu einer Abstimmungsmaschine schon sehr früh geltend gemacht und dann dauernd gesteigert hat. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Welche Parteiführung hätte es sich unter diesen Umständen erlauben können, bei den letzten Regierungsverhandlungen mit der Sozialistischen Partei im Jahre 1966 sang- und klanglos auf die Ausübung der absoluten Mehrheit zu verzichten, die wir dank der Einsicht des österreichischen Volkes am 6. März 1966 erhalten hatten? Ein solcher Verzicht wäre nichts anderes als eine totale Kapitulation der Österreichischen Volkspartei vor der Sozialistischen Partei gewesen, für die wir bei unseren Wählern berechtigterweise keinerlei Verständnis gefunden hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die absolute Mehrheit unserer Partei vom 6. März 1966 war ja nichts anderes als die Antwort der Wähler auf die schleichende Krise der Koalition, wenn sie auch keineswegs die einzige Ursache unseres Wahlerfolges war. Ich möchte diese Krise nun in einigen Punkten kurz charakterisieren, weil es mir notwendig erscheint, dem österreichischen Wähler einen Zustand in Erinnerung zu rufen, den er sich nicht mehr zurückwünschen sollte. Um Mißverständnisse zu vermeiden, erkläre ich auch jetzt wieder, daß mit dieser Krise nichtdie Koalition an sich gemeint ist, sondern der Zustand, in dem sich die Koalition ~~befunden hat~~ etwa seit dem Abschluß des Staatsvertrages befunden hat. Ich möchte mit allem Nachdruck - für mich persönlich - feststellen, daß ich keineswegs ein grundsätzlicher Gegner jeder Koalition bin, ich bekenne mich aber aus grundsätzlichen Erwägungen als Anhänger des jetzigen

Systems der Konfrontierung von Regierungspartei und starker Opposition, weil ich für meine Person der Meinung bin, daß dieses Regierungssystem für die Bevölkerung besser ist.

Die Krise der Koalition war zunächst eine Krise des demokratischen Entscheidungsvorganges. Wenn ein Staat nicht hinter anderen Staaten zurückbleiben will, dann müssen auch in einer Demokratie Entscheidungen getroffen werden. Die Koalition zwischen Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei aber hat es nach 1956 zusehends unmöglicher gemacht, echte Entscheidungen zu treffen.

Die Krise der österreichischen Koalition war weiters eine moralische Krise. Diese kulminierte vor allem in ihrer Tendenz, die politischen Entscheidungen, soweit solche überhaupt noch getroffen wurden, in der Hand einiger weniger Personen zu konzentrieren. Damit waren die Koalitionsregierungen in bedenklicher Weise in die Nähe der Oligarchie geraten.

Die Krise der österreichischen Koalition weitete sich schließlich zu einer Krise der Demokratie schlechthin aus. Zum ersten Mal seit 1945 sind damals wieder Zweifel an der Demokratie aufgekommen, die unvermeidlich waren, wenn bei jedem Regierungsbeschluß so sichtbar demonstriert wurde, daß 165 Abgeordnete eigentlich nur zu sanktionieren hatten, was vorher in einem kleinen Kreis von Personen ausgehandelt worden war. Das Parlament als Abstimmungsmaschinerie ist der Tod jeder Demokratie!

Eine weitere Ursache dieser Krise der Demokratie war die Entscheidungsunlust der Parteien. Diese war zwar nur eine Folge ihrer gegensätzlichen Auffassungen. Was sich jedoch

im Bewußtsein der Öffentlichkeit niederschlug, war die Tatsache, daß sich die Parteien zu keinen Entschlüssen mehr aufraffen konnten. Die Unfähigkeit der Koalition wurde zur Unfähigkeit der Demokratie.

Ich weiß, daß das alles ziemlich abstrakt klingt und anmutet. Ich werde Ihnen, liebe Parteifreunde, jedoch jetzt einen Fall in Erinnerung rufen, an dem auch die ganze menschliche Fragwürdigkeit demonstriert werden kann, die mit den Praktiken der Koalition in den letzten Jahren ihres Bestandes verbunden war. Ich meine die Reaktion der Koalition auf die große Hochwasserkatastrophe in Kärnten und Osttirol im Jahre 1965. Damals wurden in diesen Bundesländern weite Gebiete verwüstet. Viele Menschen hatten ihr ganzes Hab und Gut verloren. Trotzdem war es im Jahre 1965 nicht möglich, einen Hochwasserfonds zu schaffen. Wir alle erinnern uns daran. Ein Jahr später, im Jahre 1966, als wir schon allein regierten, ereignete sich eine ähnliche Hochwasserkatastrophe wie im August 1965. Bereits am 9. September beschloß der Nationalrat ein Gesetz, das wirkungsvolle Hilfe brachte. Was also zu Zeiten der Koalition nicht möglich war, ging unter der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei 1966 reibungslos - und zwar mit den Stimmen der Sozialistischen Partei - über die parlamentarische Bühne. (Lebhafte Zustimmung.)

Dennoch: Die Regierungsverhandlungen mit der Sozialistischen Partei nach dem 6. März 1966 stellen sich immer noch als ein echter Versuch unserer Partei dar, die Krise der Koalition im Rahmen der Koalition zu bewältigen. Es war

allerdings der letzte Versuch, der dann auch an der Weigerung der Sozialistischen Partei gescheitert ist, das Votum der Wähler vom 6. März 1966 zur Kenntnis zu nehmen.

Unsere Partei hat der Weiterentwicklung der österreichischen Demokratie nicht zuletzt deswegen den größten Dienst erwiesen, weil sie es abgelehnt hat, die Übernahme der Alleinverantwortung mit irgendwelchen Vorteilen für ihre Funktionäre zu verbinden. Für uns hat ein Machtwechsel den Charakter eines Wechsels der politischen Prinzipien, nicht aber eines Wechsels der beruflichen Positionen.

Als Herr Dr. Kreisky schon kurz nach der Bildung der ÖVP-Alleinregierung sich zu der dramatischen Erklärung verstiegen hatte, er werde, wenn es notwendig sein sollte, Stunden für Stunden Listen von Opfern der neuen Regierung verlesen, war das höchst überflüssig! Gerade diese Erklärung sollte uns aber zeigen, worauf die Sozialistische Partei gewartet hatte, um unsere Partei als machtgierige Postenjägerin denunzieren zu können. Wir haben der Sozialistischen Partei diesen Gefallen, politische Opfer zu schaffen, nicht getan. Wir haben damit ganz wesentlich dazu beigetragen, daß der Übergang zum jetzigen System reibungslos vor sich gegangen ist.

Ich habe dieser Tage - Ihnen ist es sicherlich genauso gegangen - mit größtem Interesse in den Zeitungen gelesen, daß anläßlich des Regierungswechsels in Bonn auf Anhieb neun beamtete Sekretäre und sieben Ministerialdirektoren vorzeitig in Pension geschickt wurden. Der Regierungswechsel in Österreich hat keinem einzigen Sektionschef und auch keinem sonstigen Beamten seinen Posten gekostet! (Lebhafte Zustimmung.)

Es hatte sich sehr bald herausgestellt, daß die politische Situation in Österreich für diesen Übergang reif war. Ich möchte es so formulieren, daß die größte Leistung der Koalition unter ihren gewiß nicht kleinen Leistungen darin bestanden hat, daß sie die Koalition überflüssig gemacht hat.

Die Versuchung läge nahe, jetzt eine andere Liste zu verlesen, nämlich die Liste jener Erfolge, die allein durch den Übergang zum jetzigen System möglich geworden sind. Ich möchte jedoch den umgekehrten Weg einschlagen und feststellen, was uns zuteil geworden wäre, wenn es nach dem 6. März 1966 eine weitere Koalitionsregierung gegeben hätte. Das scheint zwar auf den ersten Blick eine reine Spekulation zu sein, aber immerhin liegen dieser Spekulation die Erfahrungen vieler Jahre zugrunde, aus denen sich sehr zuverlässige Schlüsse ableiten lassen.

Wir können fürs erste sicher sein, daß die Wirtschaftsrezession, von der wir in den Jahren 1966 und 1967 heimgesucht wurden, nicht so rasch überwunden worden wäre, wie es tatsächlich geschehen ist. Es wäre durchaus möglich gewesen, daß sich diese Rezession ohne die rasche Reaktion der neuen Bundesregierung zu einer ernsten Gefährdung der Vollbeschäftigung ausgeweitet hätte.

Ganz sicher hätte es keine Reform des Rundfunks gegeben, gegen die sich die Sozialistische Partei Jahre hindurch zur Wehr gesetzt hat. Was immer heute gegen diese Reform eingewendet werden mag, es steht fest, daß sie den öffentlichen Massenmedien eine unabhängige Stellung verschafft und damit zu einem demokratischen Fortschritt beigetragen hat.

Ausgeblieben wäre ferner die Reform des Wohnungswesens, denn erst unsere Reform hat die Sozialistische Partei darüber belehrt, daß es auf diesem Gebiet nicht mit den alten Methoden weitergehen konnte.

Hängengeblieben wäre ohne Zweifel auch die Strukturreform der Wirtschaft, für die der Koren-Plan Pionierdienste geleistet hat, und ebenso die Reform der verstaatlichten Betriebe, für die das ÖIG-Gesetz geschaffen und nunmehr seine Novellierung durchgesetzt wurde.

Es hätte ferner auch keinen Vorrang für Bildung und Forschung gegeben, denn eine namhafte Erhöhung des Etats der Unterrichtsverwaltung ist erst durch die ÖVP-Alleinregierung vorgenommen worden. (Beifall.)

Auf der Strecke geblieben wäre weiters die Reform der Österreichischen Bundesbahn, für die sich die Sozialistische Partei noch nie erwärmen hatte können, weil sie in diesem Zentralbereich um ihren politischen Einfluß fürchtete.

Nicht in Gang gekommen wäre auch die Verwaltungsreform, für die wir ein praktikables Konzept entwickelt und es teilweise auch schon durchgesetzt haben.

Das ist nur eine kleine Auswahl von Maßnahmen, die seit dem 20. April 1966 von uns getroffen wurden und die nicht getroffen worden wären, hätte es auch weiterhin ein Veto der Sozialistischen Partei in der Bundesregierung gegeben.

Hoher Bundesparteitag! Seit dem Ausgang der Arbeiterkammerwahlen und der Landtagswahlen in Niederösterreich und in Vorarlberg gibt es für uns so etwas wie einen Silberstreifen am Horizont. Es wäre aber ein kapitaler Fehler, deswegen

frühere ungünstige Wahlergebnisse bereits als ungeschehen zu betrachten! Das Gegenteil einer solchen Wertung liegt klar auf der Hand: Gegenüber 1966, als wir uns zum ersten Mal auf Grund der Wahlempfehlung der Kommunistischen Partei Österreichs zugunsten der Sozialistischen Partei einer vereinigten Linken gegenübersahen, ist die Ausgangsposition für den 1. März 1970 noch um einen Grad schwieriger und ungünstiger geworden. Wohl konnte das frühere Tempo des Vormarsches von Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei gestoppt werden, aber eben bei weitem nicht in dem Maße, als daß wir nicht mehr sagen müßten: Die Situation ist nach wie vor ernst. Ihr dramatischer Akzent liegt nach wie vor in der völligen Offenheit des Wahlausganges von 1970, der eine absolute Mehrheit der Sozialistischen Partei ebensogut bringen kann wie eine absolute Mehrheit der Österreichischen Volkspartei.

Wir haben es schon oft ausgesprochen, und es soll heute und hier in aller Form wiederholt werden: Eine klare und krisenfeste Mehrheit ist und bleibt unser Wahlziel. (Lebhafter Beifall.) Dieses Wahlziel ist das konsequente Ergebnis dreier Faktoren:

1. der Alleinverantwortung unserer Partei seit 1966; wer kann weniger anstreben, als wir derzeit haben?

2. der politischen Erfahrungen, die wir mit ihr gemacht haben, nämlich der Erfahrung, im Besitz dieser Verantwortung den Interessen unseres Volkes besser dienen zu können;

3. der Tatsache, daß wir nur dann Aussicht haben, die Gefahren einer vereinigten Linken zu bannen, wenn die Österreichische Volkspartei ihre Aufgabe als Bollwerk gegen diese

Gefahren in hinreichendem Maße erfüllen kann. Das ist zugleich die Antwort darauf, warum politisch denkende Nichtsozialisten nicht die Freiheitliche Partei wählen können.

Es hat daher auf unserer Seite niemals ein Rätselraten über unser Wahlziel gegeben. Während die Sozialistische Partei ihr Wahlziel zu einem Quizspiel mit ungewissem Ausgang gemacht hat, indem sie je nach der augenblicklichen Lage - das liegt ja Dr. Kreisky ganz besonders - von der Alleinherrschaft oder einer neuen großen Koalition gesprochen hat und außerdem noch durchblicken ließ, daß unter Umständen auch eine kleine Koalition auf ihrem Programm stehen könnte, war es uns von vornherein klar, daß wir um die Erneuerung unseres jetzigen Mandats kämpfen werden!

Wir sind in jüngster Zeit um eine weitere Erfahrung bereichert worden, die uns in unserem Vorhaben, wieder die Alleinverantwortung anzustreben, nur bestärken kann. Ich meine die Vorgänge, die sich in der Bundesrepublik Deutschland in der Wahlnacht vom 28. auf den 29 September 1969 abgespielt haben. Die Art und Weise, wie hier mit dem Wählerwillen umgesprungen wurde, hat ein so angesehenes Blatt wie die "Neue Züricher Zeitung" mit folgenden treffenden Worten charakterisiert:

"Wer in einer Wahl die meisten Stimmen und Parlamentssitze erhält, heißt fortan 'Verlierer'. 'Gewinner' heißt der mit deutlichem Abstand folgende Zweite, besonders wenn und weil sein Resultat erheblich hinter seiner eigenen und allgemeinen Erwartung zurückgeblieben ist. Ein Regierungsbündnis der stärksten Fraktion mit der schwächsten Gruppe heißt

'Koalition der Verlierer', auch wenn es, konkret gesprochen, eine relativ komfortable Basis von 24 Stimmen über der absoluten Mehrheit hätte. Eine Koalition der schwächeren Parteien hingegen, die, wenn's gut geht, knappe sechs Stimmen über die absolute Mehrheit hinaus mobilisieren könnte, war ein Mandat der Wähler für einen Machtwechsel'."

Was in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist, ist Ihnen allen bekannt: Aus den letzten Bundestagswahlen sind die CDU und CSU gegenüber der SPD mit einem Vorsprung von 1,2 Millionen Stimmen hervorgegangen. Aber schon in der Wahlnacht haben die Wähler erfahren, daß nicht die CDU, sondern die SPD die Regierung bilden wird. die dieses Kunststück dadurch zuwege brachte, daß sie sich der geschlagenen, um ein Drittel ihrer Mandate gekommenen FDP als ihres Werkzeuges bediente. Nicht die beiden Großen haben also bestimmt, wer der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird, sondern jene Partei, die bei den Wahlen vom 28. September 1969 eine vernichtende Niederlage hinnehmen mußte.

Aus dieser Tatsache ist eine fundamentale Lehre abzuleiten: daß die Wähler schon mit ihrer Wahlentscheidung so eindeutige Voraussetzungen für die Regierungsbildung schaffen müssen, daß sie hinterher nicht betrogen werden können. Das aber bedeutet, daß sie klare Mehrheitsverhältnisse schaffen müssen!

Wir treten daher nur für die Respektierung elementarer Grundsätze der Demokratie ein, wenn wir die österreichischen Wähler aufrufen, am 1. März 1970 für derartige klare Mehrheitsverhältnisse Sorge zu tragen. Das Mehrheitsprinzip ist ja

jenes Prinzip der Demokratie, ohne dessen Beachtung diese Regierungsform überhaupt nicht funktionsfähig wäre. Natürlich können in einem Parlament Mehrheiten auch durch eine Addition von Parteien zustandekommen. Wenn die Umstände jedoch so liegen, daß zwei große Parteien die überwiegende Mehrheit des Volkes repräsentieren, dann sollte man nicht eine dritte kleine Partei zum Zünglein an der Waage machen, weil man damit eben riskiert, daß diese Partei den Kurs der Regierung bestimmt. (Beifall.)

In einem solchen Fall - und genau mit diesem Fall haben wir es in Österreich zu tun - ist die einzige demokratische Alternative die, eine der beiden Großparteien mit einer hinreichenden Mehrheit auszustatten, weil dann wenigstens die Garantie gegeben ist, daß nach den Wahlen im Sinne einer Mehrheit des Volkes gehandelt wird. Es sind daher fundamentale demokratische Erwägungen, die uns veranlaßt haben, wieder eine handlungsfähige Mehrheit unserer Partei anzustreben.

Meine lieben Parteifreunde! Sie dürfen jetzt an mich freilich zu Recht die Frage richten, warum wir nach den Enttäuschungen der letzten Jahre glauben, diese Mehrheit tatsächlich auch erhalten zu können. Auf diese Frage gebe ich Ihnen eine klare Antwort: Weil wir in der Endauseinandersetzung, die jetzt vor uns liegt, auf das Urteilsvermögen des österreichischen Volkes setzen, das nicht zulassen wird, daß die Realität des politischen Erfolges, auf die diese Regierung hinweisen kann, gegen ein gefährliches Experimentieren der Sozialistischen Partei eingetauscht wird. Damit wird gleichzeitig das entscheidende Faktum der bevorstehenden

Auseinandersetzungen aufgezeigt, die Tatsache nämlich, daß unsere Funktionäre auf dem Hintergrund einer Erfolgssituation in diese Auseinandersetzungen eintreten können.

Es ist nicht so, wie die Sozialistische Partei unserer Bevölkerung weismachen möchte, daß diese Regierung die Bevölkerung womöglich täglich und stündlich um Nachsicht für pausenlose Fehler, Mißerfolge und Unterlassungen bitten müßte. Es ist vielmehr so, daß wir mit einer sehr beachtlichen Leistungsbilanz in die Wahl gehen. Wir richten an die Wähler die Frage, ob sie den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt, den wir seit 1966 erzielt haben, zugunsten einer ungewissen Zukunft aufs Spiel setzen wollen. (Beifall.) Das und nicht die verschiedenen "Denkzettelwahlen" sind die psychologischen Voraussetzungen, unter denen wir zu dem uns bevorstehenden Kampf antreten.

Wir werden dann gewinnen, wenn es uns gelingt, unsere durch Tatsachen erhärtete Überzeugung auf die Wähler zu übertragen. Wir werden aber auch nur dann gewinnen, wenn wir alle, ohne jede Ausnahme, von dieser Überzeugung durchdrungen sind. Es wäre für unsere mittlere Funktionärsschicht von geradezu tödlicher Wirkung, wenn man von ihnen erwartet, daß sie an unser Wahlziel glauben, während gleichzeitig höhere und höchste Mandatare erklären, daß dieses Wahlziel ja doch nicht erreichbar sei! (Lebhafte Zustimmung.)

Die Österreichische Volkspartei hat, wenn man ihre Arbeit seit 1966 auf ihre wesentlichsten Ergebnisse zusammenfaßt, auf vier Leistungen hinzuweisen; auf eine staatspolitische, eine wirtschaftspolitische, eine kulturpolitische und eine sozialpolitische.

Ihre wichtigste staatspolitische Leistung war der vor allem von ihr bewerkstelligte reibungslose Übergang von einer 20jährigen Koalition zum jetzigen Regierungssystem. Sie hat damit gleichzeitig ein Trauma aus der Ersten Republik aus dem Wege geräumt: das Trauma von den politischen Gefahren der Regierung einer einzigen Partei.

Ihre wesentlichste wirtschaftspolitische Leistung ist neben der raschen Überwindung der Rezession von 1966/67 die Anbahnung der Strukturreform der österreichischen Wirtschaft. Diese Leistung ist deswegen von grundlegender Bedeutung, weil Österreich mit dieser Reform gegenüber anderen Staaten bereits in Verzug geraten war und die Gefahr bestand, daß es gegenüber seiner Umwelt endgültig zurückbleiben würde.

Ihre zahlreiche andere Maßnahmen übertreffende kulturpolitische Leistung war die Sicherstellung des Vorranges von Bildung und Unterricht. Er ist heute eine der wesentlichen Grundlagen dafür, daß der Österreicher vor dem Schicksal bewahrt werden kann, zum Hilfsarbeiter Europas zu werden. Denn nur ein entsprechender Ausbildungsgrad unserer Bevölkerung qualifiziert uns, auch weiterhin zu den Industrienationen gezählt zu werden.

Ihre wichtigste sozialpolitische Leistung war einerseits die Behauptung aller sozialen Errungenschaften gegenüber der seinerzeitigen Wirtschaftsrezession und andererseits der Ausbau dieser Errungenschaften mit dem neuen ~~Kultur~~Konjunkaufschwung. Damit ist der Beweis geliefert worden, daß die sozialen Leistungen des Staates bei der Österreichischen Volkspartei in bester Hut sind.

Meine lieben Parteifreunde! Ich muß mich nun mit einer Frage beschäftigen, die ich als die Schicksalsfrage der kommenden Nationalratswahlen bezeichnen möchte. Es ist die Frage, ob, wie heute vielfach behauptet wird, die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei austauschbar geworden seien oder ob es auch heute noch einen wesentlichen Unterschied ausmacht, die Österreichische Volkspartei oder die Sozialistische Partei zu wählen.

Ich möchte diese Frage nicht allein auf der Ebene der Tagespolitik beantworten. Wenn wir etwas tiefer gehen wollen - und damit komme ich gleichzeitig auf unsere künftigen Aufgaben zu sprechen -, dann finden wir, daß wir heute vor einer neuen Phase der Entwicklung unserer Gesellschaft stehen. Es handelt sich dabei um die Entwicklung von der liberalen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts über die Wohlstandsgesellschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Bildungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts, deren Geburtswehen wir heute erleben. Das wesentliche Merkmal der Gesellschaft von morgen, die wir heute vorbereiten müssen, wird die Rolle der Wissenschaft in dieser Gesellschaft sein.

Jetzt erst erfahren wir, daß die Wissenschaft bei der Entsteheung der Industriegesellschaft nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Ihre wirkliche geistige Potenz wird sich vielmehr erst im Rahmen der zweiten industriellen Revolution entfalten, die seit 1945 in Gang gekommen ist und die wir zunächst nur mit der Automatisierung des Produktionsprozesses einhergehen sehen. Die Automation ist jedoch nur eine der Begleiterscheinungen der Bildungsgesellschaft von morgen,

vielleicht sogar ihre oberflächlichste, weil die Wissenschaft in Zukunft noch mit ganz anderen Errungenschaften aufwarten wird.

In diesem Zusammenhang verstehen wir erst so recht die ungeheure Bedeutung jenes Vorranges von Bildung, Unterricht und Forschung, für den wir uns in den vergangenen Jahren eingesetzt haben. Es geht bei diesem Vorrang bei weitem nicht allein darum, unserer Jugend eine bessere Ausbildung zu verschaffen. Es geht letztlich darum, auch Österreich den Anschluß an die Gesellschaft von morgen finden zu lassen, die an anderen Orten bereits mit Riesenschritten ihren Einzug hält.

Es geht im einzelnen darum, unsere bäuerliche Jugend instandzusetzen, die immer weiter fortschreitende Modernisierung der Landwirtschaft zu bewältigen, die jetzt schon mit einem tiefgehenden Strukturwandel der Landwirtschaft verbunden ist. Es geht darum, der Jugend jenes Rüstzeug mitzugeben, das sie in die Lage versetzt, Handwerk, Gewerbe und Handel auf neuen Grundlagen auszuüben.

Es geht darum, die jungen Menschen für die Handhabung moderner Betriebsformen zu schulen, um die österreichische Industrie an die Organisation der Großbetriebe in den fortgeschrittensten Industriestaaten der Welt heranzuführen.

Es geht schließlich darum, der Jugend den Zugang zum wissenschaftlichen Rüstzeug unserer Zeit zu verschaffen, in welcher der Forscher immer mehr zur zentralen Figur der Gesellschaft wird. Das sind die entscheidenden Aufgaben unserer Zeit!

Gleichzeitig haben diese Aufgaben im Raume des Staates eine entscheidende Konsequenz: Die zunehmende Intellekutalisierung der Gesellschaft wird nämlich dazu führen, daß der Staatsbürger ein höheres Maß an Mitbestimmung für sich in Anspruch nehmen wird. Die größeren geistigen Leistungen, die von den Mitgliedern der Gesellschaft auf der wirtschaftlichen Ebene gefordert werden, schlagen sich auf der Ebene des Staates in den Ansprüchen des mündigen Bürgers nieder. Der Aufbruch dieses mündigen Bürgers ist heute im vollen Gange. Wir erleben ihn an den Universitäten, wo die studentische Jugend nicht mehr gewillt ist, aus der Vergangenheit überlieferte autoritäre Formen weiterhin zur Kenntnis zu nehmen. Wir erleben ihn in den Parteien, deren Öffnung für mehr Mitbestimmung der Mitglieder und der breiten Schichte der Funktionäre gefordert wird. Wir erleben ihn in Verbindung mit der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften, für die der Wähler ein höheres Maß an Auswahlmöglichkeiten fordert. Wir erleben ihn in der Wirtschaft, wo seit Jahren der Ruf nach mehr Mitbestimmung erhoben wird. Wir erleben ihn selbst auf den unteren und mittleren Schulstufen, wo früher selbstverständliche Autoritäten in Frage gestellt werden. Wir erleben ihn gerade auch im Raume der Kirche, wo heute auf allen Stufen der Hierarchie ein Ringen um Mitsprache im Gange ist.

So wenig wir jeglicher Autorität den Krieg erklären wollen und einer uferlosen Demokratisierung das Wort reden, hieße es doch eine Grunderscheinung unserer Zeit ignorieren, wollten wir diesen Aufbruch der menschlichen Persönlichkeit ignorieren! Wir haben das schon deswegen nicht notwendig, weil es für uns

keine grundsätzlichen Schwierigkeiten bedeuten kann, der Initiative des Einzelmenschen in Hinkunft größere Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. In Wirklichkeit besteht ja zwischen dem nunmehr heraufziehenden Zeitalter und den Grundsätzen unserer Partei eine innere Affinität, die nur noch in äußere Handlungen umgesetzt werden muß.

Der Sozialismus hingegen, in der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts groß geworden, hat nur auf die Klassengesellschaft eine Antwort zu geben gewußt. Es ist ihm schon nicht mehr gelungen, die Wohlstandsgesellschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ideologisch zu bewältigen. Er hat vielmehr erst im nachhinein an sie Anschluß gefunden, indem er in allen Staaten Europas daran gegangen ist, frühere Fundamentalprinzipien des Marxismus über Bord zu werfen. Der Aufbau dieser Wohlstandsgesellschaft von Sizilien bis Schleswig-Holstein und von Paris bis Wien war vor allem ein Werk der christlich-demokratischen Parteien. Sie haben nicht nur die Trümmer des zweiten Weltkrieges weggeräumt, sondern mit der sozialen Marktwirtschaft auch ein wirtschaftliches System aufgebaut, durch das in ganz Westeuropa binnen weniger Jahre der Begriff des Proletariats ad absurdum geführt werden konnte. Wir hatten es beim Aufbau dieses Systems keineswegs notwendig, wie von sozialistischer Seite immer wieder behauptet wird, Anleihen bei der Idee der Planwirtschaft zu machen, weil schon das von uns vertretene Subsidiaritätsprinzip den Gedanken in sich schließt, daß der Staat überall dort - aber auch nur dort! - einzugreifen hat, wo die Möglichkeiten der anderen Gemeinschaften erschöpft sind.

Wir sind freilich niemals soweit gegangen, uns an der Privatinitiative zu vergreifen, die schon in den vergangenen Jahren die wesentliche Antriebskraft der allmählich entstandenen Wohlstandsgesellschaft bildete und die in Zukunft erst recht nicht entbehrt werden kann. Der vor uns liegende Strukturwandel der österreichischen Volkswirtschaft kann ohne die Initiative der Bauern, der Gewerbetreibenden, der Industriellen, der freien Berufe, vor allem aber ohne das Mitgehen der Arbeiter und Angestellten nicht bewältigt werden. Nicht mit einem stummen und abgestumpften Heer von Sozialuntertanen werden wir den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein, sondern nur durch die Bereitschaft von Millionen mündiger Bürger, im Interesse des Staatsganzen und der gesamten Wirtschaft mitzudenken und mitzuverantworten. (Lebhafter Beifall.)

Wie aber steht es nun unter den sozialistischen Parteien, die beim Aufbau der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaft nur sehr am Rande eine Rolle gespielt haben, mit der Sozialistischen Partei selbst? Wie steht es mit ihrer politischen Orientierung in dieser Gegenwart? Ihr Weg von 1966 bis heute kann so umschrieben werden, daß es der Weg von der Akzeptierung der kommunistischen Wahlhilfe im Jahre 1966 zu einer heute völlig gegenstandslosen Distanzierung Dr. Kreiskys gegenüber den österreichischen Kommunisten ist. Wozu sich von etwas distanzieren, was politisch vollkommen bedeutungslos ist? Im Jahre 1966 hätte diese Distanzierung noch einen Sinn gehabt, heute nicht mehr! Ich stelle fest, daß sich die Sozialistische Partei erst in dem Augenblick von den Kommunisten zu distanzieren begonnen hatte, als für sie keine

Gefahr mehr bestand, durch eine solche Distanzierung auch nur eine einzige kommunistische Stimme zu verlieren! (Lebhafte Zustimmung.) Die Beteuerungen, die Dr. Kreisky jetzt auf dem laufenden Band abgibt, die Sozialistische Partei habe mit den Kommunisten nichts zu tun, haben daher nur noch den Wert einer politischen Leerformel!

Wohl aber ist es für die geistige Situation der Sozialistischen Partei äußerst bezeichnend, daß sie unter den sozialistischen Parteien Westeuropas die einzige war, die noch im Jahre 1966 eine Wahlhilfe der Kommunisten angenommen hat. Diese Tatsache beweist nichts anderes, als daß die Sozialistische Partei noch bis in die jüngste Zeit am äußersten linken Flügel des demokratischen Sozialismus stand. So ist es denn auch kein Wunder, daß der neue Parteivorsitzende seit 1967 in erster Linie damit beschäftigt war, den ideologischen Nachholbedarf seiner Partei zu befriedigen. Wenn man näher hinsieht und sich fragt, welche neuen Ideen in den letzten drei Jahren in der Sozialistischen Partei geboren wurden, dann entdeckt man nämlich nur allzu bald, daß das gar keine neuen Ideen der Sozialisten sind, sondern Gedanken und Einrichtungen, die durch die Bank von der Österreichischen Volkspartei übernommen wurden! Die Sozialistische Partei hat unter der Anleitung ihres Zentralsekretärs Gratz unsere "Aktion 20" kopiert, indem sie seit neuestem ebenfalls von dem Bündnis zwischen Politik und Wissenschaft spricht. Sie hat in propagandistischer Hinsicht von uns die Grundgedanken der "Orientierung 70" entlehnt, indem auch sie heute das Gespräch von Mann zu Mann pflegt.

Sie hat einen Teil - allerdings nur einen Teil! - unserer Gedanken zur Demokratiereform übernommen, weil auch ihr allmählich dämmert, daß man heute nicht mehr beim Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts stehenbleiben kann.

Sie hat, nachdem man im Ostblock längst daraufgekommen ist, daß die Wirtschaft ohne das Eigeninteresse der Menschen nicht in Schwung kommen kann, endlich auch die Privatinitiative entdeckt, die uns Jahre hindurch die Beschimpfung als Kapitalisten eingetragen hat.

Und sie hat schließlich und endlich davon Abstand genommen, die Kirchen weiterhin als Verdummungsanstalten hinzustellen. - Welch gewaltiger Fortschritt!

Haben wir es aber deswegen heute mit einer neuen Sozialistischen Partei zu tun, mit einer Sozialistischen Partei, die man ohneweiters mit der Österreichischen Volkspartei vertauschen kann? Wer sich aus der jüngsten Zeit nur daran erinnert, mit welcher Vehemenz die Sozialistische Partei für die Schaffung des doppelten Eigentumsbegriffes eingetreten ist, indem sie dem nicht privilegierten Privateigentum ein privilegiertes Staatseigentum gegenüberstellen wollte, der wird einer solchen Schlußfolgerung nur mit äußerster Skepsis begegnen können.

Wer sich ferner vor Augen hält, daß das sozialistische "Wiener Programm", dem im Jahre 1958 auch ein Herr Hindels seine Zustimmung geben konnte, in der Sozialistischen Partei nach wie vor unbestritten ist, wer schließlich erst vor wenigen Tagen in der "Arbeiter-Zeitung" gelesen hat, was Doktor Pittermann anläßlich des 75jährigen Bestehens der Sozialistische

Jugend gesagt hat - ich zitiere jetzt auszugsweise wörtlich -: "Wenn uns heute auch noch im persönlichen wie im politischen Alltag die Lüge umnachtet, die junge Garde des Proletariats von einst soll im Geiste ihrer Pioniere an der Erfüllung des sozialistischen Programms weiterarbeiten, fest in der Überzeugung, einig in der Aktion zum Sieg des Sozialismus", dem muß sich notwendigerweise der Verdacht aufdrängen, daß Dr. Kreisky bei allen seinen Neuerungen eher an eine taktische Schwenkung als an eine grundsätzliche Neuorientierung seiner Partei gedacht hat.

Aber selbst wenn man das alles mit leichter Hand wegwischen und anerkennen würde, daß die Sozialistische Partei in den letzten drei Jahren sich wenigstens bemüht habe, den Notwendigkeiten unserer Zeit Rechnung zu tragen, bliebe immer noch die Frage zu beantworten, ob sie sich in hinreichendem Maße umgestellt hat, um den Notwendigkeiten der Zukunft gewachsen zu sein. Hier aber stößt man auf die grundlegende Tatsache, daß starke Kräfte in der Sozialistischen Partei nach wie vor wollen, daß ihre Partei auch in der Zukunft programmatisch eine sozialistische Partei bleiben soll! Die Sozialistische Partei hat bisher nicht zur Kenntnis genommen, daß die Zukunft von ganz anderen Kräften bewegt wird als jenen, auf die sie von Anfang an ihre Hoffnungen setzte. Sie hat nicht zur Kenntnis genommen, daß es heute keineswegs mehr nur auf den Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit ankommt, sondern weit wesentlicher auf die Mobilisierung der geistigen Kräfte der Gesellschaft. Sie hat nicht zur Kenntnis genommen, daß die Eigentumsfrage gar nicht mehr die

entscheidende Frage ist, weil die Leistungskraft der Wirtschaft in Zukunft mehr denn je von einem modernen Management abhängen wird. Sie hat nicht zur Kenntnis genommen, daß es nicht das Kollektiv ist, das der Mensch von heute ersehnt, sondern die Möglichkeit, seine Fähigkeiten in Freiheit entfalten zu können. Sie hat nicht zur Kenntnis genommen, daß es nicht mehr darum geht, die arbeitenden Schichten hinter der Fahne der Neidgenossenschaft zu versammeln, daß es vielmehr unsere Aufgabe ist, für die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen einen Modus vivendi zu finden.

Damit aber bleibt die Sozialistische Partei auch heute noch weit hinter einer Zeit zurück, die längst mit anderen Maßstäben als jenen des Sozialismus gemessen werden will.

Meine Damen und Herren! Es wird daher am 1. März 1970 nicht einerlei sein, welcher Partei der Wähler seine Stimme gibt. Es wird um der Zukunft willen schon deshalb nicht einerlei sein, weil durch Versäumnisse der letzten Koalitionsjahre gegenüber anderen Staaten ein Zurückbleiben in Kauf genommen werden mußte, das zwar seit 1966 zum Teil aufgeholt, aber noch lange nicht in einen gesicherten Fortschritt umgewandelt werden konnte. Es wird ferner um der Freiheit willen nicht einerlei sein, welcher Partei der Wähler seine Stimme gibt, weil sich die Freiheit nicht darin erschöpft, alle vier Jahre seine Stimme abgeben zu können, sondern weil es darauf ankommt, ob sich der Mensch in der Gesellschaft und in der Wirtschaft frei fühlen kann. Es wird aber vor allem um des Menschen willen nicht einerlei sein, der am 1. März 1970 entweder eine große Zukunft an sich reißen oder die Gefahr

wählen kann, diese Zukunft auf lange hinaus zu verspielen. Vergessen wir nicht: Kleine Staaten sind heute schon von Haus aus der Gefahr ausgesetzt, den Anschluß an die mit großen Schritten vorwärtsschreitende technische Entwicklung zu verlieren. Sie sind es erst recht, wenn sie sich auch noch den Luxus einer politischen Fehlentscheidung leisten.

Was aber berechtigt uns - auch diese Frage soll hier deutlich gestellt werden - nach den schweren Belastungen, die wir hinter uns haben, zu der Behauptung, daß wir auch den Aufgaben der Zukunft gewachsen sein werden? Meine lieben Parteifreunde! Eine Partei ist in jenem Maße jung, in welchem sie es versteht, sich immer wieder zu erneuern. Sie ist nicht zuletzt so jung, wie es ihre Funktionäre, Mandatare und Mitarbeiter sind. In diesem Saal sitzen heute die Kandidaten fast aller Bundesländer für den künftigen Nationalrat. Ihr Durchschnittsalter liegt gemäß unseren Bemühungen in den letzten Jahren, jungen Menschen erhöhte Chancen einzuräumen, weit unter jenem der Mitglieder der jetzigen ÖVP-Fraktion im Nationalrat, das heißt, daß wir unser Versprechen an die junge Generation dieses Landes, sie in erhöhtem Maße für politische Aufgaben einzusetzen, schon jetzt erfüllt haben. Damit haben wir gegenüber dem ersten Schritt, der Herabsetzung des Wahlalters, auch schon den zweiten Schritt auf dem Wege getan, mehr Jugend in die gesetzgebenden Körperschaften zu bringen. Diese jungen Menschen sind, wenn man uns fragt, die Garanten für die Erfüllung der neuen Aufgaben, die in den siebziger Jahren vor uns liegen: sie sind die junge Österreichische Volkspartei, die diese Aufgaben lösen wird!

Meine lieben Parteifreunde! Am 1. März 1970 geht es um eine grundlegende und grundsätzliche Entscheidung. Unsere Aufgabe in den kommenden Wochen und Monaten wird es sein, diese Entscheidung dem Wähler so klar vor Augen zu führen, daß die Vernebelungsversuche der Sozialistischen Partei an dieser Klarheit wirkungslos abprallen. (Lebhafter Beifall.) Im einzelnen geht es dabei um drei Aufgaben:

1. um eine intensive Aufklärung über die Leistungen der Österreichischen Volkspartei seit 1966, und zwar nicht deswegen, weil wir uns dieser Leistungen rühmen wollen, sondern um den Wählern klarzumachen, welche Partei in den letzten vier Jahren für Österreich gearbeitet hat und welche Parteien nur dabeigestanden sind, um zuzusehen, wie wir das österreichische Staatsschiff wieder flottgemacht haben. (Neuerlicher Beifall.) Österreich muß wissen, wer schon in der Vergangenheit den Befähigungsnachweis für die Lösung künftiger Aufgaben erbracht hat.

2. Hand in Hand mit dieser Aufgabe muß die Popularisierung unseres Programms für die siebziger Jahre gehen. Es ist nicht ein Programm, das nur für die nächste Legislaturperiode gilt. Eine moderne Partei muß heute in längeren Zeiträumen denken. Es ist kein utopisches Programm wie die diversen Programme der Sozialistischen Partei, in denen mit keinem Sterbenswörtchen verraten wird, um welchen Preis sie verwirklicht werden können. Unser Programm ist ein realistisches Programm, das bei allem politischem Ehrgeiz, von dem es getragen ist, auch die Möglichkeiten unseres Landes nicht außer acht läßt. Es ist vor allem ein Programm, das unseren Anspruch dokumentiert, die Zukunft Österreichs zu gestalten.

3. Die letzte Aufgabe ist schließlich die, den Wählern zum Bewußtsein zu bringen, daß Österreich am 1. März nichts Schlimmeres als eine unklare Entscheidung widerfahren kann. Eine unklare Entscheidung wäre in Wirklichkeit gar keine Entscheidung, weil die Wähler erst hinterher erfahren würden, daß nicht sie selbst am Wahltag entschieden haben, sondern andere Faktoren nach dem Wahltag! Das heißt also klipp und klar: Die Entscheidung am 1. März 1970 fällt ausschließlich zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei. Die Alternative liegt klar auf der Hand: Jede Stimme für die Sozialistische Partei bedeutet eine Stimme für die mögliche Ingangsetzung eines politischen Experiments, dessen Ausgang nach allem, was uns die Sozialistische Partei in den letzten Jahren an Bocksprüngen vorexerziert hat, als völlig ungewiß bezeichnet werden muß; jede Stimme für die Österreichische Volkspartei ist eine Stimme für jene Partei, die in Österreich seit 1945 die größte Verantwortung getragen und im Jahre 1966 den Mut gehabt hat, in einer sehr, sehr schwierigen Situation die Alleinverantwortung auf sich zu nehmen. Es ist aber auch eine Stimme für jene Partei, die eine klare Vorstellung von der Zukunft unseres Landes hat und bereit ist, für die Erringung dieser Zukunft die besten Kräfte zu mobilisieren!

Das sind die Alternativen, mit denen wir vor die Wähler des kommenden Jahres treten werden. Die Entscheidung kann nicht schwerfallen:

entweder für die Österreichische Volkspartei als die Partei für Fortschritt und Sicherheit oder für die

Sozialistische Partei als die Partei der vielen kostspieligen Programme;

für die Österreichische Volkspartei als die Partei, die 1966 den Mut gehabt hat, sich einer schwierigen wirtschaftlichen Situation zu stellen, oder für die Sozialistische Partei, die mit ihrer Absage an eine weitere Zusammenarbeit vor dieser Situation kapitulierte;

für die Österreichische Volkspartei als die Partei, für die immer die Staatspolitik vor der Parteipolitik rangierte - auch auf die Gefahr hin, daß dies parteipolitisch Nachteile mit sich brachte -, oder für die Sozialistische Partei, die letzten Endes immer wieder auf den parteipolitischen Vorteil bedacht war;

für die Österreichische Volkspartei, die seit 1966 auf den verschiedensten Gebieten politisches Neuland betreten hat, oder für die Sozialistische Partei, die nur mit leeren Versprechungen aufzuwarten hat;

für die Österreichische Volkspartei, die den Wert des Schillings durch alle Stürme der letzten Jahre hindurch bewahrt hat, oder für die Sozialistische Partei, die bis jetzt jede Auskunft darüber verweigerte, auf welche Weise sie ihre diversen Wahlversprechungen finanzieren will;

für die Österreichische Volkspartei, die ihr Programm für die siebziger Jahre auf das feste Fundament erbrachter Leistungen stellte, oder für die Sozialistische Partei, die mit ihren Potemkischen Dörfern hausieren geht, aber niemandem garantieren kann, daß diese Luftschlösser jemals Wirklichkeit werden.

Und schließlich: entweder für die Österreichische Volkspartei als die Partei, die mit der Zukunft im Bunde ist, oder für die Sozialistische Partei, die auch heute noch nicht die Eierschalen ihrer marxistischen Vergangenheit abgelegt hat.

Gestatten Sie mir zum Schluß auch noch eine persönliche Bemerkung: Jeder Politiker, der so wie ich durch mehr als eineinhalb Jahrzehnte im politischen Leben steht, läuft Gefahr, daß er sich zu einer Klischeevorstellung entwickelt. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß ich als Generalsekretär einer Partei, die die volle Regierungsverantwortung zu tragen und die volle Regierungsarbeit zu leisten hat, und als Obmann eines Parlamentsklubs, der nur dank eiserner Disziplin vier Jahre lang dieser Regierung die Unterstützung einer zwar knappen, aber ausreichenden Mehrheit bieten konnte, geradezu prädestiniert bin, mißverstanden zu werden als einer, der die Auseinandersetzung nur um der Auseinandersetzung willen oder die Disziplin nur um der Disziplin willen in der Rangordnung der Werte einstuft. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich dem mit aller Entschiedenheit und leidenschaftlich widerspreche. Wir haben die Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern nie künstlich gesucht. Wir haben sie aber mannhaft durchgestanden, wenn unser politischer Gegner diese Auseinandersetzung wollte. (Lebhafter Beifall.) Vor der Disziplin, die wir bewahrten und bewahren mußten, stand immer die lange und lebhafte Diskussion als Voraussetzung für die Klärung des gemeinsamen Standpunktes.

Das alles aber war immer nur ein Mittel zu dem einen Zweck: den Wählerauftrag, den wir am 6. März 1966 bekommen haben, über unsere parlamentarische Mehrheit und die von uns

gebildete Regierung in Taten für das ganze österreichische Volk umzusetzen.

Wenn Millionen von Konsumenten in den letzten vier Jahren allen Änderungen des Preisgefüges zum Trotz und unbeschadet einer da und dort unpopulären steuerlichen Maßnahme nachweisbar mehr anschaffen konnten als in allen Gesetzgebungsperioden vor 1966,

wenn Millionen von Arbeitnehmern, von den saisonüblichen Schwankungen abgesehen, nicht erst jetzt in der Hochkonjunktur, sondern auch in den Jahren der Konjunkturflaute frei von Sorgen um ihren Arbeitsplatz waren,

wenn weit über 1 Million Pensionisten und Rentner nicht nur dank höherer Beitragsleistungen der Erwerbstätigen und der Unternehmer, sondern auch dank höherer Zuschußleistungen des Staates am steigenden Lebensstandard Anteil haben konnte,

wenn in gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben in den letzten Jahren neue und moderne Produktionsmittel angeschafft und damit die Produktivität in allen Bereichen unserer Wirtschaft gesteigert werden konnte,

wenn das seinerzeitige Traumziel von 50.000 Wohnungen pro Jahr nicht nur erreicht, sondern überschritten werden konnte und die öffentliche Wohnbauförderung nach dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit auf Einkommens- und Familiengröße abgestellt werden konnte,

dann, meine lieben Parteifreunde, sind das doch sichtbare und unwiderlegliche Ergebnisse einer Politik, wie sie eine Volkspartei, die durch das Volk gewählt wurde, mit der

Leistung des ganzen Volkes für das ganze Volk vollbracht hat! (Lebhafter Beifall.)

Fortschritt und Sicherheit: In diesem Zeichen gehen wir in die große Auseinandersetzung, vertrauend darauf, daß unser Volk letzten Endes den Fleiß und den guten Willen anerkennen wird, den wir in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, hoffend aber auch darauf, daß die Österreicher uns den Mut und die Kraft zutrauen, mit denen wir die siebziger Jahre gestalten wollen.

Nicht darauf kommt es an, ob wir einen großen Leistungsbericht vorzulegen imstande sind, und es ist auch nicht das Letztentscheidende, ob wir ein überzeugendes Programm für die Zukunft vorlegen. Beides ist wichtig. Letzten Endes ist aber entscheidend - und danach werden wir beurteilt werden -, ob man uns zutraut, ob man uns für fähig und entschlossen hält, daß wir das österreichische Staatsschiff auch in Zukunft durch alle Klippen sicher hindurchsteuern, wie uns das von 1966 bis zum heutigen Tag gelungen ist: Wenn die österreichische Bevölkerung uns danach beurteilt, dann werden wir am 1. März 1970 nicht als zu leicht befunden werden. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Doktor Schleinzer: Hoher Bundesparteitag! Ich darf dem Herrn Generalsekretär für seinen Bericht herzlichst danken. Ich glaube, aber auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich ihm zugleich auch für die Arbeit danke, die er in all diesen Jahren geleistet hat. (Lebhafter Beifall.) Ich meine damit nicht nur seine Arbeit als Generalsekretär unserer Partei und als Vizekanzler dieser Regierung, sondern insbesondere auch als Obmann des ÖVP-Klubs, den er in schwierigen Zeiten souverän und kraftvoll geleitet hat. (Neuerlicher Beifall.) Ich glaube, meine Damen und Herren, Herr Generalsekretär Doktor Withalm hat sich mit dieser innerparteilichen Koordination und mit der Ausübung dieser drei Funktionen ein bleibendes Verdienst erworben. Er hat nicht nur Unersetzliches, sondern er hat nahezu übermenschliche Arbeit geleistet. (Lebhafter Beifall.) Lassen Sie mich aber noch eines kurz hinzufügen. Er ist zugleich auch der Vertreter eines politischen Stils, der sich davon leiten läßt, daß verantwortungsbewußtes politisches Handeln nicht einfach gleichbedeutend sein kann mit der Bereitschaft, alle Wünsche zu erfüllen, die an die Regierung herangetragen werden. Er ist der Vertreter eines Stils zukunftsgerechter Entscheidungen, aber auch des notwendigen Mutes, da und dort Opfer zu verlangen, wenn es im Interesse der Sicherung der Zukunft erforderlich ist. Ich denke etwa an das Katastrophenfondsgesetz, das er in seinem Referat selbst erwähnt hat.

Generalsekretär Dr. Withalm ist ein maßgeblicher Repräsentant unserer Partei in einer Zeit, von der wir sagen dürfen,

daß wir in diesen Jahren mehr und bessere Arbeit geleistet haben, als dies unter den Verhältnissen früherer Jahre möglich war. (Lebhafte Zustimmung.) Und dafür, Herr Generalsekretär, danken wir dir, und wir wünschen dir sehr viel Kraft für die Aufgabe, die vor dir und die vor uns gemeinsam liegt.

Damit kommen wir zu

12. Diskussion und Beschlußfassung.

Wir treten in die Diskussion ein. Zum Wort gemeldet ist der Präsident des Nationalrates Dr. Maleta.

Präsident Dr. Alfred M a l e t a : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Bitte wollen Sie jetzt nicht erschrecken und glauben, daß nach einem altüberkommenen byzantinischen Zeremoniell nun die Parteispitzen eine nach der anderen reden. Ich spreche jetzt nicht als Bundesobmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes, denn was, liebe Freunde, sollte ich jetzt sagen, was ich nicht schon längst bei verschiedenen Gelegenheiten, etwa letzthin bei der Bundeskonferenz, gesagt habe: etwas über die Erfolge des AAB, etwas über die Wichtigkeit des AAB oder etwas zur Widerlegung der falschen Beschuldigungen seitens der Sozialisten? Nein, liebe Freunde, ich spreche jetzt als einfacher Delegierter. Ich habe mir, wie ich vorhin die Rede gehört habe, einige Notizen gemacht und glaube, daß wir doch auch etwas über das Hintergründige des Zeitgeschehens sagen müssen, vor dem sich das Vordergründige, das Reformgeschehen, abzeichnet.

Man spricht heute sehr viel von Demokratiereform. Aber wir müssen uns in Erinnerung rufen, daß Demokratie ein formalrechtlicher Mechanismus ist, ein Kompendium von Spielregeln, daß für die Frage, ob in einem Staat eine Krise oder keine Krise herrscht, nicht das vordergründige Spiel der einzelnen Bestimmungen und Normen maßgebend ist, sondern das hintergründige Geschehen im gesellschaftspolitischen und geistigen Prozeß der Zeit.

Vor vielen, vielen Jahren habe ich auf einer Semmeringtagung als Generalsekretär eine Zukunftsvision ausgesprochen. Ich erinnere daran, daß damals noch wenig Kritik an der Politik und an den Politikern geübt wurde, daß die Versammlungen

friedlich verliefen, daß die Diskussionen ruhig waren und daß es damals noch keine Revolte der Jugend und auch keine Neue Linke gegeben hat. Das war kein Verdienst irgendeiner Parteiführung, es war der Ausfluß eines geistigen Prozesses über den Sie mich jetzt zwei, drei Sätze sagen lassen wollen.

Eine Krise der Demokratie hat es in der Ersten Republik deshalb gegeben, weil die einzelnen Parteien in sich jede eigentlich ein vollendetes, geschlossenes, sich widersprechendes gesellschaftspolitisches Bild vertreten haben. Daran und nur daran ist die demokratische Staatsform zerbrochen.

Nach 1945 hatten wir keine Krise der Demokratie, weil damals, nach der Befreiung aus der totalitären Diktatur, jeder glücklich darüber war, frei atmen zu können, glücklich darüber, daß es eine freie Luft zur Diskussion gab, daß wir nach unseren eigenen Meinungen unseren Staat aufbauen und einrichten konnten.

Dann sind die Jahrzehnte dahingegangen, und wann immer man in eine Diskussion mit der Jugend tritt, hört man das Wort von der Malaise der Zeit, vom Unbehagen an der Zeit. Wir Älteren haben in Erinnerung, daß man früher von einer Malaise dann gesprochen hat, wenn es Not, Arbeitslosigkeit gegeben hat, wenn der Kampf ums Dasein geführt wurde. Heute müssen wir aber feststellen, daß die Malaise offensichtlich doch ein geistiger Prozeß ist, daß wir den tiefen Sinn erfassen müssen.

Wenn wir eine junge Partei sein wollen und wir ein Programm für die siebziger Jahre gestalten wollen, dann müssen wir in die Hintergründe hineinleuchten, aber dann müssen wir auch den Mut haben, der jungen Generation zu sagen: Liebe Freunde! In der Tschechoslowakei hat es auch eine Malaise, ein Unbehagen gegeben. Dieses Unbehagen hat zur Revolte geführt, hat dazu geführt, daß sich ein Jan Palach mit Benzin übergossen und angezündet hat, eine Freiheitsfackel entzündete und dadurch ein Märtyrer seines Volkes wurde, ja daß er in der gesamten freien Welt als Märtyrer angesehen wurde.

Um jetzt den richtigen Vergleich zu finden, frage ich Sie, ob man, wenn sich heute ein Kritiker an der Malaise unserer

Zustände mit Benzin übergießen und anzünden würde, ihn als Märtyrer oder Freiheitshelden empfinden würde. - Es würde vielmehr ein Kopfschütteln geben, und man würde die Frage stellen, ob er eigentlich noch alle Tassen im Schrank hat.

Liebe Freunde! Es gibt unter bejahrten Journalisten viele Kritiker an den Politikern; so wie es unter den Autos Oldtimers gibt, findet man auch unter diesen Kritikern Oldtimers! (Heiterkeit.)

Ich sage Ihnen, daß wir vor ganz anderen Problemen stehen werden. Ich frage Sie zum Beispiel: Wie werden wir dieses geistige Unbehagen bewältigen? Wir werden uns in einer Diskussion auseinandersetzen müssen, aber wir werden in der Diskussion Autorität zeigen müssen. Ich bin davon überzeugt, daß wir die Jugend dann mitreißen können, wenn sie das Gefühl hat, daß wir es aufrichtig und ehrlich meinen, daß wir aber dort nein sagen, wo wir auf Grund unserer Erfahrung, unseres Wissens, unseres Kampfes, unserer Einsatzbereitschaft in der Vergangenheit sagen können, daß wir recht haben. Ich bin davon überzeugt, daß uns ein großer Teil der Jugend mit Fanatismus und Begeisterung folgen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich prophezeie Ihnen eine andere Krise der Demokratie. Wenn wir heute nach Schweden schauen, so wissen wir, daß es dort den perfekten sozialen Wohlstandsstaat gibt. Auf Grund des Machtwechsels in Schweden erhebt sich im Zusammenhang mit den neuen sozialistischen Ministerpräsidenten Palme die Diskussion, ob man nicht noch mehr für den sozialen Wohlstand machen solle. Dort erhebt sich die Diskussion, ob man verstaatlichen, höhere Steuern einheben soll. Ich frage Sie jetzt folgendes: Es gäbe auch dann, wenn man dort verstaatlichen würde, Generaldirektoren, Prokuristen und Abteilungsleiter, Be-

triebsräte, Kollektivverträge und Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern. Aber ob damit die Malaise der Zeit überwunden ist, ob die Jugend dann 14 Tage später auf einmal ein neues Selbstbewußtsein findet, ob dann nicht mehr von der Langeweile - "Mir ist so fad, mir ist so langweilig!" - gesprochen wird, das, liebe Freunde, bezweifle ich. Und damit prophezeie ich Ihnen eine echte geistige Auseinandersetzung, daß wir mit unseren Programmen, mit unseren Rezepten wohl das tun müssen, was in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht notwendig ist, aber daß wir den geistigen Hintergrund nicht übersehen dürfen, dieses innere Finden, dieses Finden einer Anteilnahme der Jugend am Geschehen unseres Volkes. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich bin für alle Reformvorschläge. Ich habe nichts gegen den Ombudsman, aber ich frage Sie: Glauben Sie, daß dann, wenn wir einen pensionierten niedrigen Sektionschef zum Ombudsman wählen werden, das Unbehagen, die Malaise, die Kritik an der Demokratie überwunden sein wird? Glauben Sie, daß dann, wenn wir die Parteien in der Verfassung festlegen - ich bin nicht dagegen, ich bin dafür -, allein damit die Malaise überwunden wird?

Ich sage Ihnen, liebe Freunde: Wir stehen vor einer geistigen Entwicklung, und wenn unsere Partei jung sein will, wenn unsere nichtsozialistischen Parteien in Europa jung sein wollen, dann werden sie sich mit den letzten geistigen Ursachen auseinandersetzen müssen, die in der Welt bestehen, vor denen wir uns in einem Individualisierungsprozeß seit Jahrhunderten befinden, der uns heute mit der letzten Entwicklungsstufe, mit anarchistischem Gedankengut, konfrontieren wird.

Wir werden zwar die Aufgabe haben, diese Gesellschafts-

ordnung zu reformieren, sie als die günstigste zu gestalten, aber wir werden vor allem die Aufgabe haben, der Jugend zu beweisen, daß sie die Freiheit nichts aufs Spiel setzen darf, daß sie diese Gesellschaft nichts aufs Spiel setzen darf, daß unser materieller Wohlstand zugrunde gehen würde, wenn das geistige Fundament des Staates und der freien Gesellschaft zerbrechen würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe mir unlängst eine Diskussion im Fernsehen angesehen. Es ging darum, ob unsere jungen Männer eine Dienstzeit von neun Monaten oder eine solche von sechs Monaten absolvieren sollen. Parteifreunde! Das ist doch nicht das Problem! Das Problem besteht doch darin, ob die Jugend bereit ist, diesen Staat zu verteidigen. Es geht nicht um neun oder sechs Monate, sondern vielmehr darum, ob sie überhaupt zur Verteidigung bereit ist. Das, liebe Freunde, ist die Verantwortung, die uns Älteren aufgebürdet ist. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Ich habe in der Diskussion einen jugendlichen Redner gehört, der gegen die Kleinstaaterei war und für ein vereintes Europa eintrat. Ich bin mit 16 Jahren der Paneuropabewegung des Coudenhove-Kalergi aus Begeisterung beigetreten. Wir müssen jedoch dieser Jugend sagen: Na, viel Vergnügen, die werden sofort parieren, wenn der Benjamin Österreich kommt! - Man muß dieser Jugend sagen: Europa ist ein Schachbrett des Machtkampfes zwischen den Weltblöcken. Hier geht es doch um ganz große Auseinandersetzungen. Da hat auch England an die Tür geklopft und ist noch immer nicht in die EWG aufgenommen worden. Doch manche Jugendliche glauben: Die Bundesregierung braucht nur anzuklopfen, und man wird

sagen: Habe die Ehre, liebes großes Österreich, wir gründen die "Vereinigten Staaten von Europa". - Wir müssen der Jugend sagen: Jawohl, wir wollen euren Idealismus, und die Wurzel eures Idealismus ist richtig, diese unterstreichen und bejahen wir. - Aber wir müssen sie in der Diskussion auch auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen und ihr auch sagen, daß wir vor den Schwierigkeiten nicht kapitulieren, sondern sie überwinden wollen, so wie wir die Schwierigkeiten 1945 überwunden haben und nach einem zehnjährigen Kampf um die Freiheit als einziger Staat in der Welt, der von westlichen und östlichen Truppen besetzt war, die Einheit und Freiheit unseres Landes für uns, unsere Kinder und unsere Kindeskinder erworben haben. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Nach diesem Exkurs in den geistigen Bereich, liebe junge Freunde, ein Wort zur Tagespolitik: Von diesem Bundesparteitag - hier möchte ich ein Wort variieren; da kenne ich keine Bünde - muß der Impuls ausgehen, daß wir den 1. März gewinnen wollen. (Beifall.) Wir werden ihn dann gewinnen, wenn wir uns in einer geschmeidigen Taktik auch dessen bewußt sind, daß wir uns nach dem 1.März mit einer Sozialistischen Partei werden auseinandersetzen müssen, die es uns nicht ersparen wird - seien Sie dessen versichert, das gebe ich Ihnen heute mit Brief und Siegel zu wissen -: Sie werden die kleine Koalition als Rute in die Auslage stellen, zumindest als Rute, wenn nicht dort auch Kräfte sind, die die kleine Linkskoalition wollen.

Wir müssen unserem Vdk sagen: Es geht darum, ob es einen ÖVP- oder einen sozialistischen Kanzler geben soll, und du, Wähler Volk, gib uns eine solche entscheidende Mehrheit, daß wir nachher die taktische Bewegungsfreiheit haben zu

verhandeln, was uns aber nicht von der Aufgabe entbinden wird, dann taktisch und elastisch und klug zu verhandeln und das in die Scheune zu bringen, was wir als für unser Vaterland, für Österreich, richtig und notwendig erachten. Wir glauben, dieses Österreich braucht so wie in den letzten 25 Jahren auch in Zukunft eine von der ÖVP gesteuerte Bundesregierung. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin W e n z l (die Leitung der Verhandlungen übernehmend): Hoher Bundesparteitag! Als einer der von Ihnen in das Tagungspräsidium gewählten Landesparteiobmänner habe ich nach dem Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer den Vorsitz übernommen.

Ich danke sehr herzlich unserem Herrn Nationalratspräsidenten für seine sehr bedeutungsvollen Diskussionsausführungen. Ich bitte die weiteren zur Diskussion gemeldeten Parteifreunde, sich an die beschlossene Geschäftsordnung zu erinnern. Ich erteile als nächstem zum Wort Gemeldeten dem Parteifreund Erich Fidesser aus dem Bezirk Hollabrunn in Niederösterreich als Vertreter der Jungen Generation in der ÖVP das Wort.

Erich F i d e s s e r (Junge Generation in der ÖVP): Sehr geehrte Parteifreunde! Ich möchte anschließen an einige Gedanken des Herrn Generalsekretärs und Ihre Aufmerksamkeit auf eine Ebene lenken, die bei den Demokratiegesprächen der letzten Zeit etwas vernachlässigt wurde: Es ist die Demokratiereform innerhalb unserer großen Österreichischen Volkspartei selber. Ich komme darauf zu sprechen, weil ich mich einerseits des Eindruckes nicht erwehren kann, daß das Ausklammern der Partei aus diesen Überlegungen ganz bewußt geschehen ist, aber auch deswegen, weil ich wohl dafür bin, daß wir, um dem Unbehagen mit der jetzigen Demokratie abzuhelfen, sehr viele neue Gedanken erfinden und auch gezielte Experimente anstellen sollen, wobei aber sogar ich als junger Mensch dagegen wäre, um jeden Preis einschneidende Änderungen herbeizuführen, nur um modern zu erscheinen, ohne daß auf breiter Basis die Auswirkungen überlegt und erprobt wurden. Das kommt mir vor, wie wenn ein Arzt bei Magenschmerzen jemandem zu einer Operation raten würde, ohne zu wissen, wo genau das Messer anzusetzen ist und ohne auch zu wissen, ob der Patient die Operation auch überstehen wird.

Das Statut unserer Partei bietet Möglichkeiten, durch neue Formen und Experimente demokratische Gesinnung zu beweisen, neue Formen der Willensbildung und neue Formen der Kandidatenaufstellung zu erproben, aber auch unsere Mitglieder und die Wähler persönlich anzusprechen. Solche Möglichkeiten bietet das Statut in viel größerem Maße, als man bisher davon Gebrauch gemacht hat.

Wir haben mehr als 700.000 Parteimitglieder in dieser Volkspartei, und wenn wir davon höchstens ein Viertel zu unseren Jahreshauptversammlungen und Parteitagen bringen, dann ist diese Schätzung nicht sehr pessimistisch. Wer glaubt, daß die anderen Parteimitglieder nur deshalb ihren Beitritt erklärt hätten, weil sie von uns Protektion und Privilegien erwarten bzw. damit sie uns finanziell unterstützen dürfen, der macht es sich viel zu bequem. Und wer glaubt, daß politische Gedanken und Anregungen nur in Funktionärskreisen geboren werden, wer glaubt, daß die hunderttausend Mitglieder nur nützliche Idioten und Millionen Wähler nur Propagandakonsumenten wären, der züchtet geradezu die außerfunktionärsmäßige Opposition. (Zustimmung.) Er lenkt schnurgerade den Unwillen der Bevölkerung auf diese unsere Partei, und nur allzu leicht ist es verständlich, wenn sich die Leute dann begreiflicherweise der unabhängigen Presse zuwenden.

Bleiben wir bei den Mitgliedern. Wenn - jetzt etwas extrem formuliert - ein Mitglied bei der bündischen Jahreshauptversammlung, beim Ortsparteitag, beim Bezirksparteitag immer nur den Kommentar zur politischen Lage hört, den er im Fernsehen tagtäglich von Spitzenpolitikern weit besser ins Haus geliefert bekommt, dann wird selbst der eifrigste Versammlungsgeher einmal sauer. Wäre es nicht an der Zeit, daß bei unseren statutarischen Versammlungen die Mitglieder nicht in der Form des erstbesten Propagandamediums streng nach dem Rednerdienst präpariert werden, sondern daß unsere Sekretariate sich endlich damit befassen, Methoden zu finden, wie man bei Versammlungen zur Diskussion, zur Kritik und zu Anregungen reizen

könnte? Man würde mit der Zeit sehr viel mehr Anwesende verzeichnen und sich manche Meinungsumfrage und viel Geld ersparen. Manche unserer Entschließungen sollten, bevor sie zu Ende gedacht und fein säuberlich zum Verkauf verpackt und vorbereitet werden, unseren Mitgliedern vorgelegt werden. Man würde sich dadurch manches kleinere oder größere Fussach auch in unserer Partei ersparen.

Wenn jemand einwendet, daß der Trend der Zeit dahin gehe, daß die Parteimitglieder immer weniger werden, dann gehen wir doch den Weg weiter, den wir mit den Stellungnahmen zur Verwaltungsreform jetzt eingeschlagen haben. Rufen wir mehr als bisher die gesamte Bevölkerung zum Mitdenken auf. Ich wäre für die Einführung einer Ideenbank, wie sie in Ansätzen bereits in der Aktion 20 für Wissenschaftler verwirklicht ist, auch für die gesamte Bevölkerung, für jeden mündigen Mitbürger, wie der Herr Generalsekretär gesagt hat, für jeden, der sich nicht als Funktionär etablieren kann, sondern auch so seine politischen Vorstellungen anbringen möchte.

Wenn uns die Einrichtung des Volksanwalts, die im Programm vorgesehen ist, so gut gefällt, dann verwirklichen wir doch diese Einrichtung, bevor wir sie noch verfassungsmäßig durchbringen und verankern können, in unserer eigenen Partei, und seien wir selber, wir Funktionäre dieser Partei, Anwälte des gesamten Volkes, wie schon jetzt so viele Abgeordnete die Anwälte ihrer Sprechtagbittsteller sind.

Wir sind alle überzeugt, - und darüber wird vielleicht auf diesem Parteitag noch sehr viel gesprochen werden -, daß sehr viele Mandatare, wenn auch Gottsei Dank nicht alle, in

der Anonymität der Liste untergehen. Sorgen wir dafür, und zwar jetzt und von heute an, daß in der Öffentlichkeit die Meinung verschwindet, unsere Abgeordneten seien nur Erfüllungsgehilfen von Parteiapparaten, mehr Abgeordnete der Partei als des ganzen Volkes. Machen wir nicht nur ÖVP-Wählerversammlungen, sondern drängen wir darauf, daß unsere Mandatare, mehr als es der einzelne bisher vielleicht gemacht hat, in ihrem Bereich sich regelmäßig persönlich an ihre Wähler mit ihren Gedanken, mit ihrer Arbeit und um Rechenschaft abzulegen wenden.

Liebe Parteifreunde! Vergessen wir also nicht im Pläneschmieden über eine neue Stadt, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. W e n z l : Ich danke dem Parteifreund Fidesser von der Jungen Generation und erteile das Wort Herrn Ing. Herbert Guglberger aus Solbad Hall als Vertreter des Rentner- und Pensionistenbundes von Tirol.

Ing. Herbert Guglberger (Rentner- und Pensionistenbund, Tirol): Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Als Bundesobmann des Österreichischen Rentner- und Pensionistenbundes entbiete ich allen Anwesenden die herzlichen Grüße.

Unsere Organisation in den Bundesländern wurde machtvoll und bedeutend erweitert. Immer mehr Pensionisten und Rentner kommen zu uns, denn wir vom Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund kämpfen dafür, daß die Einsamkeit und die Armut beseitigt werden. Immer wieder traten wir im Laufe der letzten Jahre vor die Regierung wie ein lästiges Gewissen. Unsere Forderungen hatten Erfolg. Das spornte uns an, die Interessen der alten Menschen um so nachdrücklicher zu vertreten.

Eineinhalb Millionen Österreicher sind aus dem aktiven Berufsleben ausgestiegen. Ihre Lebensweise hat sich geändert. Sie treffen ihre Kollegen und Kolleginnen vom Betrieb nicht mehr jeden Tag, sie arbeiten an der großen Aufgabe, unseren Staat zu gestalten, nunmehr in einer anderen Weise mit: als Rentner und Pensionisten.

Ihnen ist es vergönnt, die Früchte zu ernten von den Bäumen, die sie seinerzeit gepflanzt haben. Dafür bedanke ich mich im Namen der Rentner und Pensionisten bei unserer Bundesregierung, insbesondere beim Herrn Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und bei Frau Sozialminister Grete Rehor. (Lebhafter Beifall.)

Die alten Menschen fühlen sich nicht mehr als entwurzelte Bäume. Sie haben die Möglichkeit, ein richtig sorgenfreies Leben zu führen. Wir erleben das bei den Treffen unserer Mitglieder, bei geselligem Zusammensein oder ernsten Gesprächen oder auf Urlaub und Reisen, die wir für die

Pensionisten vermitteln.

Meine sehr Verehrten! Wir stehen noch nicht am Ende unserer Arbeit, das wissen wir. Vieles wird noch zu tun sein; wir werden es erreichen. Wir schaffen es umso eher, je mehr uns die ÖVP-Regierung mit Kanzler Klaus unterstützt. Helfen Sie weiterhin mit, unseren Alten ein erfülltes Leben zu schaffen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. W e n z l: Ich danke Parteifreund Guglberger.

Ohne Ihrer Entscheidung bei der Abstimmung vorgreifen zu wollen, darf ich feststellen, daß ich aus dem Umstand, daß keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe, daß Sie den Rechenschaftsbericht des Herrn Generalsekretärs gutheißen. Ich bringe ihn zur Abstimmung und bitte die Parteifreunde mit beschließender Stimme, für den Fall der Zustimmung die grüne Delegiertenkarte zu erheben. - Ich danke. Ist jemand gegen diesen Rechenschaftsbericht? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme?- Das ist nicht der Fall. So darf ich den Herrn Generalsekretär beglückwünschen und feststellen, daß der Rechenschaftsbericht einstimmig angenommen worden ist. (Starker Beifall.)

Ich danke dem Herrn Generalsekretär sowie den Berichterstattern und den Debatteredner für die Beteiligung an den Beratungen und gebe bekannt, daß der Bundesparteitag heute nachmittag pünktlich um 14 Uhr 30 Minuten fortgesetzt wird.

Ich bitte die Parteifreunde, schon vor diesem Zeitpunkt den Saal zu betreten und ihre Plätze einzunehmen.

Den Vorsitz wird am Nachmittag Landeshauptmann Wallnöfer führen.

Die Vormittagssitzung ist somit geschlossen.

Unterbrechung der Beratungen: 12 Uhr 45 Minuten

Wiederaufnahme der Beratungen: 14 Uhr 35 Minuten

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Ich eröffne hiemit die Nachmittagssitzung.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13:

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich bitte den Vorsitzenden dieser Kommission, Bundesrat Eckert, um seinen Bericht. (Anhaltende Unruhe.)

Berichterstatter Bundesrat Dr.h.c. Fritz E c k e r t : Hohes Präsidium! Hoher - sich hoffentlich beruhigender - Bundesparteitag! (Weitere Unruhe. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Anhaltende Unruhe. - Beifall.) - Ich danke für den unverdienten Sonderapplaus. Er soll wohl zum Ausdruck bringen, daß ich Bericht erstatten soll. Diesem Rufe werde ich sofort nachkommen und namens der Mandatsprüfungskommission dem Hohen Bundesparteitag im Auftrag der bekannten Mitglieder folgendes berichten: (Andauernder Lärm.) - Da funktioniert etwas nicht! (Rufe: Lautsprecher besser einstellen!)

Auf Grund der Überprüfung der vorgelegten Delegiertenlisten und Postaufgabescheine wurde festgestellt, daß der 12. ordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gemäß den bezughabenden Paragraphen ordnungsgemäß einberufen wurde.

Gemäß § 18 Abs.1 lit.a bis i, Abs.2 lit.a bis c und Abs.3 (der Vorsitzende ersucht neuerlich um Ruhe) wurde die Zusammenstellung überprüft und festgestellt, daß 456 Delegierte mit beschließender Stimme und 101 Delegierte mit beratender Stimme

zur Teilnahme am Bundesparteitag ordnungsgemäß und richtig einberufen wurden.

Von den geladenen Delegierten sind anwesend 325 Delegierte mit beschließender Stimme und 52 Delegierte mit beratender Stimme.

Auf Grund der Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der 12. ordentliche Bundesparteitag der ÖVP statutengemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, dies zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender LH W a l l n ö f e r : Ich danke für den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Wünscht dazu jemand das Wort? - Es ist das nicht der Fall. Ich bringe daher den Bericht zur Abstimmung. Stimmt jemand dagegen? - Ist nicht der Fall. Der Bericht ist damit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14:

Bericht der Antragsprüfungskommission.

Ich bitte den Vorsitzenden,Nationalrat Machunze, um seinen Bericht.

Berichterstatter Nationalrat Erwin M a c h u n z e :
Hoher Bundesparteitag! Der Antragsprüfungskommission wurden die Originalanträge, die für den Bundesparteitag eingebracht wurden, samt den Begleitschreiben vorgelegt. Alle dem Bundesparteitag vorliegenden Anträge wurden termingerecht eingebracht. Sie wurden von den drei vorbereitenden Ausschüssen je nach ihrer Thematik behandelt und im Auftrag der Vorsitzenden der vorbereitenden Ausschüsse unter Weglæsung der im Zuge der Ausschußberatungen zurückgezogenen Anträge zum Druck gegeben.

Die Antragsprüfungskommission stellt durch mich den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender LH W a l l n ö f e r : Ich danke dem Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission für seinen Bericht. Wird dazu eine Debatte gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 15:

Bericht des Politischen Ausschusses.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Dr. Franz Bauer, Landesparteiobmann von Wien.

Berichterstatter Dr. Franz B a u e r : Hoher Bundesparteitag! Mir wurde die ehrende Aufgabe zuteil, den Bericht des Politischen Ausschusses zu erstatten. Der Ausschuß selbst, dem zahlreiche prominente Politiker unserer Partei angehörten, wie etwa die Herren Präsidenten Maleta, Sallinger und Wallner, die die drei Bünde vertraten, und mehrere Herren Landeshauptleute sowie Herr Bundesminister für Inneres Soronics, selbstverständlich auch Vertreter der Frauenbewegung und der Jugend sowie - mit beratender Stimme - der Herr Generalsekretär des Österreichischen Akademikerbundes, hat in seinen Sitzungen am 6. und 17. Oktober in mehr als zehnstündiger Beratung alle jene Anträge behandelt, die nicht im Programmausschuß und im Statutenausschuß beraten wurden.

Die Arbeit war deshalb nicht ganz einfach, weil dem Politischen Ausschuß zunächst nicht weniger als 40 Anträge vorlagen. Einige Antragsteller zogen im Laufe der Zeit ihre Vorschläge zurück, sodaß es nunmehr insgesamt 35 Anträge gibt. Das allein beweist schon die große Anteilnahme der verschiedenen Bünde und Zweckverbände am politischen Leben der Gesamtpartei und läßt deutlich das Interesse erkennen, die Parteiarbeit den Erfordernissen unserer hochindustrialisierten pluralistischen Gesellschaft entsprechend zu gestalten.

Konkret war es die Aufgabe des Politischen Ausschusses, die aus den verschiedenen Organisationen der Partei stammenden Anträge zum Bundesparteitag zu prüfen und die weitere Behandlung dieser Anträge zu empfehlen.

Von dieser Stelle aus danke ich auch in Ihrem Namen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herrn Generalsekretärstellvertreter Pisa, der den Vorsitz im Ausschuß führte

und der, unterstützt von Herrn Dr. Diem, für eine zügige Arbeit in diesem Gremium sorgte.

Mein Bericht wäre unvollständig, wollte ich nicht darauf verweisen, daß die Beratungen über die Anträge in jenem Geiste der Zusammengehörigkeit erfolgten, der unsere große Gesinnungsgemeinschaft stets auszeichnet.

Beim genauen Studium der einzelnen Anträge, mögen sie von wem immer aus unserer Partei gekommen sein, spürt man immer wieder das Bemühen, neue Impulse zu geben, die als Voraussetzung künftiger Erfolge der Gesamtpartei notwendig erscheinen. Gerade in unserer so raschlebigen Zeit mit ihren verdichteten Sozialstrukturen und ihrer permanenten Änderung des gesellschaftlichen Systems ist es erforderlich, alles zu unternehmen, um nicht nur die Existenz dieser Partei zu garantieren, sondern ihren weiteren Fortschritt zu gewährleisten.

In den vergangenen Jahren hat unsere Partei, deren Bünde durch ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Wertordnung zusamme gefaßt sind, echte Leistungen im Interesse des Volksganzen zu erbringen gewußt. Dennoch ist es leider nicht immer gelungen, Leistung und Information aufeinander abzustimmen. Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß es daher angesichts der Existenz eines kämpferischen Marxismus in unserem Lande dringend erforderlich ist, gewisse Arbeitsmethoden zu verbessern und sich immer wieder neue und ganz konkrete Aufgaben zu stellen, um die Dynamik und den Glauben unserer Partei an die Zukunft zu garantieren.

Gewissen antiquierten Auffassungen, vor allem des Sozialismus und der von ihm angestrebten verderblichen klassenlosen Gesellschaft, haben gerade wir echte Alternativen gegenüberzustellen. Immer und überall haben wir glasklar die Aufgaben unserer Partei zu erkennen, die sich nicht durch ein gegenwartsfremdes Beharren auf längst überwundenen Anschauungen erschöpfen darf. Eine moderne Partei wie die unsere muß, um sich nicht selbst zu überleben, da und dort geradezu stürmisch neue Aufgaben bewältigen, weil sie nur so aus einer drohenden Erstarrung herausfinden kann.

Freilich wird es nicht notwendig sein, alles und jedes immer wieder zu reformieren, es wird auch nicht erforderlich sein, jeden Tag zu versuchen, neue Formulierungen zu finden, um - wie das heute heißt - in der Bevölkerung nur ja "anzukommen". Was nottut, ist - in der jetzigen Situation vor allem - eine scharfe Absage an links und die ebenso notwendige klare Abgrenzung nach rechts.

Unter diesen Gesichtspunkten hat auch der Politische Ausschuß seine wichtige Arbeit zu leisten versucht. Er hat vor allem sein Augenmerk darauf gerichtet, die Anträge unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren, wie man die gesamte Parteiarbeit vorantreiben könne.

Es wäre verlockend, die einzelnen Themenkreise, mit denen sich die Anträge befassen, im Detail zu erörtern und die verschiedenen Konsequenzen aufzuzeigen, die aus den einzelnen Anträgen resultieren. Dazu fehlt aber leider die Zeit. Überdies hat ja jeder Parteitagsdelegierte die Anträge vor sich liegen und kann sich selbst ein Bild darüber machen, welche Themen im Politischen Ausschuß zur Diskussion gelangten.

Wenn ich das Gebiet der Wahlrechtsreform besonders herausgreife, so deshalb, weil sowohl im Ausschuß als auch in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit darüber intensiv diskutiert wurde.

Unsere Partei kann keinesfalls und wird keinesfalls für eine Versteinerung bestehender Normen eintreten. Wir werden vielmehr immer wieder versuchen müssen, den Kontakt zwischen Abgeordneten und Bevölkerung leichter und intensiver zu machen.

Eine Wahlrechtsreform, die sehr klugen Überlegungen überlassen bleiben soll, kann dazu beitragen. Das gewisse Unbehagen, das permanent vor allem in jüngeren Bevölkerungsschichten vorhanden ist - die Diskussion vor der Gewerkschaftsjugend am vergangenen Dienstag hat es wieder bestätigt -, resultiert nicht zuletzt daraus, daß es bisher noch nicht gelungen ist, gewisse konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Was alles in der letzten Zeit in bezug auf Wahlrecht und sogenannte Demokratiereform an uns herangetragen wurde, mag nicht immer bis in die letzten Konsequenzen überlegt und von Fachleuten und Praktikern geprüft worden sein. Expertenmeinungen allein, meine sehr verehrten Damen und Herren, können aber nicht zur Grundlage endgültiger Lösungen gemacht werden.

Unsere österreichische Demokratie hat eine Tradition, die sich auch vor anderen älteren Demokratien - denken wir nur etwa an die Schweiz - nicht zu schämen braucht.

Ich kann das mit Stolz sagen und glaube, daß in unserem ganzen Land schon längst Ansätze zu demokratischen Formen vorhanden waren, als in anderen Ländern noch der Absolutismus herrschte.

Der gesamte Fragenkomplex Demokratie und Wahlrechtsreform sollte nach Meinung des Politischen Ausschusses in einem Expertenkomitee behandelt werden. Der Politische Ausschuß hat mich beauftragt, die Einsetzung eines solchen Komitees zu empfehlen, das innerhalb von sechs Monaten der Bundesparteileitung einen Bericht zur Beschlußfassung vorzulegen hätte.

Dieses Expertenkomitee sollte sich - meiner Meinung nach - zur Hälfte aus Fachleuten der Theorie und zur anderen Hälfte aus Fachleuten der politischen Praxis - also aus geübten und langjährigen Politikern - zusammensetzen. (Beifall.)

Vor allem wird ein gründliches und sachliches Durchdenken der Materie auf der Basis der österreichisch-demokratischen Tradition zu erfolgen haben, die - um mit den Worten eines unserer höchsten und klügsten Funktionäre zu sprechen - "Heftpflasterreformen" von vornherein ausschließt.

Ich möchte nun, meine Damen und Herren, die einzelnen Anträge nicht wörtlich verlesen, sondern mich lediglich darauf beschränken, hier festzuhalten, daß die Anträge 1, 3 und 4 diesem Expertenkomitee zugewiesen werden sollten.

Der allgemein gehaltene Antrag 2 der Landesparteileitung Steiermark wird zu unterstützen sein. Er findet in der zu beschließenden Resolution seinen Niederschlag.

Anknüpfend an Ausführungen, die auf einem früheren Bundesparteitag Herr Bundesminister Dr. Schleinzer machte, möchte ich festhalten, daß es immer notwendig sein wird, das Augenmerk auf das fruchtbare Zusammenwirken von Politik und Wissenschaft zu lenken. Fast in allen Anträgen kommt das

Bestreben zum Ausdruck, Politik nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu fordern, das heißt nun nicht weltfremd, sondern weltoffen und sachgerecht.

Wenn heute dem Parteitag eine Fülle von Anträgen vorliegt, von denen die meisten zur Annahme empfohlen werden, so bedeutet das auch einen Erfolg jener Partei- und Gesinnungsfreunde, die in der "Aktion 20" unermüdlich an der Schaffung geeigneter Grundlagen für unsere politische Arbeit mitwirken. Wenn es einmal geheißen hat, daß Bildung unser Schicksal wird, so müssen wir andererseits doch die Bildung, vor allem aber die demokratische Willensbildung in unserer Partei als eine unerhörte und dramatische Aufgabe betrachten, als eine Bewährungsprobe, die nicht irgendein Kollektiv, sondern die jeder einzelne von uns abzulegen hat.

Infolge der vielen Themen, die in den verschiedenen Anträgen aufgegriffen wurden, ist es - wie schon gesagt - unmöglich, im Detail zu berichten. Es ist auch fast unmöglich, die Anträge thematisch zu katalogisieren.

Wenn ich noch zwei Schwerpunkte herausheben darf - neben dem Verlangen nach Wahlrechtsreform und Schaffung besserer Bildungsmöglichkeiten -, so sind dies bestimmte notwendige wirtschafts- und sozialpolitische Anliegen.

Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gibt es Gesetzmäßigkeiten, die völlig außer Streit stehen. Immer steckt aber auch in der Wirtschaftspolitik eine Portion Parteipolitik.

Daß es uns allen gelungen ist, echte Interessengegensätze vernünftiger und sachlicher auszutragen, als dies in der Vergangenheit je geschehen ist, beweist die Richtigkeit jener

Konzepte, die auf dem Boden unserer Partei zur Bewältigung schwieriger Aufgaben erarbeitet wurden; man denke hier nur an das große Mittelstandskonzept und an den Koren-Plan.

Es ist für mich als den Wiener Landesparteiobmann, dem die Kandidatur Korens, obwohl wir uns sehr bemühten, nicht gelungen ist, eine große Freude, gerade heute feststellen zu dürfen, daß unsere niederösterreichischen Freunde einen sicheren Platz für den Abgeordneten in spe Dr. Koren, unseren Finanzminister, geschaffen haben. (Beifall.)

Das alles darf aber nicht übersehen lassen, daß sich zu unserer Partei hunderttausende Unselbständige bekennen, die von uns allen eine Politik erwarten, die auch ihre Interessen berücksichtigt. Es ist erfreulich, festzustellen, daß dem Politischen Ausschuß mehrere Anträge vorlagen, die vor allem für die Arbeitnehmer von größter Bedeutung sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich etwa auf den Antrag 19 der Frauenbewegung verweisen, in dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit verlangt wird, und auf den Antrag 20, der sich mit Problemen der berufstätigen Frau und Mutter beschäftigt.

Parteipolitisch von größter Bedeutung scheinen mir jene Anträge zu sein, die sich mit dem Pressewesen, dem Pressekonzept bzw. der Informationstätigkeit unserer Partei befassen. Wir alle, die wir an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken haben, sollten die Tatsache widerspruchslos zur Kenntnis nehmen, daß Massenmedien wie etwa Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen heute eine weit größere Bedeutung haben als in den längst vergangenen Zeiten der Honoratiorenparteien.

Mit Bestürzung muß man freilich gelegentlich feststellen, daß versucht wird, die öffentliche Meinung sehr geschickt zu manipulieren. Nur dann, wenn unsere Partei immer wieder bemüht ist, sachgerecht zu informieren, wird die breite Öffentlichkeit auch davon erfahren, was wir wollen. Nur dann werden die Leistungen unserer Mandatare in den Gemeindestuben und Landtagen, in Parlament und Regierung bei der Bevölkerung entsprechend "ankommen".

Nicht immer hat unsere Partei die richtige Einstellung dem Journalismus und dem seriösen Journalisten gegenüber gehabt. Eine gewisse Geheimniskrämerei scheint in meinen Augen der Öffentlichkeitsarbeit genauso zu schaden wie das politische Unterbewerten ernstzunehmender journalistischer Kritiker.

In einer Demokratie wie der unseren, in der es glücklicherweise keine Zensur gibt, hat gerade die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien große Bedeutung. In diesem Zusammenhang müssen die Anträge 29 und 30, die sich mit dem Pressewesen und einem Pressekonzept der Partei befassen, verstanden werden.

Parteipolitisch scheint mir ein Antrag von besonders weitgehender Bedeutung. Es ist der Antrag 34, in dem der Bauernbund fordert, in engster Zusammenarbeit der Bünde alle Voraussetzungen zu schaffen, um die politische Erfassung und Betreuung der aus der Land- und Forstwirtschaft abwandernden Menschen am neuen Wohnort - besser als bisher - durchführen zu können.

Dieser Antrag ist irgendwie Ausdruck der Erkenntnis des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Gleichzeitig ist er Beweis dafür, daß es vor allem der Bauernbund ist, der aktuellen

Parteiproblemen gegenüber stets eine besondere Aufgeschlossenheit zeigt.

Bevor ich mir erlaube, Ihnen, meine Damen und Herren, die vom Politischen Ausschuß beschlossene Qualifikation der einzelnen Anträge vorzutragen, möchte ich noch besonders auf einen Antrag aufmerksam machen, der die internationale Funktion Wiens würdigt.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag Ihre Zustimmung geben - worum ich Sie namens des Politischen Ausschusses bitte -, anerkennen Sie die Funktion der Bundeshauptstadt, in der politisch viel zur Weiterentwicklung der christlichen Demokratie geleistet wurde, von der bedeutende politische und kulturelle Impulse ausgingen und ausgehen. Sie anerkennen damit eine Stadt, die in aller Welt symbolhaft für Österreich steht. Gerade wir von der Wiener Volkspartei dürfen es nicht dem reaktionären Sozialismus überlassen, weitere Initiativen zum Ausbau der internationalen Funktionen Wiens als Weltstadt zwischen den Machtblöcken einzuleiten.

Wir haben unsere ganze Parteiarbeit auf die kommenden siebziger Jahre auszurichten, wir haben nicht nach rückwärts, sondern nach vorn zu schauen. Wir haben uns den Spannungsverhältnissen, den Generationsproblemen zu stellen und dabei Lösungen anzubieten, die wie unsere große Gesinnungsgemeinschaft - wie das erst kürzlich Präsident Maleta vortrefflich formulierte - auf einem festen weltanschaulichen Fundament ruhen.

Kurz zusammengefaßt also: Wir haben die Volkspartei als eine fortschrittliche und als eine moderne Partei zu gestalten.

Darf ich nun dem Hohen Bundesparteitag die Anträge kurz im einzelnen referieren, und darf ich Sie, meine Damen und Herren, bitten, die Ihnen gedruckt vorliegenden Anträge zur Hand zu nehmen.

Ohne Einschränkung zur Annahme empfohlen werden vom Politischen Ausschuß die Anträge

5, internationale Funktion Wiens,

6, Energiewirtschaft,

7, in dem die Frauenbewegung eine Besserstellung der Frauen und der Mütter in unserer Rechtsordnung fordert,

8, Fragen der Gesetzessprache betreffend,

12, land- und forstwirtschaftliche Schulgesetzgebung,

13, Schulfach für politische, wirtschaftliche, rechtliche und zeitgeschichtliche Bildung,

15, der sich mit Fragen der Überstundenbesteuerung befaßt,

16, der die Probleme der Ladenschlußzeiten behandelt,

18, Begünstigungen für Zusammenlegung und Tausch von Wohnungen,

19, gleicher Lohn für gleiche Arbeit,

20, der sich mit der Stellung der berufstätigen Frau und Mutter beschäftigt,

21, Steuerfreibetrag für die im Geschäft mitarbeitende Ehefrau,

22, Gewährung des Hilflosenzuschusses an die hilflose Gattin eines Pensionisten,

27, Bundesheer,

28, Militärstrafgesetz,

29, Pressewesen,

30, Pressekonzept der ÖVP,

33, Vertretung der Frau und

34, Probleme der Abwanderung.

Der Politische Ausschuß schlägt vor, einen Beschluß über die Einsetzung eines Expertenkomitees zu fassen, das ernstlich die Fragen der Demokratiereform beraten soll und das innerhalb von sechs Monaten der Bundesparteileitung einen Bericht zu erstatten hätte. Wir würden empfehlen, diesem Expertenkomitee folgende Anträge zuzuweisen:

1, zum Wahlrecht,

3, Einer-Wahlkreise, und

4, Abgeordnete auf Zeit.

Zu folgenden Anträgen wird dem Hohen Bundesparteitag die Zuweisung an die Bundesparteileitung empfohlen:

9, Bildungsfragen,

10, Schulbücher - Neuanschaffungen,

11, Novellierung des Studienbeihilfengesetzes,

14, Bauernkrankenkasse , und

17, Sanierungs-Umschuldungen.

Zu folgenden Anträgen wird die Zuweisung an das bündische Koordinationskomitee bzw. an ein budgetpolitisches Expertenkomitee empfohlen:

23, Gewährung eines Zuschusses zur Kinderzulage an Eltern behinderter Kinder,

24, Schülerkarten,

25, Einführung einer Bahnermäßigung für Pensionisten, und

26, Ausgedinge.

Zu folgenden Anträgen wird die Zuweisung an das Generalsekretariat, das diese Anträge im eigenen Wirkungsbereich erledigen möge, empfohlen:

32, Informationswesen, und

35, geistig-weltanschauliche Aktivierung der politischen Arbeit.

Abschließend, Hoher Bundesparteitag, darf ich festhalten, daß wir am Vorabend bedeutender innenpolitischer Ereignisse stehen. Die Geschlossenheit dieses Parteitages wird weit über den Rahmen dieses Saales hinaus Wirkungen auslösen. Das Wissen um die Notwendigkeit, fest zusammenzuhalten, wird una allen und der Partei jene Stärke verleihen, mit der wir in die Entscheidung am 1. März 1970 hineingehen wollen.

Auch der Politische Ausschuß sah es als eine seiner vordringlichsten Aufgaben an, Empfehlungen zu geben und Vorarbeiten dafür zu leisten, um die Partei rasch und schlagkräftig zu aktivieren. Es wird an uns allen liegen, die entsprechenden Schlüsse aus diesen Vorarbeiten zu ziehen und unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Volkspartei am Abend des 1. März 1970, getragen vom Vertrauen der Bevölkerung, wieder auf eine klare und entscheidungsfähige Mehrheit blicken kann. Diese Mehrheit liegt nicht nur im Interesse der Partei, sondern vor allem im Interesse Österreichs, für das Generationen vor uns gelebt und gelitten haben und das wir alle aus ganzer Seele und aus ganzem Herzen lieben. (Beifall.)

Vorsitzender LH W a l l n ö f e r : Ich danke dem Landesparteiobmann Dr. Bauer von Wien für die Berichterstattung.

In der Tagesordnung ist vorgesehen, infolge der Verwandtheit dieser Themen, anschließend an den Bericht des Politischen Ausschusses auch den Bericht des Programmausschusses zu hören.

Ich ersuche deswegen den Berichterstatter, Herrn Doktor Sixtus Lanner, zum Rednerpult zu kommen.

16. Bericht des Programmausschusses

Berichterstatter Dr. Sixtus L a n n e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Es wurde mir nahegelegt, an die Spitze meiner Ausführungen einige technische Details zu setzen. Ich will das tun und verspreche, mich dabei sehr kurz zu halten.

Der Politische Ausschuß hat dem Programmausschuß, über den ich hier berichte, 16 Anträge zugewiesen, die in dem Ihnen vorliegenden Verzeichnis aufgezählt sind. Diese Anträge wurden mit einer Ausnahme - ein Antrag wurde zurückgezogen - im Programmausschuß behandelt. 9 Anträge wurden zur Gänze im Programmausschuß vollinhaltlich dem Sinne gemäß aufgenommen, einige weitere Anträge haben nur zum Teil ihren Niederschlag gefunden. Darauf möchte ich noch im einzelnen hinweisen.

So der Antrag 36, betreffend die Wohnbaufragen. Dieser Antrag wurde hinsichtlich Punkt e) in das Programm aufgenommen; hinsichtlich der Punkte a) bis d) wäre er der Bundesparteileitung zuzuweisen und dem Herrn Bautenminister mit der Bitte um weitere Veranlassung zur Kenntnis zu bringen.

Als nächster Antrag der Antrag 44, betreffend die Bauernkrankenkasse. Auch dieser Antrag wäre der Bundesparteileitung zuzuweisen und der Frau Sozialminister mit der Bitte um weitere Veranlassung zur Kenntnis zu bringen.

Antrag 49, betreffend die Verkehrssicherheit, wäre ebenfalls der Bundesparteileitung zuzuweisen und dem Herrn Verkehrsminister mit der Bitte um weitere Veranlassung zur Kenntnis zu bringen.

Der Antrag 51, betreffend die Ausbildung der Lehrer, wäre ebenfalls der Bundesparteileitung zuzuweisen und dem Herrn Unterrichtsminister mit der Bitte um weitere Veranlassung zur Kenntnis zu bringen.

Und schließlich und letztlich die Anträge zur Raumordnung mit den Nummern 39 und 50: Diese Anträge finden im Raumordnungskonzept der Bundesregierung ihren Niederschlag. Sie werden dort berücksichtigt. Dieses Konzept wird demnächst dem Ministerrat vorgelegt und im Jänner 1970 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Damit, meine Damen und Herren, Hoher Bundesparteitag, komme ich zum eigentlichen Teil meines Berichtes über den Programmausschuß, der unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Klaus tagte.

An den Beratungen nahmen eine große Anzahl hervorragender Experten und Politiker teil, die Vertreter der Bundesländer, die Vertreter der drei Bünde, die Vertreter der Frauenbewegung, der Jugendbewegung und die jeweils zu den einzelnen Kapiteln zuständigen Ressortminister.

Nun zur Aufgabenstellung.

Der Programmausschuß sah sich vor eine Aufgabe gestellt, die nicht nur für den Bereich der Österreichischen Volkspartei, sondern für das politische Geschehen und Leben in Österreich überhaupt völlig neu und erstmalig war. Noch nie ist in

Österreich eine Partei aus einer Alleinregierung heraus zu einem Wahlkampf angetreten. Die Aufgabe, vor der der Ausschuß daher stand, war also praktisch die Vorwegnahme einer Regierungserklärung.

Mit Ausnahme der Regierungserklärung Klaus nach dem Wahlerfolg des Jahres 1966 gab es bisher in Österreich nur solche Erklärungen von Koalitionsregierungen. Der ursprüngliche Sinn solcher Erklärungen liegt darin, daß sie dem Parlament präsentiert werden und das Parlament dann entscheidet, ob es einem solchen Konzept eine entsprechende Mehrheit gibt, ob es dieses Konzept entsprechend unterstützt.

Aus der neuen Situation der nunmehr fast vierjährigen Alleinverantwortung für dieses Land ergab sich die Besonderheit der Arbeit dieses Ausschusses. (Anhaltende Unruhe. - Der Vorsitzende bittet um Ruhe.) Es galt, ein Programm zu erarbeiten, ein Programm für eine Regierung der Volkspartei, die wieder für eine Legislaturperiode die Verantwortung allein zu tragen hat.

Im Gegensatz zu den bisher üblichen Regierungserklärungen soll dieses Regierungsprogramm aber nicht dem Parlament, sondern dem gesamten österreichischen Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Am 1. März 1970 sollen dann die österreichischen Wähler darüber entscheiden, ob sie sich mit einer Mehrheit hinter dieses Programm und eine bereits bewährte Regierungsmannschaft stellen.

Nun zur Form, zum Inhalt dieses Programms.

Der vorliegende Entwurf unterscheidet sich bewußt von der Papierflut der Sozialisten. Er ist so kurz als möglich gehalten und gibt in gedrängter Form die Absichten und Zielsetzungen bekannt.

Hinsichtlich der Darstellung gibt es und gäbe es zwei Möglichkeiten: einerseits eine breite Darstellung des Vergangenen, einen umfassenden Erfolgsbericht, auf dem man dann aufbauen könnte etwa in der Form: Wir waren so gut - bitte, gebt uns wieder das Vertrauen! Oder es gäbe den zweiten Weg - und dieser zweite Weg wurde bewußt gewählt -: eine kurze Rückschau und eine breite Schau in die Zukunft. In der Ausschußarbeit wurde festgelegt, daß die Zielsetzung sei: mit 10 Prozent in die Vergangenheit und mit 90 Prozent in die Zukunft zu sehen.

Wenn man sich nur daran hält, was heute ist, was morgen sein wird und übermorgen sein kann, wird man hoffnungslos überrundet. Man muß klare Vorstellungen haben über die mögliche Entwicklung, und man muß - und darauf kommt es letztlich und entscheidend an - die Zukunft mitgestalten. Dabei ist es oft auch notwendig, die Ziele etwas höher zu setzen, um ein Maximum an Erfolg und an Leistungskraft zu erzielen. Das waren die Motive, das war die Basis, die Ausgangsbasis für die Erstellung dieses Programmes.

Und nun zum Programm selbst und zu den einzelnen wesentlichen Kapiteln.

Das Programm ist in fünf Abschnitte gegliedert. An der Spitze steht das Kapitel "Freiheit und Demokratie".

Ich möchte zwei Schwerpunkte herausgreifen: erstens die Reform des Nationalrates - das ist im Bericht des Politischen Ausschusses bereits angeklungen - und zweitens die Reform des Wahlrechtes.

Der Programmausschuß hält es für angebracht, vorzuschlagen, daß die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre verlängert wird, damit nicht immer gewählt wird, sondern auch regiert werden kann.

Der Programmausschuß hält es weiters für angebracht, die Parlamentssessionen, die Frühjahrs- und die Herbstsession, abzuschaffen und ein permanent tagendes Parlament einzuführen.

Der Programmausschuß sprach sich ferner für eine zeitgemäße Gestaltung der außerberuflichen Immunität der Abgeordneten im Sinne einer Lockerung und für die Einführung eines Abgeordneten auf Zeit, der dann die Stelle des Mandatars einnimmt, wenn der betreffende Abgeordnete eine Regierungsamt bekleidet, aus.

Zur Wahlrechtsreform möchte ich zwei Punkte hervorheben: einerseits die Erleichterung der Briefwahl und Wahlkarten, andererseits eine - ich zitiere - "Verpersönlichung des Wahlrechtes durch Einführung von Einer-Wahlkreisen, über welche die Hälfte der Mitglieder des Nationalrates in direkter Persönlichkeitswahl gewählt wird, während der Rest über Parteiliste gewählt wird".

Soviel zum ersten Abschnitt: "Freiheit und Demokratie".

Nun zum zweiten Abschnitt: "Bildung - Grundlage der freien Gesellschaftsordnung". Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß das Kapitel über die Bildung besonders umfassend ist. Ich glaube, wir sollten froh sein darüber, und ich darf Ihnen sagen, daß nicht nur in dem Programm, sondern auch im Budget der Bildung und Forschung der Vorrang eingeräumt worden ist. Diese Schwerpunktverlagerung unterscheidet sich wohltuend

von verschiedenen Regierungserklärungen in der Koalitionszeit, in denen den Fragen der Bildung oft nur eine untergeordnete Rolle eingeräumt wurde.

Ich darf zwei Schwerpunkte aus dem Abschnitt "Bildung" besonders betonen: einerseits das bewegliche Bildungssystem und andererseits die Erwachsenenbildung.

Die Beweglichkeit des Bildungssystems, in besonderem der Schule, ist die Voraussetzung für die Erfüllung des Grundsatzes einer individuellen Begabungsförderung. Der junge Mensch soll nach diesen Vorstellungen nicht in ein starres System gepreßt werden. Das bewegliche System des Bildungswesens, um das es hier geht, baut je nach der Interessenlage und Begabung nach einem Baukastenprinzip aufeinander auf. Das System ermöglicht dem Fähigen, dem Fleißigen, dem Begabteren einen schnelleren Durchlauf des Bildungsganges, verhindert aber auf der anderen Seite, daß der, der in einem Gegenstand versagt, um ein volles Jahr zurückgeworfen wird. Diese neue Schule, und ich glaube, darauf kommt es wesentlich an, wird nicht so sehr danach trachten, in den jungen Menschen möglichst viel hineinzustopfen, als möglichst viel herauszuholen.

Großes Gewicht legt der Programmausschuß im vorliegenden Entwurf auf die Erwachsenenbildung. Man geht von der Annahme aus, daß es in Zukunft mehr als bisher notwendig sein wird, die berufliche Mobilität auszubauen. Der Begriff der abgeschlossenen Bildung ist durch die Wirklichkeit längst überholt. Alles deutet darauf hin, daß sich die berufliche Mobilität in Zukunft dahin entwickeln wird, daß im Laufe eines

Lebens zwei- bis dreimal der Beruf gewechselt wird. Damit gewinnt die Bildung einen besonderen Schwerpunkt.

Ich habe kürzlich an einer Tagung der CDU teilgenommen, in der zur Frage der Bildung folgender Satz geäußert wurde - ich glaube, das charakterisiert die Bedeutung der Bildung am besten -: "In unserer Zeit des raschen sozialen und wirtschaftlichen Wandels gilt die Bildung als die einzige beständige Mitgift."

Bei der Aus- und Weiterbildung sollten neue Methoden angewendet werden. Dem Fernunterricht und damit auch der Rundfunk- und Fernsehschulung soll eine besondere Rolle eingeräumt werden.

Die Differenzierung nach Begabungen sowie der Grundsatz der Chancengleichheit zwischen Stadt und Land, - ein Grundsatz, der im vorliegenden Programmentwurf besonders hervorgehoben wird - bedeutet die weitgehende Erfassung aller Talente in Stadt und Land. Das ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil nur damit ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung des Menschen möglich ist und weil es auch eine Grundvoraussetzung für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand darstellt.

Beim Abschnitt "Bildung" ist auf der Seite 4 beim Punkt c) eine kleine Korrektur vorzunehmen. Es handelt sich dabei um einen Druckfehler. In der 6. Zeile dieses Punktes c) soll der Klammerausdruck "Pflichtschulalter" durch den Ausdruck "weiterführende Schulen" ersetzt werden.

Es besteht in der Kürze der Zeit nicht Gelegenheit, weitere Schwerpunkte der Bildung hervorzuheben, obwohl das notwendig wäre. Ich erinnere etwa an die Reform der Hochschulen.

Ich bin aber überzeugt, daß der Herr Unterrichtsminister dazu sicher noch nähere Ausführungen machen wird.

Das Mittelstück des Programmentwurfes führt den Titel "Wirtschaftsentwicklung, Leistung und Wohlstand" und könnte vielleicht als eine Art erweiterter Koren-Plan für die siebziger Jahre angesehen werden.

Besondere Bedeutung wird dabei der Budget- und Steuerpolitik eingeräumt. Wenn man die vorgesehenen Maßnahmen zur Steuerpolitik betrachtet, so erkennt man, daß es sich hier um eine geplante, umfassende Steuerreform handelt, mit Schwerpunkten etwa in der Milderung der leistungshemmenden Progression, in der Vereinfachung des gesamten Lohn- und Einkommensteuersystems, in der stärkeren Brücksichtigung der Familie oder in der Anpassung des Steuerrechtes an die Erfordernisse der Automatisierung der Abgabenrechnung.

Neben der Konjunktur- und Währungspolitik kommt einer modernen Industriepolitik besondere Bedeutung zu. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für die Steigerung der Ergiebigkeit der Wirtschaft und damit eines höheren Wohlstandes. Und ich glaube, wir sollten dieses Eintreten für eine moderne Industriepolitik nicht mißverstehen, wir sollten es im Gesamtzusammenhang sehen, denn letztlich dient ein höherer Wohlstand allen, er bietet mehr und bessere Arbeitsplätze, er erhöht die Kaufkraft und kommt damit allen Bevölkerungsschichten zugute.

Neu in einem Programm der Österreichischen Volkspartei ist das Kapitel "Mittelstandspolitik", und zwar Mittelstandspolitik in einem umfassenden Sinn, die über den Bereich der kleineren und größeren Industrie- und Gewerbebetriebe hinausgeht

und auch den Bereich der Land- und Forstwirtschaft und der freien Berufe erfaßt.

Wenn die ÖVP für eine gezielte Mittelstandspolitik eintritt, so geht es dabei nicht um eine Konservierung überholter Strukturen, sondern um einen Mittelstand moderner Prägung, der der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung angepaßt ist.

Hier würde nun das Kapitel "Land- und Forstwirtschaft" folgen. Ich bitte aber meine agrarischen Freunde um Verständnis, wenn ich als Berichterstatter des Programmausschusses dieses Kapitel bewußt unterspiele.

Ich komme zum Kapitel "Energiepolitik". Hier gilt es, das von der Regierung Klaus vorgelegte Energiekonzept zu verwirklichen.

Im Kapitel "Energiepolitik" spricht sich der Programmausschuß auch für die Errichtung eines leistungsfähigen Kernkraftwerkes in Österreich aus. Obwohl sich hier die technische Entwicklung erst in einem Anfangsstadium befindet, hat man diese Entscheidung getroffen, und ich glaube, es ist richtig für eine zukunftsorientierte Partei, auch in diesem Punkt vorausschauend zu handeln.

Breiten Raum nehmen die Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsprobleme ein.

Besonders unterstreichen möchte ich die erste Reform der Wohnungswirtschaft, der eine zweite Etappe folgen wird und folgen muß. In dieser zweiten Etappe sind vor allem eine Begünstigung der Jungfamilien durch besondere Formen des Bausparens, Erleichterungen der Eigentumsbildung und nicht zuletzt

auch mehr Mittel für den Wohnungsbau durch die vorzeitige Rückzahlung von langfristigen Wohnbaudarlehen vorgesehen . Dieser sogenannte Ratzenböck-Plan, benannt nach dem oberösterreichischen Landesparteisekretär, geht auf einen Antrag Oberösterreichs zurück. Er hat im Programm seinen Niederschlag gefunden.

Interessant erscheint mir im Kapitel Wohnungswesen auch die vorgesehene Errichtung von Beispielsbauten und Mustersiedlungen.

Der vierte Programmteil beschäftigt sich mit der Sozialpolitik. Im Gegensatz zu sozialistischen Voraussagen ist es der Volkspartei gelungen, den Ausbau der sozialen Sicherheit erfolgreich fortzusetzen.

Aus der Erkenntnis, daß die Mobilität der Arbeitskräfte die Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft und einen steigenden Wohlstand ist, wird der nach 1966 erstmals beschrittene Weg einer modernen Arbeitsmarktförderung auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden. Im Arbeitsrecht tritt die Volkspartei ...

Vorsitzender LH W a l l n ö f e r : Herr Referent! Darf ich kurz unterbrechen.

Es beklagen sich verschiedene Delegierte, daß man den Referenten nicht hören kann, weil stets Privatgespräche geführt werden. Ich darf also doch um etwas Ruhe bitten. (Beifall.)

Berichterstatter Dr. L a n n e r (fortsetzend): Im Arbeitsrecht tritt die Volkspartei im Gegensatz zu den Sozialisten für die volle Aufrechterhaltung eines eigenen

Angestelltenberufes ein und verlangt die Beseitigung ungerechtfertigter Unterschiede in der arbeitsrechtlichen Behandlung von Arbeitern und Angestellten.

Der Familie, der jungen Familie gilt die besondere Aufmerksamkeit. Die Volkspartei wird die Ergänzung des Familienlastenausgleiches durch verbesserte Hausstandsgründungshilfen anstreben. Die sozialistische Absicht, die steuerlichen Begünstigungen für Familienerhalter abzuschaffen, wird von der Volkspartei schärfstens abgelehnt.

Die Sozialpolitik ist - und ich glaube, auch darüber sollten wir uns im klaren sein - in einem engen Zusammenhang mit einer leistungsbetonten und erfolgreichen Wirtschaftspolitik, welche die Voraussetzung für bessere soziale Leistungen schafft, zu sehen.

Entscheidend im Abschnitt Sozialpolitik scheint mir auch die vorgesehene Neuorientierung der Gesundheitspolitik. Hier geht es nicht nur darum, den kranken Mitbürger wieder gesund zu machen, sondern auch den gesunden Mitbürger gesund zu erhalten und vor Krankheiten zu bewahren. (Beifall.)

Die Volkspartei wird daher ein modernes Institut für Volksgesundheit errichten, das ausschließlich diesem Zweck der Gesunderhaltung unserer Bevölkerung dienen soll.

Damit komme ich zum Schlußkapitel, zum Kapitel der "Sicherheit für das neutrale Österreich". Die Österreichische Volkspartei bejaht den Grundsatz der umfassenden Landesverteidigung zur Sicherung aller Bürger vor äußeren Bedrohungen, aber auch aus der Erkenntnis, daß eine wirksame Landesverteidigung für Österreich auch Erfüllung klarer völkerrechtlicher Verpflichtungen bedeutet.

Zur sinnvollen Ausnützung der Präsenzdienstzeit werden im Programmentwurf einige ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Der Programmentwurf spricht sich auch dafür aus, daß die Sicherheitsdirektionen kompetenzmäßig wieder den Landeshauptleuten zugeordnet werden.

Die Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik - und damit bin ich beim letzten Punkt - sind der Staatsvertrag und die immerwährende Neutralität. Eine Politik der guten Nachbarschaft, der Entspannung und der gegenseitigen Annäherung, unabhängig von den politischen und wirtschaftlichen Systemen der einzelnen Staaten, wird weiterhin das Ziel unserer Außenpolitik sein.

Ein wesentlicher Aspekt ist auch die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einer den österreichischen Verhältnissen angepaßten Form.

Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine Bemerkung. Der vorliegende Programmentwurf ist keine Sammlung von Wunschträumen, sondern etwas, was unter einer klaren ÖVP-Führung geleistet werden kann. Sicher gibt es Programme, die zunächst attraktiver erscheinen. Ich glaube aber, daß es nicht allein auf die Attraktivität ankommt, sondern entscheidend ist, daß diese Programme auch realistisch sind. Dort liegt meiner Ansicht nach auch der wesentliche Unterschied zu den Konzepten, zu den Programmen der SPÖ. Eine Opposition kann fordern, sie muß nicht unbedingt rechnen; eine Regierungspartei kann man täglich an ihren Handlungen, an ihren Entscheidungen messen.

Die ÖVP will mit dem vorliegenden Programmentwurf auf realistischer Basis den Erfordernissen der Gegenwart Rechnung tragen und die Zukunft vorausschauend - und darauf kommt es an - mitgestalten.

Ich bitte nun als Berichterstatter des Programmausschusses, die Diskussion über dieses Programm zu eröffnen und ~~dme~~ dem Programm die Zustimmung des Hohen Bundesparteitages zu erteilen bzw., soferne notwendig, einzelne Punkte noch einem Expertenkomitee zuzuweisen. (Beifall.)

Vorsitzender LH W a l l n ö f e r : Sie haben jetzt die Berichte des Politischen Ausschusses und des Programmausschusses, die sich auf die politische Arbeit unserer Partei in den kommenden Jahren beziehen, gehört. Diese Berichte und damit die Anträge zum Parteitag und das Aktionsprogramm stehen nun unter dem Tagesordnungspunkt 17 zur Diskussion.

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 17:

Diskussion und Beschlußfassung

Herrn Präsidenten Dr. Maleta den Vorsitz übergeben.

Vorsitzender Präsident Dr. Alfred M a l e t a : Als erster Redner in der Diskussion kommt Herr Bernd Ressler zum Wort.

Bernd R e s s l e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Sprecher der Jungen Generation in der ÖVP Steiermark darf ich Ihnen zunächst einmal für das große Interesse danken, das Sie der heutigen Fragebogenaktion unserer Organisation entgegengebracht haben. Das Zwischenergebnis dieser Befragung beweist eindeutig, wie richtig es war, daß die steirische Volkspartei einen Antrag zur Reformierung und zur Verbesserung der Wehrbereitschaft und der Wehrfähigkeit unseres Landes gestellt hat.

Ich möchte hier ganz eindeutig sagen: Es geht uns darum, ein besseres Bundesheer zu schaffen, und es geht uns nicht darum, wie es uns manche Leute unterstellen wollen, irgendeinen Minister abzuschießen oder irgend etwas zu fordern, was das Bundesheer vielleicht schwächt, wie etwa eine sechsmonatige Präsenzzeit. Die wollen wir ja nicht.

Aber gerade wir von der Steiermark, wir als Grenzland, wir, die wir eine wirksame Landesverteidigung immer gebraucht haben und auch in Zukunft brauchen werden, können sagen: Fest steht, daß das Unbehagen über den derzeitigen Landesverteidigungsstand gegeben ist, und uns erscheint der Bundesparteitag das geeignete Forum, die Partei zur Prüfung des derzeitigen Zustandes aufzufordern. Das gebietet die Verantwortung für den Staat. Aber auch für unsere Partei besteht hier eine ganz eminente Verantwortung, durchlaufen doch viele Jungwähler das Bundesheer und urteilen sehr kritisch über ein von ~~von~~ der ÖVP verwaltetes Ressort.

Es gibt einen Leerlauf. Der Zustand ist bekannt. Herr Bundeskanzler, wenn Sie das am Dienstag in der Fernsehdiskussion

doch einigermaßen bestritten haben, so kann man das in einer Fernsehdiskussion noch akzeptieren. Aber ich würde doch bitten, Aussagen der Wehrmänner vor dem Herrn Bundeskanzler, womöglich noch in einer Begleitung von sehr vielen Offizieren und Vorgesetzten, nicht allzustark zu überschätzen. Genau dasselbe ist auch, wenn Leerlaufgeneräle die diversen Kasernen besuchen.

Ich bitte also hier wirklich: Der Zustand ist kritisch, und wir haben mit vollem Ernst diesen Antrag gestellt. Wir sind nicht dogmatisch. Es geht uns nicht um 6 Monate oder 12 Monate Präsenzzeit, sondern es geht uns darum, daß die bestmögliche Ausnützung von Zeit und Geld für eine umfassende Landesverteidigung erfolgt.

Wenn immer wieder geklagt wird, es sei nicht genügend Geld vorhanden für Munition, für Treibstoff usw., dann muß ich als junger Mann, der dem österreichischen Bundesheer sehr verbunden ist, der seinen Wehrdienst abgeleistet hat, der nachher noch - entschuldigen Sie, daß ich das sage, aber ich tue es deshalb, weil uns das immer unterstellt wird -, der also nachher noch weiter befördert worden ist, weil hier eine positive Einstellung stattgefunden hat, Waffenübungen usw. - Waffenübungen auch mit Mängeln, die ich feststellen konnte, wie ich ausdrücklich sagen möchte -, dann muß ich also darauf hinweisen, daß absolut für eine bessere physische Ausbildung zu sorgen wäre. Für eine bessere sportliche Ausbildung, für eine bessere körperliche Ertüchtigung braucht man nicht unbedingt weiß Gott wieviel Treibstoff, sondern entsprechende Sportanlagen usw.

Und ich würde noch etwas bitten: daß man auch für eine Ausbildung in der Heimatnähe Sorge trägt. Es ist hier schon

sehr viel geschehen, das möchte ich ausdrücklich sagen, aber die Verantwortlichen mögen versuchen, für eine Ausbildung in der Heimatnähe zu sorgen. Dann wird man vielleicht auch eine bessere Einstellung zur geistigen Landesverteidigung erreichen. Denn dort, wo einer daheim ist, wo er Familie, Frau und Kinder hat, ist ihm der Heimatboden besonders wertvoll, dort findet er sicherlich auch die richtige Einstellung zur Landesverteidigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe hier die Diagnose gestellt. Erwarten Sie von mir nicht die Therapie, denn dazu bin ich nicht berufen. Wahrscheinlich wird auch hier beim Bundesparteitag kein konkretes Ergebnis herauskommen. Man sollte aber diese Frage, die für uns junge Leute so wesentlich ist, in einem Expertenkomitee prüfen, man sollte sich Vorschläge anhören und man sollte wirklich objektiv prüfen, was besser gemacht werden könnte. Das erwarten von uns die vielen jungen Leute, die beim Bundesheer eingerückt sind, das erwarten die jungen Leute von der Österreichischen Volkspartei, die fortschrittlich in die siebziger Jahre blickt, und das erwartet man von einer Österreichischen Volkspartei, die nicht sagt: Es war schon immer so, was brauchen wir das, da könnte ja ein jeder kommen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Nationalrat Kern.

NR Leopold K e r n : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Grunde meiner Wortmeldung, zum Antrag 44,Stellung nehme, gestatten Sie mir, daß ich einen grundsätzlichen Gedanken von der bäuerlichen Sicht aus zum Problem der Sozialpolitik zum Ausdruck bringe.

Die bäuerliche Sozialpolitik hat im Gesamtrahmen der Agrarpolitik in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dies deswegen, weil die Umstellungs- und Anpassungsprobleme, denen sich die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft in allen Staaten gegenübersieht, mit den herkömmlichen Mitteln der agrarpolitischen Instrumente allein nicht zu bewältigen sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß etwa diese herkömmlichen Instrumente, als da\ sind die Bildungs-, die Struktur-, die Markt- und Preispolitik, etwa unwichtiger geworden wären. Es soll aber zum Ausdruck gebracht werden, daß die Sozialpolitik immer mehr einer Ergänzung dieser anderen Instrumente bilden muß, soll dieser gewaltige Umstellungsprozeß, der tiefgreifende\ wirtschaftliche, soziale und auch menschliche Probleme aufwirft, für die betroffene Bevölkerung erleichtert werden.

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß die Bundesregierung und daß das Parlament in den letzten Jahren auf diesem Gebiet dennoch einiges geleistet haben. Es konnte mit Beginn des Jahres 1969 auf dem Gebiet der Unfallversicherung für unsere bäuerlichen Menschen - für die Selbständigen vor allem - eine schöne Anhebung im Ausmaß von 50 Prozent für die bäuerlichen Unfallrentner auf Grund der Novellierung des ASVG., durch die 23. Novelle, beschlossen im Jahre 1968, erreicht werden.

Sie wissen, daß sich derzeit im Parlament Gesetzesvorlagen befinden, die sich mit einer Neuregelung der Zuschußrente und mit einem neuen Bauern-Pensionsversicherungsgesetz befassen werden. Ich glaube, daß gerade mit diesen Gesetzen ein Nachziehverfahren, das lange schon aussteht, im Interesse unserer bäuerlichen Bevölkerung gemacht werden kann.

Und nun zum Antrag 44, betreffend die Bauernkrankenkasse. Es steht hier im Antrag: "Die Bundesparteileitung wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich ein den Zielsetzungen des Gesetzes entsprechender Vertrag zwischen Bauernkrankenkasse und der Ärztekammer zustande kommt."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bauernkrankenkasse hat im April 1966 ihre Leistungen aufgenommen. Diese werden, soweit sie auf Grund von bestehenden Verträgen mit Vertragspartnern, so den Spitälern, den Apotheken, den Bandagisten usw., erbracht werden, als durchaus positiv von den bäuerlichen Versicherten anerkannt.

Die Bauernkrankenkasse wird für das Jahr 1969 356 Millionen Schilling an diese Vertragspartner zur Auszahlung bringen. Die Aufwendungen der Kasse für erbrachte Leistungen an die Vertragspartner, die ich soeben genannt habe, sind in den letzten Jahren zunehmend gestiegen. Ich darf hier nur einige Ziffern nennen. Soweit es die Krankenhäuser, die Spitäler anlangt, sind diese Ausgaben seit dem Jahre 1967, wo sie 144 Millionen Schilling ausgemacht haben, im Jahre 1968 auf 160 Millionen und im Jahre 1969 auf 200 Millionen angestiegen. Diese Ausgaben nehmen also zu und sind auch in den anderen Sparten gestiegen, aber die Ausgaben für die ärztlichen Leistungen sind gleichgeblieben. Die Ursache liegt darin,

daß unsere Versicherten durch das Fehlen eines Vertrages mit den Ärzten noch immer Privathonorare bezahlen müssen. Diese sind je nach Bundesland und auch nach Arzt unterschiedlich hoch. Sie sind zum Teil so hoch, daß die Versicherten nur 30 Prozent des bezahlten Arzthonorars von der Kasse refundiert erhalten können.

Trotz jahrelanger Bemühungen seitens der Bauernkrankenkasse und der bäuerlichen Interessenvertretungen ist es bis jetzt, trotz bester Angebote unserer Kasse, zu keiner Einigung mit den Vertretern der Ärzte gekommen. Die Folge ist, daß die ärztliche Betreuung und die Gesunderhaltung der bäuerlichen Bevölkerung ernstlich gefährdet wird. Das haben gerade die Reihenuntersuchungen der Bauernkrankenkasse in den letzten Jahren eindeutig ergeben.

Ich möchte, meine sehr Geehrten, da ich jetzt zum zweiten Mal das Blaulicht gesehen habe, abschließend wirklich sehr diesen Antrag unterstützen und möchte alle verantwortlichen Stellen bitten, daß auch diese Frage endlich in unserem Interesse, im Interesse der bäuerlichen Versicherten positiv gelöst wird. (Beifall.)

Präsident
Vorsitzender/Dr. M a l e t a : Am Wort ist Frau Elfriede Blaickner.

Elfriede Blaickner: Hoher Bundesparteitag! Im Antrag 33 wird eine bessere Vertretung der Frauen gewünscht. Als Mitglied der Bundesleitung der Österreichischen Frauenbewegung darf ich meinem Bedauern Ausdruck verleihen, daß auf der Kandidatenliste für den Nationalrat nur eine Frau an sicherer Stelle nominiert ist. (Zustimmung.) Das ist für uns irgendwie sehr bedrückend, denn in Österreich bilden die Frauen, wie Sie alle wissen, die Mehrzahl der Bevölkerung , und 40 Prozent aller Berufstätigen werden von den Frauen gestellt. Es ist doch so, daß heute die österreichische Wirtschaft ohne die Frauen überhaupt nicht denkbar ist und daß die Arbeitskraft der Frauen das größte Wirtschaftspotential darstellen. (Neuerliche Zustimmung.) Die Produktionszahlen in der Industrie sowie die Dienstleistungs- und Sozialberufe sind ohne die Frauen überhaupt nicht denkbar. 877.000 Hausfrauen, von denen sich 200.000 nur der Familie widmen, verwalten 70 Prozent des Budgets. Es hängt weitgehend von der Tätigkeit und vom Verhalten der Frauen ab, was für ein politisches und soziales Klima in der Familie geschaffen wird, das seinen Niederschlag im öffentlichen Leben findet.

Es ist begreiflich, daß die Frau, für alle die Probleme, die sie und die Familie berühren, sehr viel Interesse hat. Das Familienrecht, die Anerkennung der Frauenarbeit, deren gerechte Bezahlung, die Gesundheits- und Wohnungspolitik stehen ihr nahe. Sie wünscht deshalb auch und glaubt, daß sie in diesen Belangen von einer Frau am besten vertreten werden kann. (Zustimmung.)

Wir sprechen den Herren ganz sicher nicht die Fähigkeit und auch nicht den guten Willen ab, sich auch der Probleme der Frauen anzunehmen. Aber sehr viele dieser Probleme werden ihnen überhaupt nicht bekannt oder sie nehmen sie zu leicht. Daß Frauen in ihren Leistungen in der Politik ihren Mann stellen könnten, daß also die Leistung nicht vom Geschlecht abhängt, das haben wir in den letzten Jahren gesehen. Unsere Frau Sozialminister Rehor ist bei einer Meinungsumfrage unter die populärsten Politikerinnen gereiht worden (Beifall), weil ihre Leistungen im Herzen wurzeln und im Verstande verankert sind. Auch unsere Bundesleiterin, Frau NR Solar, hat durch zwei Jahrzehnte die Belange der Frauen und Mütter wahrgenommen.

Es kann nicht eine einzige Frau allen Problemen gerecht werden. Sollen die rund 1,4 Millionen Frauen, die berufstätig sind, und die hunderttausenden Frauen, die nicht berufstätig sind, sollen die nur eine Vertreterin im Parlament haben, sollen wirklich die Sozialistinnen die Belange unserer Frauen wahrnehmen? Es ist einfach für uns untragbar. Wir sind eine Volkspartei. Bitte, denken Sie einmal daran, daß ein Volk nicht nur aus Bünden und Berufen besteht, sondern auch aus Männern und Frauen. Diese Frauen stellen 54 Prozent der Bevölkerung dar, und sie fragen allen Ernstes: Wo bleibt die viel strapazierte Gleichberechtigung? (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Worte ist Dr. Friedrich König.

Bundesobmann DDr. Friedrich K ö n i g : Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Ich möchte als erster - sicher nicht als letzter - Redner zu dem heißesten Problem des heutigen Bundesparteitages Stellung nehmen, das sind die Anträge, die sich mit der Einführung von Einer-Wahlkreisen befassen.

Hoher Bundesparteitag! Wir haben von der Jungen Generation der Volkspartei an diesen Parteitag den Antrag 3 gestellt, den Sie in der Zusammenstellung der Anträge finden. Wir haben den Antrag im Politischen Ausschuß für den Bundesparteitag eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß dies hier jenes Forum ist, in dem diese Gedanken und Ideen, die weit über den Kreis der politischen Funktionäre hinaus in der Jungen Generation diskutiert werden und ein lebhaftes Echo finden, beraten werden müssen.

Wir sind damit einverstanden, daß diese Fragen, die von weitreichender Bedeutung sind, wie das der Berichterstatter des Politischen Ausschusses im Namen des Politischen Ausschusses vorgetragen hat, einem Expertenkomitee übertragen werden, das innerhalb von sechs Monaten zu einer Stellungnahme zu gelangen hat, die der Bundesparteileitung vorzulegen ist. Dieses Expertenkomitee soll, wie gesagt wurde, paritätisch aus Theoretikern und aus Fachleuten der politischen Praxis zusammengesetzt sein, um zu gewährleisten, daß das, was der Bundesparteileitung als Entscheidungsgrundlage vorgelegt wird, auch den Kriterien der politischen Praxis standhalten kann.

Ich gebe zu, daß eine gewisse Widersprüchlichkeit darin liegt, wenn nun dieses Ziel, das in diesem Expertenkomitee geprüft werden soll, auch schon als fester Programmpunkt im

Programm aufscheint. Aber ich glaube, daß - wie immer es sei - hier der Ort ist, über diese Frage vom Grundsatz her zu diskutieren. Und vom Grundsätzlichen her möchte ich unseren Vorschlag kurz interpretieren.

Der Antrag 3 ist - das wage ich zu behaupten - ein verantwortungsbewußter Antrag. Er unterscheidet sich in wesentlichen Punkten vom Antrag 1. Die Tatsache, daß dieser Antrag vorsieht, 50 Prozent der Mandatare in Zukunft in Einer-Wahlkreisen wählen zu lassen, gleichzeitig aber vorsieht, daß die Gesamtzahl der Mandate, die jeder Partei zukommen, wie bisher nach dem Verhältniswahlrecht ermittelt werden, sichert sowohl Kleinparteien ihre Existenz und schützt gleichzeitig die großen Parteien davor, daß sie vor allem in den Ballungszentren durch Manipulation der Wahlkreise in die Hinterhand geraten und vor allem in den großen Städten dann Mandatsverluste zu verzeichnen hätten. Diese Möglichkeit ist nach diesem Antrag praktisch ausgeschlossen, weil ja jede Partei nach wie vor nach dem Verhältniswahlrecht die Anzahl ihrer Mandate zugeteilt erhält.

Was hingegen an Vorteilen mit diesem Antrag ver_bunden ist, das ist die Möglichkeit, einen engeren persönlichen Kontakt zwischen dem Wähler und seinem Mandatar zu schaffen, wie das eben nur in kleineren, überschaubaren Wahlkreisen möglich ist. Andererseits glaube ich: In allen Landesparteiorganisationen spürt man diese Notwendigkeit des engeren persönlichen Kontaktes und versucht ihr Rechnung zu tragen, indem in den verschiedenen Landesparteiorganisationen der Kandidatenwahlkampf, der persönliche Einsatz der Kandidaten zum Motto

des kommenden Wahlkampfes erklärt wurde. Dieses Gefühl resultiert aus einer Fülle von Erfahrungen in Gesprächen und Begegnungen nicht nur mit jungen, sondern auch mit älteren Menschen und hat in diesem Antrag seinen Niederschlag gefunden.

Daher glaube ich, daß wir eine Frage, die so weit über unsere Reihen hinaus diskutiert wird, auch auf diesem Parteitag eingehend behandeln sollen, daß wir sie leidenschaftslos und nüchtern prüfen sollen und daß wir dann darangehen sollten, wenn wir erkennen, daß in dieser Frage tatsächlich sehr viel liegt, dem Expertenkomitee den Auftrag zu geben, uns hier auch das Zahlenmaterial zu liefern, das uns über Auswirkungen und Möglichkeiten dieses Systems genau Aufschluß gibt, damit die Bundesparteileitung zu einer abschließenden Beurteilung und Beschlußfassung kommen kann.

Diese Ermächtigung aber, Hoher Bundesparteitag, müßte heute hier gegeben werden, wenn wir die Meinung teilen, die wir von der Jungen Generation der Volkspartei vertreten, daß das eine ernste Frage ist, die es verdient, aufrichtig und redlich geprüft zu werden. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Landeshauptmann Wallnöfer.

Landeshauptmann Josef W a l l n ö f e r : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mich zu zwei Angelegenheiten kurz äußern, und zwar einmal zum Ergebnis der Arbeit dieser Regierung seit dem Jahre 1966 von der Sicht des Landes Tirol aus, und dann glaube ich, daß es auch recht ist, beim Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ein Wort über die Fragen zu sagen, die mit unserem zerrissenen Land und den daraus resultierenden Problemen zusammenhängt.

Es war im Frühjahr 1966 nicht so ohne weiteres sicher, daß es dieser Regierung gut geht und daß sie in der Lage ist, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die sich auf dem Weg aus der Koalition heraus zur Einparteienregierung ergeben. Wenn man heute die Dinge nur kurz überdenkt, dann muß man doch sagen, daß in dieser Zeit einige Probleme bereinigt werden konnten, deren Bereinigung wahrscheinlich in der Koalition nicht zu erwarten gewesen wäre. (Zustimmung.)

Ich möchte hier vor allem die Neuordnung der Wohnbaugesetzgebung anführen, die ja zum Teil zurückgeht auf das Jahr 1916 und die auch in der Zeit nach diesem zweiten Weltkrieg weitgehend erstarrt ist und bei der nach dem Proporz vorgegangen werden mußte. Daß man in der Lage gewesen ist, hier eine gewisse Entflechtung durchzuführen und vor allem auch das bundesstaatliche Gebäude zu respektieren und damit die Verwaltung der Wohnbauförderungsgelder lebensnaher zu machen, ist nach meinem Dafürhalten ein echter und großer Fortschritt. Wenn sich im Verlaufe der Zeit zeigen sollte, daß das eine oder das andere noch zu verbessern wäre, dann ändert das nichts an der Tatsache, daß hier diese Volksparteiregierung wahrhaftig etwas Gutes getan hat.

Eine Bitte: Als der Bundeskanzler vor Jahren die Meinung äußerte, daß man in jedem österreichischen Bezirk zumindest eine allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule haben müsse und daß Bildung und Forschung Vorrang haben, da haben wir das auch nicht alle so ohne weiteres für ernst genommen. Ich würde aber meinen, daß hier im Verlaufe weniger Jahre so vieles geschaffen worden ist, wie das in vielen Jahrzehnten vorher nicht der Fall gewesen ist. (Beifall.) Das ist gewiß etwas, was bewirkt, daß auch die österreichische Jugend Zukunftschancen in diesem Europa in einer Form hat, wie sie etwa in den besten Ländern dieses Europa gegeben sind. Das ist wirklich etwas für die Jugend, und ich glaube, wir sollten dieser Jugend dazu denn doch auch ein bißchen gratulieren.

Wenn ich an das denke, was Finanzminister Dr. Koren gema_cht hat, so meine ich, daß die Wirkung dieser Überlegungen wahrscheinlich erst in einigen Jahren so richtig zum Tragen kommen wird. Wenn man es e_hrlich meint mit dem Sozialstaat, dann wird man wohl sagen müssen, daß diese Errungenschaften natürlich Geld kosten, aber daß diese Errungenschaften auch nur gehalten werden können, wenn die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, auch weiterhin diesen Sozialstaat zu tragen.

Daher glaube ich, daß diese Überlegungen segensreich sein werden und daß man nach Jahren genauso von einer geradezu entscheidenden Finanzpolitik in Österreich reden wird, wie man das heute noch im Hinblick auf die Maßnahmen tut, die der seinerzeitige Finanzminister Dr. Kamitz eingeleitet hat. (Beifall.)

Das sind nur einige Punkte. Ich wäre gerne bereit, auch über die Fra_gen der Energiewirtschaft und der Energieplanung

etwas zu sagen oder über die Grundsätze der Raumordnung und der Strukturpolitik, die ja ebenfalls im Verlaufe dieser Zeit bearbeitet wurden und bei denen sich doch zumindest schon gewisse Konturen abzeichnen. Mit Rücksicht auf die Zeit will ich das aber unterlassen und nun zum Thema Südtirol kommen.

Sie wissen ganz genau, daß man sich bei uns in Tirol wahrhaftig stets bemüht hat, diese Frage, dieses so entscheidende Anliegen gerade in unserem Lande, der Tagespolitik zu entziehen, Ich würde aber meinen, daß es falsch ist, etwa bei einem Bundesparteitag so zu tun, als ob man mit diesem Entziehen alle diejenigen nicht zu Wort kommen lassen dürfte, die schließlich und endlich eine ganz entscheidende Verantwortung in vielen Jahren in dieser kritischen Frage getragen haben. (Zustimmung.)

Es ist, wenn ich einen Blick zurück mache, schon wiederholt so im Unterton irgendwie gesagt worden, daß es nicht zur Teilung Tirols gekommen wäre, wenn man sich nach dem ersten Weltkrieg etwa in Tirol auch so gewehrt hätte, wie das anerkennenswerterweise in Kärnten der Fall war. Ich möchte aber doch, um endlich einmal mit diesen Vorstellungen aufzuräumen, darauf hinweisen, daß seit 1866 von Österreich die Autonomie für Trient, für die Lombardei und für Venezien gefordert wurde. Diese Autonomie hat man den Italienern damals nicht zuerkannt. Erst die Engländer haben dann bereits im Jahre 1915 mit der italienischen Regierung eine Vereinbarung in der Richtung geschlossen, daß Italien nicht nur Trient und Venezien, sondern sogar die Brennergrenze bekommt, wenn sie mit den Alliierten in den Krieg eintreten. Das ist die Wahrheit, das ist der geschichtliche Hintergrund, und dieser Fragenkomplex ist

nicht mit irgendwelchen anderen politischen Ereignissen in Österreich zu vergleichen.

Nun, und Sie wissen, was dann gewesen ist. Im Jahre 1918 hat es in Südtirol 7.000 Italiener und 245.000 Deutsche gegeben, und heute gibt es in Südtirol 135.000 Italiener und ebenso wie damals etwa 245.000 Deutsche. Nachdem man gespürt ha daß die ganze Entwicklung zur Verdrängung der deutschen Zuge führt, hat man sich in der Zeit nach 1945 um eine Regelung bemüht, die dann in dem bekannten Pariser Vertrag, in dem Gruber-De Gasperi-Abkommen, ihren Niederschlag gefunden hat. Die Gespräche um die bessere Durchführung dieses Vertrages in den fünziger Jahren haben zu keinem Ergebnis geführt. Daher hat man sich dann in den Jahren 1959 und 1960 bei der UNO um ein Verhandlungsmandat bemüht, das dann auch im Jahre 1961 wiederholt worden ist.

Ich erkenne gerne an, daß der seinerzeitige Außenminister Dr. Kreisky sich ehrlich um die Regelung der Südtirol-Frage bemüht hat. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß einige Erfolge erzielt worden sind; aber es waren Erfolge, die die Südtiroler bei den entscheidenden Besprechungen im Dezember 1964 nicht als ausreichend betrachtet haben.

Seitdem haben Außenminister Dr. Tončić und nun seit geraumer Zeit Außenminister Dr. Waldheim, der ja mit dieser Frage schon früher als Botschafter bei der UNO beschäftigt war, wahrhaftig - das möchte ich schon sagen - mit großem Geschick, mit beträchtlichem Fleiß und in bestem Kontakt mit den Tirolern und Südtirolern eine Lösung vorbereitet. (Beifall.)

Es liegt nun ein Ergebnis vor, eine Zusammenfassung von meritorischen Dingen, die mehr oder weniger befriedigen, und es liegt darüber hinaus ein Papier vor, das die Absicherung zur Durchführung dieser Zusagen, dieses Paketes beinhaltet. Über dieses Paket hat man insbesondere in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit sehr viel Negatives und wenig Positives gesagt, und über den Operationskalender, über die Formen der Garantie für die Durchführung war dasselbe der Fall.

Ich bin auch davon überzeugt, daß viele Dinge nicht nach unseren Vorstellungen oder überhaupt noch nicht erfaßt und gelöst sind und daß andere Fragen ein gewisses Risiko in sich tragen, vor allem auch deshalb, weil wir ja mit einer Verwaltung zu tun haben, die eine andere als die unsere ist, und weil in der letzten Konsequenz vielleicht auch gar niemand so recht weiß, welche Wirkung diese Dinge am Ende haben. Es ist ja auch in unserem Lande oft so, daß ein Gesetz formuliert wird, daß die besten Verfassungsjuristen daran beteiligt sind, daß aber nach Jahren der Verfassungsgerichtshof die eine oder die andere Bestimmung oder das Gesetz überhaupt aufhebt. Dieses Problem wird noch viel schwieriger, wenn man es mit Bestimmungen zu tun hat, die in einem anderen Lande gelten sollen.

Ich bekenne schon auch, daß wir einige Bedenken haben gegen die Formen der Berufungsinstanz, gegen die Beschlußfassung beim Budget, daß eine Gefahr darin liegt, wenn man in Italien sehr stark etwa die Rangordnung forciert, die gesetzlich untermauert, daß manches von dem, was in diesem Paket steht, überdeckt werden könnte und daß natürlich auch andere Risken vorhanden sind. Selbstverständlich. Ich möchte

aber doch sagen: Einige weitgehende Bestimmungen - man müßte der Wahrheit die Ehre geben - zur Sicherung des Bestandes des Volkstums hat man erreicht.

Ich denke etwa hier zunächst daran, daß die Sprachregelung sichergestellt werden konnte. Der Südtiroler wird in Zukunft auch vor der Polizei und vor Gericht in seiner Muttersprache aussagen können. Er wird in der Lage sein, seine Verträge und sein Testament in seiner Muttersprache zu verfassen. Er wird also das Recht haben, diese Sprache so zu benützen, wie wir sie bei uns benützen können. Das ist ein großer Fortschritt, wenn man die Verhältnisse beachtet, wie sie etwa gerade in der Zwischenkriegszeit, aber leider Gottes auch in der Zeit nach diesem Krieg gewesen sind.

Oder die Frage der Schule. In die Kompetenz der Südtiroler Landesverwaltung soll nicht nur die Anstellung, die Beförderung und die Versetzung der Lehrpersonen, sondern weitgehend auch die Schulaufsicht fallen. Es soll sichergestellt werden, daß das italienische Kindin Südtirol von der italienischen und daß unser Kind von unserer Schule und unserem Ausbildungsweg erfaßt wird.

Wir halten es für einen Fortschritt, daß die Südtiroler Landesregierung das Recht bekommen soll, zuzustimmen, wenn etwa italienische Staatsbetriebe oder Betriebe mit italienischer Staatsbeteiligung nach Südtirol verlagert werden, und es ist gewiß ein Fortschritt, wenn die Wohnbaugesetzgebung und das Wohnbauwesen alles in allem in die Kompetenz der Südtiroler überführt wird, denn schließlich und endlich ist es nicht gleich, wer die Wohnungen baut und wen man in die Wohnungen einweist und wer dann bei welchen Industriebetrieben beschäftigt ist.

Zu diesen Bereichen müßte man schon auch das Vortrittsrecht beim Arbeitsamt zählen. Hier wird nämlich gesagt, daß der in Südtirol Wohnhafte zunächst das Recht auf Zuweisung hat und daß dann erst der kommt, der aus einer anderen italienischen Provinz stammt. Das ist gewiß noch lange nicht die Ideallösung für die Zuständigkeit für die Arbeitsämter und das Ansässigkeitsrecht gewesen, aber irgendwelche Maßnahmen, so würde ich meinen, zum Schutz des Volkstums und als Gegenpol gegen die Unterwanderung dürfte diese Regelung doch auslösen.

Vielleicht darf ich auch, um es etwa plastisch darzustellen, sagen, daß es mir nicht gleich ist, ob der Südtiroler Bürgermeister oder Funktionär nach Trient hinunterfahren und dort um die Gelder betteln muß, die er zum Bau einer Straße, einer Wasserleitung oder eines Schulhauses braucht, oder ob er nach Bozen gehen und sich dort bei seinem gewählten Vertreter um diese Dinge bemühen kann. So ist es auch in allen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft.

Es ist gewiß auch ein Fortschritt, wenn die Gemeindesekretäre in Zukunft nicht mehr Staatskommissäre sein sollen, die fallweise die Gültigkeit des Gemeinderatsbeschlusses verweigern können, sondern wen die Gemeindesekretäre solche Gemeindesekretäre werden, wie sie es bei uns sind, nämlich daß sie der Weisung des Bürgermeisters bzw. des Gemeindesrates unterstellt werden. (Zustimmung.)

Das sind also gewiß beachtliche Fortschritte. Ich würde meinen, daß man doch auch den Mut haben muß, das zu sagen, was hier im Verlauf von vielen Jahren erarbeitet worden ist. (Beifall.)

Und nun ein paar Worte zur Garantie. Also dieser Operationskalender sieht vor, daß Italien einen Schritt tut und dan Österreich einen Schritt tut, und dann kommt wieder Italien, und dann kommt wieder Österreich. Wenn Italien den ersten Schritt nicht tut, dann wird Österreich nicht den zweiten, Italien nicht den dritten und Österreich nicht den vierten Schritt tun. Dann wird also dieser Kalender entweder nicht anlaufen oder nicht ablaufen.

Vorgesehen ist, daß nach der Durchführung der im Paket zugesicherten Maßnahmen eine Schlußerklärung abgegeben wird, die besagt, daß der Streit, den man 1960 bei der UNO anhängig gemacht hat, beendet ist.

Und hier kommt nun die Gegnerschaft und sagt: Was passiert denn, wenn im italienischen Parlament für das Verfassungsgesetz keine Mehrheit zustande kommt, weil die italienischen Sozialisten oder die italienischen - was weiß ich - Monarchisten nicht zustimmen? Da wird gar nichts passieren. Dann wird wahrscheinlich der österreichische Außenminister zur UNO fahren und sagen, daß eine italienische Regierung der österreichischen Bundesregierung die Durchführung bestimmter Maßnahmen zugesichert hat und daß das Parlament nicht annimmt. Ich würde glauben, daß dann die Position Österreichs bei der UNO eine gute ist.

Oder was wird passieren, wenn man drei Viertel dieses Paketes durchführt, und dann wird die letzte Durchführungsverordnung oder die Übertragung der Verwaltungskompetenz nicht vollzogen? Dann werden wir uns bei der UNO melden und sagen, daß man das Versprochene nicht erfüllt hat und daß von den Punkten Soundso nur soundso viele erfüllt sind, daß der Streit also nicht beigelegt ist.

Und hier unterscheidet sich der Operationskalender von dem, was man im Jahre 1964 ein Schiedsgericht genannt hat, ganz entscheidend. (Zustimmung.) Damals wäre man nämlich verpflichtet gewesen, zu sagen: In der Annahme, daß die italienische Regierung die Maßnahmen A bis X durchführt, gibt Österreich bereits eine Streitbeilegungserklärung ab. Und jetzt können wir sagen: Die Streitbeilegungserklärung wird abgegeben, wenn diese Punkte bis zum letzten erfüllt sind.

Hier haben sich die Dinge ganz wesentlich verändert, und ich stehe auch gar nicht an, zu erklären, daß mir von den verschiedenen Formen der Garantie diese die liebste ist. Ich bin mir dabei ganz klar, daß man damit in das Blickfeld der Kritik geraten kann.

Jetzt wird also, wahrscheinlich am 22. November, die Delegiertenkonferenz der Südtiroler Volkspartei zusammentreten und im Anschluß an den Parteiausschuß die Materie des Paketes und die Form der Verankerung ausgiebig diskutieren. Die österreichische Bundesregierung hat stets erklärt, daß die Frage Südtirol nur im Einvernehmen mit den Südtirolern und , sie hat stets gesagt, auch im Einvernehmen mit Tirol diskutiert und erledigt werden wird. Ich halte es für richtig, daß nicht jetzt schon die österreichische Bundesregierung, der österreichische Bundesparteitag der ÖVP oder der Tiroler Landtag Erklärungen abgeben und Beschlüsse fassen, sondern daß wir abwarten, was diese Landesversammlung am 22. November sagt, denn letzten Endes müssen die Menschen in Südtirol leben, und wir werden darauf Rücksicht nehmen müssen, was sie bei diesen Beratungen sagen. (Zustimmung.)

Wiederholt wurde mir vorgeworfen, daß man den Südtirolern nicht eine so schwere Entscheidung aufbürden sollte. Ich möchte

aber dazu sagen: Ich kenne die Südtiroler ganz genau und weiß, daß sie verantwortungsbewußt genug sind, um sich zu dieser Frage wahrhaftig mit der entsprechenden Verwantwortung und Würde zu äußern. Ich habe immer noch erlebt, daß die Südtiroler in der entscheidenden Stunde beieinander gewesen sind, und ich bin überzeugt, daß man auch diese Frage in einer ordnungsgemäßen Form bespricht, überlegt und dann eben entscheidet.

Ich halte es also unter diesen Voraussetzungen für richtig, daß wir uns zurzeit nur auf Informationen beschränken, und daß Beschlüsse über Südtirol von der Bundesregierung und vom Tiroler Landtag erst nach dem 22. November gefaßt werden.

Ich möchte dann noch eines vor diesem Bundesparteitag gebeten haben: Wie immer die Südtiroler entscheiden, dieses Land ist ein uraltes Kulturland und ist ein Land mit deutscher Zunge. Und wie immer die Dinge sind: Tirol und Österreich muß stets der Begleiter dieser Südtiroler sein. (Beifall.) Und darum möchte ich den Hohen Bundesparteitag, darum möchte ich vor allem den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Außenminister gebeten haben.

Im übrigen fühle ich mich aber als Landeshauptmann von Tirol verpflichtet, all denen, die in den letzten Jahren so vieles für diese Sache in dieser schwierigen, undankbaren Materie getan haben, ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen, und hier sage ich insbesondere, daß ich das Gefühl habe, daß der Herr Außenminister mit größter Gewissenhaftigkeit und mit einer außerordentlichen Sachkenntnis das Menschenmögliche getan hat, und mehr zustandezubringen ist nun einmal nicht möglich gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Zu diesen Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes Wallnöfer hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus zum Wort gemeldet.

Bundeskanzler Dr. Josef K l a u s (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Nach den eindrucksvollen Worte des Herrn Landeshauptmannes von Tirol und nach den sachlichen Informationen, die er uns soeben über den Inhalt des Paketes und den Operationskalender gegeben hat, fühle ich mich verpflichtet, als Bundesparteiobmann und auch als Bundeskanzler eine Erklärung im gegenwärtigen Augenblick zur Südtirol-Frage abzugeben.

Meine sehr geehrten Parteifreunde! Seit ihrem Amtsantrit hat diese Bundesregierung unablässig ihre Bemühungen fortgesetzt, zu einer befriedigenden Lösung der Südtirol-Frage zu gelangen. Das Ergebnis, das uns heute vorliegt, sind erstens das Paket und zweitens der Operationskalender.

Das Paket enthält, wie schon vom Herrn Landeshauptmann ur rissen worden ist, einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen, die eine beträchtliche Erweiterung der Südtiroler Autonomie mit sich bringen. Der Operationskalender wiederum ist das Instrument, das die Verwirklichung des Paketes sicherstellen soll.

Es gibt nun gegen das Paket und gegen den Operationskalender Einwände. Wir wissen, daß die vorgeschlagene Regelung nicht die ideale ist. Es gibt nichts Hundertprozentiges in der Politik, und niemals kann man im Verhandlungswege hundertproze tig seine eigenen Wünsche und seinen eigenen Standpunkt durchsetzen. Wohl aber glauben wir, daß unter den gegebenen Verhält nissen die vorgeschlagene Lösung die bestmögliche ist. (Beifal

Wenn man nun manchenorts behauptet, die gegenwärtige österreichische Bundesregierung lasse sich von parteitaktische

Überlegungen leiten und fordere auch aus wahltaktischen Gründen die rasche Annahme des Verhandlungsergebnisses, wenn man das nach jahrelangen unablässigen Verhandlungen und Arbeiten behauptet, dann - muß ich wohl sagen - sind das Unterstellungen, denen wir mit allem Nachdruck entgegentreten müssen. (Beifall.)

Das Ergebnis ist viel mehr das Ergebnis eines zähen und konsequenten Verhandelns und nicht einer ausgeklügelten Zeitrechnung, wenn die Expertenverhandlungen mit Italien nun gerade in diesem Jahr abgeschlossen worden sind und folglich jetzt über das Ergebnis dieser Verhandlungen auf politischer Ebene entschieden werden muß.

Ich möchte betonen, daß es stets ein Grundsatz der österreichischen Südtirol-Politik gewesen ist, nur im Einvernehmen mit den Südtirolern vorzugehen. Selbstverständlich wird daher die Annahme des Lösungsvorschlages von den zuständigen Organen der Südtiroler Volkspartei abhängen, deren freie Entscheidung jederzeit von uns respektiert werden wird. (Beifall.)

Nachdem sich nun der Parteiausschuß der Südtiroler Volkspartei am 20. Oktober mit überzeugender Mehrheit für das Lösungsprojekt ausgesprochen hat, wird nun die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 22. November hierüber zu befinden haben.

Und nun, meine sehr geehrten Parteifreunde, Hoher Bundesparteitag, ein offenes Wort in die Richtung der Oppositionsparteien und auch in der Richtung der Massenmedien: Die Respektierung der unbeeinflußten Willensbildung der Südtiroler sollte nämlich fairerweise nicht nur von der österreichischen

Bundesregierung, sondern auch von den verschiedenen politischen und publizistischen Kräftegruppen des Landes, ganz Österreichs, ebenfalls respektiert werden. (Beifall.)

Mit diesem Grundsatz kaum vereinbar scheint mir nun eine in letzter Zeit angelaufene und eindeutig auch auf eine Beeinflussung der Südtiroler gerichtete Kampagne gegen die vorgeschlagene Regelung zu sein. Dabei werden die positiven Werte von Paket und Operationskalender geflissentlich verschwiegen oder bagatellisiert, während die jeder Verhandlungslösung anhaftenden Mängel oder gewisse Rückschläge, die es auch im Laufe von jahrelangen Verhandlungen da und dort immer wieder gibt, in irreführender Weise überbewertet werden.

Das, meine Damen und Herren, ist Manipulation, das, meine Damen und Herren, ist Mißbrauch der Demokratie, indem nämlich eine Minderheit sich anschickt, über die Mehrheit zu diktieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben die Diskussion über den vorliegenden Lösungsvorschlag nicht zu scheuen, denn wir wissen, daß er den Südtirolern eine Autonomie bringen kann, die das Maximum des unter den gegebenen Umständen Erreichbaren darstellt.

Darum möchte ich in aller Klarheit und Entschiedenheit zum Ausdruck bringen: Sobald die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei dem Lösungsvorschlag zugestimmt hat, wird die Bundesregierung nicht zögern, auf bilateraler Ebene sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Operationskalender, der die neue Autonomie für Südtirol herbeiführen soll, in Gang zu setzen.

Und Sie, meine sehr geehrten Parteifreunde, geschätzte Delegierte zum Bundesparteitag, Sie rufe ich nun auf, diese Informationen und diese Politik, die wir einzuschlagen gedenken, in einer unzweideutigen Weise jetzt draußen bei euch in den Ländern, in den Bezirken, in den Tälern und bis in die Dörfer hinaus zum Ausdruck zu bringen und allen Österreichern mitzuteilen, daß wir nach jahrelangen Verhandlungen und nach Erarbeitung eines bestmöglichen Ergebnisses entschlossen sind, die Südtirol-Frage je eher, je lieber und noch in dieser Legislaturperiode zu klären und zur Lösung zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich mache darauf aufmerksam, daß mir bereits 30 Wortmeldungen vorliegen. (Bewegung.) Ich habe die Redezeit in der Südtirol-Frage überschreiten lassen, weil wir alle hier im Saale mit unseren Tiroler Freunden das gleiche fühlen und denken. (Beifall.)

An die kommenden Diskussionsredner richte ich aber die Bitte, sich an die Redezeit von 5 Minuten zu halten.

Am Wort ist Herr Professor Wigelbeyer.

Professor Werner W i g e l b e y e r : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte versuchen, kürzer als 5 Minuten zu sprechen.

Als Sprecher der Jugendbewegung nehme ich kurz Stellung zum Antrag 13: Schulfach für politische, wirtschaftliche, rechtliche und zeitgeschichtliche Bildung. Wir sind der Ansicht, daß auf diesem Gebiet in Österreich viel zu wenig getan wird. Es gibt zwar ein sogenanntes Fach Staatsbürgerkunde, aber dieses Fach wird weder in den Pflichtschulen ordentlich unterrichtet noch auf den höheren Schulen. Hier gibt es ein Freifach - "Volkswirtschaftslehre" nennt es sich -, aber dieses Freifach wird nicht so unterrichtet, wie man das tun sollte, weil es die Lehrpläne nicht erlauben.

Wir sind der Ansicht, daß das Fach "Politische Bildung" den jungen Menschen nicht früh genug und nicht intensiv genug beigebracht und gelehrt werden kann. Das Desinteresse der heutigen Jugend, besonders am politischen Geschehen, ist sicherlich zum Großteil darauf zurückzuführen, daß die verschiedenen Institutionen, Organisationen, die Machtfaktoren in unserem Staat und in unserer Gesellschaft für den jungen Menschen in ihrer Funktion nur sehr schwer durchschaubar sind. Man muß nun ihre Funktion den Schülern und den Studenten der höheren Schulen besser erklären, und man kann nicht früh genug damit beginnen. Ich erwähne hier nur als Beispiel die deutsche Bundesrepublik. Es ist unwahrscheinlich, was dort auf diesem Sektor getan wird! Da sind wir in Österreich echte Waisenknaben dagegen.

Das Fach "Politische Bildung", wenn wir es so nennen wollen, das, wie gesagt, politische, wirtschaftliche, rechtliche

und zeitgeschichtliche Bildung beinhalten soll, darf aber nicht in grauer Theorie erstarren, sondern es muß echt und lebensnah dargeboten werden.

Damit hängt natürlich eine bessere und intensivere Ausbildung der Lehrer zusammen, der Lehrer nicht nur auf der Pädagogischen Akademie, sondern auch der Lehrer auf der Hochschule und später dann eine ständige Weiterbildung der Lehrer.

Es muß auf diesem Weg gelingen, das Geschehen im Staat und in der Gesellschaft dem jungen Menschen transparent zu machen und ihn dafür mehr zu interessieren. Wir freuen uns sehr, daß der Unterrichtsminister Dr. Mock für dieses Fach großes Interesse zeigt, daß er hier sehr aufgeschlossen ist.

Ich darf auch sagen, daß an meiner Schule, wo wir Versuche in dieser Hinsicht starten, gerade unter den Studenten, die sonst nicht die besten sind, das Interesse sehr, sehr groß ist.

Ich glaube, daß, wenn das ehestens verwirklicht wird, dadurch den jungen Menschen und damit dem Staate selbst ein großer Dienst erwiesen wird. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich übergebe den Vorsitz an Frau Nationalrat Lola Solar.

Vorsitzende Bundesleiterin Nationalrat Lola S o l a r : Ich übernehme den Vorsitz.

Ich bitte zuerst, auf die Diskussionsredner Rücksicht zu nehmen und im Saale Ordnung und Schweigen zu bewahren.

Der nächste Diskussionsredner ist Hannes Prochaska.

Hannes P r o c h a s k a : Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beziehe mich mit meiner Wortmeldung auf Seite 2 Abs.1 des Programmentwurfes, auf die Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze.

Die Österreichische Volkspartei hat vor einiger Zeit das aktive und das passive Wahlalter entscheidend herabgesetzt. Sie hat damit den jungen Menschen, der die Pflicht hat, sein Vaterland, wenn es sein muß, mit dem Einsatz des eigenen Lebens, zu verteidigen, die Chance gegeben, seine Heimat, eben die, die er verteidigen muß, aktiv mitzuformen,nach seinen Vorstellungen mitzugestalten.

Wir von der Jungen Generation in der Volkspartei haben uns infolge der Weiterentwicklung dieses Gedankens die Herabsetzung der Großjährigkeitsgrenze zum Ziel gesetzt. Die Reife und das politische Interesse ist unserer Meinung nach in der Jugend durchaus vorhanden, nämlich in dieser Jugend, die keineswegs von einigen hundert Extremisten, sondern durch das Wirken und durch die gute Arbeit von zehntausenden jungen Erwerbstätigen repräsentiert wird.

Wir halten es für ein Unding, all diese Jungen, die den Wehrdienst abgeleistet haben, die ihre Regierung, ihre Landtage und ihre Gemeindevertretungen wählen dürfen, in ihren privaten und wirtschaftlichen Entscheidungen weiter jahrelang zu bevormunden.

Aus diesem Grund begrüßt die Junge Generation der Volkspartei die Bereitschaft der Partei, die Großjährigkeitsgrenze herabzusetzen.

Wir sind jedoch ganz entschieden der Meinung, sehr geehrte Delegierte, daß man nicht einfach das 20. Lebensjahr festsetzen sollte, sondern daß man, um weitere Beratungen und genaueste Überlegungen in dieser rechtlich so schwierigen Angelegenheit anstellen zu können, eine Änderung des entsprechenden Absatzes durchführen sollte. Die neue Formulierung müßte nach unserem Vorschlag lauten:

"Sie tritt nunmehr auch für die Herabsetzung der gegenwärtig 21 Jahre betragenden Grenze der Volljährigkeit auf" - und das ist die Einfügung - "zumindest 20 Jahre ein, um den jungen Bürger auch hinsichtlich seiner privaten und wirtschaftlichen Entscheidungen früher vollberechtigt werden zu lassen."

Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist Herr Sepp Reinthaler.

Sepp R e i n t h a l e r : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung bezieht sich auf Punkt 28 der Anträge, betreffend Militärstrafgesetz.

Dazu darf ich kurz erklären: Derzeit ist es Kommandanten von Truppenkörpern aufwärts nur möglich, Disziplinarwidrigkeiten bis zu einem Ausmaß von 7 Tagen disziplinarrechtlich zu ahnden. Übertretungen, die über diesen Rahmen hinaus geahndet werden müssen, sind derzeit der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Eine gerichtliche Verurteilung bedingt jedoch die Eintragung der Strafe im Strafregister als Vorstrafe. Hingegen erlischt die von Kommandanten von Truppenkörpern aufwärts ausgesprochene Disziplinarstrafe bei Beendigung des Präsenzdienstes. Es wäre daher die bisher im Anhang zum Strafgesetz festgelegte Strafdrohung einerseits auf das Notwendige herabzusetzen und andererseits aber dafür die derzeitige Disziplinarstrafbefugnis im Höchstausmaß von 7 Tagen Disziplinararrest auf etwa drei Wochen zu erhöhen. Diese Vorgangsweise wird auch in allen Armeen von neutralen Staaten durchgeführt.

Durch die Herabsetzung der Strafdrohung und durch die Erhöhung der Disziplinargewalt kann einem Teil der ordentlichen Präsenzdiener das Verlassen des Bundesheeres als Vorbestrafte erspart werden. Daher bitte ich, dem Antrag 28 betreffend Militärstrafgesetz zuzustimmen. Danke. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist Dr. Binder-Krieglstein.

Dr. Bruno B i n d e r - K r i e g l s t e i n :

Hoher Bundesparteitag! In der Alleinregierung braucht die Partei ein oberstes Führungsgremium, welches besonders wendig ist und blitzartig reagieren kann. Ein solches Führungsgremium darf nur aus einigen wenigen Personen bestehen. Ich verweise dazu auf Antrag 57 des Akademikerbundes zur Strukturreform der Parteiführung. Dieser Antrag ist vom Wunsche diktiert, unsere Partei so schlagkräftig wie nur möglich zu machen. Daß dies gerade jetzt notwendig ist, daß in dieser Richtung gar nicht genug getan werden kann, das wird wohl nicht ernstlich bezweifelt werden. Der Hohe Bundesparteitag ist aufgerufen, diesen Antrag zum Beschluß zu erheben.

Und dann ein Wort zum Programm. Es ist fast ein sensationeller Fortschritt, daß man auf einem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei von Kunst sprechen kann, von Problemen, mit denen sich der Akademikerbund seit Jahren auseinandersetzt. Nach Ortega, dem großen spanischen Denker, kündigen sich künftige Entwicklungen zuerst in der Kunst an. Die Sensibilität der Künstler wirkt in bezug auf die Zukunft wie ein Seismograph. Daraus folgt: Eine Gemeinschaft, die sich der Zukunft wirklich zuwenden will, kann des engen Kontaktes mit Kunst und Künstlern nicht entraten. Es ist daher Punkt 5 des II. Teiles des Programmentwurfes, welcher von der aktiven Kunstpolitik der Partei spricht, besonders zu begrüßen und besonders zu unterstreichen.

Programme sind aber zunächst Worte und gute Absichten. Die Bundesparteileitung ist aufgerufen, daß sich hier keine

Kluft auftue zwischen Wort und Tat. Was der Hohe Bundesparteitag heute in puncto aktiver Kunstpolitik beschließen wird, das wolle rasch und vollständig realisiert werden. Nur wenn das geschieht, werden wir uns mit Recht die modernere Partei , die Partei der Zukunft nennen dürfen. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Als nächster zum Wort gemeldet ist Dr. Alfons Tropper.

Dr. Alfons T r o p p e r : Hoher Bundesparteitag! Die steirische Volkspartei hat unter anderem einen Antrag zum Thema "Demokratie und Mehrheit" vorgelegt. Ich werde diesen Antrag nicht wiederholen, sondern nur mit der Wiedergabe einiger Zeilen das Thema anreißen. Es heißt hier im letzten Absatz: "Es ist klar und deutlich zu machen, daß bei der bevorstehenden Nationalratswahl nicht über Koalitionen entschieden wird, sondern darüber, welche Partei fähig und in der Lage ist, Verantwortung für Österreich in den nächsten Jahren zu tragen. Der Wille des Wählers und nicht die Versteigerung an den Meistbietenden bei der Zusammensetzung der neuen Regierung muß das ausschlaggebende Moment sein."

Meine Damen und Herren! Wir haben einige Erklärungen - die des Herrn Bundeskanzlers, die des Herrn Vizekanzlers -, die unmißverständlich die Meinung der Volkspartei zu diesem Thema geäußert haben. Auch heute ist das hier geschehen. Es ist auch ein Plakat herausgekommen: "85 oder 85". Das macht die Situation ebenfalls deutlich.

Man muß allerdings feststellen, daß allwöchentlich in den Zeitungen zu lesen ist, wer mit wem zu koalieren beabsichtigt. Und es schillert so herum und man hat den Eindruck, daß einige Variationen durchgespielt werden, vielleicht so von den Wandelgängen des Parlaments über einzelne Büros bis in die Salons des Hotels Sacher.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es kann nicht deutlich genug ausgesprochen werden, daß es nur dann, wenn die Volkspartei die absolute Mehrheit erreicht, wieder Volkspartei-Minister geben wird. Wird diese absolute Mehrheit nicht erreicht,

dann gibt es keinen ÖVP-Bundeskanzler mehr und dann gibt es keinen ÖVP-Minister mehr.

Wenn es nur um diese Positionen ginge, dann würde es sich gar nicht lohnen, darüber ein Wort zu verlieren oder sich gar zu engagieren. Aber es geht ja letzten Endes durch diese Positionen um den Einfluß und um die gestaltende Kraft auf das öffentliche Leben. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir Parteien vor uns haben, die im politischen Kräftespiel nicht nur mit der von den Wählern übertragenen Macht operieren, sondern Parteien, die bereit sind, Geld zu geben und zu nehmen. Ich bedaure es sehr, daß hier eine solche Noblesse anzutreffen ist. Warum wird dieser Tatbestand, der evident ist und sich wiederholen kann, nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht? Das österreichische Volk muß wissen, daß bei solchen Dingen Geld eine Rolle spielen kann.

Wenn wir die Mehrheit verlangen und uns auch zur Mehrheit bekennen, dann muß damit auch verbunden sein das Bekenntnis zum Wechsel in der Demokratie. Die alten Dynastien sind nicht davongejagt worden, damit sich neue installieren, sondern es kommt darauf an, daß sich die politischen Kräfte immer wieder bewähren und imstande sind zu überzeugen, wer der Bessere ist. Um diese Bekenntnis zum Wechsel kommen wir auch nicht herum. Wir haben uns nur anzustrengen, deutlich zu machen, daß wir die Richtigen für die Führung im Staate sind.

Ich möchte Ihnen nicht verhehlen: Ich hatte Gelegenheit, während des Bundestagswahlkampfes kurz in Deutschland zu sein und hatte dabei Gelegenheit, die Rede eines sozialistischen

Spitzenmandatars zu hören. Ich will seinen Namen nicht nennen. Es demonstrierte sich hier ein politischer Ganove im Kleid eines Staatsmannes, der es sehr geschickt verstand, seine Partei auf staatspolitisch zu verkaufen. Ich muß Ihnen gestehen: Mir ist der kalte Schauer über den Rücken gelaufen bei dem Gedanken: Man kann den Sozialisten vieles anvertrauen, man kann ihnen aber nie die Führung in einem Staate anvertrauen! (Beifall.) Das kann man nicht!

Wir würden uns alle anschauen, wenn dieser Zustand eintreten würde: keine Minister, keinen Einfluß! Wir hätten nicht einmal mehr die Möglichkeit, uns der Ministerialbürokratie zu bedienen. Deshalb kann es nur um eines gehen: Durch alle Gliederungen und auf allen Ebenen der Partei deutlich zu machen, daß wir auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, daß Koalitionen nicht wählbar sind und daß wir uns auf den Wähler und nicht auf irgendwelche Bestechungen zu stützen beabsichtigen. Es wird uns dabei zugute kommen, wenn wir uns nicht nur im Glanze vergangener Aufbauleistungen sonnen, sondern Antwort auf die Frage nach der Zukunft geben können. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich noch einmal alle Delegierten, den Diskussionsredner Höflichkeit entgegenzubringen. Das alte Sprichwort heißt: "Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem anderen zu!" (Beifall.)

Nächster Redner ist Karl Wedenig.

Karl W e d e n i g : Hoher Bundesparteitag! Unser Freund und Gast aus Südtirol hat eingangs der Tagung erwähnt, er wünsche uns Glück für die Endrunde, in der wir uns befinden. Ich bin der Meinung, daß wir uns nicht in einer Endrunde, sondern in einer außerordentlich entscheidenden Zwischenrunde befinden, denn dieses Haus Österreich ist zwar schon in seinen Fundamenten bis zur Dachgleiche gediehen, aber es ist noch lange nicht vollendet.

Ich stehe vor Ihnen, meine Damen und Herren, als ein Vertreter des ÖAAB und als ein Exponent der Christlichen Gewerkschafter, jener Gruppe also, die täglich und stündlich in ihren Betrieben, in ihren Werkstätten und in ihren Gewerkschaftsforen mit dem parteipolitischen Gegner und mit allen Problemen konfrontiert wird, die sich aus der Tagespolitik ergeben. Bei aller Bescheidenheit glaube ich doch darauf hinweisen zu dürfen, daß es die hunderttausenden Arbeitnehmer in der ÖVP sind, die mit dazu beigetragen haben, daß diese unsere Regierung bis zum heutigen Tag ihr Programm in einer Atmosphäre des inneren Friedens, des sozialen Friedens, des Betriebsfriedens und vielleicht auch der gewerkschaftlichen Vernunft erfüllen konnte. (Beifall.)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, dazu ein Beispiel aus einem anderen Land kurz erwähnen. Ich einem westlichen demokratischen Staat bekommt ein Werftarbeiter für besondere Leistungen eine Bonifikation. Die Gewerkschaft verpflichtet ihn, diese Bonifikation abzulehnen. Er lehnt sie nicht ab, wird von der Gewerkschaft mit der doppelten Strafe belegt und schließlich aus dem Betrieb entfernt.

Warum erzähle ich das hier? Ich erzähle es deshalb, weil es nicht so selbstverständlich ist, daß hierzulande andere Verhältnisse herrschen. Und sie herrschen deswegen, weil Hunderttausende in dieser Bewegung mitarbeiten und mitentscheiden.

Ich begrüße es daher, daß bei der heutigen programmatischen Zielsetzung gerade den Problemen der Arbeitnehmer und insbesondere der sozialen und der gesellschaftlichen Ingegration der Arbeitnehmer das Wort gesprochen wird. Ich begrüße es nicht deswegen, weil wir etwa Privilegien wollen, nein, die brauchen wir nicht, sondern weil wir diese Integration brauchen denn nur aus dieser totalen gesellschaftlichen Integration des Arbeiters erwächst auch der Leistungswille, der notwendig ist, um die vor uns liegenden großen Zielsetzungen auch erreichen und durchführen zu können. (Beifall.)

Zu diesem Leistungswillen gehört aber auch ein großes Maß von Mitentscheidungsfähigkeit und damit Verantwortungsfähigkeit, und das ist es, was wir fordern.

Ich bitte Sie, verehrte Delegierte zum Bundesparteitag, auf diesem Weg der totalen Integration des Arbeitnehmers fortzufahren. Wenn das geschieht, verehrte Damen und Herren, bin ich sicher, daß wir auch nach dem 1. März 1970 in der Lage sein werden, mit aller Kraft und mit aller Entscheidungsfähigkeit an diesem Haus, an Österreich weiterzubauen. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist Dr. Niederl.

Dr. Fritz N i e d e r l : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich heute früh diesen Saal betrat, hat er vermerkt, daß die Steirer gleich hinter der Bundesparteileitung an den ersten Tischen sitzen. (Heiterkeit.) Wir würden aber sehr, sehr gerne ganz hinten sitzen, wenn wir in einigen anderen Dingen weiter vorne wären. Ich würde daher ersuchen, daß die im Programmentwurf aufgezählten Autobahnen nach Süden, also nach Graz und über den Pyhrnpaß, weiter vorne rangieren, weil das Wirtschaftsdreieck Wien - Linz - Graz sicher so wichtig ist, daß gerade diese Forderung im Vordergrund steht. (Beifall.)

Der Antrag 36 der Wiener über die Wohnbauförderung ist im großen und ganzen zu begrüßen. Wir sollen aber hier feststellen, daß wir ein gutes Wohnbauförderungsgesetz geschaffen haben, daß der Nationalrat mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1968 eine Ordnung geschaffen hat, die den Wohnungswerber in den Vordergrund stellt, die mit der Wohnbeihilfe und mit den Eigenmitteldarlehen eine soziale Großtat ist.

Nur einen Punkt in dem Antrag 36 möchte ich bestreiten, und zwar die Erhöhung der Darlehenshöchstsumme von 60 auf 70 Prozent. (Beifall.) Wir haben dazu das Geld nicht, um 70 Prozent geben zu können, und nicht alle Bundesländer sind so finanzstark, um das machen zu können.

Ich würde daher beantragen: entweder die Möglichkeit, mehr Geld für die Wohnbauförderung, oder bei 60 Prozent zu bleiben. (Erneuter Beifall.)

Wir Steirer haben unter anderem die Anträge 1 und 2 zum Wahlrecht/zur Demokratie eingebracht, und wir ersuchen die hier anwesenden Delegierten, diese Anträge zu unterstützen. Es geht uns darum, daß durch die demokratischen Wahlen immer klare Mehrheitsverhältnisse in den Vertretungskörpern geschaffen werden, denn nur die Mehrheit ist der einzige wahrhafte Ordnungsfaktor, den wir im staatlichen Zusammenleben brauchen. Wir wollen nicht haben, daß eine Partei der anderen die Schuld zuschiebt für Dinge, die nicht geschehen, wie es in der Koalitionszeit immer gewesen ist, sondern wir wollen eine starke und klare Mehrheit, die voll die Verantwortung für unsere Staatsbürger trägt.

Durch die Einer-Wahlkreise, wie sie bezeichnet werden, kann jeder Wähler in erster Linie seinen Abgeordneten und nicht die Partei wählen. Die demokratische Auslese wird so gehandhabt, wie wir es uns auch nach der Verfassung immer vorstellen. Diese Form der Reform wird sicher zur besseren Demokratie und zur Persönlichkeitswahl beitragen.

Um aber unser Land nicht in verschiedene Reichshälften politischer Art zu teilen, sind wir auch der Meinung, daß vorerst eine Teilung zwischen Verhältniswahlrecht und Persönlichkeitswahlrecht, wie vom Programmausschuß vorgesehen, vorgeschlagen werden soll.

Wir verkennen nicht, daß die politischen Parteien ein wichtiger Ordnungsfaktor sind, daß sie zur Willensbildung und Willensgestaltung notwendig sind. Aber wir wollen damit aussagen, daß der Mensch und daß der Staatsbürger in den Vordergrund zu treten hat. Damit erweisen wir der Demokratie

einen guten Dienst und geben der Gemeinschaft der Menschen in unserem Lande ein gutes Beispiel.

Für "Fortschritt und Sicherheit" ist das Leitbild dieses Parteitages. Fortschritt auch in der Politik und im Wahlrecht ist unser Anliegen. Ich empfehle daher allen, den in Punkt 1 und 2 der Anträge aus der Steiermark angeführten Vorschlägen die Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Lafer.

Alois L a f e r : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um mich mit dem Antrag 44, einen Vertrag zwischen der Bauernkrankenkasse und der Ärztekammer betreffend, zu beschäftigen.

Die Geduld der österreichischen Bauernschaft wird auf eine harte Probe gestellt. Ich kenne die Entwicklung der Bauernkrankenkasse von deren Bestehen an ziemlich genau. Ich weiß auch, daß es das Bestreben der führenden Funktionäre der Bauernkrankenkasse von Anfang an war, zu einer Vereinbarung mit der Ärztekammer zu kommen, die den Wünschen beider Vertragspartner gerecht wird.

Die Bauernkrankenkasse war anfangs bemüht, dem Versicherten für die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen einen 80prozentigen Kostenersatz zu gewähren. Die Antwort der Ärzteschaft war eine massive Erhöhung ihrer Privathonorare, sodaß dann ein 80prozentiger Kostenersatz mangels entsprechender Leistungsreserve der Bauernkrankenkasse nur in den seltensten Fällen gewährt werden konnte.

Wir Bauern erheben auch Anspruch auf die Gewährleistung der ärztlichen Versorgung zu angemessenen Kosten, wie es alle anderen Berufsschichten bereits haben. Wir müssen daher zum Beispiel Vorschläge der Ärztekammer ablehnen, die eine Diskriminierung einzelner Landwirte vorsehen. Ich meine hier den Wunsch der Ärzte, nur sogenannten Kleinlandwirten, bemessen nach dem Einheitswert deren Betriebe, einen vollen Vertragsschutz zu gewähren.

Die finanzielle Lage der Ärzteschaft ist nicht derart, daß ein Vertrag zwischen Ärztekammer und der Bauernkrankenkasse ihre Existenz gefährden würde. Ein Vertrag würde für

die Ärzte keine allzu große finanzielle Einbuße bedeuten.

Die Bauernschaft ist die einzige größere Berufsgruppe Österreichs, deren Krankenkasse die Ärztekammer den Abschluß eines Vertrages zu angemessenen Bedingungen bisher verweigerte. Unsere Bauernkrankenkasse erfüllt ihre Aufgaben zum Wohle der Bauernschaft in vorbildlicher Weise. Helfen Sie daher mit, meine Damen und Herren, daß der gegenwärtige vertragslose Zustand, der immer wieder unerquickliche Kontroversen zwischen den Vertretern der Bauernkrankenkasse und der Ärzteschaft in der Öffentlichkeit verursacht, beseitigt wird.

Ich darf daher, meine Damen und Herren, den Antrag 44 wiederholen:

"Die Bundesparteileitung wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich ein den Zielsetzungen des Gesetzes entsprechender Vertrag zwischen Bauernkrankenkasse und Ärztekammer zustande kommt." (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Marga Hubinek.

Dr. Marga H u b i n e k : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich zum Antrag 7 kurz einiges sage.

Wir haben in diesem Jahr ganz still und leise ein Jubiläum gefeiert, und zwar haben vor 50 Jahren die Frauen das aktive und passive Wahlrecht zugestanden erhalten. Seither sind wir gewohnt - und Sie alle mit hier in diesem Saal -, daß wir bei allen Versammlungen an die Verantwortlichkeit der Frau als Wählerin appellieren. Ich habe es dutzende Male gehört und verwende es selber in meinen Versammlungen, indem ich also mit Dank konstatiere, daß die Frauen im Jahre 1945 durch ihre vernünftige Wahlentscheidung vielleicht unserem Lande ein ungewisses Schicksal erspart haben.

Wir wissen, daß die weiblichen Wähler heute praktisch jede Wahl - gleich, ob es eine Landtagswahl oder eine Nationalratswahl ist - entscheiden. Sie entscheiden kraft des großen weiblichen Stimmenpotentials, aber auch - und das haben Untersuchungen in der deutschen Bundesrepublik gezeigt -, weil die Frauen weniger mobil sind, vor allem aber, weil sie konservative Parteien bevorzugen.

So gesehen hat diese Maßnahme, die vor 50 Jahren gesetzt wurde, für die heutige Österreichische Volkspartei zweifellos gravierende Bedeutung.

Nach dieser Einleitung komme ich auch schon zu unserem eigentlichen Anliegen. Ich glaube, in diesem Saal wird niemand die Gleichberechtigung der Frau in der modernen Rechtsordnung - de facto zumindest - bestreiten. Daß sie in der Parteiorganisation noch manchmal umstritten ist, nun, das ist eine leidvolle Erfahrung, über die wir heute nicht reden wollen.

Aber jedenfalls liegen zwei Gesetzentwürfe den Frauen am Herzen. Sie haben besondere Aktualität. Es ist dies einerseits der Gesetzentwurf über die Verbesserung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes, es ist dies aber vor allem das Gesetz über die Neuordnung des gesetzlichen Erbrechtes und des ehelichen Güterstandes.

Der erste Gesetzentwurf, nämlich der über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes, wurde im Jahre 1967 im Parlament eingebracht, und er ist bis heute noch immer in parlamentarischer Behandlung, aber die Verhandlungen haben kein Ergebnis gezeitigt.

Der zweite Gesetzentwurf ist in dieser Legislaturperiode nicht einmal eingebracht worden. Die Alleinregierung hat diesen Gesetzentwurf nicht einmal behandelt. Ich glaube, es ist doch sicherlich kein unbilliges Verlangen, die Familiengesetze an der Realität zu orientieren. Ich glaube, jedem von uns ist hinlänglich bekannt, daß sich die gesellschaftliche und die familienpolitische Situation der Frau seit der Redaktion des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches gewandelt hat; immerhin ist es mehr als 150 Jahre alt. Und dennoch gelten die gleichen gesetzlichen Bestimmungen. In der Zwischenzeit - das hat Kollegin Blaickner ausgeführt - sind 40 von 100 berufstätige Frauen, 65 Prozent aller verheirateten Frauen gehen einem außerhäuslichen Erwerb nach.

Mir ist klar, - und damit möchte ich auch verschiedenen Argumenten meiner männlichen Kollegen begegnen -, daß diese Fragen in einer intakten Ehe nicht aktuell sind. Aber Sie wissen, daß die Scheidungsquote - vor allem in den Großstädten -

sprunghaft ansteigt, und dann werden diese Frauen mit einem unzulänglichen Gesetz konfrontiert.

Zweifellos ist in der Alleinregierung eine Fülle von wichtigen Gesetzen verabschiedet worden. Aber ich finde es bedauerlich, daß man für diese beiden Gesetzentwürfe, die den Frauen sosehr am Herzen liegen, keine Zeit gefunden hat. (Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Es ist sicher kein Zufall, daß das Justizprogramm, das die Sozialistische Partei gestern der Öffentlichkeit präsentiert hat, an erster Stelle die Reform des Familienrechtes nannte. Ich sage das, weil ich glaube: Eine gesetzliche Regelung, wie wir sie uns vorgestellt hätten, ist kein Feld einer parteipolitischen Auseinandersetzung, sie ist aber auch kein Kampfziel einer frauenrechtlichen Emanzipation im Stile des vergangenen Jahrhunderts. Ich glaube aber dennoch, daß wir Frauen darauf beharren sollten, daß das rechtsstaatliche Postulat, der Anspruch auf gleiche Behandlung, auch verfassungskonform gewährleistet ist. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hahn.

Fritz H a h n : Hoher Bundesparteitag! Es wurde ein Fragebogen ausgegeben, ob man für die offene Diskussion ist. Ich habe diese Frage mit Ja beantwortet, und ich wage es daher auch, hier ein offenes und etwas heißes Problem aufzugreifen.

Auf Seite 20 des Programmentwurfes ist in Punkt 7 ein Satz enthalten, den wir schon in einigen Programmen der Österreichischen Volkspartei gelesen haben. Er lautet: "Maßnahmen gegen Bodenspekulation und Bodenwucher."

Ich frage also: Was ist in den letzten zehn Jahren - nehmen Sie nur die letzten vier Bundesparteitage, wo wir jedesmal diesen Programmpunkt beschlossen haben - in dieser Frage konkret geschehen?

Ich darf hier die Situation der Wohnbauförderung 1968 in Wien ganz kurz im Telegrammstil beleuchten. Wir Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Wohnbauförderungsbeirat haben immerhin in harten und zähen Verhandlungen durchgesetzt - und ich bitte auch den Herrn Landesrat Dr. Niederl höflichst, das zur Kenntnis zu nehmen -, daß ein Paket mit 1,6 Milliarden Schilling offener Anträge, darunter sehr viele vom Verein der Freunde für Wohnungseigentum, aber auch 600 Millionen Schilling Anträge privater Einreicher, positiv begutachtet wurden. Wir haben auch bereits ein Drittel dieser 1,6 Milliarden Schilling in der Landesregierung bewilligt. Und wir haben heute, meine Damen und Herren, im Wohnbauförderungsbeirat durchgesetzt - nach sehr zähen Verhandlungen und nach pressemäßigen Angriffen, wir allein, die Winer ÖVP, gegen die sozialistische Mehrheit, wo wir nicht einmal mehr den Vizebürgermeister in Wien stellen -,

daß die Wohnbauhilfe in Wien wesentlich verbessert wird und damit Wien durch die Forderung der ÖVP die beste Wohnbauhilfe in Österreich erhält. (Beifall.)

Ich bitte Sie also, meine Damen und Herren, das zur Kenntnis nehmen zu wollen und den Wienern diese schwierige Sache überlassen zu wollen. Wir haben uns das genau überlegt, und wir haben in Übereinstimmung mit den Vertretern des Österreichischen Wirtschaftsbundes - ich betone: vor allem mit den Vertretern der Bauwirtschaft - die Forderung erhoben, das Wohnbauförderungsgesetz möge es den Ländern überlassen, ob sie unter Umständen auch 70 Prozent gewähren. Überlassen Sie das bitte uns von der schwachen Wiener Österreichischen Volkspartei, ob wir das durchsetzen können oder nicht!

Und wenn Sie vielleicht zum Vergleich sagen, daß das sozialistische Wohnkonzept - ich habe es seit gestern - sogar nur noch 45 Prozent vorsieht, so möchte ich hier an diesem Bundesparteitag an die Sozialisten die Frage stellen, wie sie sich das vorstellen. Sie sagen nämlich: 45 Prozent öffentliches Darlehen, 45 Prozent Kapitalmarktdarlehen und - so wie wir - 10 Prozent Eigenmittel. Aber diese 45 Prozent öffentliches Darlehen sollen nicht 25 Jahre lang rückzahlungsfrei sein.

Ich bitte daher den Herrn Finanzminister und den Herrn Bautenminister um ihre Stellungnahme, damit dieses unmögliche sozialistische Wohnkonzept, wo es jetzt diese Plakate gibt, die ja nur ein Fang für den Jungwähler sind, möglichst bald zerrissen wird. (Beifall.)

Ich darf aber weiters für die Zukunft des Wohnbaues in Wien folgendes feststellen: In Wien wird die Situation immer schwieriger. Wir werden vielleicht in Kürze soweit sein,

daß Mittel für den Wohnbau zur Verfügung gestellt, aber einfach nicht mehr verwendet werden können, weil kein Baugrund mehr vorhanden ist.

Ich ersuche also - und ich bitte, sich das wirklich genau zu überlegen - auf Seite 20 in Punkt 7 nach dem Satz "Maßnahmen gegen Bodenspekulation und Bodenwucher" den Satz "Entwurf eines modernen Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes" aufzunehmen. Nicht Enteignungsgesetzes! Ich bitte Sie inständigst, meine Damen und Herren aus den Bundesländern, doch nicht zu glauben, daß wir von der Wiener Österreichischen Volkspartei vielleicht die Tendenzen der Sozialisten vertreten. Die Punkte, die in dem sozialistischen Wohnbaukonzept in dieser Frage enthalten sind, lehnen wir rundweg ab. Ich möchte das hier betonen, um nicht mißverstanden zu werden. Wir glauben aber, daß es auf die Dauer nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, daß nur noch am Stadtrand gebaut werden kann, wo unmögliche Verkehrsverbindungen bestehen, wo die Leute die Wohnungen nicht mehr nehmen wollen, sowohl die von der Gemeinde finanzierten als auch die nach der Wohnbauförderung 1968 errichteten, wo Wohnungen echt unanbringlich sind. Wir werden also unbedingt, um den Verfall von gewissen innerstädtischen Gebieten aufzuhalten, ein modernes Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz brauchen.

Ich bitte also nochmals um Aufnahme dieses Satzes auf Seite 20 Punkt 7, des Programmentwurfes und stelle diesbezüglich den konkreten Antrag. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Zum Wort kommt Herr Kommerzialrat Schmidt.

Ernst S c h m i d t : Hoher Bundesparteitag! Wir hatten zur Eröffnung - um an die Worte des Herrn Landtagsabgeordneten Hahn anzuschließen, das klingt ja so gut - eine Invokation. Wir haben Gebete gehört, wir haben uns geistig aufgefrischt, unsere Blicke zum Himmel erhoben, aber komischerweise wollen wir nicht die Enzykliken der Päpste, insbesondere die Sozialenzykliken, wo ganz bestimmt ausgesagt ist, daß auch das Eigentum in bestimmten Fällen zu dienen hat, befolgen. Das trifft insbesondere auf das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zu

Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, hätte nicht der Herr Referent und Berichterstatter den Programmentwurf auch gleichzeitig als vorbereitende Regierungserklärung bezeichnet. Ich darf Ihnen sagen, daß nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern bei etlichen gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen die Bauvorbereitung bereits ausläuft. Es sind in den Städten keine Baugründe mehr vorhanden, um weitere Baumaßnahmen durchführen zu können. Es ist also echt schon 5 Minuten vor 12.

Zu dem Antrag 37 von Oberösterreich, von unserem Freund Dr. Ratzenböck, möchte ich noch zu bedenken geben, daß vorerst auf sechs Jahre beim Wiederaufbaufonds bzw. auf zehn Jahre beim BuWoSi und bei der Wohnbauförderung 1954 ein Veräußerungsverbot besteht.

Zweitens gebe ich zu bedenken: Wenn man zu große Nachlässe beim Zurückzahlen dieser Darlehen gewährt, könnte uns der Vorwurf gemacht werden: Ja, die ÖVP ist wieder nur für die Reichen! Wer viel Geld hat, kann natürlich alles sofort zurückzahlen. Wer reich ist, wird noch reicher und kann dann mit seiner Wohnung tun, was er will, nämlich sie insbesondere zu erhöhten Preisen vermieten. Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender NR Lola S o l a r : Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Buchberger.

Ruppert B u c h b e r g e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß anläßlich eines Bundesparteitages natürlich auch in erster Linie die politischen Aspekte und natürlich auch im gleichen Atemzug die wirtschaftlichen Probleme unseres Bundeslandes emsig diskutiert werden müssen.

Ich möchte in dem Zusammenhang insbesondere in Erwähnung bringen, daß es vor allem Anliegen der Österreichischen Volkspartei sein muß, daß sie sich im besonderen dahin gehend einsetzt, auch die Wirtschaft auf dem flachen Lande zu beleben.

Wir können vor allem, wenn ich aus der Steiermark komme, sagen, daß man dort emsig bemüht ist, diesem lang gehegten Wunsch möglichst Rechnung zu tragen.

Es muß aber auch in dem Zusammenhang gesagt werden, daß immer dann, wenn man daran geht, neue Wirtschaftsbetriebe zu gründen, echte Schwierigkeiten auftauchen. Diese liegen vor allem darin, daß die Straßenverhältnisse nicht immer so sind, wie sie sein sollen, daß die Stromversorgung hinaus auf das flache Land immer wieder mit echten Schwierigkeiten verbunden ist.

Vor allem ein Anliegen, das wir in der Steiermark schon seit einiger Zeit immer wieder betreiben: das ist die Schwierigkeit mit der Telephonversorgung. Wir erleben immer wieder, daß eben gerade deshalb, weil keine entsprechende Telephonversorgung draußen auf dem flachen Land vorzufinden ist, auch die Betriebsgründungen und auch vor allem die Fragen des Fremdenverkehrs immer wieder auf echte Schwierigkeiten stoßen.

Vor allem von der Warte der Landwirtschaft aus betrachtet müssen wir immer wieder die Feststellung machen, daß wir hier in dieser Frage echt benachteiligt sind.

Der steiermärkische Landtag hat sich vor nicht allzu langer Zeit damit befaßt und einen Antrag eingebracht, in dem es hieß, daß die Bundesregierung bzw. der zuständige Minister aufgefordert wird, hier entsprechend Vorsorge zu treffen. Es wurde vorgeschlagen, endlich eine Möglichkeit zu schaffen, wie es in der deutschen Bundesrepublik und in der Schweiz der Fall ist, daß man eine Pauschalierung in bezug auf den Telephonanschluß ins Auge faßt oder, wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist, einen Ausgleichsfonds schafft, der annhähernd jedem die gleichen Möglichkeiten gibt.

Ich muß aber auch in dem Zusammenhang sagen, daß uns auf Grund dieses seinerzeitigen Antrages ein Bericht von seiten des zuständigen Ministeriums zugegangen ist, der als sehr lückenhaft zu bezeichnen war. Dieser Bericht des zuständigen Ministers wurde nur aus Gründen der Sympathie dem Herrn Minister gegenüber zur Kenntnis genommen.

Ich möchte abschließend eines bitten: Wenn es auch in der jetzigen Legislaturperiode nicht mehr möglich ist, hier entsprechende Vorsorgen zu treffen, möchte ich die kommende Bundesregierung, die sich ja wiederum nur aus ÖVP-lern zusammensetzen wird, bitten, dieser Frage der Möglichkeit eines Telephonanschlusses auf dem flachen Land Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Danke. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Alexander Haas.

Alexander H a a s : Hoher Bundesparteitag! In dem Bündel der Parteitagsanträge des Österreichischen Bauernbundes ist auch ein Antrag enthalten, dem, so glaube ich, ganz besondere Bedeutung zukommt. Das hat auch bereits Herr Berichterstatter Dr. Bauer unterstrichen. Es ist der Antrag 34, der die Österreichische Volkspartei ersucht, "in engster Zusammenarbeit mit den Bünden alle Voraussetzungen zu schaffen, um die politische Erfassung und Betreuung der von der Land- und Forstwirtschaft abwandernden Menschen am neuen Wohnort und an der neuen Arbeitsstätte besser als bisher durchführen zu können."

Als Bezirksparteiobmann von Graz-Umgebung, eines Stadtrandbezirkes also, in dem der Strukturwandel im ländlichen Raum ganz besonders kraß hervortritt und in dem die Abwanderungsquote ganz besonders hoch ist, weiß ich ein Lied davon zu singen, welche Probleme dieser gewaltige soziologische Umschichtungsprozeß nicht nur für die davon unmittelbar betroffene Land- und Forstwirtschaft, sondern vor allem auch parteiintern für die Österreichische Volkspartei auslöst.

Erfreulicherweise ist aber doch in unseren Landgemeinden - die ja längst keine reinen Bauerngemeinden mehr sind - die politische Erfassung der bäuerlichen Bevölkerung im Bauernbund, ich möchte fast sagen, eine lückenlose. Es ist eine Tatsache, daß 80 Prozent der kammerwahlberechtigten Landwirte in den letzten Jahren bei den Kammerwahlen dem Bauernbund ihre Stimme gegeben haben. Es ist weiters so, daß von diesen Bauernbundwählern mehr als 80 Prozent im Bauernbund fest organisiert sind. Als erstaunlich, ja ich möchte geradezu sagen als bewundernswert verdient es, glaube ich, angeführt zu werden, daß trotz

dieses gewaltigen Aderlasses, den unsere Bauernschaft hinnehmen mußte, trotz des Verlustes von 480.000 Menschen seit dem Jahre 1950 der Bauernbund seinen Mitgliederstand halten, ja in einigen Bundesländern sogar verbessern konnte. Dies ist ein Zeugnis für die gute und straffe Organisation dieses Bunde aber mehr noch auch ein Zeugnis für die Treue unserer Bauern zur Österreichischen Volkspartei, gegen die alle roten, braune und blauen Spalter und Splitterer bisher vergeblich angekämpft haben.

Wenn man also davon ausgeht, daß 80 Prozent unserer bäuerlichen Bevölkerung gleichsam in der Österreichischen Volkspartei beheimatet sind, so könnte man nun weiter folgern, daß 80 Prozent von diesen 480.000 vom Land in die Stadt, in die Industrie, in das Gewerbe und in die Bauwirtschaft Abgewanderten nun dem ÖAAB zugeströmt wären und damit dem ÖAAB zu einem ungeheuren Aufschwung, allein dadurch zu einer Verdoppelung der Mitgliederzahl verholfen hätten. Wir wissen leider nur zu gut, daß das graue Theorie ist. Denn die Wirklichkeit ist die, daß mit dem Berufswechsel nur allzu häufig auch ein Wechsel in der politischen Einstellung verbunden ist und nicht zu Unrecht schon sehr oft die Feststellung getroffen wurde, daß das Parteifußvolk der Sozialisten gerade vom Land her immer wieder neuen Zuzug erhält.

So wenig wir diese Tatsache leugnen können und sosehr wir sie bedauern, so ist sie doch, glaube ich, nicht naturgegeben, sondern im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß sie weitgehend von uns selbst verschuldet ist, weil wir uns einfach in der Vergangenheit zuwenig um diese Menschen angenommen

haben, weil wir einfach den Sozialisten das Feld überlassen haben, die es sehr gut verstanden haben, den vom Lande her Zugewanderten glauben zu machen, daß der gute Lohn, die kurze Arbeitszeit und alle sozialen Errungenschaften nur der Sozialistischen Partei zu verdanken wären.

Wir sind der Meinung, daß wir in der Österreichischen Volkspartei in der Zukunft, wenn wir diesen in Gang befindlichen gewaltigen Strukturwandel nicht nur wirtschaftlich und gesellschaftlich, sondern auch politisch bestehen wollen, aus begangenen Unterlassungssünden lernen und vieles anders machen müssen. Wir werden in der Partei und besonders auch zwischen den Bünden - hier meine ich den Bauernbund und den Österreichischen Arbeiter und Angestelltenbund - viel mehr Koordination und Zusammenarbeit brauchen. Wir müssen einfach dahin kommen, daß wir unseren ÖAAB-Vertrauensleuten in den Betrieben sagen können: "Paßt auf, da kommen ein paar gute Burschen von euch, sprecht sie an, kümmert euch um sie, schaut, daß ihr sie einbaut!" Umgekehrt müßte es uns gelingen, draußen in den Landgemeinden den Abwandernden zu sagen: "Wenn ihr irgendwie Sorgen und Schwierigkeiten an eurem neuen Arbeitsplatz habt, dann wendet euch an den und jenen, er wird euch helfen!"

Ich könnte mir auch vorstellen, daß es in Zukunft zur Aufgabe unserer Bauernbundobmänner zählen müßte, in gewissen Zeitabständen einfach der Bezirksparteileitung zu berichten, wer aus dem Ort wohin abgewandert ist, wer nun wohin zur Arbeit geht, um durch diese Art und Weise unsere Leute im Griffe zu behalten und sie nicht verlorengehen zu lassen.

Da ich bemerke, daß schon Blaulicht leuchtet, muß ich zum Schlusse kommen. Ich darf nochmals die Bundesparteileitung, aber auch die Führung des Bauernbundes und des ÖAAB mit allem Nachdruck ersuchen, sich dieser Frage in ganz besonderer Weise anzunehmen. Denn wenn in der Vergangenheit das traurige Wort gegolten hat, daß sich das städtische Proletariat und die daraus gewachsene Sozialistische Partei gerade vom Lande her immer wieder nue rekrutiert hat, so muß es uns in Zukunft, in der wahrscheinlich noch viele Menschen vom Lande einen Berufswechsel vornehmen werden, gelingen, diesen Berufswechsel nicht auch zu einem Wechsel in der politischen Gesinnung, sondern höchstens zu einem Wechsel in der Mitgliedschaft vom Bauernbund zum ÖAAB werden zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzende NR Lola S o l a r : Ich muß noch einmal das Auditorium bitten, Ruhe zu bewahren. Es ist für einen Diskussionsredner höchst unangenehm, wenn ununterbrochen gesprochen wird.

Inzwischen hat sich Herr Minister Dr. Mock zum Wort gemeldet, weil er zu einer Eröffnungsfeier gehen muß. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Bundesminister für Unterricht Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Frau Vorsitzende! Der Berichterstatter hat bereits ausführlich die Problematik auf dem Bildungssektor behandelt. Er hat es mir überlassen, noch zu einem Schwerpunkt Stellung zu nehmen, der im Vordergrund steht, nämlich zur Entwicklung unserer Hochschulen.

Ich glaube, wir unterschätzen desöfteren - trotz der Vorgänge, die sich national und international ereignen - die Explosivkraft, die auf diesem gesellschaftlichen Gebiet enthalten ist. Sie wurde uns ja in vieler Hinsicht in anderen Ländern bereits vorgeführt. Ich glaube, wir müssen aber die Reform auf diesem Sektor nicht nur deswegen in Angriff nehmen, weil hier bei einem Langsamsein, bei einem Zurückbleiben die gesamte Entwicklung unseres Landes, die eine so positive war, gefährdet werden könnte, sondern auch deswegen, weil tatsächlich viele Zustände nach einer echten Reform verlangen.

Ich habe vor einer Stunde - ich möchte mich dem Wunsch der Frau Vorsitzenden entsprechend kurz halten - eine Art Forderungsprogramm, eine Res_olution von der Österreichischen Studentenunion erhalten, die hier in sehr harten Fragen konkrete Auskunft verlangt. Und ich möchte hier auch konkret und - ich hoffe, daß ich Verständnis finde - zu einzelnen Punkten auch hart antworten.

Die Österreichische Studentenunion vertritt hier die Auffassung, daß verschiedene Fragen bisher zu wenig konkret beantwortet wurden. Sie frägt: "Ist die Österreichische Volkspartei bereit, in ihrem Parteiprogramm zum Ausdruck zu bringen, welche Priorität sie den Fragen der Bildung und Forschung

zubilligt? Die Studentenunion und die ganze Studentenschaft erwartet sich von der ÖVP eine klare und deutliche Definition dessen, was sie unter Priorität versteht."

Meine Antwort: Bildung und Forschung ist die erste Priorität! (Beifall.) Sie ist die erste Priorität in finanzieller und in politischer Hinsicht.

Was die Forschung anlangt, ist es unser Ziel, bis zum Jahre 1976 auf 2 Prozent des Bruttonationalproduktes zu kommen.

Was die Aufwendungen für den gesamten Bildungssektor anbelangt, so müssen sie meiner Auffassung nach in jedem Budget höher sein, als die normale Budgetsteigerungsrate beträgt. (Beifall.) Mein zusätzliches Ziel ist es, nach Möglichkeit auf den doppelten Steigerungssatz heranzukommen, auch wenn dies natürlich in einzelnen Jahren davon abhängen wird, ob man mehr die Personal- oder Sachausgaben steigern wird. Im Schnitt soll es einmal in den siebziger Jahren der doppelte Satz sein.

Zweite Frage: "Ist die Volkspartei bereit, sich statt zu einer stückweisen Teilreform zu einer Gesamtreform der österreichischen Hochschulen zu bekennen?"

Ich bekenne mich zu einer Gesamtreform der Struktur, das heißt der Organisation, der Methoden und des Bildungsinhaltes. (Beifall.) Ich teile nicht die Illusion, daß am Tag X ein perfektes Modell realisiert wird. Aber ich bin der Auffassung: Wir müssen eine umfassende Reform durchführen, die sämtliche Bereiche unseres Hochschulsystems betrifft. Selbst wenn diese grundsätzliche Reform abgeschlossen ist,

werden wir im Hinblick auf die Entwicklungsgeschwindigkeit unseres Wissens und unseres gesellschaftlichen Lebens nicht mehr darüber hinwegkommen, daß es in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten eine permanente Reform geben wird.

Gerade die Einrichtung einer bildungswissenschaftlichen Hochschule soll uns jene sachlichen Voraussetzungen geben, wo wir nach objektiven Grundsätzen und Erkenntnissen eine permanente Reform in unserem Lande sicherstellen. (Beifall.)

Es hat einmal ein ausländischer Staatsmann, Präsident Kennedy, das Wort gesprochen: "Der Fortschritt einer Nation wird vom Fortschritt ihres Bildungssystems abhängen." Ich bin überzeugt, daß dies auch für Österreich gültig ist. (Beifall.)

Die dritte Frage der Studentenunion lautete: "Ist die ÖVP zu einer klaren Aussage über das Mitbestimmungsrecht aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten bereit?"

Ich möchte dazu keine billige, aber eine klare Antwort geben: Ja, sie ist bereit! Nach meiner Auffassung soll sowohl den Assistenten als auch den Studenten ein Mitbestimmungsrecht und ein Mitentscheidungsrecht entsprechend ihrer Bildungskapazität gewährt werden. Die Drittelparität, die in dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren, mit dem Votum der Mehrheitspartei zum ersten Mal gesetzlich in den Studienkommissionen verankert wurde, diese Drittelparität ist <u>eine</u> Möglichkeit und nicht ein endgültiges Rezept, weder nach unten noch nach oben.

Ich möchte auf die vierte Frage: "Ist die ÖVP bereit, einen Termin zu nennen, zu dem sie ein umfassendes Hochschul-

reformkonzept vorlegen wird?" feststellen: Ja, wir werden ein umfassendes und auch in größere Einzelheiten gehendes Konzept noch vor dem Wahltermin 1970 vorlegen. Die Grundsätze haben wir bereits bekanntgegeben.

Ich möchte aber bei diesem Punkt noch folgendes bemerken: Der Fortschritt,meine Damen und Herren, wird nicht von jenen gesichert, die eine Berg von Papieren und Programmen schreiben oder laute Worte sprechen, sondern von jenen, die in der Lage sind, ihre Grundsätze unter den Schwierigkeiten des politischen Alltags zu verwirklichen. (Starker Beifall.)

Die fünfte Frage lautete: "Ist die Volkspartei bereit, in Zukunft Studienvertreter an allen ihren bildungspolitischen Planungsaufgaben zu beteiligen und ihnen in den entsprechenden Gremien den notwendigen Einfluß zu gewähren?"

Soweit ich als Unterrichtsminister meinen Beitrag dazu leisten kann, werde ich dafür Sorge tragen. Ich glaube, die Fakten, die bisher dafür gesetzt wurden, sind wohl die beste Garantie, daß auch in Hinkunft ein Fortschritt auf diesem Gebiet erzielt wird. Ich habe bereits die Studienkommissionen erwähnt, wo eben zum ersten Mal in der Geschichte unseres Hochschulsystems dem Studenten und dem Assistenten ein Anrecht auf die Mitbestimmung bei der Ausarbeitung der Studienpläne, bei der Gestaltung des Studienbetriebes und in anderen Fragen gegeben wird.

Ich habe diese gesetzliche Regelung, die bisher nur für die Technischen Hochschulen, die Montanistische Hochschule und die Hochschule für Bodenkultur in Graz galt, zum Anlaß genommen, auch den anderen Universitäten und Hochschulen zu

empfehlen, auf pragmatischem Weg und im Rahmen des Gesetzes diese Studienkommissionen einzuführen.

Zu diesem Punkt noch folgende Ergänzung: Wenn eine andere Partei - wie zum Beispiel die Sozialistische Partei - vor wenigen Tagen mit einem sogenannten großen Hochschulreformkonzept herauskommt und dort Punkte bringt, wie zum Beispiel die freie Fächerkombination, so kann ich nur sagen, daß die Herren damit eine Legislaturperiode zu spät daran sind. Wenn wir die Bestimmung im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz nachlesen, wo diese Möglichkeit des studium irregulare verankert ist, so sehen wir, daß sie mit dieser Forderung wieder einmal nachhinken. Aber wie in anderen Fragen geht es auch hier darum, daß man Grundsätze in der Praxis verwirklicht und nicht immer wieder nur auf Papier oder mit Worten verkündet. (Beifall.)

Die sechste Frage lautete: "Ist die ÖVP bereit, die Demokratisierung als einen Prozeß der Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben, den Hochschulen, den Interessenvertretungen und innerhalb der Partei zu sehen und dafür einzutreten?"

Meine Antwort darauf ist: Ja! Ich möchte das aber ergänzen. Es geht hier um die demokratische Mitbestimmung der Studenten. Aber die Studenten müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß, wenn ein demokratischer Entscheid von anderen gesellschaftlichen Gruppen gefällt wird, das auch für sie gilt. Das ist Demokratie! (Beifall.)

Das war die Antwort auf die Fragen der Österreichischen Studentenunion.

Ich möchte vielleicht abschließend noch folgendes bemerken: Vor 100, 150 Jahren hat vor allem in Europa die technisch-

industriell-soziale Revolution Platz gegriffen. Es hat Regierungen und Völker gegeben, die die Tragweite dieser Entwicklung erkannt haben. Es hat andere Völker gegeben, wo die Tragweite dieser Entwicklung nicht erkannt wurde. Die Völker, wo sie nicht erkannt wurde, litten jahrzehntelang und leiden heute noch unter diesem Unverständnis. Ich bin überzeugt, daß die Entwicklung auf dem Bildungssektor von mindestens ebenso großer Tragweite für die kommenden Jahrhunderte ist, wie es dazumal die sozial-technische Revolution war. Daher haben wir die Pflicht, daß wir diese Fragen in die Hand nehmen, daß wir sie konkret behandeln, daß wir uns nicht wegen der Schwierigkeiten davor drücken.

Es wird die heutige Situation sehr oft mit "Krise" bezeichnet. Vielleicht mag dieses Wort für manche Einzelerscheinungen gelten. Ich möchte es für die Gesamtsituation nicht verwenden. Denn wo würde die Menschheit stehen, wenn es nie eine Umbruchsituation gegeben hätte? Umbruch bedeutet auch Unruhe. Umbruch bedeutet aber auch eine Chance für diejenigen, die Verantwortung tragen. Es ist unsere Chance, es ist auch die Chance für unser Volk. Wir müssen sie wahrnehmen, vor allem über den Bildungssektor wahrnehmen.

Wenn wir mit diesen Problemen nicht fertig werden, meine Damen und Herren, dann haben wir keine Ausrede. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Älteren unter uns unter den schwierigsten Verhältnissen um die politische Souveränität und Unabhängigkeit gekämpft. Sie haben es bewältigt. Sie haben um den wirtschaftlichen Wiederaufbau gekämpft. Wir werden heute primär mit der Umbruchsituation auf dem Bildungs-

sektor konfrontiert. Wenn wir damit nicht fertig werden, dann haben wir, wie ich gesagt habe, keine Ausrede.

Ich möchte hier mit dem Wort eines der größten österreichischen Staatsmänner schließen, das auch auf die Gegenwart Anwendung finden muß. Julius Raab hat am 15. Mai 1955 gesagt: "Wenn wir mit den Problemen der kommenden Jahrzehnte nicht fertig werden, jetzt, wo wir ein freies Volk sind, dann scheitern wir aus eigenem Unvermögen!" (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Ich danke dem Herrn Unterrichtsminister für seine sehr klaren Worte.

Zum Wort kommt Bundesrat Dr. Iro.

Bundesrat Dr. Jörg I r o : Hoher Bundesparteitag! Ich will zum Abschnitt 1 des Programmentwurfes, "Freiheit und Demokratie", sprechen, und zwar zum ersten Punkt: "Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze."

Ein Vertreter der Jugendbewegung hat schon darauf hingewiesen, daß man sich nicht auf 20 Jahre beschränken soll, und das ist richtig. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß es notwendig wäre, die Volljährigkeitsgrenze auf das vollendete 18. Lebensjahr herabzusetzen.

Sie werden sagen, 18 Jahre, das ist zu wenig, um selbst verfügen zu können, um selbst entscheiden zu können. Aber ich bin hier einer Meinung mit dem Herrn Bundesminister für Justiz, der auch der Ansicht ist, daß das vollendete 18. Lebensjahr das richtige Alter für die Volljährigkeit wäre. Er hat bereits einen Gesetzentwurf zur Versendung gebracht, in dem die Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren vorgeschlagen wird.

Ich glaube also, daß es sehr richtig ist, wenn der Vertreter der Jugendbewegung beantragt hat, nicht 20 Jahre, sondern zumindest 20 Jahre zu sagen.

Wir müssen dies auch tun, um in Anbetracht der internationalen Rechtsbeziehungen hier nicht zurückzubleiben. Auch in anderen Staaten wurde diese Grenze festgesetzt, auch in anderen Staaten - in Großbritannien zum Beispiel seit 1. Jänner 1969 - wird man mit 18 Jahren volljährig.

Ich möchte aber auch noch zum Punkt 6 sprechen, wo es heißt: "Die Gesetze sollen kurz und verständlich sein. Der Staatsbürger soll sie nicht nur kennen, sondern auch verstehen können, da ja deren Nichtkenntnis nicht vor Rechtsnachteilen schützt."

Darauf kommt es heute überhaupt an in der Politik: den Menschen die Gesetze nicht nur vorzusetzen, sondern sie auch verständlich zu machen, damit der einzelne Staatsbürger die Ratio legis, den Sinn des Gesetzes,erkennt. (Zustimmung.) Wenn das nicht gelingt, meine Damen und Herren, wenn die Politik, die sich ja in Gesetzen ausdrückt, nicht für den einzelnen durchschaubar, erfaßbar und begreifbar wird, dann nützt die beste Politik nichts.

In diesem Punkt 6 steht aber noch etwas sehr Wichtiges, und damit möchte ich abschließen. Es wird dort der Ausbau unserer Rechtsschutzeinrichtungen durch die Installierung eines Volksanwaltes gefordert. Ich komme damit zum wichtigsten Punkt meiner kurzen Ausführungen: zur Einrichtung eines Volksanwaltes. Ich fürchte - persönlich Rechtsanwalt - keine Konkurrenz eines solchen Volksanwaltes. Ich glaube auch nicht, daß unsere Gerichte eine Konkurrenz fürchten müssen, wenn ein Volksanwalt kommt, oder gar der Verwaltungsgerichtshof und der Verfassungsgerichtshof, die ja dazu da sind, den einzelnen Staatsbürger in seinen persönlichen Rechten zu schützen, die aber noch einer Ergänzung durch die Einführung eines Volksanwaltes bedürfen. Es gibt so einen Volksanwalt in Schweden bereits seit 1809, auch in Dänemark und in einer Reihe von anderen Staaten der Welt gibt es bereits diesen Ombudsman, an dem man sich wenden kann, wenn Beschwerden mit Rechtsmitteln nicht mehr zu erledigen sind, wenn die Frist versäumt worden ist, wenn keine Möglichkeit mehr besteht, eine Beschwerde bei einen ordentlichen Gericht oder bei einer Verwaltungsbehörde vorzubringen, der noch eingreifen kann, der sich des einzelnen

annimmt und die persönlichsten Anliegen jedes Staatsbürgers in einer schwierigen Situation behandelt. Ich glaube, daß wir hier keinen Reformvorschlag machen, der nicht realisierbar wäre.

Der ehemalige Justizminister Dr. Broda hat sich früher nicht dazu bekannt. In einer Sitzung der Juristenkommission in Eisenstadt hat er vor einiger Zeit erklärt, daß in ihm selbst ein Tauwetter bezüglich der Frage der Einführung eines Volksanwaltes eingetreten ist. Er hat erklärt, daß er früher dagegen war, daß er aber jetzt auch der Meinung ist, daß so etwas notwendig ist. Er nennt ihn zwar nicht Volksanwalt, sondern Anwalt des öffentlichen Rechtes. Er hat auch in einem Punkt nicht dieselbe Auffassung wie wir. Wir glauben, daß dieser Volksanwalt völlig unabhängig sein muß, nicht nur von der Regierung, nicht nur von den Verwaltungsbehörden, sondern auch von den politischen Parteien und damit auch vom Parlament. Nur dann wird er seine Aufgabe erfüllen können.

Ich bitte Sie also, diesen Antrag besonders zu beachten.

Das blaue Licht scheint auf, ich muß also Schluß machen. Ich möchte Ihnen nur sagen: In dieser Einrichtung des Volksanwaltes liegt eine ungeheure Möglichkeit, den Schutz der Rechte des einzelnen Staatsbürgers zu verstärken. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Das Wort hat Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs.

Dipl.-Ing. H. C. F u c h s : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Absicht, zum Antrag 1 der Steiermark zum Wahlrecht, der sich mit der Einführung von Einer-Wahlkreisen beschäftigt, zu sprechen.

Es können und werden gegen unseren Antrag sicher verschiedene Einwände gemacht werden. Der Herr Bundesobmann der Jungen Generation Dr. König hat sehr vorsichtig auf die Ballungszentren und die dort bestehenden Mehrheitsverhältnisse hingewiesen. Der Herr Landesrat Dr. Niederl hat auch von der Teilung des Landes in zwei Reichshälften gesprochen.

Wir sind nicht gegen ein gemischtes Wahlsystem, wie es etwa die Junge Generation vorschlägt, wir sind aber gegen das 100prozentige Verhältniswahlrecht.

Unser Antrag hat zum Ziel, die Persönlichkeit noch mehr herauszustellen, und ich halte dafür, daß die Volkspartei auf diesem Gebiet mehr zu bieten haben wird als die Sozialisten.

Es geht darum, bei der Auswahl der Kandidaten in erster Linie die Qualität, den Charakter und die Eignung, erst in zweiter Linie etwa die Bündezugehörigkeit und ganz zum Schluß etwa vielleicht die Verdienste im Parteiapparat zu berücksichtigen. Wir sollten uns selbst zwingen, noch mehr auf die Eignung der Persönlichkeit, die für einen Kandidaten vorgeschlagen wird, Rücksicht zu nehmen und weniger auf taktische Überlegungen.

Hoher Bundesparteitag! In der Steiermark haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht mit einem System, das die Persönlichkeiten herausstellt und das es ermöglicht, auch in einem Land klare Mehrheiten zu gewinnen, das von der Struktur der Bevölkerung her nicht als ein ausgesprochenes ÖVP-Land gelten kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Dkfm. Gerhard Ammann.

Dkfm. Gerhard A m m a n n : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wohnungsgesetzgebung 1968 hat endlich eine Dynamisierung in die Wohnungssituation gebracht. Sie hat auch mit Recht den Nachdruck auf den Neubau von Wohnungen gelegt. Ich glaube aber, daß es ein Fehler ist, den Wohnungsbestand - und ich betone: nicht den Althausbestand, sondern den Wohnungsbestand schlechthin - zu vernachlässigen.

Durch den jahrelang sozialistisch administrierten Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind nur die Klein- und Kleinstwohnungen durch diese starren Förderungssysteme gefördert worden. Was haben wir heute? Wir haben, vor allem in den Großstädten, eine Unzahl von Klein- und Kleinstwohnungen, die absolut familienfeindlich sind.

In diese Richtung zielt auch der Antrag 18 der Jungen Generation in der ÖVP, nämlich die gesetzliche und die steuerliche Privilegierung der Zusammenlegung von Wohnungen, damit diese Klein- und Kleinstwohnungen familiengerechter einen besseren Lebensraum gewährleisten können.

Schauen wir einmal in der Praxis. Wenn man mit Genossenschaftsvertretern spricht, so hört man schon, daß die Klein- und Kleinstwohnungen kaum mehr an den Mann zu bringen sind. Es ist eine Vergeudung von Volksvermögen und es ist die Institutionalisierung der Elendsquartiere von morgen, wenn wir nicht rechtzeitig legistische Maßnahmen ergreifen, um diese Klein- und Kleinstwohnungen zu familiengerechten Wohnungen zusammenzulegen. Ich glaube, daß es jetzt an der Zeit wäre, auch die Wohnungswirtschaft auf diesem Sektor zu dynamisieren,

ganz im Sinne der Wohnungsgesetze 1968. Ich glaube, daß wir auch hier neu die Weichen stellen müssen, neu die Weichen für ein familiengerechteres Wohnen, die Weichen für optimalen Lebensraum, und schließlich auch die Weichen für die Wohnungssuchenden und vor allem auch für die Jugend Österreichs. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Als nächster Redner kommt Dr. Ratzenböck zum Wort.

Dr. Josef R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe überlegt, ob ich nicht meine Wortmeldung zurückziehen sollte. Ich bin aber dann davon abgekommen, weil mir jemand sehr glaubhaft versichert hat, daß die Redner "ohnehin nicht sehr stören". (Beifall und Heiterkeit.)

Es haben sich schon einige meiner Vorredner mit der Wohnbauförderung befaßt. Kein Wunder, denn es hat auf diesem Gebiete, auf dem Gebiete der Wohnbaufinanzierung, in der Zeit der Alleinregierung eine Revolution stattgefunden: Es gibt nichts mehr, was vorher gewesen ist! Es wurden die Kompetenzen geändert, es wurde die Art der Förderung auf die Quadratmeter-Förderung umgestellt, sodaß wir jetzt so bauen können, wie es der Bedarf erfordert. Vor allem aber wurde diese Wohnbauförderung sozial, das heißt, wir fördern nicht allein den Bau von Wohnungen, sondern wir fördern den Menschen, der drinnen ist.

Unter "sozial" verstehen allerdings - das möchte ich schon sagen - die einzelnen Bundesländer etwas sehr Verschiedenes. Wenn wir uns die Ausführungsverordnungen in den Bundesländern ansehen, dann müssen wir feststellen, daß hier sehr, sehr große Unterschiede bestehen.

Ich habe mit Freude die Ausführungen des Herrn Landtagsabgeordneten Hahn zur Kenntnis genommen, daß über Antrag der Wiener ÖVP die Wiener Wohnbauförderung die sozialste werden würde. Ich hoffe, daß das verwirklicht wird. Ich möchte aber feststellen, daß die sozialste Wohnbauförderung nach den Wohnbauförderungsverordnungen derzeit die Oberösterreicher besitzen. (Beifall.)

Als Beispiel sei angeführt, daß bei einem Einkommen von 4.100 S und einer Familie mit 2 Kindern in Oberösterreich zugemutet wird, daß die Familie 501 S zahlt; in Wien sind es in

der gleichen Situation 697 S. Dabei zählen wir die Familienbeihilfen nicht zum Einkommen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist Vergangenheit. Ein Mann mit Vergangenheit wird geheiratet, wenn er Erfolg hat. Eine Partei mit Vergangenheit wird nicht gewählt, sondern eine Partei, die eine Zukunft besitzt. Ich möchte Ihnen zeigen, daß diese Partei auf dem Wohnbausektor über eine Zukunft verfügt. Es geht nun darum, nachdem wir das richtige Konzept für die Verteilung der Wohnbaugelder gefunden haben, auch das notwendige Geld aufzutreiben, mehr auf den Markt zu bringen, als wir bisher jetzt haben. Unsere Suchtrupps haben Umschau gehalten, und sie haben einen Schatz gefunden!

Vielfach, wenn wir von den Staatsfinanzen reden, dann spricht man von den Schulden, die dieser Staat besitzt, und niemand denkt daran, daß dieser Staat auch ein gigantischer Gläubiger ist, daß er Milliarden und Milliarden draußen hat, die eingefroren sind, die nicht zur Verfügung stehen, aber jetzt gebraucht würden. Allein auf dem Wohnbausektor sind 35.000 bis 40.000 Millionen Schilling draußen - auf 50, 75 und 100 Jahre. Dieses Geld jetzt hereinzubekommen, wird die Aufgabe der kommenden vier Jahre sein, und zwar dadurch, daß wir den Leuten, die jetzt schon Wohnbaudarlehen bekommen haben, eine Rückzahlung schmackhaft machen, indem wir ihnen Nachlässe gewähren, wobei ich nicht fürchte, was Kommerzialrat Schmidt - ein anerkannter Wohnungsfachmann - hier geäußert hat, daß man sagt: Den Reichen werde etwas geschenkt. Denn selbst wenn 50 Prozent nachgelassen werden, ist das, was er selber zahlt, noch weit über dem Wert, den diese Forderung derzeit besitzt.

Ich glaube also: Wir mobilisieren hier die eingefrorenen Kapitalien, die dem Staat gehören.

Und noch etwas: Helfen wir den Leuten zu mehr Eigentum als bisher! Zwei Drittel der Gelder werden für Eigentumswohnungen ausgefolgt. Aber in den Städten sind die Grundpreise so hoch, daß die Leute oftmals den Grundanteil nicht aufbringen.

Im Antrag Oberösterreichs steht drinnen, man möge auch die Zahlung des Grundanteiles erleichtern, indem man jungen Familien und kinderreichen Familien den halben Grundanteil ohne Verzinsung auf längere Frist gewährt, damit wir nicht nur jedem eine Wohnung bauen, sondern jedem seine Wohnung geben. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Abgeordneter zum Nationalrat Franz Mayr.

NR Franz M a y r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich fühle mich verpflichtet, als Obmann des Verkehrsausschusses im Parlament noch einmal kurz auf die dringende Notwendigkeit des Ausbaues des Fernsprechnetzes in den ländlichen Gebieten hinzuweisen. Ich glaube sagen zu müssen, daß einer der wichtigsten Faktoren für eine den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen entsprechende Infrastruktur eben die Automatisierung des Fernsprechnetzes und ein möglichst engmaschiges Fernsprechnetz ist. Es sei anerkannt, daß auf diesem Gebiete gerade durch unseren Verkehrsminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß bereits sehr viel geschehen ist und daß im Jahre 1972 das gesamte Bundesgebiet voll automatisiert sein wird.

In unserem Industrie- und Exportland Oberösterreich, das zugleich als Fremdenverkehrsland einen großen Aufschwung nimmt, weiß man dies besonders anzuerkennen. In Oberösterreich ist man sich aber auch darüber im klaren, welche Probleme bezüglich der Streuung des Fernsprechwesens noch bewältigt werden müssen. Oberösterreich weist zum Beispiel sehr starke dynamische Ballungsgebiete auf. Zum Unterschied von diesen Entwicklungen gibt es jedoch auch abseitige Gebiete, und zwar in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Wien natürlich, welche in jeder Beziehung ihre periphere Situation besonders verspüren.

Außerordentlich kraß wirkt sich dies im Fernsprechwesen aus. Das Fehlen von Fernsprechanschlüssen ist für die Gewerbetreibenden ebenso schwerwiegend wie für die Landwirte, aber nicht minder spürbar für alle Bevölkerungsgruppen. Der Schaffung neuer Fernsprechanschlüsse stehen die unverhältnismäßig

hohen Kosten entgegen, die auf Grund der bestehenden Gesetzeslage seitens der Postverwaltung vom Bewerber verlangt werden. Für die Anlegung einer neuen Leitung wird zum Beispiel pro Meter ein Betrag von 25 S eingehoben, für eine Zuspannleitung pro Meter lediglich 6 S. Hieraus ergibt sich, daß für einen neuen Anschluß auf dem Land ein Vielfaches an Kosten für den Anschlußwerber entsteht.

Ich habe mir das durchrechnen lassen. Die Kosten bewegen sich pro Neuanschluß auf dem Lande zwischen 20.000 S und 50.000 S. In der Stadt ist der Mindestanschluß mit 500 S festgelegt, die tatsächliche Anschlußgebühr bewegt sich dann bis etwa 1.000 S.

Ich darf Ihnen ein Beispiel bringen, und solche Beispiele könnte man zur Genüge aufzählen. Ein kleiner Schneidermeister in Untergaisberg hat zum Beispiel für die Herstellung eines Fernsprechanschlusses nicht weniger als 35.000 S zu erlegen gehabt. Es liegt auf der Hand, daß der durchschnittliche Landbewohner damit einfach überfordert ist./Im Gegensatz dazu stehen die Kostenbeiträge, die in der Stadt verlangt werden.

Zweifelsohne werden in den zentralen Orten von der Postverwaltung auf dem Fernmeldesektor viele Investitionen vorgenommen, die - wie etwa die Errichtung von Wählämtern, von Netzgruppenämtern oder etwa von einem Hauptbereichsamt - dem gesamten Fernsprechnetz und damit auch den ländlichen Gebieten zugute kommen. Aber diese Investitionen werden eben aus Bundesmitteln bzw. aus dem Budget der Postverwaltung bestritten.

Anders ist es hingegen bei der Herstellung der direkten Fernsprechanschlüsse. Hier erscheint der Landbewohner gegenüber

dem Stadtbewohner tatsächlich schwer benachteiligt. In Oberösterreich bemühen sich daher schon seit längerer Zeit die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer, im Einvernehmen mit der Postverwaltung nicht nur in Einzelfällen tragbare Lösungen zu finden, sondern sich auch mit einer generellen Bereinigung des Problems auseinanderzusetzen.

Auf alle Fälle muß eines erreicht werden: nämlich eine gewisse Gleichstellung zwischen Stadt und Land, zumindest eine annähernde Pauschalierung der Anschlußkosten für den neuen Fernsprechteilnehmer. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Hermann Hagen.

Hermann H a g e n : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich in einigen Sätzen den Antrag 4 der Österreichischen Jugendbewegung, betreffend Abgeordnete auf Zeit, erläutere. Der Antrag 4: Abgeordnete auf Zeit, wäre in der Verfassungsmaterie etwas zu kompliziert, um auf einem Bundesparteitag diskutiert zu werden und mit ihm ins Detail zu gehen.

Die Bitte geht an den Bundesparteitag, diesen Antrag zur ehesten Erledigung und nicht zur ehesten Prüfung der Bundesparteileitung zuzuleiten.

Die Schaffung von Ersatzabgeordneten für Regierungsmitglieder während der Dauer ihrer Regierungszeit bietet unbestritten Vorteile. Vor allem erhält das als Abgeordneter zurückgetretene Regierungsmitglied zur Ausübung seiner Regierungsfunktionen mehr Zeit. Es wäre dann nicht mehr notwendig, daß ein Minister mit seinem Ministerium, bzw. mit seinem Büro ins Parlament übersiedeln müßte.

Es gibt weiter einen Vorteil hinsichtlich der Regierungsrücktritte in verschiedenen Bundesländern, zum Beispiel in Vorarlberg oder in Salzburg, wo die Regierungsmitglieder für die ganze Periode zurücktreten müssen. Hier könnte das Regierungsmitglied, sollte es einmal nicht mehr Mitglied der Regierung sein, sei es durch eine Regierungsumbildung oder sonst durch die jederzeit in der Politik auftretenden Möglichkeiten einer etwaigen Änderung, sofort wieder auf seinen Stammplatz im Parlament zurückkehren.

Es wäre auch ein Vorteil, wenn durch die Verzögerungstaktik der Opposition oder durch Philibuster oder durch

jederzeit auf die Regierungsbank fliegende Dringlichkeitsanträge der Abgeordnete nicht immer im Parlament sein müßte.

Allerdings müßte bei der Verwirklichung dieses Antrages an die Möglichkeit gedacht werden, die berufliche Immunität auch auf diese Regierungsmitglieder auszuweiten, damit sie nicht durch etwaige Äußerungen im Parlament bzw. auf Veranstaltungen vor Gericht gezogen werden bzw. sich mit Ehrenbeleidigungsklagen herumzuschlagen hätten.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in der letzten Zeit immer so schön - und auch heute auf dem Bundesparteitag - in Reform gemacht haben, dann wäre die Zustimmung zu diesem Antrag ein sehr positiver Beitrag. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Dr. Günzl, Wien.

Dr. Christoph Günzl: Meine Damen und Herren! Die Akustik in diesem Saal ist sehr schlecht. Vielleicht sind die Lautsprecher auch nicht richtig aufgestellt. Es ist jedenfalls so, daß man in einigen Bereichen dieses Saales nur einen Teil von dem hört, was die Referenten sagen. Ich werde trotzdem versuchen, so zu sprechen, daß es überall verstanden werden kann, und werde mich vor allem sehr kurz fassen.

Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag 35, mit dem der Österreichische Akademikerbund fordert, daß die geistig-weltanschauliche Aktivität gefördert, erhöht wird und daß die politische Akademie geschaffen werden soll.

Ich möchte darauf hinweisen, daß uns die Idee zu diesem Antrag eigentlich durch einen Brief gekommen ist, den der Quizmaster Kulenkampff geschrieben hat, der in Europa bekannt ist wie kaum ein anderer. Der Kulenkampff hat aber den Brief nicht vielleicht an uns geschrieben, sondern an den "Spiegel", und der "Spiegel" hat diesen Brief veröffentlicht. In diesem Brief wirbt Hans Joachim Kulenkampff für die SPD. Er sagt darin etwa: Obwohl diese Partei viele Mängel und Fehler hat, kann trotzdem ein Mensch, der denkt, der sich zur Intelligenz rechnet, nur diese Partei wählen.

Meine Damen und Herren! Dieser Brief und das Thema, das damit aufgerissen worden ist, ist, wie ich glaube, ein außerordentlich gefährliches Thema und ein Problem, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, denn daß jetzt in einzelnen Ländern Westeuropas und vielleicht in der ganzen westlichen Welt die Intelligenz beginnt, einen Linksdrall zu entwickeln, ja zum Teil schon entwickelt hat, das ist politisch sehr gefährlich.

Sie müssen sich vergegenwärtigen, daß dieser Brief von Kulenkampff bestimmt der SPD tausende und abertausende Stimmen gebracht hat, vielleicht der SPD gerade diese beiden Mandate eingewirtschaftet hat, die zum Schluß den Ausschlag gegeben haben für die dortige Regierungsbildung.

So können Sie sehen, daß der Verlust der Intelligenz tödlich sein kann. Eine Partei, die unintellektuell aussieht, von der man meint, daß sie nicht die Fähigkeit hätte, sich geistig mit den Problemen der Zeit, mit den großen geschichtlichen Entwicklungen unserer Gegenwart auseinanderzusetzen, die erhält dieses Image einer unintellektuellen Partei und verliert vollkommen die Ausstrahlung vor allem gegenüber der Jugend und gegenüber der Intelligenz. Gewiß schlägt die Intelligenz die Wahl nicht allein, aber wenn wir die Intelligenz verlieren, verlieren wir mit ihr viele, viele tausend andere Stimmen, und das kann für uns tödlich sein.

Ich bin daher der Meinung, daß die Anträge des Akademikerbundes begründet sind, daß das sogar sehr, sehr wichtige Anträge sind und daß es dringend geboten wäre, sie zu akzeptieren.

Wenn die Frage auftauchen mang, daß vielleicht die Errichtung einer politischen Akademie zu viel Geld kostet, das nicht vorhanden sei, dann bin ich der Ansicht, daß für ein solches Unternehmen das Geld doch da sein muß. Ich würde meinen, daß uns ein sozialistischer Finanzminister weit mehr Geld wegnimmt, als wir jetzt vielleicht freiwillig hergeben, um unserer Partei zum Sieg zu verhelfen. Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Präsidnet W a l l n e r : Zum Wort kommt NR Bassetti.

NR Dr. Luis B a s s e t t i : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte zum Antrag 54: Altersgrenze, sprechen. Es ist zwar ein Tiroler Antrag, aber ich glaube, er ist von allgemeinem Interesse für die Partei.

Es soll einmal einen bemoosten Politiker gegeben haben, und der wurde gefragt: "Na sag einmal, wann gehst denn ..."

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Herr Abgeordneter! Ich muß Sie leider berichtigen. Das ist der Punkt für morgen.

NR Dr. B a s s e t t i (fortsetzend): Anträge sind doch heute, oder? (NR Glaser: Entschuldigung, der gehört zum Statutenausschuß!) Der ist bei uns im Politischen Ausschuß gewesen, er wurde vom Politischen Ausschuß geprüft. Ich bin ja selber im Politischen Ausschuß gewesen. Bitte: Wollt ihr mich reden lassen oder nicht? Sonst gehe ich weg.

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Bitte.

NR Dr. B a s s e t t i : Ich rede weiter. Gut!

(Heiterkeit.)

Dieser alte Politiker wurde also gefragt, wann er eigentlich zu gehen gedenkt. Und er soll dann geantwortet haben: "Ja weißt, so lange ich gehen kann, gehe ich nicht!"

Sehen Sie: Dieser Antrag, den meine Tiroler Freunde konzipiert haben, der soll es erleichtern, daß man geht, wenn man wirklich noch gehen kann. Ich glaube, daß man mit diesem Antrag eine sehr weise Lösung getroffen hat, eine Lösung, die der Partei nützt, die nämlich sicherstellt, daß das weise Alter und die stürmische, risikofreudige Jugend zum Wohle der Partei

zusammenwirken. Ich glaube also, daß dieser Antrag mit gutem Gewissen angenommen werden kann.

Im übrigen haben wir noch 11 andere Anträge gestellt - ich will es kurz machen, damit ich mich morgen nicht mehr melden muß -: Sie sind alle gut, denn sonst wären sie ja nicht von uns. (Heiterkeit.) Sie können sie also mit gutem Gewissen bejahen und ihnen Ihre Zustimmung geben. Ich danke. (Beifall und Heiterkeit.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Dr. Mayer-Schönberger.

Dr. Viktor M a y e r - S c h ö n b e r g e r :

Hoher Bundesparteitag! Ich konnte heute einer Pressenotiz entnehmen, daß der österreichische Fremdenverkehr im Jahre 1969 rund 20 Milliarden Schilling an Deviseneinnahmen bringen wird. In unserem Programmentwurf, der uns hier vorliegt, sind von 29 Seiten dem Fremdenverkehr 10 Zeilen gewidmet, und diese 10 Zeilen enthalten allgemeine Feststellungen und wenig konkrete Aussagen.

Ich bin der Meinung, daß dies der Bescheidenheit zu viel ist. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Herr Dr. Helmut Heidinger.

Dr. Helmut H e i d i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bestechende Kürze meines Vorredners werde ich bei allem Bemühen nicht erreichen.

Ich möchte einige Anmerkungen zum Antrag 47, Zuerwerbsmöglichkeiten, machen. Dieser Antrag richtet sich an die Wirtschafts- und Sozialpolitiker, die im ländlichen Raum und für den ländlichen Raum tätig sind.

Was sind die wesentlichen Fakten? Zonen mit hoher landwirtschaftlicher Bevölkerung liegen mit ihrem Volkseinkommen und mit ihrem Nationalprodukt wesentlich niedriger als Industrie- und Stadtregionen. Man kann ruhig sagen: Je höher der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, desto niedriger das Regionalprodukt und das Volkseinkommen.

Das zweite Faktum, das ebenfalls nicht ernstlich in Frage zu stellen ist, besteht darin, daß die Einkommenserhöhung in der Landwirtschaft durch erhöhte Flächen und Arbeitsproduktivität nicht mehr möglich ist, denn wir stehen ja fast in allen Bereichen vor dem Problem der Überproduktion, zumindest der Vollselbstversorgung.

Es gibt also wohl oder übel nur zwei Lösungen, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Die eine besteht in der Abwanderung, darin, die ländlichen Gebiete soweit als möglich zu entleeren, um zu Produktionseinheiten zu kommen, die voraussichtlich auch der Landwirtschaft ein Paritätseinkommen sichern. Dieser Weg wird ja im vielbeachteten und vielkritisierten Manshold-Plan vorgeschlagen.

Wir sind wohl sicher alle der Meinung, daß dieser Weg nicht gangbar ist.

Es wird dabei aber noch eines übersehen, nämlich daß die Verdünnung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung ja auch den anderen Berufsgruppen ihre Chancen nimmt und daß daher eine negative Kummulativwirkung mit schließlich verödeten Regionen eintritt. Alle diejenigen, die solche Wege vorschlagen, übersehen auch, daß damit beachtliche Kapitalvernichtungen im privaten und öffentlichen Bereich einhergehen und daß die Aufrechterhaltung der Infrastruktur, bezogen auf die Leistung der Region, immer teurer wird. Ich glaube, diese skizzenhaften Andeutungen genügen, um aufzuzeigen, daß dieser Weg für uns nicht gangbar ist.

Ebenso wenig kann man sich aber harten wirtschaftlichen Realitäten verschließen. Wir sehen daher in der sinnvollen Verbindung landwirtschaftlicher Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe mit Arbeitsmöglichkeiten in Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr die Alternativlösung, die uns den vorskizzierten Weg erspart und trotzdem die Einkommensverhältnisse auch in den ländlichen Regionen bessert. Daher fordert unser Antrag eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in dieser Richtung.

Aber dieser Umschichtungsprozeß hat auch eine große persönliche Flexibilität notwendig, die ältere Menschen nicht mehr aufbringen können. Daher sind wir der Meinung, daß die Sozialpolitik in harmonischer Weise diesen Weg ergänzen kann. Durch den Umbau der Zuschußrentenversicherung zur Vollversicherung ist dies bereits geschehen.

Ich darf daher diesen Antrag so verstanden wissen, und wenn nach ihm gehandelt wird, sind wir sicher, daß eine gute Politik für alle gemacht wird. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Zum Wort kommt Dr. Eichtinger.

Prof. Dr. Karl E i c h t i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Ich spreche zum Rechenschaftsbericht des Herrn Generalsekretärs, der an die Vertrauensleute ausgeschickt werden wird, un möchte hier einen Satz ganz besonders herausnehmen. Es heißt hier: "Es wäre für unsere mittlere Funktionärsschicht von geradezu tödlicher Wirkung, wenn man von ihnen erwartet, daß sie an unser Wahlziel glauben, während gleichzeitig höhere und höchste Mandatare erklären, daß dieses Wahlziel ja doch nicht erreichbar sei."

Dieser Satz muß uns doch alle schockieren, dieser Satz müßte uns eigentlich aufrütteln. Ich möchte hier an das Jahr 1966 erinnern. Damals hieß es als kühnes Ziel: Wir wollen die absolute Mehrheit haben! - Und wir haben dieses Ziel deshalb erreicht, weil wir daran geglaubt haben, weil wir zusammengestanden sind und weil dieser einzige Wille uns durchdrungen hat. Wehe uns, es würde einer unserer höheren und höchsten Mandatare mißtrauisch werden! Wehe uns, er würde so unter der Hand sagen: "Na ja, die absolute Mehrheit werden wir nicht mehr erreichen, aber geben wir uns doch mit der relativen Mehrheit zufrieden!" - Solche Mandatare würden den Sozialisten zur a_bsoluten Mehrheit verhelfen. (Rufe: Sehr richtig!)

Hier darf ich eines sagen: Wir dürfen die Vertrauensmänner nicht enttäuschen. Wir sollen ihnen auch jetzt wiederum zeigen, daß wir zusammenstehen müssen, daß wir an ein einziges Ziel glauben müssen und dafür kämpfen müssen, und das ist und bleibt die absolute Mehrheit! (Beifall.)

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Das Wort hat Feldgrill Franz, Frohnleiten.

Franz F e l d g r i l l : Hoher Bundesparteitag! Unter den konkreten Ausbauzielen im Autobahnbau ist auch der Abschnitt Pyhrnautobahn im Raum Graz - Gratkorn angeführt. Die Pyhrnautobahn von Sattledt bei Linz über St. Michael und Graz bis Spielfeld stellt neben der Südautobahn die ideale Verkehrsverbindung vom deutschen Wirtschaftsraum in die Südostländer dar. Darüber hinaus wird auch das Dreieck Linz - Wien - Graz, der Schwerpunkt des innerösterreichischen Wirtschaftsverkehrs, besser aufgeschlossen.

Es ist zwar sehr erfreulich, daß zwischen 1966 und 1969 5,9 Milliarden Schilling für den Autobahnbau in Österreich ausgegeben wurden. Daß dabei aber die Steiermark sehr stiefmütterlich behandelt wurde, ist für uns Steirer bedauerlich.

Wenn nun auch das Teilstück Graz - Gratkorn in den kommenden Jahren fertiggestellt und übergeben werden soll, so wäre doch der rasche Weiterbau über Deutschfeistritz nach St. Michael ob Leoben von größter Dringlichkeit, weil dadurch die derzeitige Fahrstrecke um 23 Kilometer verkürzt würde und die derzeit meistfrequentierte Bundesstraße in Österreich Graz - Bruck an der Mur entlastet werden könnte.

Zum Unterschied von der Tauernstrecke etwa, die nur etwa drei Monate im Jahr ausgelastet wäre (Widerspruch), spielt sich auf der Pyhrnstrecke neben dem internationalen Transitverkehr auch der Straßenverkehr zwischen den bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftsgebieten im Raume Wien - Linz - Graz ab.

Aus diesen bedeutenden Gründen ersuche ich den Hohen Bundesparteitag, den raschen Ausbau der Pyhrnstrecke von

Gratkorn nach St. Michael vordringlich zu unterstützen, wobei dieser Abschnitt von Deutschfeistritz bis St. Michael als Mautstrecke mit Vorfinanzierung vordringlich ausgebaut werden könnte. Ich danke.(Beifall.)

Vorsitzender NR Karl G l a s e r : Hoher Bundesparteitag! Ich habe den Vorsitz übernommen.

Ich erteile als nächstem vorgemerktem Redner dem Abgeordneten Staudinger das Wort.

NR Rudolf S t a u d i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Im Namen des Wirtschaftsbundes und wohl auch im Namen der österreichischen gewerblichen Wirtschaft möchte ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Programmausschuß sich um das Mittelstandskonzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes angenommen hat und daß dieses Mittelstandskonzept schon in einigen konkreten Anträgen seinen Niederschlag findet.

Für komplizierte Begriffsbestimmungen ist hier nicht Zeit. Nur soviel wollen wir klarstellend sagen, daß wir unter Mittelstand natürlich auch die bäuerliche Wirtschaft verstehen, weite Kreise der Unselbständigen, aber mit dem Mittelstandskonzept meinen wir eben das Konzept für die gewerbliche mittelständische Wirtschaft.

Diese Klarstellung ist ebenso notwendig wie der Hinweis darauf, daß wir jeden Antagoni_smus, jede künstliche Widersprüchlichkeit zwischen Industriepolitik und Mittelstandspolitik ablehenen, weil wir wissen, daß ein hoher Industriestandard Voraussetzungen für einen blühenden Handel, für ein blühendes Gewerbe und für blühende Dienstleistungsbetriebe ist.

Mittelstandsprogramm, das hat so ein bißchen den Geruch des kleinkarierten, daß es ein Programm gegen die Zeit sei. Das Mittelstandskonzept des Wirtschaftsbundes beweist haargenau das Gegenteil, denn es ignoriert die Tatsache der Veränderungen nicht, hängt keiner Putzenscheibenromantik nach, sondern impliziert ein deutliches und ein mutiges Ja zu den strukturellen Veränderungen und weist darauf hin ,daß diese strukturellen Veränderungen wohl Bedrohungen, aber im größeren Maße noch Chancen für den Unternehmer bringen.

Das Mittelstandskonzept anerkennt direkt undindirekt, daß die Unternehmen ein Wachstum brauchen, um die entfliehende Profitabilität einzuholen, daß sich ein profitables Wachstum aber verbindet mit strukturellen Veränderungen von Ware, Service, Sortiment, Standort und Organisation. Die organisatorischen Leistungen haben hier ganz besondere Bedeutung, weil in ihnen die Chance der Selbständigkeit gegenüber den Großkonzernen steckt. Die Prognose nämlich, daß Mittelstandspolitik vergeblich sei, weil die Großkonzerne siegreich vordringen und die Kleinen unterdrücken werden, das als eine geschichtliche Zwangsläufigkeit hinzustellen, das ist ein Irrtum, weil hier Form und Substanz der Veränderung irrtümlicherweise gleichgesetzt werden. Operationen im großen werden selbstverständlich vordringen, Operationen im großen getragen von erstklassig geschultem Management, aber gleiche Operationen in optimaler Größe lassen sich auch in Systemen verwirklichen, die auf Kooperation, auf Selbständigkeit in Kooperation bei neuer Arbeitsteilung beruhen.

Darum betont das Mittelstandskonzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes vor allem die Selbsthilfe als ein Mittel, als eine Voraussetzung dieser Selbsthilfe, die Wichtigkeit der Bildung und der Forschung - Bildung als ein Existenzproblem, als ein existenzentscheidendes Problem -, die Notwendigkeit der beruflichen Aus- und Weiterbildung, es weist als Technik etwa auf die zwischenbetriebliche Zusammenarbeit hin, auf die Kooperation und die Bildung von Kooperationsbörsen, auf die Herausgabe einer Kooperationsfibel, auf die Exportförderung, die nicht nur der Industrie, sondern in

fortschreitendem Maße auch der gewerblichen Wirtschaft zugute kommt, auf die Notwendigkeit der Novellierung der Gewerbeordnung, auf wegen der notwendigen Mobilität nach innen verbesserte Finanzierungen, um nur diese wenigen Punkte demonstrativ aufzuzählen.

Freilich gibt es darin auch kurzfristige Punkte. Auf die will ich nicht näher eingehen, sondern nur eines herausgreifen. Gewerbliche mittelständische Wirtschaft wäre nicht denkbar ohne die Unternehmergattin, und hier enthält das Mittelstandskonzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes den Hinweis auf Steuergerechtigkeit etwa im Familiensplitting oder, solange das nicht verwirklicht werden kann, die Erhöhung des Absetzbetrages für die mittätige Ehegattin - ein Problem, das von großer wirtschaftlicher, aber viel mehr noch von einer ideellen Bedeutung für uns ist.

Mit diesem Mittelstandskonzept weist der Wirtschaftsbund und weist die Österreichische Volkspartei in eine moderne Zukunft. Nicht der Wirtschaftsbund, sondern die Österreichische Volkspartei wird dieses Konzept verwirklichen, wenn sie das Mandat dazu bekommt, und daran glauben wir. (Beifall.)

Vorsitzender NR G l a s e r : Darf ich darauf aufmerksam machen, daß sich die Rednerliste dem Ende nähert. Ich bitte daher alle Delegierten, die Plätze einzunehmen, weil wir dann die Abstimmungen durchzuführen haben.

Als nächster ist zum Wort gemeldet Herr Maschke von der Landesparteileitung Niederösterreich.

Gustav M a s c h k e : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich würde Ihre Aufmerksamkeit bestimmt nicht in Anspruch nehmen, wenn mich der Antrag 35 nicht geradezu herausgefordert hätte. Darüber hat auch schon ein Delegierter gesprochen, vermutlich der Antragsteller. Ich stimme ihm vollkommen zu, daß der Aufgabenbereich, der in diesem Antrag genannt ist, notwendig ist. Ich stimme ihm aber nicht zu, daß dafür ein neues Referat geschaffen werden soll.

Der Antragsteller scheint nicht zu wissen, daß ein derartiges Referat, ein Bundesschulungsreferat und Landesschulungsreferate, ein Bundesschulungsausschuß und Landesschulungsausschüsse auf diesem Gebiet bereits bestehen. Diese Ausschüsse nehmen auch diese Gebiete wahr: also Erneuerung der Schulungsunterlagen, der Schulungsmethoden, selbstverständlich auch die Weiterentwicklung der geistigen Grundlagen.

Wir haben uns auch wiederholt mit der Schaffung einer Politischen Akademie befaßt. Und gerade auf diesem Gebiet hat der Wiener Schulungsreferent, Professor Reichhold, ein ganz bestimmtes Konzept vorgelegt. Der Antragsteller scheint das alles nicht zu wissen.

Ich bin also der Ansicht - selbstverständlich, wie auch der Antragsteller -, daß man dem Schulungsreferat größere finanzielle Mittel zur Verfügung stellen soll, wenn man weiß, daß zum Beispiel die Sozialisten das Schulungsheim Baden mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Schilling errichtet haben.

Ich bin aber dagegen, daß neue Ausschüsse und irgendwelche Institutionen geschaffen werden, wenn die bestehenden Ausschüsse diese Gebiete und Aufgabenbereiche wahrnehmen können.

Ich möchte daher den Antrag folgendermaßen formulieren: "Das Schulungsreferat der Bundesparteileitung wird aufgefordert, die im Antrag geforderten Maßnahmen in einem verstärkten Maße wahrzunehmen." (Beifall.)

Vorsitzender NR G l a s e r : Als nächster Redner Herr Bundesrat Brandl.

BR Gottfried B r a n d l : Hoher Bundesparteitag! In der Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde mit Generalkollektivvertrag, abgeschlossen zwischen den Sozialpartnern in Gewerbe und Industrie, eine Regelung getroffen, wonach die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Vierzigstundenwoche mit 1. Jänner 1975 Wirklichkeit wird.

Diese Regelung gilt nicht für die Land- und Forstwirtschaft. Im Gegenteil: Im Grundsatzgesetz, im Landarbeitsgesetz, ist für die Landwirtschaft eine Arbeitszeit von 54 Stunden vorgesehen.

Hoher Bundesparteitag! In den gestern im Bundesministerium für soziale Verwaltung abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern in der Land- und Forstwirtschaft wurde eine Einigung erzielt, daß diese Arbeitszeitverkürzung auch für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer mit einigen Abänderungen zur selben Zeit zur Durchführung gelangen soll wie für Gewerbe und Industrie.

Als Vorsitzender des Österreichischen Landarbeiterkammertages richte ich an den Hohen Bundesparteitag, an die Hohe Bundesregierung den Appell, die Forderungen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu unterstützen, damit sie nicht weiterhin die schlechtestgestellten Arbeitnehmer in unserem Heimatlande sind. (Beifall.)

Vorsitzender NR G l a s e r : Hoher Bundesparteitag! Darf ich nochmals darauf aufmerksam machen: Es sind nur mehr zwei Wortmeldungen. Ich bitte die Ordner und, soweit sie hier sind, auch die Hostessen, darauf hinzuweisen, daß die Damen und Herren, die im Augenblick im Buffet oder sonstwo sind, ihre Plätze einnehmen, weil wir dann einen längeren Abstimmungsmodus vor uns haben.

Ich erteile als nächstem, als vorletztem Redner dem Landtagsabgeordneten Koiner das Wort.

Ing. Simon K o i n e r : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, dem vom Bauernbund eingebrachten Antrag 26, betreffend die Besteuerung der Auszügler bzw. der Übergeber in der Land- und Forstwirtschaft, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Ich meine betonen zu müssen, daß dieser Antrag wohl berechtigt ist, und zwar deswegen, weil die Bewertung der freien Station für ein übergebendes Ehepaar in der Landwirtschaft bedingt, daß dieses landwirtschaftliche Übergeberehepaar schon einkommensteuerpflichtig ist.

Die ÖVP wird aufgefordert, hier nicht eine Ausnahmebestimmung für die Altbauern, sondern eine Gleichziehung mit allen übrigen Rentnern zu veranlassen.

Ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen.

Ein paar Sätze noch zum Antrag 27 der Steiermark, betreffend das Bundesheer. Wir betonen hier ausdrücklich, daß wir jederzeit loyal und einsichtsvoll eingesehen haben, welche Notwendigkeit das Bundesheer und die Wehrbereitschaft darstellt. Wir müssen aber auch, und das glaube ich auch ausführen zu müssen, fordern, daß die Zeit, die unsere jungen Menschen im Bundesheer verbringen, gut und ordnungsgemäß ausgenützt wird. Wir verstehen, daß diese Ausbildung notwendig ist, wir verstehen aber nicht, wenn junge Leute festgehalten werden und die Zeit dort nicht gut ausgenützt wird, wo zu Hause die alte Mutter, der alte Vater und unmündige Kinder die Arbeit verrichten müssen.

Wir bitten hier um entsprechende Abhilfe. Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender NR G l a s e r : Ich darf nun als letztem Diskussionsredner Herrn Generalsekretär Dr. Withalm das Wort erteilen.

Generalsekretär Vizekanzler NR Dr. Hermann W i t h a l m : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Man sagt uns, der Österreichischen Volkspartei, immer nach, wir verstünden es nicht, zu diskutieren. Ich gebe zu, es ist nicht leicht, eine richtige Diskussion abzuführen. Es ist auch nicht leicht, einer Diskussion zu folgen. Das habe ich heute gesehen. Ich habe mich dann, um wirklich zuhören zu können, in die letzte Reihe geflüchtet. - Es nützte auch nichts. So bin ich reumütig wieder auf meinen alten Platz zurückgekehrt und habe doch zumindest einen Teil der Diskussion mitbekommen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube sagen zu können: Wir haben heute unter Beweis gestellt, daß wir nicht diskussionsfaul sind, sondern daß wir wirklich diskutieren können. Und wir sollten uns das gesagt sein lassen: Zu einer Diskussion gehören zwei! Und zu einer echten Diskussion gehören auch unterschiedliche Auffassungen, sonst ist es ja keine Diskussion. Das ist nach meiner Meinung nicht nur kein Malheur, sondern wir zeigen damit, daß wir wirklich in der Lage sind, uns ernsthaft über Gegenstände zu unterhalten, die die Partei interessieren müssen.

Meine Damen und Herren! Wir ringen meinetwegen, wenn es notwendig ist, um gemeinsame Auffassungen. Das hat sich heute bei der Frage der Einer-Wahlkreise gezeigt. Auch hier glaube ich, daß es keineswegs ein Malheur war, daß wir darüber diskutiert haben. Ich glaube, daß mittlerweile die Wogen sich

bereits geglättet haben. Der Vorschlag, der von Dr. Bauer gemacht wurde, scheint mir sehr vernünftig zu sein, daß ein Expertenkomitee von der Bundesparteileitung einzusetzen ist, bestehend aus 50 Prozent Experten und 50 Prozent Politikern. Diese sollen sich dann - so lautet der Antrag - binnen sechs Monaten mit dieser Materie der Demokratiereform auseinandersetzen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung wird dann die Bundesparteileitung beschäftigen. Wie die Bundesparteileitung dann darüber befinden wird, ob positiv oder negativ, das werden wir sehen.

Im übrigen,meine Damen und Herren, darf ich folgendes ins Gedächtnis rufen, was die meisten scheinbar nicht mehr wissen. Ich möchte daran erinnern: Wir hatten 1963/64 eine Wahlrechtsdebatte, ausgelöst damals nicht zuletzt durch den damaligen Innenminister Olah. Wir - die Österreichische Volkspartei - haben im Jahre 1964 im Parlament einen Initiativantrag eingebracht, in dem vorgeschlagen wurde, daß die Einer-Wahlkreise geschaffen werden. In dem Antrag waren die Einer-Wahlkreise - das mußte ja sein - bereits/ganz genau abgegrenzt.

Ich bin schon am Ende, nur noch eine kurze Bemerkung: Ich bin mit dem Ergebnis bzw. der Art der heutigen Diskussion durchaus zufrieden. Ich möchte sagen: Ich bin froh und glücklich darüber, daß wir wirklich einmal einige Stunden hindurch - meinetwegen: nüchtern und sachlich - über fundamentale Fragen diskutiert und uns unterhalten haben. Ich glaube, daß wir damit unter Beweis gestellt haben, daß wir wirklich eine moderne, eine junge Partei sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender NR G l a s e r : Ich darf dem Herrn Vizekanzler, Generalsekretär Dr. Withalm, für seinen Diskussionsbeitrag herzlich danken.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle hiemit fest, daß die Debatte zu den Punkten 14, 15 und 16 damit geschlossen ist. Es haben insgesamt 38 Diskussionsteilnehmer das Wort ergriffen. Der Herr Generalsekretär hat diese Tatsache entsprechend gewürdigt.

Ich darf namens aller, die in dieser Zeit den Vorsitz geführt haben, auch darauf hinweisen, daß sich die Diskussion auf sehr erfreulichem Niveau befunden hat und daß alle in den Anträgen und in dem Programmentwurf enthaltenen Themen durch eine Reihe von Diskussionsrednern behandelt, wertvolle Anregungen gegeben und Ergänzungsvorschläge gemacht wurden.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte Sie, sich und mir die Abstimmung insoferne zu erleichtern, a_ls möglichst jeder Delegierte zunächst einmal dieses Heft, in dem die Anträge enthalten und mit Nummern versehen sind, zur Hand nimmt.

Hinsichtlich der Anträge 1, 3 und 4 - sie befassen sich mit dem Wahlrecht - ist beantragt, eine Expertenkommission einzusetzen. Der Herr Generalsekretär hat nochmals darauf hingewiesen. Diese drei Anträge, also 1, 3 und 4, sollen der Bundesparteileitung zugewiesen werden, ein Expertenkomitee möge die notwendigen Beratungen durchführen, und innerhalb von 6 Monaten möge die Bundesparteileitung darüber befinden.

Wer mit diesem Antrag des Politischen Ausschusses einverstanden ist, den bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung

die grüne Delegiertenkarte zu heben. - Ich danke. Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Dann bitte ich zu protokollieren, daß diese drei Anträge einstimmig angenommen wurden.

Der Antrag 2 ist im Inhalt und dem Wesen nach im Entwurf der Parteitagsresolution enthalten. Ich darf die Zustimmung sowohl der Antragsteller wie auch des Hohen Bundesparteitages annehmen, daß sich dadurch darüber eine Abstimmung erübrigt. Der wesentliche Inhalt ist, wie Sie inzwischen sicher festgestellt haben, in dem Resolutionsentwurf für den Bundesparteitag enthalten.

Ist keine Gegenmeinung? - Ich danke.

Die Anträge 5, 6, 7 und 8 mögen so beschlossen werden, wie sie in dem vorliegenden gedruckten Heft aufscheinen. Ich bitte jene Delegierten, die mit diesen Anträgen des Politischen Ausschusses bzw. des Programmausschusses einverstanden sind, die Zustimmung durch Erheben der Delegiertenkarte zu erteilen. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich darf auch hier die einstimmige Annahme feststellen.

Bei den Anträgen 9, 10, 11 und 14 ist die Zuweisung an die Bundesparteileitung beantragt. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, möge zum Zeichen seiner Zustimmung wieder die grüne Delegiertenkarte heben. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Einstimmig angenommen.

Die Anträge 12, 13, 15 und 16 mögen so beschlossen werden, wie sie in dem Heft aufscheinen. Darf ich diejenigen, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, wieder um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte bitten. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich stelle wieder einstimmige Annahme fest.

Der Antrag 17 möge der Bundesparteileitung zugewiesen werden. Ich bitte diejenigen, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Ich danke. Gegenprobe. - Ich stelle wieder die einstimmige Annahme fest.

Die Anträge 18 bis einschließlich 22 mögen so beschlossen werden, wie sie im Heft aufscheinen. Ich bitte diejenigen, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ein Zeichen mit der Delegiertenkarte zu geben. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Wieder einstimmig angenommen.

Die Anträge 23, 24, 25 und 26 mögen der Bundesparteileitung bzw. einem bündischen Koordinierungskomitee, das für solche Fälle schon bisher existierte, zugewiesen werden. Darf ich diejenigen, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitten, die Zustimmung durch Erheben der Delegiertenkarte zu erteilen. - Ich danke. Bitte um die Gegenprobe. - Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Die Anträge 27 bis einschließlich 31 sollen nach den Vorschlägen der beiden Berichterstatter so angenommen werden, wie sie hier stehen. Wer damit einverstanden ist, möge dieses Einverständnis durch das Erheben der Delegiertenkarte bekunden. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich darf neuerlich einstimmige Annahme feststellen.

Die Anträge 32 und 35 sollen der Bundesparteileitung bzw. dem Generalsekretariat zugewiesen werden. Hier darf ich feststellen - insbesondere bezüglich des Antrages 35 möchte ich das dem Debattenredner, der das kurz vor Ende der Diskussion zum Ausdruck gebracht hat, sagen -: Also diese Anträge

sollen im Einvernehmen mit dem Generalsekretariat noch bearbeitet werden, und dann sollen die entsprechenden Entscheidungen gefaßt werden.

Wer mit diesem Vorschlag, die Anträge 32 und 35 betreffend, einverstanden ist, möge seine Zustimmung mit der Delegiertenkarte geben. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Auch wieder einstimmig angenommen.

Die Anträge 33 und 34 sollen so beschlossen werden, wie sie in dem gedruckten Heft aufscheinen. Darf ich diejenigen, die damit einverstanden sind, um Zustimmung mit der Delegiertenkarte bitten. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ist wieder einstimmig angenommen.

Beim Antrag 36 darf ich feststellen: Für den Antrag 36 lit.a bis lit.d ist die Zuweisung an die Bundesparteileitung, für den Antrag 36 lit.e ist die Aufnahme in den Programmentwurf vorgesehen.

Wer mit diesen Anträgen, die wieder von den Berichterstattern gestellt wurden und die von mir vor allem deshalb gebracht werden, um die Erinnerung wachzurufen, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. - Ich danke. Gegenstimmen? - Keine.

Die Anträge 37, 38, 40, 41, 42 und 43 mögen so beschlossen werden, wie sie hier enthalten sind. Wer damit einverstanden ist, möge dies durch Erheben der Delegiertenkarte zum Ausdruck bringen. - Ich danke. Die Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Die Anträge 39 und 50 sind im Raumordnungskonzept der Bundesparteileitung berücksichtigt. Ich glaube, daß sich hier im Einverständnis mit den Antragstellern eine Abstimmung erübrigt. - Keine Gegenmeinung.

Die Anträge 44, 49 und 51 mögen der Bundesparteileitung und den jeweils zuständigen Ressortministern, also konkret der Frau Sozialminister, dem Herrn Verkehrsminister und dem Herrn Unterrichtsminister, zugewiesen werden. Wer damit einverstanden ist, möge dies ebenfalls durch Erheben der Delegiertenkarte zum Ausdruck bringen. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich darf auch hier die einstimmig Annahme feststellen.

Die Anträge 45, 46, 47 und 48 mögen so beschlossen werden, wie sie im Heft aufscheinen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich wieder um Zustimmung mit der Delegiertenkarte. - Ich danke. Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Damit ist die Abstimmung über die Anträge bis einschließlich Antrag 51 beendet. Die Anträge ab 52 bis 57 betreffen den Statutenausschuß; darüber wird morgen berichtet und abgestimmt werden.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Programmentwurf, der ebenfalls in der grünen Parteitagsmappe vorliegt.

Ich darf hier zunächst darauf hinweisen, daß nach den einschlägigen Bestimmungen unserer Geschäftsordnung in § 12 Abs. 1 lit. d Beschlüsse über die politischen Richtlinien der Partei der Zweidrittelmehrheit bedürfen, daß also hiezu Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Delegierten notwendig ist.

Auf Grund der Anträge, vor allem des Programmausschusses, darf ich folgendes empfehlen: Dieses Programm wird grundsätzlich beschlossen. Der Teil 1, der sich mit dem Wahlrecht befaßt - darüber haben Sie vorhin bereits einstimmig entschieden -

wird nochmals überarbeitet, nachdem hier ein Expertenkomitee eingesetzt wird und darüber dann die Bundesparteileitung endgültig zu befinden hat. Also der Teil 1, das Wahlrecht betreffend, ist noch offen.

Ebenso wurde im Laufe der Diskussion eine Reihe sehr wertvoller Ergänzungs- oder Abänderungsanträge gestellt. Daher empfehle ich nochmals, grundsätzlich - abgesehen von dem, was ich zum ersten Abschnitt gesagt habe - dem Programm die Zustimmung zu erteilen, die Bundesparteileitung aber zu ermächtigen, die erforderlichen Ergänzungen vorzunehmen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, möge zum Zeichen seiner Zustimmung die Delegiertenkarte heben. - Ich danke. Die Gegenprobe. - Ich darf feststellen, daß dieser Programmentwurf somit einstimmig beschlossen wurde, mit den Ergänzungen und Vorbehalten, wie sie von mir deutlich genug zum Ausdruck gebracht wurden, und daß insbesondere auch der Geschäftsordnung hinsichtlich der erforderlichen qualifizierten Mehrheit durch die einstimmige Annahme entsprochen wurde.

Damit, verehrte Damen und Herren, liebe Partei- und Gesinnungsfreunde, sind wir am Ende unserer heutigen Tagung angelangt.

Darf ich das Parteitagsbüro fragen: Ist noch ein technischer Hinweis zu geben? - Es scheint dies nicht der Fall zu sein.

Dann darf ich darauf hinweisen, daß die morgige Tagung, in der insbesondere auch die Wahl vorzunehmen ist, pünktlich um 9 Uhr beginnt. Alle Damen und Herren Delegierte werden daher dringendst gebeten, bereits um 9 Uhr ihre Plätze einzunehmen.

Die heutige Tagung des Bundesparteitages ist geschlossen.

Unterbrechung der Beratungen: 18 Uhr 40 Minuten

S T E N O G R A P H I S C H E S P R O T O K O L L

des

12. ordentlichen Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

in der

Halle B der Wiener Stadthalle

Wien 15, Vogelweidplatz 14

am

13. und 14. November 1969

2. Tag

Inhalt

Seite

Wiederaufnahme der Beratungen

Vorsitzender LH Dr. Herbert Kessler 280

18. Bericht des Statutenausschusses

Berichterstatter Dr. Josef Ratzenböck 283

19. Diskussion und Beschlußfassung

Dr. Bruno Binder-Krieglstein 292

LAbg. Edda Egger 297

Bundessekretär Gottfried Zach 297

Dr. Günzl 300

Vorsitzender LH Dr. Herbert Kessler 301

20. Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl

Vorsitzender LH Ök.Rat Josef Krainer 303

Berichterstatter LAbg. Dr. Franz Bauer 303

Vorsitzender NR Ing. Rudolf Sallinger 305

21. Resolution des Bundesparteitages

Generalsekretär-Stellvertreter Karl Pisa .. 305

22. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Vorsitzender Bundesminister Soronics 329

Wahlleiter LAbg. Kurt Buchinger 1 329

Finanzreferent Dr. Hellmuth Klauhs 329

Generalsekretär Vizekanzler Dr. Hermann Withalm 331

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 332

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 333

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Alfred Maleta 333

Seite

23. Schlußreferat des neugewählten Bundesparteiobmannes: "Mit der Volkspartei in die 70er-Jahre

Referent Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 334

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Alfred Maleta 347

Schlußworte

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 349

24. Bundeshymne 349

Schluß des Parteitages 349

oooOOOooo

Wiederaufnahme der Beratungen: 9 Uhr 5 Minuten

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Herbert K e s s l e r : Meine Damen und Herren Delegierten! Die gestern unterbrochene Sitzung ist hiemit wiederaufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, habe ich eine ehrenvolle Verpflichtung zu erfüllen. Ich darf Herrn Bundesminister für Finanzen Professor Koren bitten, nach vorne zu kommen, damit mir Gelegenheit gegeben ist, ein Wort des Glückwunsches zu seinem 50. Geburtstag zu sprechen. (Lebhafter langanhaltender Beifall. - Bundesminister Professor Dr. Stephan Koren begibt sich auf die Tribüne und wird von den Mitgliedern des Parteitagspräsidiums beglückwünscht.) Meine Damen und Herren Delegierten! Mir obliegt die ehrenvolle Aufgabe, Herrn Bundesminister für Finanzen Professor Koren zur Vollendung seines 50. Lebensjahres herzlich zu beglückwünschen.

Es sei mir gestattet, mit ganz wenigen Worten die Verdienste Minister Korens für unsere Partei, aber weit darüber hinaus auch für unseren Staat zu würdigen. Ich darf dir, lieber Herr Finanzminister, namens aller Damen und Herren Delegierten aufrichtig danken für deine Arbeit als Finanzminister unseres Staates, und ich darf damit beginnen, daß ich dir Dank sage für dein Beispiel, das du der jungen Generation dieses Landes durch deinen Einsatz im zweiten Weltkrieg gegeben hast, aus dem du als Leidgeprüfter zurückgekehrt bist. Ich darf dir Dank sagen für deine wissenschaftliche Arbeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten und ich darf

dir insbesondere dafür danken, daß durch deine entscheidende Mithilfe die von unserer Partei geforderte Synthese zwischen Wissenschaft und Politik Wirklichkeit werden konnte.

Mit dem Namen Koren ist die Finanzpolitik dieses Staates in den vergangenen zwei Jahren aufs engste verbunden gewesen, nachdem Minister Koren als Staatssekretär im Bundeskanzleramt seine politische Laufbahn begonnen hatte. Mit dem Koren-Plan hat ein führender Politiker unserer Partei die Weichen für eine gute Finanzpolitik für diesen Staat gestellt. (Beifall.)

Ich darf nur mit einigen wenigen Sätzen dieses Bemühen skizzieren: die Arbeit Minister Korens um die Investitionsfinanzierung, die Bemühungen um die Konzentrationsförderung, seine Bemühungen um eine aktive Arbeitsmarktpolitik - alles Maßnahmen, die Ihnen durchaus bekannt sind -, das Streben Finanzminister Korens nach einem guten Verkehrskonzept der Zukunft und seine unermüdlichen Bemühungen um eine Reorganisation der verstaatlichten Industrie. Mit all dem, was in den vergangenen zwei Jahren auf diesem Sektor geschehen konnte - und es ist wahrhaftig nicht wenig gewesen -, ist der Name Finanzminister Korens aufs engste und für immer verbunden. (Neuerlicher Beifall.)

Herr Minister! Ich glaube, daß wir am besten den heutigen Glückwunsch in das Versprechen fassen, daß wir gemeinsam bemüht sein wollen, jeder an seinem Platz, dafür Sorge zu tragen, daß nach dem 1. März 1970 Minister Koren in der Lage sein wird, sein begonnenes zielstrebiges Finanzkonzept entschieden und energisch weiterzuführen. (Abermaliger Beifall.)

Ich darf in dieser Stunde auch ein herzliches Wort des Glückwunsches an deine sehr verehrte Gattin, an deine Kinder richten, von denen wir wissen, wieviel sie zu entbehren haben seit der Zeit, da du dieser hohen politischen Berufung gefolgt bist.

Ich möchte schließen mit dem Wunsche, daß nach dem 1. März 1970 mit Professor Koren, mit Finanzminister Koren die Österreichische Volkspartei dieses Landes und mit ihr das gesamte österreichische Volk in eine gute, gesicherte Zukunft gehen mögen. (Lebhafter langanhaltender Beifall. - Bundesminister Professor Dr. Koren wird von Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Klaus und von Generalsekretär Vizekanzler Dr. Withalm beglückwünscht.)

Vorsitzender LH. Dr. K e s s l e r : Meine Damen und Herren Delegierten! Wir treten nun in die Tagesordnung ein und kommen zum Tagesordnungspunkt 18:

Bericht des Statutenausschusses.

Ich bitte den Berichterstatter des Statutenausschusses, Herrn Dr. Ratzenböck, um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Josef R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Statutenausschuß haben je einen Vertreter die Landesparteiorganisationen, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung, der Akademikerbund und die Landesparteisekretäre entsandt. Je drei Vertreter wurden von den Bünden geschickt: vom Bauernbund, vom Wirtschaftsbund und vom Arbeiter- und Angestelltenbund.

Dem Statutenausschuß lagen nicht so viele Anträge vor wie etwa dem Politischen Ausschuß oder dem Programmausschuß. Bei diesen herrschte, wie wir gestern den Berichten des Bauernbunddirektors Dr. Langer und des Dr. Bauer entnehmen konnten, geradezu eine Antragsschwemme. Bei uns war der Zulauf eher dürftig. Wir hatten nur sechs Anträge zu bearbeiten, wir brauchten dazu aber auch zwei Tage intensiver Beratungen, weil diese Anträge von großer Bedeutung für die künftige Organisation unserer Partei sind.

Drei dieser Anträge - sie stammen von den Landesparteileitungen Salzburg und Steiermark und dem Österreichischen Akademikerbund - befaßten sich mit einer Änderung der Zusammensetzung unserer obersten Parteiorgane, also des Bundespartei-

vorstandes und der Bundesparteileitung. Daß diese Änderungswünsche laut wurden, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich seit der Übernahme der Regierungsverantwortung allein durch unsere Partei außerhalb der Partei neue Entscheidungszentren gebildet haben, nämlich Regierung und Parlamentsklub. Dem Statutenausschuß ging es nun vor allem darum, den Primat der Partei wieder herauszustellen.

Dies glauben wir durch eine Änderung der Struktur, der Zusammensetzung unserer obersten Organe erreichen zu können; vor allem durch eine Änderung der Zusammensetzung des Bundesparteivorstandes.

Dem Bundesparteivostand gehörten bisher - allerdings nur in beratender Funktion - auch alle von der ÖVP gestellten Regierungsmitglieder an. Man muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß es sich nicht sehr bewährt, bestimmten Personenkreisen eine Beratungsfunktion in einem dieser Leitungsorgane zu geben, weil man zuerst auf gleicher Ebene berät, und dann bei der Abstimmung zwischen denen, die beschließen dürfen, und denen, die beraten dürfen, trennen muß. Man erklärt also sozusagen diese Gruppe zu den fratres minores, die bei der Abstimmung nicht mitzureden haben. Es ist also besser, von der Verleihung solcher Beratungsfunktionen abzusehen.

Nach dem Vorschlag des Statutenausschusses sollen nun künftighin die Regierungsmitglieder dem Bundesparteivorstand nicht mehr angehören. Auch die zwei Landeshauptleute, die bisher turnusweise eine Mitgliedschaft beim Bundesparteivorstand

hatten, sollen ihm in Zukunft nicht mehr angehören. An ihre Stelle treten aber alle Landesparteiobmänner. Bisher waren nur jeweils zwei Landesparteiobmänner im Bundesparteivorstand vertreten. Jetzt sollen alle neun vertreten sein. Das unterstreicht auch unser Bekenntnis zum Föderalismus.

Die Änderung der Struktur des Bundesparteivorstandes hat daneben noch zur Folge, daß sich auch der Teilnehmerkreis etwas verkleinert. Er würde nach dem Vorschlag des Statutenausschusses 24 Personen umfassen. Tatsächlich werden es aber weniger sein, weil es in den Spitzenpositionen doch immer wieder Überschneidungen gibt. So sind derzeit Bundesparteiobmann und Bundeskanzler ident. Dasselbe gilt für den Nationalratspräsidenten und den Bundesobmann des ÖAAB oder den Generalsekretär und den Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs. Wenn Sie diesem Vorschlag auf Statutenänderung zustimmen, wird die Zahl der Mitglieder in Zukunft etwa 20 Personen betragen.

Jetzt zur Bundesparteileitung. Bei der Bundesparteileitung soll es sogar zu einer gewissen Vergrößerung des Personenkreises kommen, weil nun auch der Stellvertreter des Nationalratspräsidenten sowie der Vorsitzende des Bundesrates und dessen Stellvertreter dazugehören sollen, soweit sie von der ÖVP gestellt werden.

Wichtig ist auch noch folgendes für den Bundesparteivorstand. Bisher war es in der Bundesparteileitung und auch im Vorstand möglich, daß ein Funktionär, der eine mehrfache Mitgliedschaft besaß, schriftlich erklären konnte, in welcher Funktion er der Bundesparteileitung oder dem Vorstand angehören wolle. Zur Wahrnehmung seiner übrigen Funktionen konnte er einen Vertreter ernennen.

Das soll nun beim Vorstand nicht mehr gelten, wohl aber bei der Bundesparteileitung.

Die Bundesparteileitung hatte bisher auch immer die Möglichkeit, Referenten mit beschließender oder beratender Stimme zu bestellen. In Zukunft kann die Bundesparteileitung nur mehr Mitglieder mit beratender Stimme kooptieren und auch diese nur befristet bis zur ersten Sitzung nach dem Bundesparteitag. Das scheint mir deshalb sehr von Bedeutung, weil dadurch etwas unterbleibt, was bisher geschehen ist: daß man jemand in die Bundesparteileitung kooptiert, weil momentan etwas Wichtiges auf dem Spezialgebiet des Betreffenden zu besprechen ist, und dieser bleibt dann bis zum Sankt Nimmerleinstag in der Bundesparteileitung. Jetzt ist von vornherein eine Befristung vorgesehen.

Wichtig ist, glaube ich, noch, daß man darauf hinweist, daß es nach dem Vorschlag des Statutenausschusses im Absatz 2 des § 22 nunmehr heißen soll:

"Der Bundesparteivorstand soll monatlich wenigstens einmal zusammentreten."

In der bisherigen Fassung lautete diese Bestimmung:

"Der Bundesparteivorstand hat in der Regel mindestens zweimal im Monat zusammenzutreten."

Also früher zweimal, jetzt, nach dem neuen Entwurf, genügt einmal. Ist das nicht eine Verschlechterung, kann man dem zustimmen? - Ich glaube, ja. Denn der Bundesparteivorstand hätte wohl zweimal im Monat tagen sollen, aber diese Forderung wurde praktisch nicht erfüllt. Zumeist kam es nicht einmal das eine Mal im Monat zu einer Sitzung. Die Verringerung der Zahl der Pflichtsitzungen auf eine monat-

lich entspricht also der Realität, paßt das Statut den Gegebenheiten an. Wenn der Bundesparteivorstand in Zukunft tatsächlich monatlich einmal tagt, werden wir zufrieden sein können.

Meiner Meinung nach wird die Erfüllung der Verpflichtung zur Abhaltung einer Sitzung einmal im Monat aber vom Vorliegen von zwei Voraussetzungen abhängen, nämlich erstens, daß bei unserer obersten Führung die Bereitschaft besteht, den Bundesparteivorstand mindestens einmal im Monat einzuberufen und zweitens vom Verhalten der Mitglieder des Bundesparteivorstandes: daß diese nämlich der Einberufung möglichst vollzählig Folge leisten und nicht nur zu den Sitzungen kommen, sondern auch bis zum Schluß bei den Sitzungen bleiben. Wenn diese Sitzungen dann nicht nur dazu dienen, dort etwas zur Kenntnis zu nehmen, sondern wenn man bei diesen Sitzungen auch unsere Prinzipien diskutiert, unser Verhalten in bestimmten Situationen erörtert, dann wird geradezu ein Bedürfnis bei unserer obersten Leitung bestehen, den Bundesparteivorstand öfter als bisher einzuberufen. Meine Damen und Herren! Die Qualität der Sitzungen wird in Zukunft entscheidend sein für deren Quantität.

Den neuen Text für die §§ 20, 21, 22 und 23 finden Sie in den Tagungsmappen; ich werde ihn deshalb nicht verlesen. Ich stelle den Antrag, diesen Text so wie vorgeschlagen zu billigen, ausgenommen das Vertretungsrecht in der Bundesparteileitung.

Ausführlich haben wir uns auch damit beschäftigt, ob es zweckmäßig wäre, die sogenannten Großen Fünf, unter denen man üblicherweise den Bundesparteiobmann, den Generalsekretär und

die bündischen Obmänner versteht, zu institutionalisieren und in das Statut einzubauen. Wir sind letztlich zur Meinung gekommen, daß dies nicht notwendig ist. Das Zusammentreten dieser Funktionäre ist ja ohnehin durch den § 31 unseres gegenwärtig geltenden Bundesorganisationsstatutes gedeckt. Gemäß diesem Paragraphen kann der Bundesparteiobmann "nach seinem Ermessen Funktionäre und Mandatare der Partei auch außerhalb der Parteiorgane zu Besprechungen einberufen". Allerdings muß dabei bedachtet werden, daß bei diesen Besprechungen keine Beschlüsse gefaßt werden können, sondern die Beschlußfassung dem Bundesparteivorstand oder der Bundesparteileitung obliegt.

Sehr eingehend wurde behandelt der Antrag der Landesparteileitung Tirol betreffend die Einführung einer Altersgrenze bei Bewerbungen um Mandate und um Stellen, die von der Partei zu besetzen sind. Nach diesem Antrag sollen Personen, die im Wahljahr das 65. Lebensjahr vollenden, nicht mehr als Kandidaten namhaft gemacht werden können - eine zwingende Bestimmung. Bei erstmaliger Kandidatur soll die Altersgrenze sogar nur 60 Jahre betragen. Wer also erstmals kandidiert und im Wahljahr das 60. Lebensjahr vollendet, kann bei Annahme dieses Vorschlages nicht mehr Kandidat unserer Partei sein.

Der Statutenausschuß hat beschlossen, Ihnen den Antrag der Landesparteileitung Tirol zur Beschlußfassung vorzulegen. Mit der Einführung dieser Altersgrenze wäre der erste Schritt zum Kandidaten auf Zeit, nicht mehr auf Lebenszeit, getan.

Man darf natürlich nicht annehmen, daß mit der Festsetzung dieser Altersgrenze jetzt plötzlich eine dramatische

Verjüngung unserer Mandatare eintritt. Dies wäre auch gar nicht wünschenswert. Stellen Sie sich vor, wenn plötzlich nur mehr Dreißigjährige in das Parlament einzögen. Da Abgeordnete nur selten nicht wieder aufgestellt werden, hätte dies zur Folge, daß 30 oder 35 Jahre lang die gleichen Leute dieser gesetzgebenden Körperschaft angehören, ein Zustand, den wir, glaube ich, nicht anstreben.

Nicht nur deshalb also, weil das Parlament auch in altersmäßiger Hinsicht die Bevölkerungszusammensetzung widerspiegeln soll, sondern auch wegen seiner laufenden Erneuerung ist es notwendig, daß ihm Vertreter aller Altersgruppen angehören. Nur wenn wegen des Alters bei den einzelnen Wahlen jeweils Mandatare ausscheiden, können Jüngere auf deren Plätze nachrücken. Die Funktion des Altersparagraphen soll also sein, den "Blutkreislauf" innerhalb der Mandatareschaft etwas zu beschleunigen, sozusagen die Umsatzgeschwindigkeit zu erhöhen.

Und noch eine, glaube ich, bedeutsame Aufgabe hat dieser Altersparagraph, nämlich den Mandataren das Ausscheiden zu erleichtern. Warum? - Es ist ja so, daß wohl immer verlangt wird: Junge Leute an die Front! Junge sollen kommen! Aber wenn dann einmal einer wegen Alters aussteigt, dann werden sofort alle möglichen Kombinationen angestellt, die manchmal wenig ehrenvoll sind. Nunmehr, wenn der Vorschlag angenommen wird, können Mandatare, ohne sich etwas nachsagen lassen zu müssen, unter Berufung auf das Statut bei Erreichung der Altersgrenze ausscheiden.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren: Keine Regel ohne Ausnahme! Es ist vorgesehen, daß in besonders be-

gründeten Fällen das für die Nominierung zuständige Parteiorgan mit Zweidrittelmehrheit auch eine Ausnahme beschließen kann. Diese Ausnahmebestimmung brauchen wir unter allen Umständen. Denken wir daran, daß die weitere Mitarbeit mancher Mandatare über diese Altersgrenze hinaus im dringendsten Interesse der Partei liegen kann. Wir haben in unserer Partei auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene und auch in den verschiedenen Körperschaften Mandatare, deren Ausscheiden aus Altersgründen eine große Schwächung der Position unserer Partei bedeuten würde.

Diese Bestimmungen über die Altersgrenze sollen ferner überall dort angewendet werden, wo der Partei oder einer ihrer Gliederungen für Körperschaften oder andere Institutionen ein Nominierungs- oder Vorschlagsrecht zusteht. Hier handelt es sich um eine Sollbestimmung, während für die Mandatare eine Pflichtbestimmung gelten soll.

Ich lese auch hier den Text nicht vor; Sie finden ihn ebenfalls in Ihrer Tagungsmappe. Ich bitte, ihm Ihre Zustimmung zu geben.

930 1

Ein Antrag der Landesparteileitung Wien wurde eingebracht, der die Errichtung eines Kontrollausschusses vorschlägt. Er hat folgenden Wortlaut:

"Am Sitze der Bundesparteileitung ist ein Kontrollausschuß einzurichten, der die in der Beilage statutenmäßig umschriebenen Funktionen hat. Wird dieser Beschluß gefaßt, sind die vom Wahlkomitee vorläufig nominierten Persönlichkeiten zu wählen.

Begründung: Es gibt in der Partei keine Instanz, die über die Einhaltung der Statuten wacht und die sinnvolle Weiterentwicklung des Parteistatutes betreibt. Wo in den Landesorganisationen eine solche Einrichtung besteht, hat sie erfolgreich gewirkt und steht jedem Parteimitglied in vermeintlichen oder wirklichen Beschwerdefällen zur Seite."

Ich schlage Ihnen im Einvernehmen mit unseren Wiener Parteifreunden vor, diesen Antrag einem Ausschuß zuzuweisen, der zu seiner Beratung von der Bundesparteileitung einzusetzen wäre.

Der letzte Antrag, der uns im Statutenausschuß befaßt hat, ist ein Antrag der Österreichischen Jugendbewegung mit folgendem Wortlaut:

"Der Bundesparteitag wolle beschließen, daß der Bundesparteivorstand die Aufgabe hat, den jeweiligen Antragstellern der vom Bundesparteitag beschlossenen Anträge binnen 6 Monaten über die Durchführung des Beschlusses zu berichten. Sollte die Durchführung eines dieser Punkte längere Zeit

benötigen, so wäre nach 6 Monaten ein Zwischenbericht und nach endgültiger Erledigung ein Endbericht durchzuführen."

Es wird nach der Beschlußfassung dieses Antrages durch die Pflicht zur Berichterstattung ein gewisser Zwang bestehen, die Beschlüsse, welche hier am Bundesparteitag gefaßt werden, auch auszuführen. Ich glaube, daß wir deshalb diesem Antrag der Jugendbewegung die Zustimmung geben sollten. Ich bitte Sie darum. (Beifall.)

Vorsitzender LH K e s s l e r : Ich danke Herrn Dr. Ratzenböck für seinen Bericht. Ich stelle diesen Bericht zur Diskussion.

Es liegt nur eine Wortmeldung vor. Zum Wort gemeldet ist Herr Dr. Bruno Binder-Krieglstein als Delegierter des Österreichischen Akademikerbundes. Ich erteile ihm das Wort.

19. Diskussion und Beschlußfassung

Dr. Bruno B i n d e r - K r i e g l s t e i n (Österr. Akademikerbund): Hoher Bundesparteitag! Nicht die gegenseitige Weihrauchspende ist Aufgabe eines Bundesparteitages, sondern offener Austausch auch divergierender Meinungen. Gestatten Sie einem Vertreter des Österreichischen Akademikerbundes, zum Thema Parteistatut eine solche abweichende Meinung vorzutragen.

Das Vehikel ÖVP-Parteiapparat mag für die sanfte und ebene Straße der Koalition genügt haben. Für den steilen und gefährlichen Gebirgs-Güterweg der Alleinregierung hat es einfach zuwenig Pfeffer im Leibe. Wenn wir uns heute darüber

wundern, daß unsere ausgezeichnete Ware Regierungspolitik nicht mehr Käufer findet, dann gibt es dafür einen ganz einfachen Grund: Der Verkaufsapparat ist nicht leistungsfähig genug.

Vieles ist darüber schon gesagt worden. Wir wollen auch dankbar anerkennen, daß manches zur Verbesserung schon getan wurde; aber bei weitem noch nicht genug.

Nun in concreto: Das Wichtigste bei einem Vehikel ist die Steuerung, der Apparat zur Führung des Fahrzeuges. Versagt dieser, dann besteht akute Lebensgefahr. Nun sind Koalition und Alleinregierung zwei ganz verschiedene Hüte. Ein Hauptunterschied, der hier wichtig ist: In der Koalition trägt man die Verantwortung gemeinsam; Angriffen durch eine echte starke Opposition ist man kaum ausgesetzt. In der Alleinregierung hingegen ist man der einzige Prügelknabe und wird fortwährend vehement angegriffen.

Auf solche Angriffe muß man entschlossen und - das ist das wichtigste - sofort, schlagartig, blitzartig antworten und reagieren. Sind erst ein oder mehrere Tage vergangen, dann hat sich das Gift der Verleumdung schon tief eingefressen und allzu leicht entsteht das Bild eines Boxers, der sich widerstandslos zusammenschlagen läßt. Dieses Bild ist nicht günstig, denn die Sympathie gehört dem Schläger und nicht dem Geschlagenen.

Wir brauchen daher in der Alleinregierung eine Parteispitze, die so getrimmt ist, daß sie blitzartig reagieren kann.

Ein solches Führungsgremium muß klein sein, darf höchstens sechs oder sieben Personen umfassen. Der Akademikerbund ist im Statutenausschuß für ein solches Gremium, etwa ein Parteipräsidium, eingetreten.

Wir stehen mit dieser Auffassung übrigens nicht allein. Im Buch "Zeit zur Reform" von Diem-Neisser heißt es auf Seite 51:

"Die ÖVP braucht ein in kurzen Abständen periodisch zusammentretendes beschlußtüchtiges und im innerparteilichen Machtsystem fest verankertes Führungsgremium: Sowohl Bundesparteileitung als auch Bundesparteivorstand sind infolge ihrer Größe nicht imstande, jene Führungsfunktion auszuüben, deren eine staatstragende Partei bedarf.

Dem 12. Bundesparteitag wird ein dementsprechender Antrag vorgelegt werden."

Soweit Diem-Neisser.

Wie sieht dieser Antrag nun aus? Bringt er das neue kleine Führungsgremium? - Nein. Man konnte sich zu einer echten Strukturreform der Parteiführung nicht durchringen. Man schlägt nun den Umbau des Bundesparteivorstandes vor, der künftig faktisch 21 Mitglieder haben soll. Bisher waren es nach § 22 des Parteistatuts 16 Mitglieder mit beschließender Stimme, dazu kamen die Mitglieder der Bundesregierung, aber nur mit beratender Stimme.

Meine Damen und Herren Delegierten! Das ist nicht die Reform, die wir jetzt brauchen. Es ist aber Zeit zur

Reform; so meinen Diem-Neisser, und so meinen auch wir.

Der Antrag des Statutenausschusses bringt nicht die so dringend erforderliche Wendigkeit der Parteispitze. Der Vertreter des Akademikerbundes hat daher im Ausschuß gegen diesen Antrag gestimmt. Konsequenterweise sprechen wir uns auch jetzt dagegen aus. Wir weisen dabei ausdrücklich darauf hin, daß gemäß § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Bundesparteitages den Entschlüssen der vorbereitenden Ausschüsse keine verbindliche Kraft zukommt. Sie sind lediglich Beratungsgrundlage. Noch bestünde also die Möglichkeit, der Partei statutenmäßig eine echte Führungsspitze zu geben, etwa ein Parteipräsidium von sechs oder sieben Personen. Wir wissen, daß ein solcher Beschluß kaum ad hoc gefaßt werden kann, sondern vorbereitet werden muß. Wir fordern aber, daß man sich mit diesem Problem weiterhin ernstlich befaßt. Wir verweisen dazu auf unseren Antrag Nr. 57, betreffend die Strukturreform der Parteiführung.

Wir werden dem Antrag des Statutenausschusses nur dann unsere Zustimmung geben können, wenn vorher unser Antrag Nr. 57 angenommen wurde. Um das technisch möglich zu machen, beantrage ich, in der Reihenfolge so vorzugehen: Zuerst Abstimmung über Antrag Nr. 57, dann Abstimmung über den Antrag des Statutenausschusses.

Abschließend die dringende Bitte an den Hohen Bundesparteitag: Helfen Sie mit, dieser Partei einen stromlinienförmigen Führungsapparat zu geben. Bündeproporz und innerparteilicher Föderalismus gut und schön. Aber sitzen wir denn

nicht alle im gleichen Boot? Irgendwo müssen diese Dinge ein Ende haben, und zwar dort, wo es um das Schicksal der Gesamtpartei geht, welches unser aller Schicksal ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Herbert K e s s l e r : Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Landtagsabgeordnete Edda E g g e r : Hoher Bundesparteitag! "Wehre den Anfängen!" ist ein wahres und gutes Wort. Deswegen möchte ich in Kürze etwas zu dem Antrag betreffend die Errichtung eines Kontrollausschusses sagen, der nun zur Ausführung der Bundesparteileitung zugewiesen werden soll. Hiebei möge die Bundesparteileitung nicht in den gleichen Fehler verfallen, der im ursprünglichen Antrag zu finden ist, nämlich eine unvollständige und ungleichmäßige Zusammensetzung seiner Mitglieder. Auch die Frauenbewegung ist ein Teil der Volkspartei so wie die Bünde und die Österreichische Jugendbewegung. Daher müßte auch sie unter denen genannt sein, die diesen Ausschuß bilden sollen. Ebenso sollten auch alle Bünde und die Organisationen die gleiche Anzahl von Vertretern entsenden, was im derzeitigen Antrag aber nicht der Fall ist.

Wir erwarten also eine Änderung in dieser Hinsicht von der Bundesparteileitung. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Herbert K e s s l e r : Zu Wort gemeldet ist der Herr Bundessekretär Gottfried Zach.

Bundessekretär Gottfried Z a c h : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie heute von hier aus auf einen Umstand hinweisen, an dem manche unserer Parteimitglieder noch vorbeisehen. Die ältere Generation in allen Ländern und insbesondere auch in unserer

Heimat ist in einem Aufbruch begriffen. Die medizinischen, biologischen und soziologischen Umstände haben bewirkt, daß die Menschen über 60 bzw. 65 heute kein Greisenverein mehr sind, sondern daß wir es mit Menschen zu tun haben, die kritisch mitdenken, die mitentscheiden und vor allem bei innenpolitischen Entscheidungen eine maßgebliche Bedeutung haben.

Der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund, dem ich angehöre, hat sich deshalb zu dieser Partei bekannt, weil diese Partei bewiesen hat, daß sie tatsächlich für die Belange der älteren Generation einzutreten bereit ist. Wir nehmen mit Befriedigung zur KEnntnis, daß unter der ÖVP-Alleinregierung Dinge geschehen konnten - ich verweise auf die Witwenpension, die Dynamisierung der Kriegsopferrenten usw. -, die unter einem sozialistisch geführten Sozialministerium nicht möglich waren.

Die Österreichische Volkspartei hat also bewiesen, daß sie uns hört und daß sie auch in unserem Sinne etwas tut. Wir müssen aber auch hier einen Schritt weitergehen. Der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund ist heute eine Organisation von 150.000 Mitgliedern, und im Gegensatz zu den Sozialisten sind bei uns die Parteimitglieder nicht in dieser Zahl inbegriffen. Wir glauben, daß es notwendig sein wird, daß die Partei noch einen Schritt weitergeht, indem sie uns die Möglichkeit gibt, mitzuentscheiden und angehört zu werden. Deshalb haben wir an die Bundesparteileitung den Antrag gestellt, daß der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund als Zweckverband der Partei anerkannt

wird, das heißt, als eine Organisation, die im Sinne der Zielrichtungen dieser Partei agieren kann, und wir bitten alle diejenigen, die uns helfen können, auch darauf einzuwirken, daß der Rentner- und Pensionistenbund als eine Massenorganisation so in die Partei eingebunden wird, daß er gehört werden kann. Als Zweckverband hätten wir diese Möglichkeit, wenn wir mehr Delegierte hierher entsenden könnten und auch in maßgeblichen Fragen mitreden könnten. Ich weise Sie darauf hin, daß diese Rentner- und Pensionistengeneration so stark ist, daß in einigen Jahren ein Drittel der österreichischen ~~Bxx~~ Wahlbevölkerung aus dieser Gruppierung gestellt werden wird. Und eine Partei, die dem nicht Rechnung trägt und diesen Umstand verkennt, kann von dieser Entwicklung eines Tages hinweggefegt werden. Das gilt für jede Partei in Österreich, und wenn unsere Partei hier den richtigen Weg geht, dann braucht uns nicht bange zu sein.

Zum Abschluß noch eines: Ich wende mich auch hier im Namen meiner Organisation gegen die These, die manchmal aufgestellt wird: daß eine Kandidatenliste nur dadurch an Wert gewinnt, an effektivem Wert gewinnt, daß das Durchschnittsalter absinkt.

Ich bitte Sie also, unseren Intentionen entgegenzukommen und diese machtvolle Organisation nach Kräften zu unterstützen. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Herbert K e s s l e r : Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Günzl, Akademikerbund.

Dr. G ü n z l : Meine Damen und Herren! Ich möchte wie mein Vorredner Dr. Binder-Krieglstein zu dem Antrag 57 des Akademikerbundes ein zusätzliches Argument bringen. Wir erinnern uns alle, daß nach Übernahme der Alleinregierung durch die ÖVP Kreisky mit einem hämischen Lächeln gemeint hat, die Partei würde unfähig sein, die Alleinregierung zu führen, weil sie durch ihre bündische Struktur zu zerrissen und zu einer gemeinsamen Aktion kaum fähig sei. In der Zwischenzeit hat sich erwiesen, daß diese Kritik nicht zugetroffen hat. Ganz im Gegenteil: Die bündische Struktur dieser Partei, wenn man sie im ganzen sieht, hat sich unerhört bewährt. Da nämlich die Partei durch diese Struktur gezwungen war, schon im eigenen Raum, im eigenen Körper den Ausgleich der verschiedenen einander oft widersprechenden Interessen der einzelnen Gesellschaftsgruppen herbeizuführen, hat sie in ihrer Politik niemals etwas tun können, was die vitalen Interessen irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe verletzt hätte. Der Effekt dieses Mechanismus ist eine sehr ausgeglichene Politik, eine Voraussetzung der enormen - ich möchte sagen, wundersamen - Stabilität, die unser Staatswesen in diesen letzten Wochen und Monaten und Jahren bewiesen hat.

Die bündische Struktur hat sich also unerhört bewährt, und ich würde sagen, sie ist eine der wesentlichsten Bedingungen der Stabilität Österreichs. Andererseits wissen wir natürlich, daß diese Struktur die Entscheidungsfindung außergewöhnlich erschwert hat. Sehr oft haben Diskussionen auch in der Öffentlichkeit stattgefunden, oft peinliche Diskussionen, bis es gelang, endlich den gemeinsamen Weg und die gemeinsame Linie, die Einheit der Aktion zu finden.

Es müssen also, meine Damen und Herren, wenn wir diese bündische Struktur mit ihrer Integration von Sonderinteressen bejaht haben - und ich glaube, das müssen wir -, gleichzeitig auch die Entscheidungsstrukturen an der Spitze der Partei verbessert werden. Es muß möglich sein, schneller zu entscheiden. Das hängt aber zum großen Teil von der Stabsarbeit ab und von dem Entscheidungsgremium an der Spitze.

Wir halten daher die Vorschläge des Akademikerbundes, die darauf hinauslaufen, ein kleines Entscheidungsgremium mit einem Stab zu schaffen, der die Vorbereitung dieser Entscheidungen trifft und die Dinge vorausplant und jederzeit sozusagen die Antworten im Ladl hat, für eine notwendige Ergänzung der bündischen Struktur. Es ist daher der Antrag wohl sehr begründet. Ich schließe mich also in diesem Punkt dem Votum von Hofrat Binder-Krieglstein an, und ich glaube, daß auch Sie sich diesem anschließen können. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Herbert K e s s l e r : Damit ist die Rednerliste erschöpft und wir kommen zur Abstimmung über die Anträge 52 bis einschließlich 57.

Ich schlage vor, den Antrag 52, der den Kontrollausschuß behandelt, der Bundesparteileitung zuzuweisen. Er soll in einem eigenen Ausschuß Behandlung finden. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Delegiertenkarte zu geben. - Das ist angenommen. Die Gegenprobe. - Keine Gegenstimme.

Ich schlage vor, die Anträge 53, 55 und 57 in einem zu behandeln. Die Anträge 55 und 57 sind praktisch im Antrag 53 inbegriffen, sodaß wir, glaube ich, die Abstimmung in einem durchführen können. Der Antrag 53 betrifft den Bundesparteivorstand, 55 das Führungsgremium und 57 die Strukturreform der Parteiführung. Wer diesen Anträgen die Zustimmung erteilt, den bitte ich wiederum um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Die Anträge sind mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag 54 abstimmen, der die Altersgrenze behandelt. Wer damit im Sinne des Berichtes des Statutenausschusses einverstanden ist, den bitte ich wiederum um ein Zeichen mit der Karte. - Danke. Gegenprobe. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag 56. Er behandelt die Bearbeitung der Anträge zum Bundesparteitag. Wer mit dem Antrag des Statutenausschusses einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezeichen. - Danke. Gegenprobe. - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Behandlung der Anträge erledigt. Wir kommen abschließend zur Genehmigung des Berichtes des Statutenausschusses. Wer mit dem Bericht des Statutenausschusses einverstanden ist, den bitte ich gleichfalls um ein Händezeichen. - Danke. Gegenprobe. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit kommen wir zum 20. Punkt der Tagesordnung:

Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl.

Hiezu hat der an Jahren älteste Landesparteiobmann den Vorsitz zu übernehmen. Ich übergebe hiemit den Vorsitz an Herrn Landeshauptmann Krainer.

Vorsitzender Landeshauptmann Ök.Rat Josef K r a i n e r (mit Beifall begrüßt): Es steht der Punkt 20 der Tagesordnung zur Behandlung: Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl.

Ich bitte den Berichterstatter des politischen Ausschusses, Herrn Landesparteiobmann Dr. Franz Bauer, den Wahlvorschlag zu erstatten.

Berichterstatter LAbg. Dr. Franz B a u e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir wurde auf Grund eines Beschlusses des Politischen Ausschusses die Auszeichnung zuteil, dem Hohen Bundesparteitag den Wahlvorschlag zu erstatten.

Dieser Parteitag stand und steht im Zeichen der Geschlossenheit unserer Partei. Wir brauchen an der Parteispitze keine Experimente, wir brauchen bewährte Männer, die die Partei in eine glückliche und gesicherte Zukunft führen. (Beifall.)

Der Politische Ausschuß schlägt Ihnen daher vor, als Bundesparteiobmann unseren Bundeskanzler Dr. Josef Klaus zu wählen. (Lebhafter Beifall.) Der Politische Ausschuß empfiehlt Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ferner, als

Generalsekretär unseren Dr. Hermann Withalm zu wählen. (Lebhafter Beifall.)

Durch den Tod Ferdinand Grafs ist das Finanzreferat verwaist. Der Politische Ausschuß empfiehlt Ihnen dafür Herrn Generaldirektor Dr. Hellmuth Klauhs, geboren am 27. März 1928, Jurist, früherer Kammerbeamter, jetzt Generaldirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank und Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank, ein bewährter Fachmann. (Beifall.)

Ich darf Sie bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Vorschlägen des Politischen Ausschusses bei der Wahl Ihre Zustimmung geben zu wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ök.Rat K r a i n e r : Ich danke dem Obmann des Politischen Ausschusses, Landesparteiobmann Dr. Bauer, für die Erstattung des Wahlvorschlages.

Sie haben seine Ausführungen gehört. Sie haben die wohlklingenden Namen gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? - Es ist nicht der Fall. Wir schreiten daher zur Durchführung der Wahl.

Die Geschäftsordnung schreibt bei der Wahl der obersten Parteiorgane die schriftliche Abstimmung vor. Die wahlberechtigten Delegierten - das sind alle anwesenden Delegierten mit beschließender Stimme - erhalten die Stimmzettel gegen Vorweis der Delegiertenkarte bei der für sie zuständigen Wahlkommission. Die Wahlkommissionen treten in der Halle A - das ist am von Ihnen aus gesehen rechten Ausgang der Stadthalle - zusammen. Zuständig ist die Wahlkommission 1 für die

Delegierten mit der Delegiertenkarte Nr. 1 bis 100; die Wahlkommission 2 für Delegierte mit der Delegiertenkarte Nr. 101 bis 200; die Wahlkommission 3 für Delegierte mit der Delegiertenkarte 201 bis 300 und die Wahlkommission 4 für die Delegierten mit der Delegiertenkarte Nr. 301 bis Ende.

Ich unterbreche die Sitzung zur Durchführung der Wahl und bitte die Delegierten, sich pünktlich um 10 Uhr 55 zur Fortsetzung der Beratungen wieder zu versammeln. (Die Sitzung wird zur Durchführung der Wahl unterbrochen.)

Vorsitzender Präsident NR. Ing. Rudolf S a l l i n g e r: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zum Tagesordnungspunkt 21. Ich bitte den Herrn Generalsekretärstellvertreter Pisa, dem Parteitag die Resolution vorzulegen.

Resolution des Bundesparteitages

Generalsekretärstellvertreter Staatssekretär Karl P i s a (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Delegierte des Parteitages! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich vor dem Motivenbericht für die Resolution dieses Parteitages auch zu einer aktuellen Frage Stellung nehme. Der Anlaß dazu ist die gestrige Sitzung des sozialistischen Parteivorstandes, die heute in der Schlagzeile der "Arbeiter-Zeitung" ihren Niederschlag gefunden hat mit den Worten: "Der SPÖ-Vorstand schlägt vor: Juristen als Wahlkampfrichter".

Es ist das ein weiteres Indiz für den hochentwickelnten Nachahmungstrieb der Sozialistischen Partei, denn den Vorschlag,

pensionierte Richter über diffamierende Äußerungen im Laufe des Wahlkampfes ein Urteil sprechen zu lassen, habe ich am 5. September dieses Jahres bei einer Landesparteisekretärekonferenz gemacht. Ich glaube, daß diese Frage viel zu ernst ist, als daß wir hier noch einen Tag länger Ping-Pong spielen sollten. (Beifall.)

Ich darf daher die Delegierten davon informieren, daß wir heute nachmittag den beiden anderen im Parlament vertretenen Parteien den Entwurf eines Wahlübereinkommens zusenden werden. Wir werden uns darin auch mit der Frage der Diffamierung beschäftigen, und ich darf Ihnen nur diese Teile - damit ich Sie nicht zu lange aufhalte - zur Kenntnis bringen: Um einen störungslosen und fairen Verlauf der Wahlwerbung zu gewährleisten, soll vereinbart werden, daß persönliche Angriffe diffamierenden Charakters, das Privatleben, die persönlichen Eigentumsverhältnisse, die rassische Abstammung und religiöse Zugehörigkeit betreffend, gegen Wahlwerber und Funktionäre der politischen Parteien unterbleiben.

Um das zu überwachen, schlagen wir vor: Bei Diffamierungen, welche noch nicht den Tatbestand einer im Strafgesetz geltenden Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre erfüllen, steht es den betreffenden Funktionären der vertragschließenden Parteien frei, ein Schiedsrichterkollegium anzurufen. Dieses entscheidet in nicht öffentlicher Sitzung darüber, ob ein diffamierender Charakter vorliegt. Das Schiedsrichterkollegium soll aus fünf oder drei parteiunabhängigen Mitgliedern aus dem Stande der pensionierten Richter bestehen.

950 5

Damit das, was hier beschlossen wird, auch einen Niederschlag findet, werden wir weiterhin vorschlagen, daß sich die vertragschließenden Parteien verpflichten sollen, dafür Sorge zu tragen, daß jeder positive Spruch dieses Schiedsrichterkollegiums samt Begründung in den Zentralorganen der vertragschließenden Parteien veröffentlicht wird.

Das wird heute mit Brief des Herrn Generalsekretärs den Sozialisten und den Freiheitlichen vorgeschlagen werden.

Ich darf mir aber auch noch eine Bemerkung dazu erlauben. Es ist auch Diffamierung, wenn man dauernd so tut, als ob der andere die Absicht hätte, zu diffamieren, während in Wirklichkeit persönliche Angriffe gegen Spitzenfunktionäre unserer Partei tief unter der Gürtellinie schon seit Jahr und Tag erfolgt sind. (Beifall.)

Wir werden also zu den Verhandlungen auch den "Österreich-Spiegel" der SPÖ und den letzten Postwurf der Kärntner SPÖ mitbringen.

Meine sehr geehrten Delegierten! Zu den Aufgaben des Politischen Ausschusses, der zur Vorbereitung dieses Parteitages eingesetzt wurde, gehörte neben der Stellungnahme zu den Anträgen und der Erstattung des Wahlvorschlages auch die Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfes. Ich möchte diesen Entwurf nicht verlesen, ohne vorher einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht zu haben.

Resolutionen oder Entschließungen dienen der Bekundung der Entschlossenheit. Entschlossenheit aber setzt Sicherheit in der Selbsteinschätzung und Sicherheit im Verhalten voraus. Tatsache ist jedoch, daß wir in einem Zeitalter der Verhaltensunsicherheit leben. Dafür gibt es sprechende Beispiele nicht nur aus dem politischen Leben und nicht nur aus dem Verhalten bisher unangetasteter Autoritäten.

Auch in der Österreichischen Volkspartei hat sich in den letzten Jahren unter dem massiven Propagandatrommelfeuer einer starken Opposition und unter dem Eindruck von Wahlniederlagen, die als Bestätigungen der Opposition empfunden wurden, eine Verhaltensunsicherheit bemerkbar gemacht.

Wo etwa zwischen Selbstüberheblichkeit und Selbstgeringschätzung liegt nun die richtige Einschätzung der staatstragenden Funktion, die unsere Partei seit 1945 ausübt, und der vollen Regierungsverantwortung, die sie seit 1966 trägt?

Ich glaube, daß dazu ein klärendes Wort notwendig ist. Wir sind sicher keine fehlerlose Partei, wir sind ja auch keine Partei, die jemals ein Endziel zu erreichen glaubt, weil wir ja nicht so wie die Sozialisten von einer sozialistischen Gesellschaft von einer Volksparteigesellschaft träumen.

Ich glaube aber, daß wir mehr Grund haben, stolz auf unsere Leistungen zu sein, als wir Grund haben, uns unserer Fehler zu schämen. (Beifall.) Österreich verdankt - das dürfen wir auch in aller Bescheidenheit aussprechen -

seine seit 1945 unbestrittene Lebensfähigkeit, seine 1955 errungene volle Freiheit und seine bis heute beispielgebende Stabilität in erster Linie den politisch richtigen Entscheidungen unserer Partei und ihrer führenden Männer, von denen ich hier nur zwei nenne, die nicht mehr unter uns weilen: Figl und Raab! (Starker Beifall.)

Wo immer die Weichen für die Zukunft zu stellen waren - ob 1945 von einer dirigistischen Kriegswirtschaft in Richtung Marktwirtschaft und eben nicht in Richtung Kollektivismus, ob 1952/53 von einer dankbar empfangenen Auslandshilfe zur Selbsthilfe durch Schillingstabilisierung unter budgetären Opfern und nicht durch inflationistische Methoden, wurden diese Entscheidungen von der Volkspartei getroffen. Wo immer dabei neue Ideen auftauchten - vom Wohnungseigentum über die Familienpolitik bis zur Altersversicherung aller Berufsstände -, waren es Ideen der Volkspartei. Und in allen kritischen Situationen - ob im Oktober 1950 oder im April 1955 oder im August 1968 - war auf diese Volkspartei Verlaß. Nicht zuletzt aber muß hervorgehoben werden: Wo immer es des Anstoßes zu neuen Ideen und Reformen bedurfte, kam dieser Anstoß von der Volkspartei. Sie besitzt das Urheberrecht für die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft in der Aktion 20, für die Wohnungsreform und für die Strukturverbesserung unserer Wirtschaft im Koren-Plan.

Liebe Parteifreunde! Ich komme zurück zum Stichwort Verhaltensunsicherheit. Auch unser Verhalten gegenüber der Sozialistischen Partei ist etwas unsicher geworden. Und das ist eigentlich kein Wunder. Denn wer soll sich denn auskennen bei einer Partei, die auf der einen Seite uns, ihren

Gegner, mit demselben Fanatismus und dem alten Vokabular des Marxismus angreift, während sie auf der anderen Seite, wo sie auf Wählerfang ausgeht, nicht nur die Farbe wechselt und zu jeder Kostümierung bereit ist, sondern auch in ihrer Selbstüberwindung schon so weit geht, den Marxismus und den Sozialismus überhaupt nicht mehr zu erwähnen. Was heute, bezahlt mit dem Geld der Sozialistischen Partei, von der Plakatwand herunter die Wähler anzusprechen versucht, kann bestenfalls noch als "Lockvögeli-Sozialismus" bezeichnet werden (Heiterkeit und Beifall), ein Lockvögeli-Sozialismus, der auf die Infantilität derer spekuliert, die von einem alle versorgenden und in alles einwilligenden Staat träumen, von der von Mitscherlich so genannten "neidischen Geschwistergesellschaft".

Gegenüber einer Vorwahl- und Wahlwerbung der SPÖ nach dem Motto "Wer kann uns Sozialisten noch Sozialismus zum Vorwurf machen?" und gegenüber den Bemühungen Dr. Kreiskys, das wenig attraktive Gesicht der SPÖ des Jahres 1966 durch die gesichtslose SPÖ des Jahres 1969 zu ersetzen, müssen wir uns jedoch an die Tatsachen halten und an das, was intelligente Sozialisten über ihre eigene Partei sagen.

Tatsache ist, daß der SPÖ-Führung immer schon jedes Mittel recht war, um an die Macht zu kommen. Mit Programmen versucht sie es doch nicht erst seit heute. Ein neues SPÖ-Programm ist von Pittermann 1958 vorgelegt worden und auch vor der letzten Wahl wurde ein "Programm für Österreich" von Pittermann und Broda erarbeitet.

Tatsache ist, daß die SPÖ-Führung trotzdem 1962 nach dem Fehlschlag ihres Versuches, den alten Wein des Marxismus

in neue Programmschläuche zu gießen, weder davor zurückscheute, die große Koalition in Agonie sterben zu lassen, noch davor zurückscheute, ihrem Koalitionspartner durch Verhandlungen über die Bildung einer kleinen Koalition nicht etwa nach Wahlen, sondern mitten in einer Gesetzgebungsperiode bei weitergeltendem Koalitionspakt in den Rücken zu fallen, noch davor zurückscheute, eine Wahlempfehlung der KPÖ stillschweigend hinzunehmen. Es ist hier schon vom Herrn Generalsekretär gesagt worden: 1966 hätte eine Eisenstädter Erklärung, wie sie die SPÖ jetzt billig abgegeben hat, der SPÖ laut Dr. Blecha noch an die 90.000 Stimmen gekostet!

Tatsache ist schließlich, daß der Entschluß der SPÖ-Führung, keine Regierungsverantwortung mehr mitzuübernehmen, sondern in die Opposition zu gehen, ein rein machtpolitischer war. Die SPÖ hat 1966 konjunkturpolitisch à la baisse spekuliert. Sie wollte uns auf einer schwierigen Wegstrecke nicht nur nicht helfen, sondern uns bei einer gegenüber der Koalitionszeit verdoppelten Last der Regierungsverantwortung durch wiederholtes Stellen des Oppositionsbeines straucheln lassen. Darüber wollen wir uns gar nicht beklagen, aber wir sollten es wenigstens von heute an Tag für Tag den österreichischen Wählern sagen, welche Funktion die SPÖ seit 1966 ausgeübt hat.

Die SPÖ-Führung hat von den zwei Taktiken, die laut Servan Schreiber einer Opposition offen stehen, die zweite gewählt: nämlich en bloc und grundsätzlich alle Entscheidungen der Regierung anzufechten, und sie gelangte zwangsläufig dahin, um den Autor der "amerikanischen Herausforderung" wört-

lich zu zitieren, "daß sie nicht nur die Irrtümer der Regierung, sondern auch deren nützliche Handlungen verdammt" hat.

Aber nicht nur das, und hier gestatten Sie mir eine aktuelle Bemerkung zu dem, was Dr. Kreisky am Dienstag abend in einer vom Fernsehen übertragenen Diskussion zum Schluß gesagt hat: Er war der Meinung, sagen zu müssen, daß er vor dem "Geschäft mit der Angst" warnen möchte. Ich darf hier ein Zitat - das auch Dr. Withalm schon gebracht hat - in Frageform kleiden und Dr. Kreisky von diesem Parteitag aus fragen: Herr Dr. Kreisky! Was war denn das für ein Geschäft, das Sie betrieben haben, als Sie in einem Interview mit dem "Spiegel" davon sprachen, daß Sie Stunde um Stunde die Listen politisch Verfolgter in Österreich verlesen würden? (Zustimmung.) Und ich frage Herrn Dr. Kreisky weiter: Was war denn das für ein Geschäft, das Sie betrieben haben, wenn nicht ein Geschäft mit der Angst, wenn Sie in der "Arbeiter-Zeitung" vom 16. April 1967 erklärt haben: "Niemand kann uns garantieren, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht eine gefährliche Entwicklung nimmt. Wir denken mit Schaudern daran, daß man auch in den späten 20er-Jahren die sich abzeichnende Krise bagatellisiert hat." Hier hat man mit der Angst vor der Massenarbeitslosigkeit, wie es sie in den 30er-Jahren gegeben hat, ein Geschäft betreiben wollen. (Zustimmung.)

Aber wir wissen ja: Dieses Geschäft mit der Angst geht von Jahr zu Jahr schlechter. Es ist nur mehr eine kleine Filiale in Betrieb; sie verkauft die Angst vor der angeblich so hohen Staatsschuld Österreichs.

Aber, meine lieben Parteifreunde, man kann ja nicht nur mit der Angst ein politisches Geschäft machen. Man kann ja auch mit der Hoffnung politische Geschäfte machen. Die Auslage der SPÖ bietet zurzeit ja tatsächlich ein Bild des Ausverkaufs. Sehen Sie sich doch nur die Riesenlettern an: Leben, wachsen, bauen, Programme im Dutzend billiger! - Das ist ein und derselbe Geschäftsgeist, der zuerst hysterisch versucht hat, den Österreichern Angst zu machen, und der heute in der gleichen Hysterie jeden Tag ein neues Programm an den Mann zu bringen versucht.

Doch wir schätzen die Klugheit der österreichischen Wähler nicht so gering wie diese politischen Geschäftemacher. Im Gegenteil. Wir richten auch über die Massenmedien ausdrücklich den Appell an das kritische Bewußtsein der österreichischen Wähler. Wir fordern sie auf, sie mögen Dr. Kreisky all das, was er ihnen heute für morgen verspricht, genauso glauben wie das, was er ihnen gestern für heute prophezeit hat. (Beifall.)

Im übrigen will ich hier nicht behaupten, daß die Österreicher nicht auf die SPÖ neugierig sind. Es gibt sicherlich Österreicher, die auf die SPÖ neugierig sind. Aber wenn sie neugierig sind, dann sind die auch auf die Männer neugierig,

die hinter oder neben Dr. Kreisky stehen, denn im Falle eines Wahlsieges der SPÖ würde ja in einer SPÖ-Regierung ein Dutzend Sozialisten auf Ministersesseln Platz nehmen. Und wenn sie neugierig sind, dann sind sie auch auf die Kosten neugierig, die hinter den sozialistischen Programmen stehen, denn im Falle eines Wahlsieges der SPÖ müßten ja Dutzende von Milliarden entweder durch Staatsverschuldung oder durch höhere Steuern oder durch Ausgabenkürzungen aufgebracht werden. Ein anderes Rezept hat auch Dr. Kreisky nicht.

Die Wähler, die der Sozialistischen Partei Österreichs am 1. März 1970 zum Siege verhelfen würden - das müssen wir auch hier mit aller Deutlichkeit aussprechen -, müßten sehr bald von der Illusion Abschied nehmen, daß sie unter einer sozialistischen Regierung immer nur etwas von der Gemeinschaft bekämen, ohne auch mehr für die Gemeinschaft tun zu müssen, und zwar nicht etwa nur freiwillig, sondern gezwungenermaßen.

Als Dr. Günther Nenning noch reden wollte oder durfte, hat er in einem Sonderdruck des "Forum" im September 1968 über die SPÖ-Führung geschrieben, eine Parteiführung von Traumwillenbauern, Weltumseglern, Großwildjägern und Bestverdienern könne nicht Opposition glaubhaft machen.

Wir wollen gar nicht auf diesem Niveau, auf dem Sozialisten gegen Sozialisten polemisieren, den Wahlkampf führen. Viel entscheidender erscheint uns, daß in der November/Dezember-Nummer des "Forum" die Hoffnung, Kreisky werde die

Phrase der Kritik durch die Kritik der Phrase ersetzen, als unrealistisch bezeichnet und festgehalten wurde: Kein anderer repräsentiere das Dilemma der SPÖ mehr als gerade Kreisky.

Mit der Phrase der Kritik konnte die SPÖ-Führung vielleicht kurzfristig erfolgreich Opposition betreiben. Regieren aber kann man dieses Land nur mit einer Mannschaft bewährter und sachkundiger Persönlichkeiten und mit einem Programm, das die Erreichbarkeit seiner Ziele auf die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gründet. (Beifall.) Und die Partei mit den besseren Persönlichkeiten, die Partei, die mehr von der Wirtschaft versteht und die zuerst an Österreich denkt, sind immer noch wir! (Neuerlicher Beifall.)

Ein kurzes Wort auch noch zur Freiheitlichen Partei, weil wir uns ja in einem Wahlkampf auseinandersetzen müssen.

Die FPÖ hat angekündigt, sie werde am 16. Jänner reinen Wein bezüglich ihres Wahlzieles ausschenken. Das weckt in uns die Frage, was denn eigentlich jetzt ausgeschenkt wird. Der Vorsitzende Peter hat am Dienstag auch ein Wahlziel wenigstens genannt: Er möchte Vorsitzender einer 12 Mann-Fraktion werden. Also ein 200prozentiges Wahlziel. Er hat das Recht dazu. Aber auch wir haben das Recht, schon jetzt zu sagen, daß jedes SPÖ-Mandat und auch jedes FPÖ-Mandat auf Kosten einer klaren Mehrheit der Volkspartei geht. Wir werden den Wahlkampf gegen zwei Oppositionsparteien zu führen haben; genauso wie uns zwei Oppositionsparteien vier Jahre lang in

Grund und Bogen zu kritisieren versucht haben. (Beifall.)

Sehr geehrte Delegierte! Trotzdem ist, wie ich schon gesagt habe, Verhaltensunsicherheit ein Kennzeichen unserer Zeit. Ich glaube, auch bei uns selbst ist Verhaltensunsicherheit festzustellen. Unsere politischen Gegner wollen uns aus begreiflichen Gründen in die Rolle einer alten, gebrechlichen reaktionären Partei abdrängen, die gerade noch mit Müh und Not ein Nachhutgefecht auf ihrem Rückzug aus der modernen Gesellschaft zu liefern imstande ist. Aber mit derselben Konsequenz, mit der man hier ein falsches Bild unserer Partei zu zeichnen versucht, müssen wir versuchen, ein richtiges Bild unserer Partei zu zeichnen. Auch diesem Zweck dient die Resolution. Wir sind keine Partei, die ihr Alter verschämt verschweigen muß. Wir wären nur alt, würden wir die siebziger Jahre immer noch durch die Brille der vierziger Jahre sehen. In Wirklichkeit aber sind wir 24 Jahre jung und bereit, das nächste Jahrzehnt auch mit den Augen der Zwanzig- und Dreißigjährigen zu sehen. (Beifall.)

Wir sind auch keine Partei, die aus ihrem politischen Standort ein Geheimnis machen muß. Unser Platz ist und bleibt die Mitte. Das ist auch der beste Standort für eine fortschrittliche Politik. Denn wir sehen - wie es der Herr Bundeskanzler auch in der Fernsehdiskussion gesagt hat - in der Stabilität der Verhältnisse in unserem Land durchaus kein Faulbett, sondern ein Sprungbrett.

Wir sind gegen Rechtsreaktionäre, die aus der Enge eines restaurativen, autoritären oder nationalen Denkens nicht herausfinden.

Wir sind aber auch gegen Links-Revolutionäre, deren geistiger Horizont nur bis zur Demolierung des Vorhandenen reicht und die damit zumindest unbewußt Handlangerdienste für die Installierung der bekanntlich sehr soliden Linksdiktaturen leisten. (Beifall.)

Wir haben nichts gegen das Wort "radikal" in seinem eigentlichen Sinne des Die-Probleme-wirklich-an-der-Wurzel-Packens. Wir lassen uns aber nicht bluffen von den bloß radikalen Gebärden jener, die mit dem Monatswechsel des Wohlfahrtsstaates in der Tasche biedere Bürger mit Partisanenführern und alten Diktatoren zu schockieren versuchen, denn wir wissen sehr genau, daß den jungen Leuten unter diesen Partisanenführern und alten Diktatoren sehr bald das Lachen vergehen würde.

Wir haben auch kein gestörtes Verhältnis zu uns selbst. Nur deshalb, weil es in unserem Land nun schon ein Vierteljahrhundert Frieden und Freiheit und weniger Demonstrationen und Streiks als anderswo und noch immer keine Porno-Messen gibt, haben wir keinen Minderwertigkeitskomplex! (Beifall.)

Wir sehen in den 485.000 Erstwählern des 1. März 1970 durchaus eine wahlentscheidende Mehrheit der Vernunft, die weder in einem Museum des 19. Jahrhunderts, noch im Gefängnis einer Rechts- oder Linksdiktatur, noch auf dem Trümmerhaufen einer Anarchie leben möchte, sondern in einem modernen Österreich mit einer lebendigen Demokratie und einer freien Gesellschaftsordnung mit Chancengleichheit und neuen Aufstiegsmöglichkeiten. (Beifall.)

Wir haben auch kein gestörtes Verhältnis zur Zukunft. Wir haben in den Zielen unserer Partei immer ein schönes Stück Zukunft vorweggenommen. Wir wissen sehr wohl, daß die Zukunft ein Land ist, das von uns täglich neu entdeckt werden muß, wenn wir zu seinen politischen Bewohnern zählen wollen. Ich darf in diesem Zusammenhang vorerst ohne Nennung des Autors zitieren: "Reformen entsprechend den Verhältnissen und den Menschen. Das ist die erste Aufgabe, die sich heute gebieterisch denen aufdrängt, die die Bevölkerung regieren". So formuliert von Alexis de Tocqville, vor 110 Jahren verstorben, 1859. Die Welt ändert sich nicht erst seit heute.

Wir werden auch in Zukunft den Dingen nicht ihren Lauf lassen, sondern dafür sorgen, daß sich das Richtige durchsetzt. Aber eines müssen wir dabei auch im Blick haben: Wenn wir nicht die Rückkehr zur autoritären Form wollen, müssen wir den Weg zum mündigen Bürger suchen und beschreiten. Damit erliegen wir keiner Demokratisierungs-Utopie, die von der Fiktion ausgeht, daß alle fünf Millionen brennend politisch interessiert sind und sich zur politischen Mitentscheidung und Mitverantwortung drängen. Politische Begabung ist nicht so viel dichter gesät als etwa künstlerische Begabung. Aber so wie man Verständnis für die Kunst durch Erziehung und Information wecken kann, kann man auch den politischen Hausverstand, den glücklicherweise viele von Natur aus besitzen, erweitern und verbreitern durch politische Erziehung und politische Information. Aber hier müssen wir Schritt für Schritt gehen und müssen immer auch zuerst die Voraussetzungen für vernünftiges Mitdenken und Mitverantworten schaffen, ehe wir die Mitbestimmung erweitern.

Der Wahltag 1. März 1970 wird für Österreich ein Schicksalstag sein. Das spricht sich leicht aus, wird oft als Phrase empfunden. Aber dieser Tag kann uns in das Zeitalter einer noch erfolgreicheren Politik führen, er kann aber auch zum Auftakt einer Zeit werden, in der die Österreicher politisch ungedeckte Wechsel selbst einlösen müssen. An diesem 1. März 1970 wird sich entscheiden, ob die Sozialistische Partei auch noch die Mehrheitspartei des nächsten Nationalrates wird. Ich betone: Auch noch!, denn die Sozialisten sind bereits die Mehrheitspartei sämtlicher Bundespräsidentenwahlen, die Mehrheitspartei des Bundesrates, die Mehrheitspartei in drei Bundesländern und die Mehrheit in den Arbeiterkammern und im Gewerkschaftsbund.

Die Sozialisten verteilen eben deshalb eifrig Beruhigungspillen: Man solle doch ruhig für sie stimmen, das Schlimmste werde schon nicht passieren. Das wahrscheinlichste sei doch eine große Koalition oder eine kleine, in der die FPÖ der ÖVP den Mehrheitsrest gibt. Das schreibt man auf das unausgebrütete Ei einer Wahlentscheidung, aus dem die Sozialisten - und wovon sonst sollen sie denn träumen - am liebsten natürlich doch als absolute Mehrheit selbst hervorgehen möchten. Sie gehen jetzt hausieren mit dem Schlagwort "Zeit zum Wechsel". Sie haben nicht gesagt, welche andere Politik sie an unserer Stelle betreiben würden. Sie behaupten nicht einmal, das Bessere des Sozialismus sei der Feind dieser guten Volksparteiregierung. Sie spekulieren vielmehr - und das soll es tatsächlich geben - auf jene Leute, denen es schon so gut geht, daß politische Abwechslung allein einen Reiz auf sie auszuüben vermag. Sozusagen nach dem Motto: Das Gute muß weg, weil es schon so lange dauert. (Zustimmung.)

Wir sind jederzeit bereit, uns vor den Österreichern zu rechtfertigen, auch vor Österreichern, die bisher sozialistisch oder freiheitlich gewählt haben. Nur vor einer Instanz, bitte, meine Damen und Herren, haben wir uns nicht zu rechtfertigen und werden wir uns nicht rechtfertigen: vor einer sozialistischen Führung, die ihren Befähigungsnachweis bisher nur durch die Phrase der Kritik und durch sonst nichts erbracht hat.

Unser Wahlziel ist klar, es liegt nicht mehr in so unerreichbarer Ferne, wie es vor dem 19. Oktober 1969 aus guten Gründen erscheinen mußte. Es liegt aber auch nicht so nahe, daß wir uns darauf verlassen könnten, ohne unser eigenes Zutun einfach via Naturgesetz hingeschaukelt zu werden.

Wir sind Karl Blecha, dem unabhängigen Meinungsforscher, der im Wahlkreis von Dr. Kreisky an sicherer Stelle kandidiert (Heiterkeit), sehr dankbar, daß er in der sozialistischen Zeitschrift "Die Zukunft" jenen, die die Stärke der Sozialistischen Partei dauernd zu unterspielen versuchen, die Maske vom Gesicht gerissen hat. Wir haben in den sechs Ländern - und das sollten wir nicht vergessen -, in denen zwischen 1967 und 1969 Landtagswahlen stattfanden, bei der Nationalratswahl 1966 noch mit 1,540.000 Stimmen vor der SPÖ mit 1,390.000 Stimmen geführt; im Gesamtergebnis dieser sechs Landtagswahlen aber ist die SPÖ mit 1,443.000 Stimmen vor der ÖVP mit 1,236.000 Stimmen trotz der erfreulichen Ergebnisse in Niederösterreich und Vorarlberg in Summe klar in Führung gegangen.

Wir danken Dr. Blecha auch für die Feststellung, daß die Beobachtung des Wahltrends über einen Zeitraum von 50 Jahren deutlich zeigte, daß der SPÖ-Anteil bei niedrigerer Wahlbeteiligung höher ist als bei einer optimalen Wahlbeteiligung. Das erhöht auch unser Verständnis dafür, daß die SPÖ am liebsten gar keinen Wahlkampf führen möchte, damit die Leute nicht aufmerksam werden, daß am 1. März 1970 gewählt wird. (Heiterkeit und Beifall.) Wir werden aber Herrn Dr. Kreisky und der SPÖ nicht die Freude machen, die Österreicher bis zum 1. März 1970 in Sicherheit zu wiegen, damit sie erst aufwachen, wenn die Wahlbehörde einen Wahlsieg der Sozialistischen Partei verkündet. Wir wissen sehr wohl, daß es diesmal ums Ganze geht, und wir werden auch sagen, daß es ums Ganze geht. Es bedarf des bedingungslosen Einsatzes von uns allen, des Gespräches von Mensch zu Mensch, der Werbung um die Stimmen von 600.000 Wahlberechtigten, die heute noch unentschieden sind, der Diskussionsbereitschaft gegenüber allen jenen 304.000 Wählern, die uns zwar am 6. März 1966, aber nicht mehr bei den darauffolgenden sechs Landtagswahlen ihre Stimme gegeben haben - mit diesen Menschen müssen wir ins Gespräch kommen -, vor allem aber auch des Verständnisses für die 485.000 Erstwähler des 1. März 1970, die die Welt oft mit anderen Augen sehen, denen aber dieses Österreich so oder so länger anvertraut sein wird als uns, die wir der mittleren oder älteren Generation angehören.

Wir können alles verlieren, wenn wir uns selbst aufgeben. Wir können aber auch alles gewinnen, wenn wir endlich so viel Selbstvertrauen zeigen, wie es ungeachtet aller Feh-

ler der grundsätzlichen Richtigkeit unserer Politik und der Größe unserer politischen Leistungen entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution kann das nur in gedrängter Kürze zum Ausdruck bringen. Zum Leben erweckt werden die Worte dieser Resolution erst durch die Zustimmung der Delegierten dieses Parteitages. Wir haben uns auf diesem Parteitag der Diskussion gestellt; was wir aber brauchen, um in den nächsten Monaten in der Bevölkerung überzeugend zu wirken, sind auch Bekenner! Als ein Bekenntnis unserer Partei fassen Sie bitte die Resolution auf, die nach Diskussion und Zustimmung im politischen Ausschuß dem Parteitag zur Beschlußfassung empfohlen wird und die ich hiermit verlese:

"Am 14. November, dem zweiten Tag unseres Bundesparteitages, blicken wir zurück auf vier Jahre der vollen Regierungsverantwortung;

auf vier Jahre großer Reformen für ein modernes Österreich;

auf vier Jahre der Vollbeschäftigung, der stabilen Währung, des wachsenden Wohlstands und des inneren Friedens;

auf vier Jahre der Weiterentwicklung unserer sozialen Leistungsgemeinschaft, auf vier gute Jahre für alle Österreicher.

Das verdanken wir nicht zuletzt den Österreichern, die am 6. März 1966 der Gefahr einer roten Volksfront eine klare Absage erteilten und mit einer klaren Mehrheit der Österreichischen Volkspartei für ein entscheidungsfähiges Parlament und eine arbeitsfähige Regierung sorgten.

Wir blicken auf die 106 Tage, die uns noch vom nächsten Wahltag trennen, und bekennen uns

zur Weiterarbeit bis zum Ende dieser voll auslaufenden Gesetzgebungsperiode, in der die Sozialistische Partei keine konkreten Alternativen zu unserer Politik vorlegen konnte. Wir werden uns bis zuletzt bemühen, alle für das Wohl der Bevölkerung wesentlichen Entscheidungen zu treffen;

zur Stabilität des Schillings und zur Verteidigung seiner Kaufkraft durch die unmittelbar nach der DMark-Aufwertung beschlossenen Maßnahmen. Ihre Wirksamkeit bedarf der Ergänzung durch ein stabilitätsbewußtes Verhalten aller Sozialpartner. Die Entfesselung einer Preishysterie aus wahltaktischen Gründen käme einem Wortbruch gleich;

zu der von unserer Außenpolitik verfolgten klaren Neutralitätspolitik, die Österreich in einer unruhigen Welt zu einem stabilisierenden Faktor werden ließ. Wir respektieren das Entscheidungsrecht der Südtiroler in der Existenzfrage ihrer Autonomierechte und erneuern von dieser Stelle aus unser Bekenntnis zur Schutzmachtfunktion Österreichs gegenüber der Südtiroler Volksgruppe. (Beifall.)

Österreicherinnen und Österreicher! In der Demokratie ist jeder Wahltag ein Tag der Selbstbestimmung unseres politischen Schicksals.

Der 1. März 1970 wird der Tag der Selbstbestimmung unseres politischen Schicksals in den nächsten vier Jahren sein.

Der 1. März 1970 entscheidet darüber, ob wir auf dem 1966 eingeschlagenen Weg zur lebendigeren Demokratie weitere Fortschritte erzielen oder einen Rückschlag erleiden werden.

Der 1. März 1970 entscheidet darüber, ob das Steuer der Regierung in den verläßlichen Händen der Volkspartei bleibt oder ob es in die Hände einer wiedervereinigten Linken gerät, die durch einen Machtwechsel in Regierung und Parlament zur Übermacht im Staate würde. Der 1. März 1970 entscheidet darüber, ob im neuen Jahrzehnt ein noch besseres Leben und Zusammenleben zur Wirklichkeit aller Österreicher wird und ob den Österreichern auch weiterhin die Prüfungen erspart bleiben, die so viele Völker in Ost und West in Form von Unfreiheit, Unruhe und Krisen zu bestehen haben.

Wir sind für eine <u>direkte</u> Mehrheitsentscheidung der Wähler am Wahltag." (Beifall.) "Unser Wahlziel für den 1. März 1970 ist deshalb wieder eine klare Mehrheit." (Neuerlicher Beifall.)

"Mehrheit schafft Klarheit. Koalitionen kann man nicht wählen. Nur bei einer klaren Mehrheitsentscheidung weiß der Wähler wirklich, welche Regierung er wählt.

Mehrheit ist ein Ordnungsfaktor. Sie erteilt einen eindeutigen Führungsauftrag zur Verwirklichung eines Gesamtkonzeptes.

Mehrheit verpflichtet zur Verantwortung. Gegenseitige Beschuldigungen und Ausreden gibt es nur dort, wo keine Partei über eine klare Mehrheit verfügt.

Die Österreichische Volkspartei stellt sich zur Wahl am 1. März 1970

als die Volkspartei Österreichs,

als die Partei für alle Österreicher,

als die Partei der fortschrittlichen Mitte.

Die Österreichische Volkspartei versteht sich als offene Aktionsgemeinschaft, bekennt sich zur sozialen Leistungsgemeinschaft und zur Bildungsgesellschaft.

Die Österreichische Volkspartei ist entschlossen, die für das Zusammenleben in Freiheit, Recht und Ordnung entscheidenden Werte zu verteidigen, ist aber ebenso entschlossen, überholte Strukturen zu erneuern.

Die Österreichische Volkspartei setzt sich für die Mobilität im Interesse des sozialen Aufstiegs, für die Eigentumsbildung zur Vergrößerung des Anteils der Unselbständigen am Volksvermögen und für die soziale Gerechtigkeit gegenüber allen Schichten der Bevölkerung ein.

Die Österreichische Volkspartei ist bereit, die von ihr begonnene Zusammenarbeit mit der Wissenschaft fortzusetzen, und bekennt sich zur moralischen Qualität politischer Entscheidungen.

Wir haben Österreich 1945 erneuert.

Wir erneuern Österreich seit 1966.

Wir sind bereit, Österreich 1970 in eine neue Zeit des Fortschritts und der Sicherheit zu führen, wenn uns eine

klare Mehrheit der Österreicher den Auftrag dazu erteilt." (Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Präsident NR Ing. S a l l i n g e r :
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie haben den Entwurf der Resolution zur Kenntnis genommen. Wird darüber eine Debatte verlangt? - Das ist nicht der Fall.

Ich bringe daher die Resolution zur Abstimmung. Wer für die Resolution ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich darf die einstimmige Annahme bekanntgeben. (Beifall.)

Ich möchte diesen Anlaß auch benützen, um unserem Generalsekretärstellvertreter Pisa herzlich zu danken. (Beifall.)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 22, und ich darf Herrn Minister Soronics den Vorsitz übergeben.

Vorsitzender Bundesminister Franz S o r o n i c s :
Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz. Bevor ich den Wahlleiter, Herrn Landtagsabgeordneten Buchinger, bitte, das Wahlergebnis bekanntzugeben, obliegt dem Bundesparteitag noch die Neubestellung der Finanzprüfer, der Vorsitzenden und Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes und der Mitglieder des Parteiehrengerichtes.

Als Finanzprüfer werden vorgeschlagen:

Herr Dkfm. Dr. Wolfgang F e y l ,

Herr Gen.Dir.-Stv. Dkfm. DDr. Josef K o l i a n d e r und

Herr Gen.Dir. Dr. Rudolf R a s s e r .

Sie finden diesen Vorschlag auch in Ihrer Tagungsmappe. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, diese Neubestellung durch offene Abstimmung durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Es ist nicht der Fall. Ich lasse daher abstimmen.

Wer dafür ist, daß die genannten Personen in diese Funktionen berufen werden, der möge mit der Delegiertenkarte ein Zeichen der Zustimmung geben. - Danke. Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Keine. Ich stelle daher fest, daß die Genannten einstimmig zu Finanzprüfern gewählt wurden.

Sie haben in Ihrer Mappe weiters einen Vorschlag zur Zusammensetzung des Bundesschiedsgerichtes der Österreichischen Volkspartei. Wird die Verlesung verlangt? - Das ist nicht der Fall. - Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist auch nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen. Wer damit einverstanden ist, daß die in Vorschlag gebrachten Personen in diese Funktionen berufen werden, der möge mit der Delegiertenkarte ein Zeichen der Zustimmung geben. - Danke. Ist jemand dagegen? - Stimmenenthaltungen? - Keine. Der Vorschlag ist ebenfalls einstimmig angenommen. Die Vorgeschlagenen sind daher als Vorsitzende und Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes gewählt.

Sie finden in Ihrer Mappe ferner einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Parteiehrengerichtes der Bundesparteileitung. Wünscht zu diesem Vorschlag jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse daher abstimmen.

Wer für den Vorschlag ist, der möge mit der Delegiertenkarte ein Zeichen der Zustimmung geben. - Danke. Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Keine. Ich stelle daher fest, daß die Vorgeschlagenen für diese Funktionen einstimmig gewählt wurden.

Ich bitte nunmehr den Wahlleiter, Herrn Landtagsabgeordneten Buchinger, das Ergebnis der Wahl bekanntzugeben.

22. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Wahlleiter Landtagsabgeordneter Kurt B u c h i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Delegierte! Ich darf Ihnen namens der Wahlkommission das Wahlergebnis dieses 12. Bundesparteitages bekanntgeben.

Zum 12. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei waren 456 Delegierte stimmberechtigt. Von den 456 stimmberechtigten Delegierten haben 350 ihre Stimme abgegeben. Gültig waren alle 350 Stimmen.

Zum neuen Bundesfinanzreferenten wurde mit 341 Stimmen Dr. Hellmuth Klauhs gewählt. (Lebhafter Beifall.)

In seiner Funktion als Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei wurde Vizekanzler Dr. Withalm mit 343 Stimmen bestätigt. (Starker anhaltender Beifall.)

Zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei wurde mit dem besten Wahlergebnis, das er bisher erzielt hat, mit 335 Stimmen, Bundeskanzler Dr. Klaus wiedergewählt. (Stürmischer Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Bundesminister Franz S o r o n i c s : Hoher Bundesparteitag! Ich darf zunächst den neugewählten Finanzreferenten auch in Ihrem Namen zu seiner Wahl herzlich beglückwünschen. (Beifall.) Er wird eine schwere Aufgabe zu erfüllen haben, aber ich glaube, daß seine Kräfte ausreichen werden, sie zu erfüllen.

Ich darf nun bitten, zum Rednerpult zu kommen und zu erklären, ob die Wahl angenommen wird.

Finanzreferent Dr. Hellmuth K l a u h s : Vielen herzlichen Dank Ihnen, meine sehr geschätzten Delegierten, für den Vertrauensvorschuß, den Sie mit Ihrer Wahlentscheidung einem jungen Finanzmann entgegengebracht haben.

Ich nehme die Wahl mit herzlichem Dank an und darf versichern, daß ich mit der lauteren Korrektheit, die mein Beruf schon erfordert, versuchen werde, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen.

Von einem Finanzreferenten werden Sie sicher keine großen Erklärungen erwarten. Ich möchte Ihnen aber doch an dieser Stelle versichern und versprechen, daß ich in aller Stille, so wie es sich eines Finanzmannes geziemt, mit Ernst, Fleiß und Kooperationsgeist, aber auch mit einer gewissen Zähigkeit, einem Reformwillen und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten an die große und schwere Aufgabe herangehen möchte, die mir Ihr Votum übertragen hat. Das Ziel, für die Schlagkraft der Partei eine auf Dauer abgestellte, tragfähige wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, kann ich aber nur erreichen mit Ihrer aller Hilfe und Unterstützung besonders in der nun auf uns zukommenden Zeit. Um diese Hilfe und Unterstützung im Geist echter Solidarität, die uns immer verbindet, möchte ich Sie daher hier bitten. Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Vertrauen. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Bundesminister Franz S o r o n i c s : Herr Finanzreferent, recht herzlichen Dank für Ihre Erklärung.

Es obliegt mir nun, im Namen des Bundesparteitages unseren wiedergewählten altbewährten Generalsekretär Dr. Hermann Withalm auf das aufrichtigste zu beglückwünschen. An diesem Tage haben wir nur einen Wunsch: Er möge weiterhin die Kraft behalten, um die schwierige Aufgabe meistern zu können, die uns nunmehr bevorsteht.

Ich bitte dich, Herr Generalsekretär, zum Rednerpukt und darf auch um deine Erklärung bitten.

Generalsekretär Vizekanzler Dr. Hermann W i t h a l m (mit lebhaftem anhaltendem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin tief beeindruckt vom Wahlergebnis, in dem doch ein sehr großes Vertrauen zum Ausdruck kommt. Ich werde mich bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Ich nehme die Wahl - damit entspreche ich Ihrem Wollen und Ihrem Willen - gerne an. (Beifall.)

Ich werde mich wirklich sehr bemühen, auch in der Zukunft mein bestes für diese unsere Partei und damit für Österreich zu geben. Ich werde mich vor allem bemühen, geistig jung zu bleiben, und das wünsche ich aus ganzem Herzen unserer Partei. Wenn wir das tun, wenn wir geistig jung bleiben, dann werden wir auch die 70er-Jahre gestalten. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Bundesminister Franz S o r o n i c s: Herr Generalsekretär, ich darf auch dir für deine Worte recht herzlich danken.

Nun obliegt es mir, Herr Bundesparteiobmann, dir im Namen des Bundesparteitages unsere aufrichtigsten Glückwünsche zu diesem Vertrauensbeweis, den du nunmehr erhalten hast, auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Du übernimmst wieder die schwere Verantwortung. Ich kann dir aber versichern, daß wir dir treu Gefolgschaft leisten werden, um in den schwierigen Tagen bestehen zu können. Dir wünschen wir Gesundheit und Gottes Segen, um diese Aufgabe bewältigen zu können.

Ich darf dich bitten, Herr Bundesparteiobmann, zu erklären, ob du die Wahl annimmst.

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef K l a u s (mit stürmischem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Parteifreunde! Als vor mehr als sechs Jahren der Bundesparteitag zu Klagenfurt mich mit einer - wie wir es jetzt schon zu sagen gewohnt sind - klaren und krisenfesten Mehrheit zum Bundesparteiobmann gewählt hat, war ich mir bewußt, daß das keine sechs Jahre oder gar noch eine Zeit darüber hinaus dauern wird. Zu sehr war mir damals schon bekannt, welch ungeheure Verantwortung und welch ungeheure Arbeitslast dem Obmann einer großen, mit der Verantwortung für Regierung und Staat beladenen Partei auferlegt wird.

Sie haben mir heute neuerdings das Vertrauen ausgesprochen, und ich möchte Ihnen sagen, warum ich die Wahl annehme und gerne annehme: weil mich mit Ihnen allen der 1. März 1970 hervorgerufen hat und fasziniert hat. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir wie vor dem 6. März 1966 uns jetzt zusammenscharen und unsere Kräfte aufbieten und unter das Volk treten, dann bin ich der festen Überzeugung, daß es mir mit eurer Hilfe geilngen wird, auch am 1. März 1970 vom österreichischen Wähler jenes Maß an Vertrauen zu erlangen, das uns befähigt, ein glückliches, ein wettbewerbsfähiges, ein zukunftsträchtiges Österreich in die 70er-Jahre zu führen. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister S o r o n i c s : Herr Bundesparteiobmann! Ich danke dir für deine Worte und für die Annahme der Wahl.

Ich bitte nunmehr die neugewählten Funktionäre, die Bündeobmänner und den Ehrenobmann der Österreichischen Volkspartei, ihre Plätze im Präsidium wieder einzunehmen und übergebe den Vorsitz dem wiedergewählten Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus. (Unter dem lebhaften Beifall der Delegierten nehmen die Gewählten ihre Plätze im Präsidium ein.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. K l a u s (den Vorsitz übernehmend): Meine sehr geehrten Parteifreunde! Ich darf Sie nun von dieser Stelle aus auch im Namen der beiden Mitgewählten, des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Finanzreferenten unserer Österreichischen Volkspartei, begrüßen und Ihnen nun meine kurzen Gedanken zur weiteren Arbeit und Politik der Österreichischen Volkspartei vortragen.

Ich bitte dazu Herrn Präsidenten Maleta, den Vorsitz zu übernehmen und mir das Wort zu erteilen.

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Alfred M a l e t a (den Vorsitz übernehmend): Ich bitte den Herrn Bundesparteiobmann um sein Referat.

1150 2

23. Schlußreferat des neugewählten Bundesparteiobmannes:
"Mit der Volkspartei in die 70er-Jahre"

Referent Bundesparteiobmann Dr. Josef K l a u s (mit Beifall bedacht): Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Die Volkspartei hat mit einer zwar geringen, aber tragfähigen absoluten Mehrheit nun durch bald vier Jahre trotz einer rücksichtslosen Opposition Österreich durch alle politischen und wirtschaftlichen Wechselfälle gesteuert. Sie hat das Fundament für die Reform unserer Gesellschaft und Wirtschaft gelegt und eine günstige Startposition für das Österreich der siebziger Jahre geschaffen.

Am Ende dieser Legislaturperiode können wir feststellen, daß es uns gelungen ist,

1. den äußeren Frieden zu wahren und das Ansehen Österreichs in der Welt zu mehren;

2. den inneren Frieden auszubauen und die soziale Leistungsgemeinschaft aller Österreicher zu festigen;

3. das wirtschaftliche Wachstum in einem Maße zu erhöhen, wie dies in den letzten Koalitionsjahren und in manchen anderen Industriestaaten Europas gegenwärtig nicht möglich war;

4. die Bildungsexplosion durch die Bereitstellung vermehrter Mittel für Bildung und Forschung weitgehend zu meistern;

5. die Leitbegriffe dieses Bundesparteitages - Fortschritt und Sicherheit - aus Programmen und Postulaten in eine echte österreichische Wirklichkeit umzuwandeln. (Beifall.)

Wie ist das möglich gewesen, wie ist uns das gelungen? Ich glaube, vornehmlich durch zwei Methoden, denen wir uns schon zu Beginn der sechziger Jahre zu gleicher Zeit und mit gleicher Intensität zugewendet haben: durch die Politik der Reform und durch die Politik der Sachlichkeit. - Zu beiden gehörte aber vor allem Mut.

Erstens der Mut zur Reform. Wo überall, meine lieben Parteifreunde, haben wir in den letzten vier, sechs oder zehn Jahren nicht überall mit Reformen begonnen: Verfassungs- und Demokratiereform, Verwaltungsreform, Justizreform, Schul- und Bildungsreform, Rundfunkreform, Strukturreform in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, Wohnungsreform, Reform des Gesundheitswesens.

Ich möchte Sie nicht aufhalten, möchte vielleicht nur zwei Blitzlichter zum Beispiel auf die Strukturverbesserung werfen, die durch die Politik unseres Landwirtschaftsministers in der Landwirtschaft ermöglicht worden ist. Da sind Wandlungen, da sind Reformen in Gang gekommen, die Österreich auf diesem Gebiet innerhalb kurzer Zeit einen respektablen Vorsprung gegenüber anderen europäischen Ländern - vor allem EWG-Ländern - gebracht haben.

Ich möchte auf die Verwaltungsreform zurückkommen. Durch die Leistungen, die wir bisher in der Verwaltungsreform erzielt haben, liegen wir weit an der Spitze der europäischen Länder, die sich alle mit diesem Problem plagen müssen. Aber Erfolge in diesem Ausmaße hat nur Österreich als ein europäisches Spezifikum erreicht.

Der Mut zur Sachlichkeit ist zugleich der Mut zur Wahrheit und der Mut zur Wirklichkeit; der Mut auch, manchmal vom politischen Feldherrnhügel, der so gerne mit Weihrauchwolken vernebelt ist, herunterzusteigen in die Ebene der nüchternen Fachleute, der Wissenschaften. Dieses Heruntersteigen hat uns auch mit der Jugend und mit dem Hausverstand so manches einfachen Menschen draußen im Lande zusammengebracht, um unsere Probleme auch von dieser Seite her noch einmal zu studieren und um sachliche Vorarbeiten zu leisten, damit wir echte Grundlagen für politische Entscheidungen haben.

Die "Aktion 20", eine Institution, die wegen ihres Erfolges nunmehr auch von der großen Oppositionspartei, wie so vieles andere, nachgeahmt wird, hat maßgebend dazu beigetragen, die Grundlagen für die Reformarbeit der Gesamtpartei zu erarbeiten. Sie wird auch in Zukunft in verstärktem Maße für die weitere Reform unserer Gesellschaft und Wirtschaft herangezogen werden. Denn ohne die "Aktion 20" wären wir nicht so vorangekommen; deshalb gebührt den Aktivisten dieser ureigenen ÖVP-Initiative, die erstmals in Österreich Politik und Wissenschaft vereinte, unser Dank und unser ferneres Vertrauen. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Unsere Politik war von Anfang an eine Politik der Reform und der Sachlichkeit. Sie wird es auch in Zukunft sein. Sie wird nur erfolgreich sein, wenn wir weiterhin den Mut zu tiefgründigen Reformen und zu unbeirrbarer Sachlichkeit aufbringen. In den siebziger Jahren

wird Beharren Rückschritt, Reform jedoch Sicherheit und Fortschritt bedeuten.

Wir haben in der Zwischenzeit die "O-70" gegründet. Was ist das? Das ist eine moderne Transformatorenstation, die unser politisches Programm, die die Kraftströme unserer Politik und unserer politischen Aussagen in einem weitverzweigten Verteilungsnetz in die Bevölkerung hineinträgt. Wir haben uns auch zum Grundsatz gemacht, daß die Zeit, in der wir leben, von uns gebietet, daß wir mit den Massenmedien und mit den Computern leben müssen. Der Erfinder der modernen Wissenschaft der Kybernetik, Norbert Wiener, sagte: Dasjenige Land wird die größte Sicherheit haben, in dem voll erkannt worden ist, daß Information wichtig ist.

Und nun von den Methoden zu den Zielen für die siebziger Jahre:

Wichtig ist ferner, liebe Parteifreunde, daß wir Kampfziele aufzeigen und formulieren, die echten Volkswünschen und echten Volksnöten Rechnung tragen, die aber auch den tatsächlichen Verhältnissen - der Wirklichkeit, und nicht Utopien - entsprechen, die vernünftige und notwendige Neuerungen enthalten, eine sichere Führung erkennen lassen und zukunftsweisend sind.

Ich kann mich hier kurz fassen, denn der Herr Generalsekretär hat gestern in seinem Referat, das mehr war als ein Rechenschaftsbericht, den Horizont unserer Politik für die siebziger Jahre weithin und klar aufleuchten lassen.

Daher nur kurz die drei wichtigsten Kampfziele:

die moderne Bildungsgesellschaft,

die soziale Leistungsgemeinschaft und -

Europa!

Liebe Parteifreunde! Die Demokratie in den siebziger Jahren bedingt eine Gemeinschaft informierter und mündiger Staatsbürger. Der Vorrang für Bildung und Forschung muß daher weiterhin gewahrt und ausgebaut werden. Weil wir wissen, daß unser Land nur dann eine Chance hat, den harten Wettbewerb der siebziger Jahre zu bestehen, wenn wir über ein Höchstmaß an qualifizierten Wissenschaftern, Technikern und auch Arbeitern verfügen, werden wir mehr als je zuvor der Ausbildung unserer Jugend, aber auch der Weiterbildung der Erwachsenen auf dem zweiten und dritten Bildungsweg einen Vorrang einräumen. Hiebei wird auch der neue Weg eines Rundfunkstudiums zu beschreiten sein.

Für uns bedeutet also Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung der persönlichen Freiheit. Bildung ist deshalb auch eine wichtige Barriere gegen die totale Verplanung und Vermassung der Bürger unseres Landes.

Unsere soziale Leistungsgemeinschaft muß auf den Grundlagen der durch den Koren-Plan eingeleiteten Umstrukturierungen unserer Wirtschaft mit dem Fortschreiten der Entwicklung in der Welt gleich, möglichst gleich schritthalten können.

Durch die Ermöglichung einer stärkeren Kapitalbildung, durch Erleichterungen bei der Umstrukturierung und Anpassung, durch die verstärkte Ausbildung wirtschaftlicher Führungskräfte wollen wir das Wirtschaftswachstum weiter steigern, das Realeinkommen der Einkommensbezieher kann bis 1974 durchaus um 22 Prozent erhöht werden. Wir wollen die Vollbeschäftigung erhalten, den Wert des Schillings sichern. Aus Verantwortung für die Zukunft werden wir die weitere Reform unserer Wirtschaft nicht verzögern, sondern vorantreiben. Aus Verantwortung für die Betroffenen aber - denn jeder Strukturwandel bedingt auf der einen Seite Vorteile und Zukunftschancen und auf der anderen Seite die Erkenntnis, daß es mit Daseinschancen nicht mehr so gut bestellt ist - werden wir daher in der Gegenwart das Maß des Strukturwandels in der Zukunft nicht über das Zumutbare hinaus forcieren.

Wir sind uns bewußt, daß wir vor einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlung stehen, wie sie wahr-

scheinlich von keiner Generation vor uns gekannt wurde. Diese Herausforderung ist gleichzeitig aber unsere Chance! Für uns ist die Zukunft kein fatalistisch empfundenes Schicksal, sondern eine faszinierende Aufgabe. Der Arbeitnehmer der Zukunft, wie wir ihn sehen, ist der Bürger einer offenen Gesellschaft, die einzig und allein die Leistung als Kriterium des sozialen Aufstiegs anerkennt. Veraltete Unterschiede in der arbeitsrechtlichen Behandlung von Arbeitern und Angestellten sollen daher diesem Leistungsprinzip gemäß abgebaut werden, und es geschieht ja auch in den vielen Unternehmungen und Betrieben, wo man diese Linie zu eigenen Gunsten des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers längst erkannt hat.

Für uns ist der Arbeitnehmer der Zukunft ein qualifizierter Mitarbeiter in unserer hochindustrialisierten Leistungsgemeinschaft. Diese Leistungsgemeinschaft sieht die volle Integration aller im Produktionsprozeß stehenden Kräfte in eine freie, in eine verantwortungsbewußte und eigentumsbejahende Wirtschaftsordnung vor. In dieser Leistungsgemeinschaft werden alle gegen schwere Schicksalsschläge, deren Bewältigung die eigenen Kräfte übersteigt, gesichert sein. Der ausgebildete und informierte Bürger, wie die Volkspartei ihn sieht, soll der Zukunft nicht ängstlich, sondern entschlossen gegenübertreten und seine Chance nützen, wir aber werden durch das, was die moderne Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung mit sich gebracht haben, jede dieser Chancen, vor allem für unsere jungen Menschen, fördern.

Wir treten daher allen marxistischen Tendenzen entgegen, die die persönliche Freiheit durch kollektive Verbände und Parteien bevormunden wollen und durch staatliche Zwangsmaßnahmen und eine übermächtige Bürokratie eine Vermassung unserer Bürger herbeiführen wollen. Die Wirtschaftsordnung der Zukunft bedarf ebenso wie die Demokratie des mündigen Bürgers. Nur der mündige Bürger ist tatsächlich frei. Nur der freie Bürger aber ist ein zufriedenes und wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft der Zukunft. Der mündige Bürger wird nicht auf jede Demagogie, wie wir sie heute noch in unserem politischen Leben, in unserer politischen Landschaft sehen, hereinfallen, sondern wird sich selber ein Urteil bilden und wird selber dann darüber entscheiden, welcher politischen Kraft er sich zugesellt und welcher er vertraut.

Liebe Parteifreunde! In dieser Leistungsgemeinschaft der Zukunft sind die mittleren und kleinen Betriebe im Handwerk, Kleinhandel, Gastgewerbe, Transportgewerbe ein tragendes Element. Durch eine Politik der Schaffung gleicher Wettbewerbschancen für den Mittelstand und durch Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen werden wir den Anschluß unserer mittelständischen, unserer mittleren und kleineren Betriebe an den Fortschritt erleichtern und wo dies notwendig ist, durch Anpassungshilfen auch fördern. Ein gesunder Mittelstand ist eine der Grundvoraussetzungen für die Erhaltung einer freien Wirtschaftsverfassung, überhaupt eines freien Landes. (Beifall.)

In der Leistungsgemeinschaft der siebziger Jahre wird die Landwirtschaft ein integrierter Bestandteil der Gesamtwirtschaft sein. Die bisher erfolgreich durchgeführte Umstrukturierung unserer Landwirtschaft wird weitergeführt werden. Das Ziel unserer Agrarpolitik ist der lebensfähige Familienbetrieb. Darum lehnen wir für Österreich den Mansholt-Plan ab (Beifall), darum sind wir für die Struktur- und für die Agrarpolitik, wie sie der Österreichische Bauernbund unter der Führung von Präsident Wallner und wie sie, zuletzt zunehmend und mit großen Erfolgen, der österreichische Landwirtschaftsminister, unser Freund Dr. Schleinzer, geführt hat.

Die Gesellschaft der Zukunft, liebe Parteifreunde, erfordert mehr als bisher unser Augenmerk für die Gefahren, die der Gesundheit unserer Bürger als Folge der Industrialisierung und Technisierung drohen. Wir befürworten daher den weiteren Ausbau der Gesundheitsvorsorge, der Arbeits- und Sozialmedizin, die Errichtung eines Institutes für Volksgesundheit und die Erstellung eines Zehnjahresplans für die Volksgesundheit und auch eines Sportstättenplans für Österreich. Der Bekämpfung der Verunreinigung unserer Gewässer sowie der Luft wird eine Arbeitsgruppe innerhalb der Aktion 20 ihre ganze Energie leihen.

Wir erblicken in der Bereitstellung größerer Mittel für den Wohnbau den besten Mieterschutz. Durch den Ratzenböck-Plan - mit dem uns unser junger Parteisekretär aus Oberösterreich gestern an dieser Stelle vertraut gemacht hat -, das heißt die frühzeitige begünstigte Rückzahlung von Wohnbaudarlehen, sollen diese Mittel vermehrt aufgebracht werden. (Beifall.)

Mit Wohnbau und Wohnbaureform allein ist aber in unserer Wohlstandsgesellschaft noch nicht alles getan. Wenn wir, liebe Parteifreunde, nicht sofort darangehen, durch eine moderne Raumplanung, durch Maßnahmen der Landschaftsgestaltung, durch Aufklärung und Information über eine landschaftsgerechte Architektur unserer baufreudigen und bauwilligen Bevölkerung den richtigen Weg zu weisen, laufen wir Gefahr, unser schönes Heimatland zu zersiedeln, wenn nicht zu zerstören. Österreich wäre dann nicht mehr Österreich, auch nicht mehr das vielbesuchte und von außen so hochgeschätzte und gelobte Österreich.

Die ÖVP wird daher mit Hilfe der jüngsten Arbeitsgruppe der "Aktion 20" ein Programm für die Umweltgestaltung erstellen, das in den siebziger Jahren zur Durchführung gelangen soll. Bereits in der nächsten Woche wird die erste Besprechung zwischen mir und dieser Arbeitsgruppe stattfinden.

Liebe Parteifreunde! Die moderne Bildungsgesellschaft und die moderne soziale Leistungsgemeinschaft, denen wir mit unseren besten Kräften zustreben, haben vor allem aber ein Ziel: diesem unserem tausendjährigen Vaterland Österreich den Weg zu öffnen, auf dem es seinen Beitrag, seinen ureigenen Beitrag zur Einigung Europas leisten kann. (Beifall.)

Wir wollen ein Österreich der siebziger Jahre, das uns in der europäischen Völkerfamilie Ansehen und Geltung verschafft. Die konsequente Verfolgung unserer Neutralitätspolitik wird unser Land in erhöhtem Maße zu einer Stätte der Begegnung und zu einem wertvollen Faktor für die Entspannung zwischen Ost und West werden lassen. Die Gestaltung unseres Verhältnisses zur Welt und besonders zu unserem Kontinent Europa wird unbeschadet der weiteren konsequenten Verfolgung wichtiger außenpolitischer Ziele - etwa die Südtirolfrage oder die wirtschaftliche Integration Europas - mehr als bisher zum Wesen einer größeren österreichischen Außenpolitik gehören. Die Basis dieser Außenpolitik wird immer unsere Neutralität und unser Staatsvertrag bleiben. Ziel unserer Außenpolitik in den siebziger Jahren muß aber sein, Österreich als Hort der Freiheit und der Ordnung jene Glaubwürdigkeit zu verschaffen, die uns die Erfüllung unserer spezifischen

Aufgabe frei von jedem Kleinstaatkomplex und frei von jeder falschen Geschichtsromantik ermöglicht und in allen Österreichern, besonders in der Jugend, einen gesunden Stolz auf unser Land wachruft. (Beifall.) Dazu gehört aber auch die Bereitschaft, für dieses Land auch etwas zu opfern und zu tun. Die Bereitschaft vor allem, dieses Land, wenn notwendig, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und diese Verteidigungsbereitschaft durch Opfer - seien es Opfer an Zeit oder Opfer an Geld - auch rechtzeitig vorzubereiten. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Die ausländischen Delegierten haben gestern in ihren Begrüßungsansprachen und in zahlreichen Gesprächen mit uns bestätigt, was wir in den dreieinhalb Jahren seit dem Amtsantritt dieser Regierung mit allen Kräften angestrebt und zum guten Teil auch verwirklicht haben: Österreich präsentiert sich heute als ein Land des stark aufholenden technologisch-wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts und mehr denn je als ein Staat der äußeren und inneren, der monetären, der wirtschaftlichen und der sozialen Sicherheit und um mit Karl Pisa zu sprechen, der es wieder einmal mehr hier meisterhaft formulierte - als ein Staat, in dem mehr Freiheit als im Osten und mehr Ordnung als im Westen herrscht. (Beifall.)

Was wir wollen, haben wir in unserem Programm dargelegt. Ob wir dieses Programm durchführen können, hängt von unserer Arbeit in den nächsten hundert Tagen und von der Entscheidung

ab, die der österreichische Wähler am 1. März 1970 treffen wird. Er wird zu entscheiden haben, ob wir den bisherigen Weg weiter beschreiten können in ein Österreich, in dem Tradition und Fortschritt, Kultur und Bildung, wirtschaftlicher Aufstieg und soziale Sicherheit auch in den siebziger Jahren in einer so ausgewogenen und glaubwürdigen Weise verwirklicht werden, daß jeder es für wünschenswert erachtet, in diesem Lande bleiben, in diesem Lande leben und schaffen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Dieses Ziel kann eine FPÖ, eine Freiheitliche Partei, weder mit ihrer Ideologie, die teilweise noch im Gestern wurzelt, noch auf Grund ihrer Stärke erreichen. Die FPÖ kann höchstens der ÖVP so viele Stimmen wegnehmen, daß die Sozialisten zur stärksten Partei werden.

Dieses Ziel kann aber auch der Sozialismus nicht erreichen, auch wenn er sich noch so sehr im fortschrittlichen Gewande gibt und die Zahl seiner papierenen, nicht finanzierbaren und deshalb auch nicht realisierbaren Programmekaninchenartig jetzt Tag um Tag vermehrt. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist am Ende eine Ordnung der nivelliert Gleichen, die Ordnung der Gleichgemachten, die Ordnung der mehr oder weniger verstaatlichten Menschen. Das ist es, was wir nicht wollen, und das ist es, was wir den Österreichern ersparen wollen! (Beifall.)

Unser Ziel können wir nur erreichen, wenn wir wieder eine klare und krisenfeste Mehrheit für die Volkspartei anstreben

und am 1. März 1970 auch bekommen. Eine Koalition - das muß auch ich immer wiederholen - kann man nicht wählen, und daher sind jegliche Spekulationen und Diskussionen über allfällige Koalitionen nach dem Wahltag für uns heute unzweckmäßig, ja schädlich und gefährlich. Die Entscheidung wird am 1. März 1970 getroffen, und sie wird also lauten: Unter der Fahne des Sozialismus, der Vermassung und des Kollektivs, oder: Mit der Volkspartei in die moderne Bildungsgesellschaft, in die soziale Leistungsgemeinschaft aller Österreicher und in das geeinte Europa der siebziger Jahre.

Das, liebe Parteifreunde, sind Ziele, sind Kampfziele, denen wir uns heute zuwenden und von denen wir in den nächsten hundert Tagen bis zum Wahltag nicht ablassen werden. Ich bin überzeugt: Wenn wir zusammenstehen, wenn jeder seinen ganzen Fleiß , seine ganze Persönlichkeit und seinen ganzen Idealismus für unsere gemeinsame gute Sache in den nächsten Wochen und Monaten einsetzt, dann wird es möglich sein, daß wir am 1. März 1970 am Abend in einer ähnlichen oder gleichen Stimmung wie am 6. März 1966 uns selber sagen können: Es hat sich gelohnt, unser Bestes zu geben. Es geschah für Österreich und für Europa! (Lebhafter lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. M a l e t a : Herr Bundesparteiobmann! Ich danke dir im Namen aller Delegierten des Bundesparteitages für die Worte, die du an uns gerichtet hast.

Wir haben zwei Tage lang diskutiert. Aber wir haben nicht diskutiert wie andere, aus einer geistigen Verworrenheit heraus, die alles zerredet und alles zersetzt, sondern wir haben diskutiert aus einer gemeinsamen Überzeugung, aus einem gemeinsamen Glauben, mit der Absicht, unsere Grundsätze nicht zu zerreden, sondern sie der Öffentlichkeit klar und in ihrer Bedeutung bewußt zu machen.

Du, Herr Bundesparteiobmann, hast das, was wir wollen, was wir denken und fühlen, in deiner Rede zum Ausdruck gebracht. Du hast aber auch in deiner Rede Perspektiven der Zukunft aufgezeigt und Weichen gestellt.

Hoher Bundesparteitag! Wenn wir jetzt dann diesen Saal verlassen, dann ist die Zeit der Diskussion zu Ende, dann sind wir von diesem Augenblick an eine Armee in der Schlacht; eine Armee in der Schlacht, wo wir alle eine Phalanx bilden müssen: Schulter an Schulter, getragen von einem gemeinsamen Glauben, von einer gemeinsamen Überzeugung, daß dieses österreichische Volk auch nach dem 1. März 1970 die Österreichische Volkspartei braucht.

Herr Bundesparteiobmann! In diesem Sinne möchte ich dir im Namen aller Anwesenden nochmals sagen: Wir sind Schulter an Schulter mit dir - wir alle gemeinsam - die Armee in der Schlacht, die dieser Partei für unser Volk den Sieg bringen will. (Lebhafter Beifall.)

Nun bitte ich dich, wieder den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Josef K l a u s : Sehr geschätzte Parteifreunde! Damit geht dieser 12. ordentliche Bundesparteitag unserer Österreichischen Volkspartei seinem Ende entgegen. Wer diese eineinhalb Tage Gelegenheit hatte, wiederholt in die Reihen dieses großen, dichtbesetzten Saales zu blicken, der hatte schon vor vielen Stunden die Gewißheit, daß dieser Bundesparteitag seinen Zweck erfüllen wird, daß dieser Bundesparteitag für uns alle einen Aufbruch bedeuten wird, daß dieser Bundesparteitag uns bereits in dem Blickfeld der Nationalratswahlen vom 1. März 1970 vorfindet.

Es war ein Parteitag der Geschlossenheit und der Entschlossenheit aller Delegierten, und dafür danke ich Ihnen!

Nun bitte ich Sie, sich zur Bundeshymne zu erheben und mitzusingen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und singen die österreichische Bundeshymne.)

Der 12. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist geschlossen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Schluß des Parteitages: 12 Uhr 25 Minuten